

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

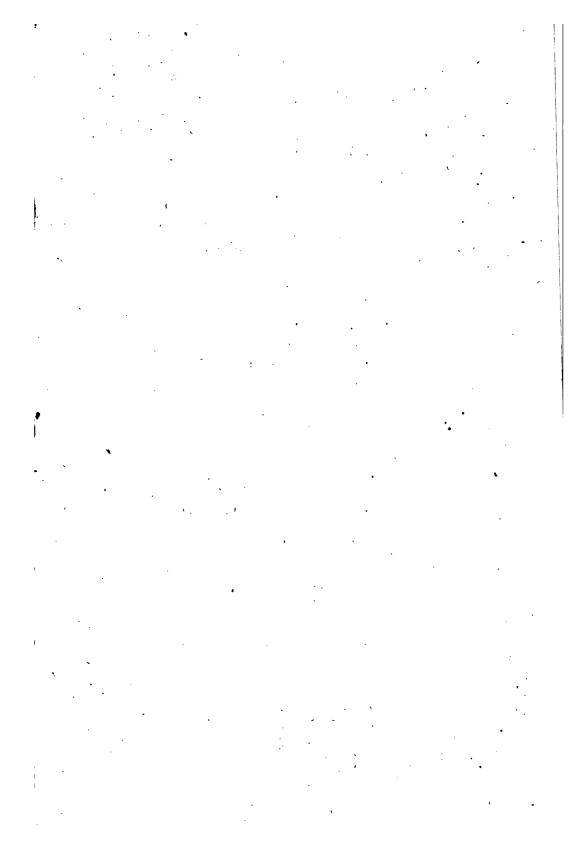
- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.



University of Michigan Libraries,





•

protofolle

ber

deutschen Bundes = Versammlung.

Funfter Band. Erftes Beft.

Mit hoher Bewilligung.

Gebruckt in ber Bunbes: Prafibial: Buchbruckeren,
nub im Berlag ber Anbreaischen Buchhandlung in Frankfurt am Mayn.
1818.

Protofolle

ber

deutschen Bundes-Versammli

Fünfter Band.



Mit hoher Bewilligung.

Gedruckt in der Bundes : Prafidial : Buchdruckeren, und im Berlag ber Andreaischen Buchhandlung in Frankfurt am 1818.

J 351 . H6 V15

3 ehnte Sipun

Am 19. Februar 1818.

War eine vertrauliche Sitzung.

Eilfte Sibun

Beschehen, Frankfurt den 23. Februar 1818.

In Gegenwart Aller in ber neunten Sigung Anwesenden.

(Inhalt. §. 39. Abstimmungen vom Königreich Sachsen und von Dan über die Militärverhältnisse des deutschen Bundes. §. 40. Erk von Nassau über die Erfüllung des XIII. Artifels der deutschen Latte; und Aeußerung des Königlich Riederländischen Gefand denselben Gegenstand. §. 41. Abstimmung der freyen Städte über nahme der Garantie des neuen Großherzoglich Mecklenburgischen geseßes über die Landesverfassung. §. 42. Erklärung von Diüber den gegenseitigen freyen Bertehr mit den nothwendigsten bedürfnissen in den deutschen Bundesstaaten. §. 43. Erklärung temberg über das Gesuch der noch lebenden Mitglieder des ehemaligen Maussuchonds wegen ihrer Sustentationsbeyträge von Bürttemberg und Hohenloher, und Reucnstein. §. 44. Nachträgliche Erklärung von Baden, über

mation ber Rheinpfälgifchen Staatsglaubiger Litt. D. g. 45. Benfionsans gelegenheit bes gurftbifcofs von Bafel und ben Dienerfchaften bes ebemaligen Dochftifte; auch Angeige ber beefalle Raiferlich Defterreichifcher Seite ges fchehenen Bermendung ben ben Schweizer Rantonen. 6.46. Bortrag über Das Rur: und Dberrheinifche Rreis:Penfiones und Schuldenwefen. \$. 47. Borftellung bes Reinhard ju Muhlbach ben Eppingen, die nachtheiligen Birkungen der Condominials Berhältniffe in dem Marktfleden Rurnbach betreffend. J. 48. Bortrag über die Fors berungen an die ehemalige Reichsoperations Raffe. §. 49. Bortrag über die Schuldforderung des Forftbereiters Thielmann und der Bauerfchen Erben ju Mods ftabt, an bas vormalig Großherzoglich Arantsurtische Departement Aulba. . 50. Bors trag über bas Gefuch ber ebemaligen Aurpfalgifden Erbrachter ber Grafenauer und Dems, bofe um Beforderung ihrer Reflamation. S. 51. Bortrag über die Befchwerde des Ritte meiftere von Altrod in Berlin, über ben gegen ibn im Großherzogthum Medlenburg. Schwerin erfannten Concurs. S. 52. Bortrag über Die Bitte mehrerer Staatsglaubiger Des ehemaligen Fürftenthums Fulba, um baldige Regulirung des Schulbenwefens biefes getheilten Staates burch bie angeordnete Ausgleichungs . Commiffion. 6. 53. Bortrag über die Pensioneforderung ber Fürftlich Raffau : Saarbrudifden Reitfnechte, Johann Darig, Rifolaus Beber und Rifolaus Braun. §. 54. Reue Gingaben.)

§. 39.

Militar: Berhaltniffe bes beutschen Bunbes.

(3. Sig. S. 4. v. J. 1816. 4. Sig. S. 22. 17. Sig. S. 91. 37. Sig. S. 259. 45. Sig. S. 378. v. J. 1817. 3. Sig. S. 9. 9. Sig. S. 33. v. J. 1818.)

Konigreich Sach sen. Seine Ronigliche Majestat haben nach reiflicher Erwägung bes von ber Raiserlich Desterreichischen Prastoial: Gesandtschaft in der am 19. Januar d. J. gehaltenen 3. Sitzung der Bundesversammlung, in Betreff der Militar: Organisation des deutschen Bundes, geschehenen Bortrags, so wie des zugleich vorgelegten mit einer Tabelle begleiteten Entwurfs der ersten Grundzüge des deutschen Militarwesens, Allerhöchstihre Gesandtschaft besehliget, zuvörderst Dero dankbare Anerkennung der von Gr. Majestat dem Raiser von Oesterreich für diesen wichtigen Gegenstand hegenden Fürsorge auszudrücken, hiernachst aber über den Entwurf selbst und was damit in Verbindung steht, folgender Gestalt abzustummen.

ad III. Friedensftanb.

Seine Majestat willigen für Hochstero Konigreich in bas nach einer terung von 1,200,000 Menschen für ben Friedensstand ausgeworfene Cor von 4,840 Mann, als 3,800 Mann Infanterie, 740 Mann Cavaller 300 Mann Artillerie. Soviel aber das Geschütz anlangt, so tragen Se. I dahin an, daß hierben das in den letztern Kriegen gewöhnliche Verhälts dren Stud Geschütz auf 1,000 Mann benbehalten und daher für Sachsen i des Geschützes auf benläufig 15 Stud festgesetzt werde. Da übrigens unt Hauptsumme der für Sachsen angenommenen Bevolkerung von 1,200,00 schen auch die Volkszahl der Königlich Sächsischen Oberskausitz begriffen erklären Se. Majestät ausdrücklich, daß Sie diese Provinz zu den deutsche deslanden rechnen und daher unter die Garantie des Bundes stellen.

Wie dagegen aus der Tabelle nicht zu ersehen ift, welche Lande unter Desterreich und Preussen überhaupt mit 16,600,000 Menschen angegebenen (der Bevolkerung begriffen sind, so munschen Se. Majestat, daß benden Mad fällig senn wolle, diese Lande bestimmt anzugeben, indem der Gesammt! Bundes daran gelegen senn muß, zu wissen, welche Lande unter dessen Stehen, und welche Contingente davon zu stellen sind.

In Unsehung ber in dieser Tabelle vorgeschlagenen Zusammenstellu Contingente ber kleineren Bundesstaaten in vier Corps, erachten Se. M daß diesen Staaten, vermoge ihrer Unabhangigkeit, fren zu stellen sen, jene Vorschläge annehmen, oder mit welchen Staaten sie ihre Contingenti Maaßgabe der geographischen Lage oder ihrer sonstigen Convenienz, ver wollen.

Soviel endlich die ben Berathungen des Bundes vorbehaltenen Bestimt anlangt, nach welchen die Militar Berfassung des Bundes in Controlle ui sicht geleitet werden soll, da halten Se. Majestat eine solche Inspection ni angemessen, und finden Sich bewogen, dieselbe abzulehnen. Allerhöchstd werden Dero Friedens Contingent in solchem Stand erhalten, daß es z Zeit disponibel sey.

ad IV. Rriegeffanb.

Der Ansag von zwen Procent ber Bevollerung fur bas aftive Seer, und von ein Procent fur die Ersagmannschaften und Festungs : Barnisonen , erscheint Gr. Roniglichen Majestat sowohl fur Dero Ronigreich als fur Die meisten Bundes, staaten, ale unerschwinglich, zumal ba noch aufferdem zu Erhaltung innerer Gicher: beit und Ordnung und ju anderm Dienst, Truppen im Laude vorhanden fenn muffen. Dagegen tragen Gie auf ein Procent Der Bevolferung fur bas aftive Seer und auf ein halbes Procent fur Erfagmannichaften und Festungs : Barnisonen Die nach folder Reduction zu ftellende Mannschaft mare fodann als Regel anzuseben, und die Rothwendigkeit, Ausnahmsweise eine Berminderung Des gu ftellenden Rriegsbeeres ju gestatten, fiele von felbft binmeg. Im übrigen find Ge. Majestat Damit einverstanden, daß nach der Unmertung in Der Tabelle über bas Friedens: Contingent, im Rriege bas Doppelte ber Cavallerie, mithin von Sachsen 1480 Pferde, und bas Drenfache bes Geschützes, folglich von Sachsen auf beffen Contingent von 12,000 Mann 26 Stud nebft ber ju ihrer Bedienung -nothigen Mannichaft, gestellt werden. Bur Berftarfung aber bes aftiven Rriegs, beers burch Landwehr, tonnen Ge. Ronigliche Majestat eine Berpflichtung nicht übernehmen.

ad' V. Oberfeldherr.

In beffen Betreff stimmen Geine Ronigliche Majestat bafur:

- a) Daß die für den Krieg vorzunehmende Ernennung deffelben, nicht einem Bundesftaate zu übertragen, sondern ben der Bundesversammlung durch Mehrs beit ber Stimmen zu bewerkstelligen sen;
- b) Daß, so sehr man wunschen musse, daß der zu wählende Feldherr geprüfte Erfahrungen besitze, und wenigstens ein Corps mit Auszeichnung vor dem Feinde geführt habe, dennoch die Wahl nicht an diese Eigenschaft zu binden sen, weil sie dadurch nach einem langen Frieden zu sehr beschränkt werden wurde;
- c) Daß die Jurisdiction über die einzelnen Corps, dem von dem Landes, berrn bestellten Commandanten derfelben verbleibe, und nach den Militar Gesegen bes Staats, zu dem sie gehoren, ausgeübt werde, die Gerichtsbarkeit des Obers

feldherrn aber sich blos auf Ertheilung und Aufrechthaltung allgemeiner Dis nargesetze zu erstrecken habe;

- d) Dag bemfelben nicht zu verstatten sey, die verschiedenen Corps ber & besftaaten aufzulofen oder zu trennen;
- 6) Daß anstatt der Worte: » die einzelnen Corps, welche das Bundes bilden, wirken mahrend des Bundeskriegs zc. nur allein nach den Zweit des Bundes, « zu setzen sen: nach den Befehlen des Oberfeldher als welcher nach dem Zweck des Bundes handeln muß, und demselben dafür antwortlich ist, die Commandanten der einzelnen Corps aber diesen Zweck i beurtheilen können, sondern dem Oberfeldherrn Gehorsam schuldig sind.

ad VI. Urmeezeichen.

Seine Königliche Majestat halten ein solches Zeichen fur nuglich, und molerwarten, welche Vorschläge beshalb geschehen werden.

ad VII. Landsturm.

Allerhöchstoiefelben ermessen, daß jedem Bundesstaate wegen ber zu sein Schutze und zur Erhaltung der Rube und Sicherheit im Innern zu unterhaltent Truppen und zu treffenden Landwehr; und Landsturm; Ginrichtungen völlig fri Hand zu lassen sey.

ad VIII. Bunbesfestungen.

In Unsehung ber unter Dieser Rubrik erwähnten Errichtung einer Festut welche das subliche Deutschland sichern soll, und der Verstärkung des Defensio Systems auf andern Punkten, erachten Seine Königliche Majestät, daß übie Wahl derselben und den Rostenbedarf, kriegsverständige Personen zu Razu ziehen und nach Frankfurt abzusenden seyn durften, und Sie behalten Solchenfalls vor, Ihrer Seits eine solche Person dahin zu schieden.

ad IX. Bertheilung ber Militartoften.

Wie es hierbey vor allen Dingen auf die Festsetzung eines allgemeinen Etheidigungsplans, worüber die Runstverständigen zu horen senn werden, u sodann auf die Errichtung einer genauen Matrikel ankommt, nach welcher

2

von ben einzelnen Bundesstaaten im Rriege zu leistenden Geldbeytrage-und Lie: ferungen und deren Eintheilung unter sie nach dem jedesmaligen Bedürfniß bestimmt werden können; so wird ben dieser Matrikel, so viel insonderheit die Beytrage zu den Bundessestungen betrifft, auf die Grade der Sicherheit, welche diese Festun: gen den verschiedenen Staaten gewähren, Rucksicht zu nehmen, und überhaupt darauf zu sehen sen, daß den Bundesgliedern durch solche Mitleidenheit nicht eine zu drückende Last auferlegt werde, und es ist daher auch erst anzugeben, welche Rosten erfordert werden, um die Bundessestungen in den Stand zu seizen und darin zu unterhalten, auch nach Besinden neue zu erbauen.

Ben den übrigen, nicht ausdrucklich erwähnten Punkten des Raiserlich Desters reichischen Entwurfs, sinden Se. Königliche Majestät keinen Anstand, ihnen benzupflichten. Da jedoch in dem gedachten Entwurf, in Betreff der Berpflegung der Truppen in Kriegszeiten, des Fuhrwesens, des Lazareth, und Medizinalwesens, der Durchmärsche, der Grundsätze und Preise, nach welchen der Marschgenuß, auch übrigen Militär: Bedürfnisse von dem Staate, den der Durchmarsch trifft, vorschußweise abzureichen und ihm zu vergüten senn würden, ferner der zu wünsschenden Errichtung eines allgemeinen Militär: Cartels zwischen den Bundesstaaten und anderer dergleichen Gegenstände keine Erwähnung geschehen ist, deren Reguslirung aber ebenfalls erforderlich ist; so tragen Se. Königliche Majestät auf deßfallsige Berathung an, und sind der Meynung, daß es von Rutzen senn würde, das oben ad VIII. vorgeschlagene Comité von Militärpersonen darüber gleichers gestalt zu Rathe zu ziehen.

Sollte es übrigens auf einen definitiven Beschluß über die organische Einrich; lung der militarischen Verhaltnisse des deutschen Bundes und nicht nach dem ehematigen Vorschlage, auf ein für fünf Jahre gültiges Provisorium ankommen, so bedarf es wohl nicht der Bemerkung, daß solches nach dem Art. 7. des Bundest vertrags nicht anders als durch einhellige Stimmen geschehen könne.

Solftein und Lauen burg Bon Gr. Majestat bem Konige ist die Diesseitige Gefandtschaft ausdrucklich befehligt, in Allerhochst dessenn, Seiner Kaiserlichen Majestat den Ausdruck des vollkommensten Dankes für die ausgezeich; nete und unermudete Sorgfalt darzubringen, die Allerhochstdieselben dem Wohle und der Befestigung des deutschen Bundes ununterbrochen widmen, und von der

Seine Raiserliche Majestat, burch ben in ber 3. biedjahrigen Sigung in schlag gebrachten Entwurf, zu einer zweckmäßigen Organisation bes beu Militate und Vertheidigungswesens, einen neuen Beweis gegeben haben.

Da dieser Entwurf nur als die Grundlage des aufzusuhrenden Gebäi als ein Leitfaden für die fernere Bearbeitung des deutschen Militarwesens gez worden ist, da bereits ausgesprochen ist, daß diese weitere Bearbeitung sacht gen Mannern anvertraut werden soll, die durch einen aus der Bundesversamm zu wählenden Ausschuß von den nothwendig scheinenden Modificationen zu urichten senn dursten, die ben Ausbildung des Entwurfs werden Platz sinden köund über welche sie ihr Gutachten abzugeben haben werden; so stehen Se. A stät der König nicht an, diesen Entwurf als Leitfaden der fernern Arbeiten a nehmen, deren Resultat zu seiner Zeit an die Bundesversammlung gebracht we wird, damit diese einen allgemeinen Bericht an ihre Committenten erstatten um die nothigen Justruktionen nachsuchen können.

Als Gegenstände, Die vorzüglich einigen Abanderungen und Modificatie zu unterwerfen senn mochten, ift Die Dieffeitige Gefandtschaft angewiesen wort nachstehende auszuheben.

1) Den Borfchlag, ber bie Bilbung bes Bunbesheers bezwe Seine Majestat ber Konig sind vollkommen überzeugt, daß in dem gedad Entwurfe die Starke des Bundesheeres für den Friedensstand zu 120,000 Ma nur aus dem Grunde vorgeschlagen ist, um den mindermachtigen Staaten Last der stehenden Truppen zu erleichtern. Allein so wenig auch Se. Majestat d wohlwollenden Sesinnungen verkennen, so sehr Sie wunschen, daß ben der arbeitung aller Zweige dieses wichtigen Geschäftes nach Möglichkeit sie bef werden mogen, so sehr sind Sie dennoch der Mennung, daß sie nur einen un geordneten Platz einnehmen durfen, und dem hohern Gesichtspunkte, dem Zi bes Bundes, die aussere Sicherheit desselben zu erhalten, nachstehen mussen.

In dieser Rucksicht sind Seine Majestat der Mennung, daß die vorgesch gene Starte des Bundesheeres fur den Friedensstand, sowohl im allgemein als insbesondere das angenommene Verhaltniß der Cavallerie zur Infanterie, gering angeschlagen worden; der Vorschlag fur den Kriegsstand aber, zu hoch gegeben sen. Allerhöchstoieselben glauben letzteres um so mehr, als es nich bezweifeln ift, baß es ben minbermachtigen Staaten uhmöglich werben wurde, von einem so niedrigen Friedensstande schnell zu dem auf das sechsfache angeschlas genen Kriegsstand überzugeben, ohne daß die, auf Disciplin der Truppen, auf gebildete und erfahrene Officiere und Unterofficiere gestützte innere Starke des Heeres gefährdet werde.

Seine Dajeftat find baher ber Meynung, bag, um fowohl ben rafchen Ile: bergang vom Friedensstande zu bem bes Rrieges zu erleichtern, und ein ber Burbe und bem Zwede bes Bundes angemeffenes Beer zu bilden, ale auch um ben Bun: besstaaten im Rriege feine zu große Last aufzuburden, es zwedmaßig fenn burfte, Die Starte Des heeres im Friedensstande auf ein und ein halbes Procent ber Bes vollerung, und zwar auf die Urt festzuseten, bag fur die stehenden Truppen ein Procent und für eine vollfommen ausgebildete Referve oder Landwehr ein halbes Procent angenommen werde; welche lettere ben bem Musbruche eines Rrieges fogleich mit noch einem halben Procent, zu Garnisonen und Ersagmannschaft zu vermehren fenn murbe. Die Ereigniffe bes Rrieges und Die Befchluffe bes Bun: bes werden bestimmen , ob im Laufe bes Rrieges Diefes aus zwen Procent ber Bevolkerung ftehende Seer noch vermehrt werden muffe. In Friedenszeiten murde es hingegen ben Landesherren überlaffen fenn, burch Beurlaubung die ftebenben Truppen nach bem Bedurfniffe ber einzelnen Staaten zu vermindern; biefes burfte jedoch nur auf die Urt geschehen, daß eine rasche Busammenziehung bes Beeres nicht gelahmt werde, und woruber allenfalls einige allgemeine Rormen festzusetzen fenn burften. Dem zu ernennenden Ausschuß fachfundiger Manner murbe alebalo aufzugeben fenn, ein Gutachten, sowohl fur bas festzustellende Berhaltnig Der Infanterie ju ben andern Maffengattungen, als auch über Die Frage ju entwerfen, wie Die Contingente der einzelnen Bundesstaaten am füglichsten in besondere Urmees corps, von minbestens 25 bis 30,000 Mann, zusammen gezogen werden fonne ten, woben den einzelnen Souverainen, die fein vollständiges Armeecorps zu stellen haben werden, es überlaffen bleiben fonnte, fich nach nachbarlichen und freundschaftlichen Berhaltniffen zu vereinigen, um Brigaden und Divisionen gu bilden. Diese murden aledann, nach Berathang über jenes ermahnte Gutachten, in Armeecorps getheilt, und mit den Truppen berer Staaten, Die allein ichon Armeecorps ftellen, vereinigt, bas Bunbesbeer ausmachen. Um Diefen Gegenstand gehörig bearbeiten zu können, scheint vor Allem es nothwendig zu seyn, gegenwärtig sammtliche Bundesglieder der so verehrlichen als gegründeten Men beytreten, die in der Kaiserlich Desterreichischen Abstimmung in der 31. Si des v. J. mit den Worten geäußert worden ist: » daß die Grundlage der m » rischen Verhältnisse des deutschen Bundes nur durch Entwerfung einer Bui » Matrikel begründet werde. « Wenn nun, wie nicht zu zweiseln ist, diese sinung allgemein getheilt werden sollte, so glauben Seine Majestät der Ködaß die mit so vieler Sorgfalt von der Matrikular: Commission ausgearbe siehente Tabelle, zur Grundlage der Bundesmatrikel angenommen werden kö

Bey Bearbeitung der Matrikel wird sich denn auch ergeben, daß in der Entwurfe beygefügten Tabelle, die Herzogthumer Holstein und Lauenburg in gleich mit den übrigen Nachbarstaaten, besonders an Savallerie und Artilleri sehr belastet worden sind. Indem aber Seine Majestät Allerhöchstihren Urthanen schuldig zu seyn glauben, diesen Umstand nicht ganz unberührt zu las haben Allerhöchstdieselben jedoch die diesseitige Gesandtschaft befehliget zu erklät daß Sie stets bereit sind, zu allem nach Möglichkeit und Billigkeit beyzutrag was das allgemeine Beste erfordern könne, und daß Sie daher auch diesen Prodem freundschaftlichen Einverständniß mit andern Staaten und den kunftigen rathungen der Bundesversammlung überlassen wollen.

- 2) Auch der 5. S. des Entwurfes, der von der Ernennung und Gewalt des Oberfeldherrn handelt, durfte einigen Modificationen unterwoi werden muffen; und namentlich auszusprechen senn, daß nicht ein Staat zu nennung des Oberfeldherrn, sondern die Person desselben durch die Mehrheit Bundesglieder erwählt werde.
- 3) Nicht minder mochten die Vorschläge im Entwurfe, über Bundesfestungen und Vertheidigungspläte, einer nochmaligen J fung unterzogen werden mussen. Seine Majestät glauben nämlich, daß be Allerhöchstdieselben über diesen Gegenstand sich werden äußern können, von i Ausschusse sachkundiger Officiere ein Gutachten abgestattet werden musse, son über die Frage, welche Festungen und Vertheidigungspläte für die Gesammt nothwendig seyn durften, und welche Summen für deren Erbauung und Erhalti

erforderlich fenn merden, als auch uber die Art und Beife, wie folche zu befegen und zu verproviantiren fenn merden.

Da jedoch dieser hochst wichtige Gegenstand sehr umfassende und weitlauftige, zum Theil selbst an Ort und Stelle zu machende Vorarbeiten erfordern wird, so sind Seine Majestat der Meynung, daß die Organisation des Bundesheeres nicht darnach aufgehalten werde, wohl aber, daß wenn auch unabhäneig von der Organisation, dennoch ohne Zeitverlust über das Vertheidigungswesen das Gutsachten der Sachkundigen eingeholt werde.

Bas endlich die, in dem 9. S. des Entwurfes geaußerte Meynung betrifft, hinsichtlich der Vertheilung der Kosten, so treten Seine Majestat dem daselbst gemachten Vorschlage vollkommen ben, daß schon gegenwärtig, während der Ruhe des Friedens, die Grundsate erörtert und festgesetzt werden, nach denen die Kosten auf die einzelnen Bundesstaaten vertheilt werden sollen; und glauben, wie bereits in der vertraulichen Situng vom 22. Man die diesseitige Gesandtschaft geäußert hat, daß selbst für die zu leistenden Geldbenträge, die nach der Bevolkerung zu entwerfende Matrikel den billigsten Maaßtab geben werde. Seine Majestat werz den den auf Ihre zum Bunde gehörigen Herzogthümer fallenden Bentrag stets bereitwilligst übernehmen, glauben aber voraussetzen zu können, daß vorzüglich ben den Festungen und den befestigten Plätzen ein billiger Unterschied zwischen den Staaten werde Statt sinden mussen, die durch dieselben einen unmittelbaren Schutz und Vortheil genießen, und solchen die nur insoferne daben betheiligt sind, als ihnen die vermehrte Sicherheit einzelner Bundesmitglieder wünschenswerth senn muß.

Dieser Gegenstand durfte, so wie noch verschiedene andere, die ben der Ausarbeitung des Vertheidigungswesens sich darstellen werden, am zweckmäßigsten der fernern erprobten Fursorge Seiner Majestat des Raisers, und den kunftigen weis tern Berathungen der Versammlung zu überlassen seyn.

Erfüllung bes 13. Artifels ber beutschen Bundesakte betreffenb.

(58. Siş. §. 416. v. J. 1817, 7. Siş. §. 26. 9. Siş. §. 32. v. J. 1818.)

Braunschweig und Naffau fur Naffau. Ueber die Bollzie bes 13. Artifels ber Bundesalte in den einzelnen deutschen Staaten, welche ben Großherzoglich Medlenburgischen Sofen in Anregung gebracht worden versaumt man von Herzoglich Nassauischer Seite nicht, sich in allgemeiner hir sowohl, als in besonderer auf bas herzogthum Nassau, dem gefaßten Besch gemäß zu aussern.

Wenn wir die einzelnen deutschen Bundesstaaten betrachten, so stoßen überall auf die größten Berschiedenheiten, welche einen Jeden dieser Staaten bas bestimmteste individualisiren.

Diese Berschiedenheiten sind bekanntlich hervorgegangen in ihrem Ursprunge abweichenden Sitten, Gewohnheiten und Bildungöstufen der einzelnen deuts Bolkostamme. Durch die, Jahrhunderte lang fortgesetze, politische Trenn dieser Bolkostamme sind diese ursprunglichen Abweichungen in dem Laufe eilangen Zeit noch vergrößert worden.

Dieser Trennung verdanken bekanntlich die Deutschen eine vielseitigere Bo bil dung, als man fie anderwarts in großeren geschlossenen Staaten finden wird

Gben barum muß aber auch bas Institut ber Landstande, welches nur Resultat früherer geschichtlicher Verhaltnisse und insbesondere früherer Verwaltur Einrichtungen, die aus jenen hervorgegangen sind, betrachtet werden kann, jedem einzelnen Staate eigenen und selbst den abweichendsten Modisikationen un liegen.

Sierauf grundet fich bie alle Gigenheiten im Ginzelnen, in Beziehung Lanbstande, zulaffende einfache und turze Redaktion des 13. Artikels der Bundesakt

« In allen Bundesstaaten wird eine landstandische Berfaffung Statt finden. :

Rur ben benjenigen Staaten, die in Gemaßheit dieses und des damit Berbindung zu setzenden 14. Art. der Bundesakte, landständische Berfassungen führen werden, lassen sich in hinsicht auf Zusammensetzung und Befugnisse

Stande, mehrere Uebereinstimmungen, als ben benjenigen, in welchen bas Institut der Stande schon besteht, erwarten; weil die Stande dieser Staaten einerlen geschichtlichen Ursprung haben werden, während die geschichtliche Entstehung der schon vorhandenen altern deutschen Stande eben so verschieden ist und bleiben muß, als die Individualität der Staaten, benen sie angehoren.

Die alteren Landstande sind bekanntlich in dem Mittelalter, oder bald nach demselben, aus der alten Lehnsverfassung, aus den Berträgen, unter welchen mehr oder weniger zuvor unabhängige Herren, Edelleute, Geistlichkeit oder Städte, sich einem Fürsten unterwarfen; aus dem Bedürfniß der Fürsten, Steuern zu erheben, oder auch aus von den Fürsten ihren Basallen oder Unterthanen ben verschiedenen Beranlassungen ertheilten Privilegien, Frenheitsbriefen, Familien, gesehen und letzten Willens, Dispositionen hervorgegangen. Ihre Entstehung ist also eben so verschieden, wie die Geschichte der einzelnen deutschen Territorien.

Ein langerer ober furzerer Zeitraum hat biefe, schon durch ihren Ursprung unendlich sich unterscheidenden Verfassungen nach und nach zu ihren gegenwartigen Gestalten umgebildet, die wie es früher schon geschehen, auch noch ferner die Be, burfnisse der Staaten und ihrer Bewohner weiter modificiren und abandern werden.

Die altern standischen Verfassungen aller deutschen Staaten tragen baber, in ihrer innern Organisation, Spuren ihrer geschichtlichen Entstehung, und diese durften sich in der Zukunft leicht eher verstarken als verwischen.

Die neuen landständischen Berfassungen in benen Staaten, die noch keine Stände haben, oder in welchen die altern in der früheren Form nicht mehr fort eristiren können, und in welchen sie, in Semäsheit der Artikel 13. und 14. der Bundesakte, erst eingeführt werden, haben dagegen, wie schon bemerkt worden ist, einen ahnlichen geschichtlichen Ursprung, und daraus werden einige Uebereinstimmungen in den ständischen Berfassungen dieser Staaten hervorgehen, die aber doch darum auch ben ihnen die Verschiedenheiten nicht überwiegen werden, weil auch hier die neuen Verfassungen der Individualität eines jeden solchen Bundesstaats, oder der einzelnen Provinzen desselben, da wo nur Provinzial Stände neu eingeführt werden können, seinem oder seiner Provinzen gegenwärtigen Bildungszuskande und den Bedürfnissen des gegenwärtigen Zeitalters im Allgemeinen entsprechen, auch alle diese Verkassungen von den Regenten gegeben werden mussen: indem hier

von mit dem Bolke oder Magnaten abzuschließenden neuen Staatsgesellschafts tragen (Die bekanntlich nur in der Theorie, niemals aber in der Wirklichkeit et haben, und da wo man sie in die Wirklichkeit rufen wollte, überall eine Dunabsehbaren Unglucks geworden sind) niemals die Rede seyn kann.

Hieraus folgt weiter, daß es unmöglich erscheint, für die einzelnen Bui staaten, in welchen landständische Berfassungen neu gegeben oder testaurirt wie sollen, einen Zeitraum zu bestimmen, innerhalb welchem die wirkliche Eröffi solcher Versammlungen, wenn sie ihrem Zwed entsprechen und nicht nachtly wirken sollen, geschehen kann.

Dieses ist schon in der Koniglich Preußischen Abstimmung über diesen Ge stand auseinandergesetzt und so grundlich entwickelt worden, daß es überfliware, sich hierüber weiter zu verbreiten.

Man glaubt nur noch auf folgende, vielleicht nicht minder wichtige Betitungen aufmerksam machen zu mussen: unter die Bortheile, welche Stande Staaten, wo sie noch nicht existiren und erst eingeführt oder erneuert wer mussen, bringen werden, wird bekanntlich Bereinfachung des Ganges der bestel den Berwaltungen nicht gehören. Die Berwaltungen werden vielmehr durch Einwirkungen in mancher Hinsicht verwickelter und schwieriger werden, und dat ist es unerläßliche Bedingung für die Regierungen, diesem neuen Elemente in i Staatsorganismus die Berwaltung im Boraus anzupassen, wenn nicht Berrrung und Hemmungen aller Art entstehen, oder Stände nur dem Namen n und nicht mit nüglicher Birksamkeit auf des Landes Wohl organisirt werden sol Solche Anordnungen fordern aber bald einen längern, bald einen fürzern Zeitra in jedem einzelnen Staat, und erscheinen nirgends als eine leicht zu lösende gabe.

Die Schwierigkeit in ber Ausführung und Losung Dieser Aufgabe wirt ben meisten Staaten, wo Stande neu errichtet werden, gegenwartig durch eigne Berhaltniß noch erhöht, daß diese Staaten bennahe durchgehends nicht Staatsgebieten bestehen, beren Theile langst verbunden waren, sondern daßsier mehr solche Staaten sind, deren Staatsgebiet durch die Begebenheiten der neu Zeit erst neu gebildet und neu begrenzt worden ist.

Die Bewohner dieser Lander sind daher überall, wo dieser Fall eintritt, nicht gewohnt, ein gemeinschaftliches Landes: oder Provinzial: Interesse zu versfolgen. Die Spuren alterer Verhaltnisse sind in der Erinnerung nicht verwischt. Durch kaum vorübergegangene langwierige Kriege sind dem allgemeinen Bohlstande tiese Bunden geschlagen worden, die viele mit Unrecht mehr als Wirkungen der neuen politischen Veränderungen anzusehen geneigt sind, als der Begebenheiten, von welchen sie wirklich herrühren. Dadurch entsteht häusig Abneigung gegen die neue Regierung, die noch dadurch vermehrt wird, daß insbesondere in den südlichen Staaten Deutschlands, die in dem Fall sind, Stände neu zu errichten, viele ihrer angesehensten Einwohner und Staatsangehörigen in ihren frühern Rechten, in den Vortheilen, die ihnen persönliche Unabhängigkeit und Frenheit ihrer Besstungen von neu auf sie gelegten Lasten gab, sich gekränkt fühlen müssen, indem ihnen eine neue, in ihren bleibenden Folgen noch unentwickelte Ordnung der Dinge dassenige bisher noch nicht ersetzen konnte, was ihnen ein früherer unabhängiger Zustand gab.

Sieraus und aus mehreren andern mitwirkenden Ursachen, ist gerade in den Staaten, wo standische Verfassungen neu eingeführt werden sollen, ein Zustand und eine Stimmung einer zahlreichen Klasse der Einwohner hervorgegangen, die der Gründung eines politischen Instituts nichts weniger als günstig erscheinen durfte, welches als nothwendige Vorbedingung wech selseitiges Vertrauen zwischen Regierung und Regierten unterstellt; wenn es anders heilsame Wirkungen hervorbringen soll.

In eben diesen Landern sind auch die Begriffe der Mehrzahl ber Einwohner über das, was ständische Berfassungen seyn und was sie wirken sollen, noch nicht geordnet, und das eben geschilderte Berhaltnis mancher unter ihren einflußreichsten und angesehensten Bewohnern zu den Regierungen, trägt nicht dazu ben, diese Begriffe in dem gegenwärtigen Moment zu berichtigen.

Allgemein verbreitet ist das Vorurtheil, daß Stände und Regierung ein von einander abweichendes Interesse zu verfolgen haben, mithin die Stände in den ständischen Versammlungen, wenn auch nicht gerade der Regierung feindselig gegen; über stehen, doch die Rechte des Bolks gegen die Angrisse der Regierungen zu verstheidigen, vorzüglich durch die Institution selbst bestimmt sepen.

Dieses Vorurtheil wird noch daburch bestärkt, daß wirlich in manchen Lan mo frubere standische Berfaffungen bestanden haben und noch besteben, Die G aegen die Regierungen folche Stellungen angenommen haben, und haufig i nothwendig verfett werden mußten, weil ihnen ihre Bestimmung nicht flar schwebte, und fie bier und ba von irrigen Boraussetzungen ausgebend, ober t ihnen verfaffungemäßig eingeraumten Rechte bagu veranlagt, in die Ausübung Staatsverwaltung einzugreifen versucht baben; wodurch bekanntlich in dem Dr ber mahre Standpuntt ber Stande: Furforge fur Die verfaffungegem Birtfamteit ber Landesverwaltung, verrudt murde, und immer Rampf entstehen mußte, ber ben Regierten und ber Regierung gleich nachth wird. Die Beit, aber auch die Erfahrung und Uebung, merden biefe griffe berichtigen, die Ginwohner werden fich bavon überzeugen, das Regier und Stande nur ein gemeinschaftliches Intereffe haben, daß indem die Berfas ben Standen das Recht der offentlichen Furforge fur Die Wirksamkeit der Ber tung in Gemagheit ber gegebenen Berfaffung in ihrer Thatigkeit wirklich einrau und die Urt ber Ausubung biefes Rechts bestimmt, schon burch die Erifteng Di ftanbifden Befugniffe und ihrer möglichen und leichten Ausubung burch bie Stal bie Regierungen werden verhindert werden, auch wenn fie bazu Reigung ba fonnten, ihre Gewalt zu migbrauchen oder auf Abwege zu gerathen; fo bag Ralle ju ben bochft feltenen und außergewohnlichen ficher geboren merben, Stande und Bermaltung, anftatt fich wechselseitig aufzuklaren, nur gleiche 3m zu verfolgen, und in den ihnen durch die Ratur der Berbaltniffe und die Ber fungen bestimmten Schranken fteben zu bleiben, fich feindfelig gegenüber fteben : Beit, Erfahrung und Uebung werden bie fchi in offene Febde fallen. rige Bahn ebenen. Darum ift es nicht zu vertennen, bag bie vorliegenden und ftigen Berhaltniffe um fo fchneller werden überwunden werben, wenn die Ri rungen, welche neue landftanbische Berfassungen anzuordnen haben, unter B achtung alles beffen, mas Borficht forbert, mit Bertrauen ben Erwartungen Unterthanen in Diefer Beziehung entgegen geben, und Die Eröffnung ber Landfte nicht zu febr verzögern. Denn auch ben diefer Belegenheit wird fich ber ge: biebere Ginn ber Deutschen, die Wirkung ihrer vielseitigen Bildung ausswrech und vorgefagte Mennungen und unrichtige Unfichten werben bald um fo gew

·

verschwinden, als auch unsere Regenten nicht Zwede zu verfolgen gewöhnt find, bie mit bem Wohl ber Regierten fich nicht vereinigen laffen.

Bas insbesondere das Herzogthum Nassau anlangt, so haben die verstorbenen Regenten schon in der zweyten Halfte des Jahres 1814. und vor Eröffnung der Unterhandlungen des Wiener Congresses, nachdem allen Einwohnern verfassungs, mäßige Rechte bereits früher eingeräumt waren, dem Lande zu deren Aufrechthaltung auch eine Vertretung durch Landstände gegeben, von deren Form und Natur eine hohe Bundesversammlung durch die mit gegenwärtiger Abstimmung übergeben werdenden Soicte vom 1. und 2. September 1814. und 3. und 4. November 1815. man in Kenntniß zu sehen nicht versaumt. Große Territorial Veränderungen, als Folge der Wiener Congreßbeschlüsse, und die Einführung einer gleichen Verwaltung für das ganze neu gebildete Land, in finanziellen und andern Beziehungen, aus welcher erst ein übereinstimmendes Landes Interesse für die Einwohner des Landes, welches die Stände zu beobachten und in ihrem Wirkungskreise verfassungs, mäßig zu befördern und weiter auszubilden berusen sind, hervorgehen konnte, hatten die frühere Zusammenberufung bis jest unmöglich gemacht.

In wenigen Tagen wird aber, nachdem die unerläßigen Anordnungen, durch welche jede zwedmäßige Wirksamkeit einer Standeversammlung bedingt erscheint, in dem Laufe der lettverflossenen zwen Jahre getroffen worden sind, die erste standis sche Versammlung eröffnet, und dadurch die Bestimmungen des 13. Artikels der Bundesakte und der hierauf sich beziehenden Vorschriften des 14. Artikels erfüllt werden.

Seine Herzogliche Durchlaucht sind zu der Hoffnung berechtigt, daß die Thatigkeit der neuen standischen Versammlung Höchstihrer Erwartung und der des Landes entsprechen und dadurch sich Ansprüche auf eine besondere aufmerksame Theilnahme dieser hohen Versammlung an ihren Verhandlungen um so mehr er; werben wird, als diese Standeversammlung die erste ist, die nach der Constituis rung des deutschen Bundes in einem Lande eröffnet wird, welches aus Theilen zusammengesetzt ist, von welchen keiner dieser Theile sich einer ihm eigenen lands ständischen, noch bestehenden, abgesonderten Verfassung zu erfreuen hatte.

Die Anlagen wurden unter den Zahlen 7. und 8. diesem Protofolle bengefügt. Miederlande, wegen des Großherzogthums Luremburg. 3ch bin in mehr als einer hinsicht vor allen andern berechtigt, den lebhaften Antheil

auszudruden, ben mein Roniglicher Sof an biefem Greignig, an biefer erf fenden und ichlieflichen Unzeige über die Ginrichtung und Eroffnung der Raf fchen Landstande, fo wie an dem gehofften ersprießlichen Fortgang Dicfer Un und der Bohlfahrt bes Bergogthume, nehmen wird. Resthaltung bes Borte ftete Erinnerung an übernommene Verpflichtungen find die Grundpfeiler ber Di und bes Unfebens Diefes erbvereinten hoben Saufes. Gben Diefe Gigenfchaf aus eignem Untrieb entwidelt und fo praftifch geubt; ohne langes Baubern, c Unterbrechung, ohne Doppelfinn; werden mit Recht zu ben erften fittlichen politischen Tugenden gezählt, und fie find es weit mehr, ale wenn man bier i anderwarts den Gegenstand mit feinen Modalitaten, fen es in Form bes Bertt oder der Verwilligung, als bloge neue Gnadensache, als Ausflug freper A und Millführ betrachten, behandeln und beloben wollte. Wenn bem fo mare, lage barin ein ftiller Borwurf gegen viele Bevollmachtigte am Congreg zu Di ben ich perfonlich immerdar von uns ablehnen werde; als hatte man bort in po icher Unwandlung und aus Gentimentalitat, oder unter bem Ginflug übertriche augenblidlicher Beforgniffe gehandelt, und Dinge pflichtwidrig unterzeichnet, i fie aus den offentlichen Berhandlungen jedermann fennt.

Wir sahen es vielmehr, durch bestimmte oder weite Instruktionen dazu den Stand gesetzt, als Ersatz der aufgelösten Reichsverfassung, als Läuterr und Berichtigung früher vorhandener, aber oft vernachläßigter Ureinrichtung als Balsam der durch Zersplitterung und Mediatisirung geschlagenen Bundt als Beg zur Besänftigung, als Mittel herzustellender Ordnung und Credits, Unerkenntniß fortschreitender Cultur und Civilisation in Europa, als Bildun mittel der Nation an. Sittlichkeit, Schicklichkeit und Bahrheit, Treue, Lerkenntniß der Regententugenden hofften wir da vorherrschend. Wenn wir unw kührlich an Großbritanien denken, so fallen uns im nämlichen Zusammenhaiseine Bürgerkriege ein, und daß es im Laufe der Zeit dort feile, unwissent tolle Parlamente gab; Namen, die ich nicht ersinde, sondern die ihnen die Geschic aufgeprägt hat. Die Erfahrung und die Bundesverfassung ist da, und bie Schirm gegen solche mögliche Excesse.

In Dieser Herzoglich Rassauischen, wie in der letten Koniglich Preuffisch Darstellung, erscheint nur, der Absicht nach, die consequente Entwicklung. Lage, der Begebenheiten und der Stufenfolge. Theoriren, politische Metaphysik wird ewig Gegenstand ber Controvers bleiben. Bereits lachen wir über die Menschen und die Zeit, wo man ganze Schubladen voll Constitutionen, ganze Reihen von droits de l'homme, in steter Bereits schaft hatte.

Der 13. Artikel ber Bundesakte, je trodner, je lakonischer er gefaßt erscheint, je mehr ift er logisch und bedachtsam, nach ber Natur ber Staaten, zu interprestiren.

Bon deutschen Sachen vorzüglich handelnd, sagt Montesquieu: » Voilà » l'origine du Gouvernement Gothique parmi nous. Il sut d'abord mêlé » de l'aristocratie et de la monarchie. Il avoit cet inconvénient, que » le bas peuple y était esclave: c'était un bon gouvernement, qui avait » en soi la capacité de devenir meilleur. La coutume vint, d'accorder » des lettres d'affranchissenent, et bientôt —

Dieses Besserwerden, dieses Bestreben, mit dem unvermeidlichen Gegen, streben und partiellem Widerwillen, diese Entwicklung und allmähliges Gelingen sehen wir rings um uns ber, und wollen weder Uebereilung, noch Rucktritt, noch Trug, noch Tumult.

Der Gegenstand, ber hier zu unsrer Sofe Kenntniß gebracht wird, ift ein sehr merkwurdiger Beleg solcher Fortschritte, bem wir ohne Zweifel die gebeih: lichsten Folgen munschen.

§. 41.

Großherzoglich Medlenburg: Schwerin: und Strelitische Bers ordnung über die Mittel und Bege, um ben streitigen Fällen, in Angelegenheiten, welche die Landesverfaß fung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelans gen; auch Erfüllung des 13. Artikels der deutschen Buns desakte betreffend.

(58. Six. S. 416. v. J. 1817. 7. Six. S. 26. 9. Six. S. 32. v. J. 1818.)

Frene Stadte, Lubeck, Frankfurt, Bremen und Samburg. Der Großherzoglich Medlenburg : Schwerin: und Streligische Berr Gesandte,

hat in ber 58. Sigung im Namen seiner hochsten Sofe einen Untrag babin gem bag ber beutsche Bund die nach vorgängiger Berathung mit ihren Ständen ben Durchlauchtigsten Großherzogen erlassene Berordnung über die Mittel Wege, um ben streitigen Fällen in Angelegenheiten, welche die Landesverfass betreffen, zur endlichen Entscheidung zu gelangen, dahin garantiren moge, alle Bestimmungen derselben, in welchen auf den Bundestag Beziehung gen men ist, jeder Zeit aufrecht zu erhalten.

Der Gesandte ber freyen Stadte ift beauftragt, die vollsommenste Zust mung derselben zu der verlangten Garantie zu erklaren. Ginrichtungen wie t welche durch dieses Grundgesetz fur die Medlenburgischen Großherzogthumer macht ist, konnen allen Bundesstaaten nicht anders als erfreulich seyn, da sie lobenswerthen Zwed haben, jeder möglichen Störung der innern Ruhe vorzub gen, indem sie einen ruhigen Weg zur Entscheidung aller Streitigkeiten, zwischen Fürsten und Ständen entstehen könnten, eröffnen.

Was ben zweyten Punkt bes Großherzoglich Medlenburgischen Untrages trifft, welcher sich auf die Erfüllung des 13. Artikel der Bundesakte bezieht; sind bekanntlich die Verfassungen der freyen Stadte so beschaffen, daß sie i wesentlichen Bedeutung dieses Artikels bereits Genüge leisten, und in denselk liegen zugleich die Mittel zu allen Verbesserungen, von deren Zweckmäßigkeit u Nothwendigkeit man sich überzeugt. Je glücklicher sich die freyen Stadte in die Lage befinden, um so lebhafter mussen sie sich mit dem Wunsche vereinige durch die allgemeine Ausführung des 13. Artikels (welchen sie, wie die währe des Laufes der Wiener Verhandlungen auch von ihnen unterzeichneten Noten u Erklärungen bezeugen, schon damals umfassender und bestimmter abgefaßt sehen wünschten,) ein Bedürfniß erfüllt zu sehen, welches sehr dringend zu werd scheint, und dessen Befriedigung eine der sichersten Grundlagen der Kraft dundes zur Erhaltung der aussern und innern Sicherheit seyn wird, die zule doch hauptsächlich auf der Zufriedenheit aller Bürger der Bundesstaaten beruh muß.

Gegenseitiger frever Vertebr mit den nothwendigften Lebens: bedurfniffen in den deutschen Bundesftaaten.

(29. Sig. §. 180. 32. Sig. §. 209. 36. Sig. §. 243. 37. Sig. §. 258. 38. Sig. §. 269. 39. Sig. §. 278. 40. Sig. §. 293. 41. Sig. §. 319. 43. Sig. §. 337. v. J. 1817. 9. Sig. §. 34. v. J. 1818.)

Danemark, wegen Solftein und Sach fen Lauenburg. Bes
reits in der 40. Sigung vorigen Jahrs, hat die dieffeitige Gesandtschaft die Grunds
fage ihres Allerhochsten Sofes über ben freyen Berkehr innerhalb der Bundesstaas
ten mit ben nothwendigsten Lebensmitteln erörtert und Allerhochstoeffen vollfoms
mene Zustimmung zu einem uneingeschränkten Sandel mit Getreide, Hulsenfruchs
ten, Kartoffeln und mit Schlachtvieh erklärt.

Da aber die damaligen Abstimmungen nicht ganz übereinstimmend waren, so faßte die hohe Bundesversammlung in der 43. Sigung den Beschluß, über sechs aufzustellende, und in dem Protofoll enthaltene Punkte nochmals die Instruktionen ihrer allerhöchsten und hohen Committenten einzuholen, um wo mögslich, eine allgemeine Bereinbarung zu Stande zu bringen. Die diesseitige Gestandtschaft ist darauf ermächtiget worden, ihre Erklärung gegenwärtig dahin abzusgeben, daß Seine Majestät der König die erwähnten sechs Punkte, als Grundlage einer zu treffenden allgemeinen Bereinbarung der deutschen Bundesstaaten, anzusnehmen vollkommen bereit sind; woben es sich jedoch von selbst versteht, daß die Bundesmitglieder für ihre nicht zum Bunde gehörenden Staaten keine Berpflichstung übernehmen können, die irgend einen Bezug auf diesen Gegenstand hat, ber nur die Bundesstaaten selbst betrifft.

Zwar konnte, wie auch bereits in einer verehrlichen Abstimmung bemerkt worden, der sechste jener oben erwähnten Punkte, da er keine positive Bestimmung enthält, füglich umgangen werden; allein bennoch erscheint es rathlich, um kunftigen Misverständnissen vorzubeugen, ihn modificirt benzubehalten, und allenfalls ihn so zu kassen, daß gesagt werde: die Aussuhr und der Handel zur See, so wie der mit dem Auslande, sep in Zukunft wie bisher, dem Gutdunken der einzelnen Regierungen lediglich zu überlassen.

Durch die Unnahme ber erwähnten feche Puntte, und namentlich bes brit wird nicht nur festgesett merben, daß die bisher bestandenen Ausfuhrzolle be halten werden follen, fondern auch, daß ber Betrag berfelben uuabhangig von Steigen oder Kallen der Getreidepreife bleiben muffe. Rur über Diefen Di scheint noch einige Berschiedenheit ber Unfichten zu herrschen, und es wird un mehr zu munichen fenn, bag man fich über benfelben verftandigen tonne, w wenn einer oder der andere der Bundesstaaten bemfelben nicht beptreten gu ton glauben follte, es nicht zu verhindern fenn wird, daß die Rachbarftaaten bie ! torfion eintreten laffen, und alebann ber Zwed biefer Bereinbarung nur unv fommen wird erreicht werden tonnen. Es ift aber um fo mehr zu boffen, Dieser Punkt tein Sinderniß zu einer allgemeinen Bereinbarung werde, als Erfahrung noch des letten Jahres es bewiesen bat, daß die volltommenfte Ri beit Diefes Sandels die allererwunschteften Folgen gehabt bat. Diejenigen St ten namlich, die ben Sandel mit Lebensmitteln feiner Urt von 3mang un worfen baben, die Ausfuhr derfelben weder burch steigende Bolle, noch auf wiffe Musfuhrplate und auf gewiffe bestimmte Quantitaten bes Getreides befchra ten, baben nie Mangel gehabt; im Gegentheil, ber Boblstand Diefer Lande f fich febr bemertbar, und feste die große Daffe der Ginwohner in den Stand, foa Die fraftigften Maagregeln gur Unterftugung ber Urmuth gu nehmen. Diefes bie Erfahrung, die die Roniglich Danischen Staaten, und insbesondere Die Si gagthumer Solftein und Lauenburg machten; beren burch Ungludefalle mand Urt febr berabgekommener Boblstand, vorzüglich durch ben ihnen von der Red rung jugestandenen gang freven Sandel, ein neuce Leben begonnen bat.

6. 43.

Das Gesuch ber noch lebenden Individuen des Mainzer Er suiten: Fonds, um Verwendung, daß ihnen ihre Suste tations: Beträge don Seiten der Krone Württembe und der Fürstlichen Säuser Hohenlohe: Ingelfingen un Reuenstein ausbezahlt werden.

(58. Sip. S. 422. v. J. 1817.)

Württemberg. Der Königlich Bürttembergische Gesändte hat zwar ber 58. Sigung vom 22. December v. J. in der Sustentations : Angelegenh Proto. d.d. Bundesvers. V. Bb.

einiger Pensionare bes Mainzer Erjesuiten, und Schulfonds eine Erklarung abges legt, in welcher dargethan porden, daß ein Theil der an Burttemberg gemachten Anspruche, rechtlich nicht begründet sep, und ist diese Erklarung der Reklamations: Commission zur Begutachtung zugestellt worden: in Folge neuerer allerhöchster Befehle ward jedoch derselbe beauftragt, in Rucksicht der Geringfügigkeit des Gesgenstandes und des hohen Alters der Pensionare, zu besto schnellerer Erledigung bieses Reklamations: Gegenstandes zu erklaren, daß:

- 1) Die mit Unrecht an die Krone Burttemberg gemachte Forderung auf einen Pensionsbentrag aus Gnaden berucksichtigt und die in Anspruch genommene Rate den Reklamanten für die vergangene Zeit, wie für die Zukunft, als ein Gratial' ausbezahlt; und daß eben so,
- 2) Die Pensionsbentrage, wegen der unter Koniglich Burttembergischer Staats, bobeit gekommenen Kurstlich Sobenlohischen Besitzungen; namlich
 - a) für hohenlohe: Ingelfingen, wegen erhaltener Steuer: und Rammer: Res venuen; und
 - b) für Hohenlohe: Neuenstein, ebenfalls wegen erhaltener Steuer; und Rams mer : Revenuen;

vorbehaltlich des Regresses an die beyden betheiligten Fursten von Sohenlohe übers nommen werden sollen, und daß die erforderlichen Weisungen deshalb schon an die Finanzbehörde erlassen worden sind, wodurch also diese Angelegenheit, so weit sie Württemberg betrifft, ihre Erledigung erhalten haben durfte.

Hierauf wurde einhellig

beschlossen:

Diese ber Koniglich Burttembergischen Gesandtschaft zu verdankende Erklas rung ber Commission zur Begutachtung ber Privat Reklamationen zuzustellen. Beschwerbesache ber Rheinpfälzischen Staatsglaubiger 1 Besitzer ber Partials Obligationen Lit. D. Die Zahlu ber rudftandigen Zinsen und verfallenen Kapital betreffend.

(14. Sig. S. 69. 30. Sig. S. 192. 44. Sig. S. 355. 53. Sig. S. 398. 55. Sig. S. 1817. 3. Sig. S. 11. v. J. 1818.)

Baden. Die Großherzoglich Badische Gesandtschaft übergiebt, als Nitrag zu ihrer in der 3. Sitz. d. J. S. 11. abgegebenen Erklärung in der Beschwen sache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besitzer der Partial Dbligation Lit. D. die Zahlung der ruckständigen Zinsen und verfallenen Kapitalien betifend, eine « Rechts: Deduction, die Pfalzbaierische Staatsschuld Lit. D. betreffend worauf

beschlossen

wurde: biefelbe ber zur Begutachtung der Privat: Reflamationen ermabli Commission zum Bortrage zuzustellen.

§. 45.

Pensione:Angelegenheit bes herrn Furft:Bischofe, auch b Geiftlichen und Dienerschaft bes ehemaligen hochstif Bafel.

44. Siş. Ş. 350. 53. Siş. Ş. 396. 55. Siş. Ş. 403. v. J. 1817.)

Desterreich. Der Raiserlich Desterreichische Hof hat es sich zu ein eigenen Angelegenheit gemacht, bem in der 53. Sitzung v. J. auf den so einsichtsvol als grundlichen Vortrag des Königlich Hannoverischen Herrn Bundesgesandten r Martens, gefaßten Beschlusse, vollständig zu entsprechen, und der R. R. Gesandtsch ben der Schweizerischen Eidgenossenschaft den Auftrag zu ertheilen, in dem Sit des nach Anleitung jenes Vortrages gefaßten Beschlusses der hohen Bundest sammlung, sich nicht nur dahin fraftigst zu verwenden, daß die betreffenden Eit nossischen Kantone sich zur Uebernahme der aus der transrhenanischen Susten tions : Rasse bisher befriedigten Hochstift Vasel'schen Pensionisten verstehen, sond

von Bafel, hinsichtlich bes vormals zu Deutschland gehörenden Theils bes Hoche stiffs, gebührende Pension von 10,000 fl. tunftig ebenfalls berichtigt werden wolle.

Indem die R. R. Gesandtschaft die hohe Bundesversammlung von dieser ihrem Bunsche entsprechenden Einschreitung in Renntniß setzt, bezieht sie sich im übrigen auf den in der letten vertraulichen Sitzung bereits mitgetheilten Auszug der Depesche, welche der R. R. dirigirende Herr Minister der auswärtigen Gesschäfte, Fürst von Metternich, an den Raiserlich Desterreichischen Herrn Gesand, ten von Schraut hierüber erlassen hat.

Preu fen eröffnet: Die Ronigliche Gesandtschaft in Der Schweiz sen anges wiesen, Diese Bermenbung auf bas fraftigste zu unterftugen.

Sammtliche Stimmen vereinigten fich in bem

Daß die Einschreitungen des Raiferlich Desterreichischen und des Koniglich Preußischen Hofes zu verdanken und der Raiserlich Desterreichische prafidirende Herr Gesandte zu ersuchen sen, den mitgetheilten Auszug der Depesche diesem Protokolle anzufügen.

Der Raiserlich Desterreichische herr Gefandte entsprach biesem Bunfche, wor, auf der ermahnte Auszug dem Protofolle unter Zahl 9. bengelegt murbe.

9. 46.

Rurs und Oberrheinisches Rreis, Penfions : und Schulben: wefen.

(1. Siş. §. 8. 14. Siş §. 70. 15. Siş. §. 80. 28. Siş. §. 173 n. 74. 33. Siş. §. 219. 43. Siş. §. 344. 55. Siş. §. 409. v. §. 1817.)

Der Großherzoglich Medlenburg: Schwerin: und Streligische Herr Gesandte, Frenherr von Plessen: trägt die Gesuche des Johann Georg Dieze zu Mannheim, vormaligen General: Munzwardeins der Rheinischen Kreise (3. 325. v. J. 1817.) und des August von Mogen zu Gedern, Obersten des vormaligen Oberrheinischen Kreisregiments Karl Theodor von Baiern (3. 23. d. J.) vor, und erwähnt hinsichtlich des erstern:

Johann Georg Dieze habe wegen Bestloungs: Suthabens als ehemalic Rur: und Oberrheinischer Kreis: General: Munzwardein ben der Kreiskafe weite Anzeige gemacht, wie er in Gemäßheit des betreffenden Beschlusses vom 12. Poorigen Jahrs, sich an die Regierungen von Preußen, Baiern, Kurhessen, ben, Großherzogthum Hessen, Nassau und Balded, als nunmehrige Landedzert der ehemaligen Kreislande, gewandt habe, allein bis jetzt weder er, Supplitan noch sein in Wien privatisirender Sohn, der letzte General: Munzwardein begnadiget worden; mit irgend einer höchsten Entschließung über ihre Forderung begnadiget worden; weshalb denn Supplikant sich in dem Fall besande, abermaseine Bitte der hohen Bundesversammlung vorzutragen, um diese benden Ange genheiten von neuem in Schutz zu nehmen, und zu dem lange schon ersehnten Zieleiten zu wollen.

Der Obrist von Mogen hingegen, bringe nicht minder seine Pensions, Gol und Kapital, auch Zinsen, Ruckstände ben der ehemaligen Oberrheinischen Krei-Kasse dringend in Erinnerung.

Der Herr Referent macht in seinem Gutachten zuvörderst auf den Beschlaufmerksam, welchen die hohe Bundesversammlung auf das Gesuch des Johan Georg Dieze in der 28. Sitzung vorigen Jahrs gefaßt habe, und wiederholt di in Betreff bender Reklamations: Gegenstände, von Seiten der Großherzogli Badischen und der Fürstlich Waldeckischen Gesandtschaft in der 55. Sitzung vorig Jahrs zu Protokoll gekommenen Erklärungen. Letztere sen nicht nur den gerecht Erwartungen entsprechend, sondern es sinde sich auch darin der Weg angegebei auf dem allein eine Angelegenheit berichtiget und beendiget werden könne, welc die Fürsorge der Bundesversammlung immer mehr erfordere, je dringender solc durch den bisherigen Berzug erscheine.

Ueber eine frühere Reklamation bes Obristen von Mogen sen bereits in b 43. Sitzung vom 14. July vorigen Jahrs der Beschluß genommen worden, di die Herren Bundesgesandten der betheiligten Bundesstaaten bewirken mochter daß demselben einstweilen zu seiner Unterstützung angemessene Abschlagszahlung zugestanden würden, hiernachst aber waren der Koniglich Baierische und Kuhessische Herr Gesandte insbesondere ersucht worden, ben ihren Hofen darauf a zutragen, damit dieselben die baldmöglichste Einleitung zur definitiven Auseina

bersetzung bes Pensions: und Schuldenwesens der vormaligen Rur; und Oberrheis nischen Kreise unter den betheiligten Regierungen übernahmen, und der Bundes; versammlung seiner Zeit hiervon Kenntniß gaben. Unter diesen Umständen werde ben der Verschiedenheit der hohen Theilhaber und ben der Verwicklung des Gegen; standes die baldigste und leichteste Beendigung desselben nur dann zu bewirken senn, wenn die Bundesversammlung ihrem gedachten Beschlusse von der 43. Sitzung vorigen Jahrs weitere Folge geben mochte, daher nach der getrossenen Einleitung den Betrieb und die endliche Auseinandersetzung dieses Pensions; und Schuldens wesens überhaupt durch einen weitern Schluß auf das dringendste anempsehle, und die Herren Gesandten von Baiern und Kurhessen an die nothigen und ungessaumten Mittheilungen dieserhalb nochmals erinnere.

Der Koniglich Baierische Herr Gesandte außerte hierauf, daß er täglich ber Ernennung bes Koniglichen Bevollmächtigten zu Diesem Geschäfte entgegen sebe.

Der Rurheffische Berr Gesandte bemerkte, daß der Rurheffische Bevolls machtigte bereits ernannt sen, und nur die Ernennung des Koniglich Baierischen erwarte, um mit demfelben zusammen zu treten.

6. 47.

Worstellung von Reinhard zu Muhlbach ben Eppingen, Die Nachtheile ber Condominial: Berhaltniffe in dem Martt: fleden Rurnbach betreffend.

Der herzoglich Holftein Dloenburgische, Unhalte und Fürstelich Schwarzburgische herr Gefandte, von Berg: giebt Kenntnis von der, Zahl 99. vorigen Jahrs eingegangenen Borstellung von Reinhard, zu Mühlbach ben Sppingen, die Nachtheile der Condominiale Berhaltnisse in dem Marktesteden Kurnbach betreffend, und bemerkt:

Rurnbach sen ehebem zwischen Burttemberg und heffen ungleich getheilt gewesen. Der Burttembergische Untheil mare 1811. durch Tausch an Baden gekommen. Der Berkehr des Orts solle darunter leiden, und die Berschiedenheit der Gesetzgebung und Verwaltung werde gleichfalls als nachtheilig einwirkend geschildert. Der Herr Referent, wissend daß die Herren Gesandten der betreffenden E von dieser ohne Zweisel wohlgemeinten Vorstellung Kenntniß genommen, i überzeugt, daß sie in keiner Beziehung fur den Wirkungskreis dieser hohen Lammlung geeignet sen, habe geglaubt, daß es immer noch Zeit senn werde, dara wie hiermit geschehe, anzutragen, daß sie als einer Resolution nicht bedurft zu den Akten genommen werde.

§. 48.

Forderungen an die ehemalige Reichsoperations: Raffe.

(5. Sig. §. 20. 14. Sig. §. 68. v. J. 1816. 8. Sig. §. 35. 20. Sig. §. 109. 27. Sig. §. 162. 29. Sig. §. 181. u. 182. 32. Sig. §. 212. 39. Sig. §. 281, 282, 283, 284. 43. Sig. §. 345. v. J. 1817.)

Ebenderselbe: bringt nachfolgende Vorstellungen, welche Forderungen bie ehemalige Reichsoperations Rasse betreffen, zur Kenntniß der hohen Bund versammlung, als:

Zah	í 2 40.	v.	3.	1817.	1) Bon Elisabetha Dorn, verebelichte Rrager,
					Mainz, wegen Zimmermannsarbeit, 847 fl. 3
•	262.	»	»	*	2) Bon bes Maurermeisters Balger Bittme, ju Die wegen 1,590 fl. 40 fr.
>	281.	»	»	>>	3) Von der Wittwe des Obersten Lingier zu Main mit 928 fl. 333 fr.
>	305.	»	»	>	4) Von ben Burgern Liebert und Cordel zu Plippsburg, mit 2,309 fl. 4\frac{410}{45} fr.
*	314.	»	»	.	5) Von dem Obersten, Frenherrn von Wimme mit 765,464 fl. $42\frac{1}{2}$ fr. und 185,235 fl. 9 Zinsen, bis Ende August 1802. nebst ferne Zinsen.
>	318.	»	>>	»	6) Bon bem Raufmann Remy hieselbst, wieb holtes Zahlungsgesuch von 78,115 fl. 16 fr.
*	319.	»	>	>	7) Von den Erben bes Nagelschmidts Scholl

Thal : Chrenbreitstein, mit 2,940 fl. 43 fr. u

von bem Drehermeister Tintti baselbst, mit 472 fl. 29 fr.

3ahl 326. v. J. 1817. 8) Bon bem Solzlieferanten Reiff von Sofeles, bep Stadt Gronach, mit 948 fl. 8% fr.

3. » * 1818. 9) Bon bem Gisenhandler Hagen zu Mainz, mit 952 fl. 57% fr.

Der Herr Referent bemerkt: da aus einigen Vorstellungen die Mennung hervorleuchte, daß die Annahme folder Forderungen auch ein Anerstenntniß der Berpflichtung, sie zu befriedigen, enthalte; so werde es nicht überflüßig senn, die Bemerkung zu wiederholen, welche ben dem ersten Vortrage über diesen Gegenstand gemacht und gebilligt worden sen, daß wenn an die Gesammtheit des Bundes eine Forderung gemacht werde, deren Rechtsgrund sich nicht sofort als unrichtig und unerheblich darstelle, der Fall zur Berichtsers stattung und Einholung bestimmter Instruktionen geeignet sen. Die nach und nach immer zunehmende Zahl der Gläubiger der ehemaligen Reichsoperations Rasse habe den Wunsch veranlaßt, vor der Berichtserstattung eine Uebersicht der Privats Forderungen zu erlangen; es sen auch deßhalb vorläusig eine Sammlung der sie betressenden Vorstellungen angelegt worden, woben es sich von selbst verstehe, daß die Aufnahme in dieselbe kein größeres Recht gebe, als ohnehin schon vors handen sen moge.

Unter allgemeiner Zustimmung zu biefer Bemerkung, wurde befch loffen:

Diese Eingaben zu ben übrigen Forderungen an Die vormalige Reichsoperas tions Raffe zu legen.

6. 49.

Wiederholte Borstellung des Forstbereiters Thielmann und der Bauer'ichen Erben zu Mockstadt, eine Schuldforde, rung an das vormalige Großherzoglich Frankfurtische Departement Fulda betreffend.

(18. Sis. § 99. v. J. 1817.)

Chenberfelbe: legt die, Babe 304. v. J. 1817. eingekommene Borftels lung bes Forstbereiters Thielmann und ber Bauer'schen Erben zu Modftadt,

eine Schuldforderung an das vormalige Großherzoglich Frankfurtische Departem Fulva betreffend vor, und bemerkt: die Supplikanten hatten bereits im Febr vorigen Jahrs eine Vorstellung wegen der von Rurhessen verweigerten Zahlt der Zinsen von ihren auf dem von Huttenschen Grund haftenden Kapitalien ein reicht. Die Forderung rühre von einem Darleihen an den ehemaligen Rittercan Mittelrhein her. Da hier weder der Reichsdeputations Schluß von 1803. n der Urt. 15. der Bundesakte Unwendung sinden könnte, so sehen die Supplikan durch den Beschluß vom 13. März v. J. mit ihrem hieher nicht gehörigen Gesu abgewiesen worden.

Sett zeigten fie an, fie hatten fich mit ihrem Gefuch, um Uebernahme jei Ravitalien und Bestimmung eines gewiffen Schuldners, an Die Beborbe berjenie bochften Sofe, welchen bas Departement Fulva übergeben morben, gewendet; alle Die Supplifanten beriefen fich abermals auf Die Garantie ber 31 Besten ber Staatsglaubiger im Reichsbeputations: Sauptichlug von 1803. enth tenen Bestimmungen, und wohl mochten auch ihnen die Grundfate ber Gere tigfeit, worauf Diefelben beruhten, billig zu Statten tommen. Allein fur b porliegenden Kall fenen fie nicht ertheilt, und es fonne baher die Competenz Diel boben Berfammlung aus ber in bem 15. Artitel ber Bundesafte übernommen Garantie nicht abgeleitet werden. Gine Recht ever weigerung aber batt Die Supplitanten nicht bescheinigt, und es fen billig zu vermuthen, bag zufälli Binderniffe Die von ihnen nachgesuchte Entschließung verzogert hatten. Der Be Referent glaube baber, bag bem frubern Befdlug lediglich zu inhariren fen. Goll indeffen eines oder bas andere Mitglied Diefer Versammlung, gur Beruhigung b Supplifanten, einige Aufflarung ber Gache gum Protofoll geben tonnen, murbe foldes um fo erwunschter fenn, je mehr bas Schickfal fo vieler Staat alaubiger, welche durch die Folgen politischer Beranderungen leiden, Theilnahn verdiente.

Hierauf eröffneten die herren Gesandten der betheiligten Regierungen: b zur Ausgleichung der Fuldaer Departemental: Lasten niedergesetzte Commission welche aus Bevollmächtigten von Desterreich, Preussen, Baiern, Rurhessen un Sachsen: Weimar: Gisenach bestehe, habe sich seit dem 12. Januar d. J. wiede versammelt und setze wirklich ihre Arbeiten fort, weswegen also die Bittsteller a erwähnte Commission, bamit biese ben rechtmäßigen Schuldner ber angebrachten Forderung ausmittle, zu verweisen seven.

Unter allgemeiner Buftimmung wurde bemnach

Den Forstbereiter Thielmann und die Bauer'schen Erben zu Modstadt mit ihrer Schuldforderung an die gemeinschaftliche Commission zu Fulda zu verweisen.

Beforderungsgesuch ber ehemaligen Rurpfalzischen Erbpach: ter ber Grafenauer: und Demshofe.

(31. Sig. S. 200. 37. Sig. S. 260. v. J. 1817.

Eben ber felbe: erstattet Vortrag auf das, Bahl 309 v. J. 1817. und 22. v. J. 1818. erneuerte Gesuch der ehemaligen Rurpfälzischen Erbpachter der Grafe, nauer, und hemshofe, und aussert:

Im December 1793. senen die auf dem linken Rheinufer, in der Rabe von Mannheim, liegenden Grafenauer; und hemshofe ben dem Anruden des franzosischen Heeres, auf Verfügung des Kurpfälzischen Commandanten zu Mannsheim niedergebrannt worden. Die Besitzer dieser Sofe, bis jest ohne Entschädisgung geblieben, hatten sich an diese hohe Versammlung gewendet, und auf den in der 31. Sitzung v. J. erstatteten ausführlichen Vortrag, habe dieselbe der Lage der Sache angemessen gefunden, die herren Gesandten der an der Rheinpfalz bestheiligten Souveraine zu ersuchen, über die angebrachte Reklamation an ihre hochssten hofe Vericht zu erstatten, und falls sie nicht vorziehen würden, durch eine gemeinschaftliche Uebereinkunft die Reklamanten klaglos zu stellen, denselben den Weg zu einer gerichtlichen Untersuchung und Entscheidung zu eröffnen.

Die Reklamanten baten, nach bem Ablauf mehrerer Monate, um die Bes forderung diefer Angelegenheit, und es durfte wohl kein Bedenken obwalten, dies felbe ben betreffenden hochsten Sofen durch beren Berren Bundesgesandte zu empfehlen.

Unter allgemeiner Zustimmung wurde hierauf

Daß den herren Bundesgefandten der betheiligten Regierungen das Gefuch ber ehemaligen Rurpfalzischen Erbpachter ber Grafenauer; und hemshofe wieders

holt zur Beforderung, nach dem Beschlusse in der 31. Sitzung vorigen Jaf empfohlen werde.

6. 51.

Vorstellung bes Rittmeisters von Altrodin Berlin, ben geg ihn im Großherzogthum Medlenburg: Schwerin erkai ten Concurs betreffend.

Sbenderfelbe: giebt Renntniß von der unter Zahl 313 v. J. 1817. e getragenen Borstellung des Rittmeisters von Altrod zu Berlin, den gegen ihn Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin erkannten Concurs betreffend, und ausse

Gegen ben Reflamanten fen von bem Berzoglichen Sof: und Landgericht Buftrow im Jahr 1810. Der Concurs erfannt worden, und mehrere von i felbft bengebrachte Aftenftude bewiesen, daß Diefes Bericht Daben mit Schonu gu Berte gegangen, bag ber Landesherr, an ben er fich gewandt hatte, felbft ! ibn fich intereffirt, nur zu Gingriffen in ben Rechtsgang fich nicht habe bring laffen wollen, und daß die Regierung, an welche feine Beschwerden, ale vor gehorig, verwiesen worden, dieselbe genau gepruft, daß fie durch die Berhort cenz mehrerer Glieder bes Buftromfden Berichtehofes von Seiten bes Reflame ten fich veranlagt gefunden habe, Die Gache ber Juftigkanglen zu Roftod zu ub tragen, und daß überall im Wege Rechtens verfahren fen. Der von Altr molle aber aus dem landesberrlichen Titel, welchen die Medlenburgischen Ober richte in ihren Ausfertigungen zu gebrauchen pflegten, bas Gegentheil und eine feinem Debitmefen vorgefallene Rabinetsjuftig ableiten, und Darauf sowohl, auf ben, nach Erlofchung ber Reichsgerichte eingetretenen Mangel eines oberfi Gerichtshofes im Großherzogthum Medlenburg Die Competenz Der Bundesv fammlung begrunden, welche er bitte:

- 1) Ginen schon von seinem Bater gegen die Herzogliche Domainen : Ra mer ben bem Reichskammergericht in erster Instanz gewonnenen Proces zur ent chen Erledigung zu befordern;
- 2) Se. Königliche Hoheit den Großherzog von Medlenburg: Schwerin r gen des erkannten Concurses zu einer Entschädigung von wenigstens 100,000 Rt N. 3; und

3) Zu einer ernstlichen Verfügung an das hof, und Landgericht zu Guftrow zur Realistrung bes in feinem Concurs ergangenen rechtstraftigen Prioritate, Ur, theils ohne Weiterung und Rosten zu vermogen.

Der herr Referent erorterte in feinem Gutachten, bag Rittmeifter von Alte rod burch bie von ihm bengebrachten meiftene Driginal Aftenftude bie formliche gerichtliche Betreibung feines Debitwefens felbft bewiefen habe, daß alfo bier von einer Rechteverweigerung bie Rede gar nicht fenn fonne, auch bem Mangel eines bochften Gerichtshofes bis zur Ginrichtung bes Medlenburgifchen Dberappellas tionegerichte, durch andere zwedmäßige Mittel abzuhelfen fen, und nach ber Bers ficherung bes Großherzoglich Medlenburgifchen herrn Gefandten, in bagu geeige neten Fallen jederzeit ohne Schwierigkeit abgeholfen werde, übrigens dem von Alte rod ichon unterm 25. April 1813 bie landesherrliche Resolution geworben, bag er mit ben mancherlen Querelen und Recurfen, welche er in feinen Angelegenheis ten gegen die Landesgerichte wiederholt ben bem Landesherrn unmittelbar anges bracht, an die Regierung als vorgefette Beborbe verwiefen fenn folle, ben melder er alles gebuhrende Behor und Remedur finden werde, fobald felbige genugfam Es fen baher nicht abzusehen, aus welchem Grunde biefe hohe begrundet fenen. Berfammlung fich berechtigt erachten tonnte, bem Befuche bes Rittmeiftere von Altrod in irgend einer Art zu entsprechen, uud ber Berr Referent glaube vielmehr barauf antragen ju muffen, bag berfelbe ab ; und an ben orbentlichen Beg Reche tens zu verweisen fen.

Unter allgemeiner Bustimmung zu dem Antrag, wurde hierauf

Daß ber Rittmeister von Altrod zu Berlin mit seiner Beschwerbe, ben gegen ihn im Großherzogthum Medlenburg: Schwerin erkannten Concurs betreffend, ab; und in ben ordentlichen Weg des Rechtens zu verweisen sep.

Bitte mehrerer Staatsglaubiger des ehemaligen Fürstenthu Fulda um Einschreitung der Bundesversammlung : Beforderung der Regulirung des Schuldenwesens d ses nun getheilten Staates durch die angeordnete Augleichungs: Commission.

Ebender selbe: legt die, Zahl 321. v. J. 1817 eingetragene Bitte v welche mehrere Staatsgläubiger des ehemaligen Fürstenthums Fulda um Einschlung der Bundesversammlung zur Beförderung der Regulirung des Schuldenr sens dieses nun getheilten Staates durch die angeordnete Ausgleichungs: Comn sion angebracht haben; und ist der Meynung, daß insofern die Forderung der hier ausgetretenen Staatsgläubiger von Darleihen oder andern Verpstichtigen des ehemaligen Hochstifts Fulda herrührten, diese vermöge des 15. Artist der Bundesakte unter der Garantie des Bundes ständen, und die Bundesversam lung daher so ermächtiget, als verpstichtet sen, densenigen, welche diese Garan anriesen, zu Hülfe zu kommen. Der Herr Reserent trug, unter obiger Vorassetzung, also darauf an, die an dem ehemaligen Hochstift Fulda theilnehment höchsten Höse durch ihre Herren Bundesgesandten um möglichst baldige Erledigu dieser sur das Wohl so vieler Privatpersonen wichtigen Angelegenheit zu ersuch

Die Herren Gefandten, deren Regierungen an dem ehemaligen Departem Fulda betheiligt sind, beriefen sich wie in dem obigen S. 49. darauf, daß die Co missions. Verhandlungen zur Auseinandersetzung des so sehr verwickelten Passe Standes von Fulda seit dem 12. Januar d. J. wieder begonnen hatten, und il Regierungen es sich angelegen seyn liesen, dieselben zu beendigen.

.Es wurde daher

beschloffen:

Die Fuldaer Staatsglaubiger an die Ausgleichungs Commission in Fulda weisen.

Borftellung bes Furftlich Naffau, Saarbrudischen Reitfnechts Jacob Sarig, bes Nitolaus Weber und bes Nito laus Braun, Penfionsforderung betreffend.

Eben der selbe: legt die, Zahl 351. vorigen Jahres exhibirte Vorstellung bes Fürstlich Nassau-Saarbruckischen Reitfnechts Jacob Harig, des Nikolaus Besber und des Nikolaus Braun, Pensionsforderung betreffend, vor und erwähnt:

Die Supplikanten stellten vor, daß sie in Diensten des letzten Fürsten von Rassau: Saarbrucken gestanden; daß sie, nach dessen Testament, und überhaupt wie alle übrigen Hof:, Militar: und Staatsdiener eine Pension zu fordern berechtigt, daß diese auf den Entschädigungslanden hafte, und mithin Seine Hochfürstliche Durchlaucht, der Herzog von Nassau, als Erbe dieser Lande, zu deren Entrichtung verpflichtet sen; sie hatten aber vergeblich darum gebeten, wie sie durch eine unterm 20. August vorigen Jahrs ihnen gewordene Ministerial: Resolution bescheinigten. Sie riesen daher die Hulfe der Bundesversammlung an, um durch deren Verfügung die gewünschte Pension zu erhalten.

Der Berr Referent bemerkt hierauf:

Der Mannsstamm des Sauses Saarbruden sen im Jahre 1797. erloschen. Schon damals also hatte den Supplikanten die Pension, worauf sie Anspruche zu haben geglaubt, bewilligt werden sollen. Es sen nicht geschehen. Sie sprachen nun von einem kammergerichtlichen Urtheil, welches durch das Zusammensturzen bes Reichs fruchtlos geworden sen.

Sollte ein folches Urtheil fur fie gegen Nassau vorhanden senn; so ware nicht zu zweifeln, daß Seine herzogliche Durchlaucht zu Rassau dasselbe entweder befolgen oder ein weiteres gerichtliches Berfahren eintreten lassen wurden, wie denn überhaupt den Supplikanten die Befugniß, ihre Unsprüche im Wege Rechtens vor den Landesgerichten zu verfolgen, nicht werde abgesprochen werden konnen.

Da hier nicht von den Dienern eines Regenten die Rede sey, über dessen Lande zur Entschädigung Underer, von Raiser und Reich verfügt wurde, mithin der S. 59. des Reichsdeputations : Hauptschlusses von 1803. keine Unwendung finde; so muffe Referent die Competenz dieser hohen Versammlung fur nicht grundet halten, und mithin auf Abweisung ber Supplikanten antragen.

Einverstanden mit dem herrn Referenten, wurde hierauf befchloffen:

Die Bittsteller mit ihrem Gesuche abzuweisen.

§. 54.

Einreichungs: Protofoll.

Das Einreichungs : Protofoll wurde verlesen und die neuesten Eingaben vi Zahl 25. bis 33. ber Reklamations . Commission zuzustellen beschlossen.

Die Verfammlung gieng hierauf zur vertraulichen Besprechung über.

Folgen die Unterschriften.

Berzeichniß ber Eingaben.

Fortsetzung bes Ginreichunge: Protofolls von Dro. 25 bis 33.

Nro. 25. Eingereicht den 16. Februar 1818.

Dr. Ehrmann in Frankfurt als Bevollmächtigter bes Geldwechslers Sel Abraham hilzheimer in Braunschweig: überreicht eine Borstellung und bitet um gnädigste Berfügung an die hohe vormundschaftliche Regierung biherzogthums Braunschweig, daß bem Reklamanten der Gebrauch d Rechtsmittels der Akkenversendung in Gemäßheit der deutschen Bu besakte gestattet werde.

Nro. 26. Eingereicht den 16. Februar.

Philipp Wilhelm Schreiber, Bevollmächtigter ber Bestphälischen D mainenkäufer in Kurhessen: übergiebt eine Borstellung und bittet weg Aufstellung der Grundsätze über die Regulirung dieser Angelegenhe bas Röthige hochgeneigtest zu veranlassen.

Nro. 27. Eingereicht den 18. Februar.

Dr. hippe zu Frankfurt als Bevollmächtigter bes Ludwig Jakob Ziegler vomaligen Großherzoglich Frankfurtischen Inspectors ber indirecte Steuern im Fürstenthum hanau: bittet um die hohe Berwendung ben Schniglichen Hoheit bem Kurfürsten von heffen, bag dem Reklamanten b

ungegestorte Fortgenuß seines gangen jahrlichen Gehalts nebst ten Emolumenten ju 2814 fi 94 fr. fure Berfloffene und Zutunftige belaffen werbe.

Nro. 28. Eingereicht ben 19. Februar Philipp Baumuller in Luzern, Altverwalter ber ehemaligen Deutsche Orbens Commende histirch in der Schweiz: überreicht eine Beschwerde gegen ben Kanton Luzern in Betreff seiner Besoldungs, Bertürzung, und bittet um die hohe Berwendung, daß seinen rechtmäßigen Insprüchen auf den Rückfand vom Jahr 1810. bis 1818., welche, nach Abzug des Erhaltenen 5000 fl. rhein. betragen, Genüge geleistet, und ihm für die Zukunst die auf jährs lich 1082 fl. 50 fr. bestimmte Pension von der Regierung Luzern pünktlich ausbes zahlt werden mögte.

Nro. 29. Singereicht ben 11. Februar. Franz Philipp Rreder, vormaliger Reichstammergerichts . Tax . Eins nehmer in Weglar: bittet um Berwilligung ber Bezahlung feiner bepben Rammerziel . Semester im Gesammtbetrage von 342 fl.

Nro. 30. Eingereicht ben 21. Februar. Friedrich Heinrich Affmann, Pedell bes ehemaligen Reichstammergerichts in Beglar: bittet, ihm wegen ber nicht wohl möglichen Abanderung ber Penfione-Regulirung, ein angemessenes Aversional-Quantum zu seiner höchste nothburftigen Lebsucht ein fur allemal gnabigst anweisen zu lassen.

Nro. 31. Eingereicht ben 22. Februar. Freyherr von Wollwarth Königlich Burttembergischer General-Lieus tenant, Ritter bes Deutsch-Orbens und Commenthur ber ehemaligen Ballen Rieder-Sachsen in Stuttgart: übersendet eine nachträgliche Erklärung, seine Pensions-Reklamation betreffend.

Nro. 32. Eingereicht ben 23. Februar.
Johann Friedrich Reitemeier, Königlich Danischer Etaterath in Riel: überreicht der hohen Bundesversammlung seine Schrift: «Der Bürgervertrag für die Justiz, Staatshülfe und Finanzpflege mit der Standes verfassung in den germanischen Ländern.»

Nro. 33. Eingereicht ben 23. Jebruar.
Johann Friedrich Reitemeier, Roniglich Danischer Etaterath in Riel: überreicht ber hohen Bunbesversammlung seine Schrift, unter ben Titel: «Das-Bunbesgericht fur Staaten und Regenten.»

3 w blfte Sipung.

Am 26. Februar 1818. War eine vertrauliche Sizung.

Dreyzehnte Sigung, Geschehen, Franksurt den 2ten Marz 1818.

In Gegenwart Aller in der eilften Sigung Anwesenden.

Enhalt. §. 55. Er flärung von Preussen über den gegenfeitigen freven Bitehr mit den nothwendigsten Lebensmitteln in den deutschen Bundsstaaten. §. 56. Abstimmungen von Preussen, Baiern, dem Königre Sachsen, und der 15ten Gesammtstimme wegen Uebernahme der Garctie der neuen Mecklenburgischen Berordnung über die Mittel u Bege der rechtlichen Entscheidung in streitigen Fällen über die La desverfassung; desgleichen Erklärungen von Baiern und Sachsen die La desverfassung; desgleichen Erklärungen von Baiern und Sachsen die Küllung des XIII. Arritels betreffend. §. 57. Erklärung von Bürtte berg über die staatsrechtlichen Berhältnisse der mediatisirten vorm ligen Reichsstände und die Erfüllung des XIV. Arritels der Bundesat §. 58. Antrag über das Gesuch der noch lebenden Individuen des Mainzer Erzesuit Fonds. §. 59. Anzeige des vormals Großberzoglich Frankfurtischen Mistär, Schneil Berat, wegen erhaltener vollkommener Bestriedigung von Seiten der freyen Starntfurt. §. 60. Antrag über das erneuerte Gesuch der Erben der Mitgliei Mrotot. d. d. Bundesvers. V. 38.

bes ehemaligen St. Peterfiftes ju Frislar, wegen eines Penfions Rudftandes bon Aurheffen. §. 61. Antrag über bas Gefuch bes ehemaligen Rotars, Fr. Förfter ju Frislar, um eine Penfion von Aurheffen. §. 62. Vorlegung eines Plans ber Buns besfe ft ung Maing, von dem herzoglich Raffauischen Architekten und Bibliothekar Hundeshagen. §. 63. Reue Eingaben.)

§. 55.

Gegenseitiger frener Bertehr mit ben nothwendigften Lebens, bedurfniffen in ben beutschen Bundesstaaten.

(29. Sig. S. 180. 32. Sig. S. 209. 36. Sig. S. 243. 37. Sig. S. 258. 38. Sig. S. 269. 39. Sig. S. 278. 40. Sig. S. 293. 41. Sig. S. 319. 43. Sig. S. 337. v. J. 1817. 9. Sig. S. 34. 11. Sig. S. 42. v. J. 1818.)

Ireussen. Die Preussische Regierung ist immer überzeugt gewesen, daß ber frene Berkehr unter allen Bundesstaaten, und die Aufhebung der Fruchtsperre im Innern Deutschlands, dem Geiste der Bundesakte angemessen, und den Grunds sägen einer liberalen Berwaltung vollkommen entsprechend sey.

Sie hat in dieser Hinsicht, unaufgefordert, ihre Ueberzeugung durch das gute Benspiel bethätigt, daß sie schon mahrend des vorjährigen Rothstandes die Sperre nur als Repressalie gegen solche Staaten, welche sich gegen sie zu ähnlichen Maasregeln veranlaßt geglaubt hatten, verfügt hat, und sie hat daher auch keinen Anstand genommen, die Gesandschaft zu ermächtigen, schon in der 40. vorjährigen Sitzung, dem in der 32. Sitzung in Antrag gekommenen Commissionsvorschlage, wegen einer unter allen Bundesstaaten zu schließenden allgemeinen Uebereinkunft über die Frenheit des Verkehrs mit Lebensmitteln, unbedingt mit dem Wunsche benzutreten, daß man sich auch noch besonders in Betress der hohen Ausfuhrzölle und Mauthen, die einem Verbote gleich kommen, über billige Grundsätze verkeinigen wolle.

Die Gesandtschaft ift nun, zufolge bes zulett in ber 43. Sigung angenome menen Beschlusses:

- « Daß man über bie feche Puntte, bie zuerft biefer allgemeinen Uebereins
- « tunft jum Grunde ju legen fenn murben, entscheidende Inftruktionen
- « einholen wolle; »

wiederholt angewiesen, unter Boraussetzung ber Benftimmung ber übrig Bundesstaaten, mit Bezug auf das schon früher abgelegte Botum die b fällige Er flarung ihres Allerhochsten Hofes in der Art zu bestätigen, daß

Da nach bem bereits bestimmt zu erkennen gegebenen Bunsche einer sold allgemeinen Bereinigung über jene sechs Punkte, Die baldige Beseitigt ber noch vorliegenden Schwierigkeiten zu erwarten sen, auch die Preussis Regierung ihre Mitwirkung zu diesem Zwede, insofern es deshalb auf ankomme, nach Thunlichkeit versichern wolle.

§. 56.

Großherzoglich Medlenburg: Schwerin: und Strelitische B ordnung über die Mittel und Wege, um ben streitig Fällen, in Angelegenheiten, welche die Landesverf fung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelange auch die Erfüllung des 13. Artikels der deutschen Bi desakte betreffend.

(58. Sig. \$.416. v. J. 1817. 7. Sig. \$.26. 9. Sig. \$.32. 11. Sig. \$.41. v. J. 1811

Preussen. Ben der besondern Theilnahme, welche des Konigs von Pre sen Majestat dem Fortgange landständischer Einrichtung im Umfange Deutschlas widmen, haben Sie aus der, der Bundesversammlung mitgetheilten Berordni der Großherzoglich Medlenburgischen Hofe vom 28. November v. J. nur Bergnügen den Standpunkt ersehen können, bis zu welchem dieser Gegenste in den benderseitigen Landen vorgerückt ist, in welcher Gesinnung demnach Albichstoieselben Ihr vollkommenes Einverständniß erklaren lassen, daß nach tin Uebereinkunft mit den Ständen hinzugefügten Antrage, der Inhalt gedach Berordnung von Seiten des Bundes dahin garantirt werde:

« Daß alle Bestimmungen berselben, in welchen auf ben Bundestag Be; « genommen ift, jederzeit aufrecht erhalten werden sollen. »

Baiern. Der Antrag des Großherzoglich Medlenburgischen Herrn Bi besgesandten, welcher in der 58. Sitzung vorigen Jahres gemacht wurde, umfi zwer Gegenstände: 1) Die Unzeige von der Großherzoglichen Berordnung vom 28. November vorigen Jahres über die Art, wie allenfallfige Streitigkeiten mit den Landsständen durch Compromisse bengelegt werden sollen, mit bengefügtem Austrage auf die Garantie des Bundes.

hieruber tritt Baiern ber Mehrheit ben.

2) Die allgemeine Anregung bes Vollzugs bes 13. Artifels ber Bunbesakte. Bas biesen gemeinwichtigen Gegenstand betrifft, findet sich der Roniglich Baierische Gesandte in den Stand gesetzt, Folgendes zu erklaren:

Die schnell sich folgenden politischen Ereignisse hatten verhindert, daß die in der Baierischen Verfassungs; Urkunde vom 1. Man 1808. vorgezeichnete Natio, nal: Repräsentation nicht zur Vollziehung gebracht werden konnte, und als die Begebenheiten des Jahres 1813. und 1814. eine veränderte Gestaltung Deutsch; lands herbenführten, bedurfte es ben Seiner Majestät dem Konig keines andern Aufrufs, als des Ihrer eigenen landesväterlichen Gesinnungen, um diesen Vershältnissen Ihre volle Ausmerksamkeit zu widmen.

Sie beriefen schon im September 1814. eine Bersammlung, aus ber Zahl der vorzüglichsten-Staatsbeamten gewählt, deren Aufgabe es war, die Constitution vom Jahre 1808. und die in Folge derselben erlassenen organischen Sdicte einer genauen Prüfung zu unterwerfen, die zeitgemäßen Abanderungen vorzuschlagen; und die hiernach geformte neue Berfassungs: Urkunde sowohl, als die hierauf sich gründenden Gesetze und Anordnungen zu bearbeiten.

Sie waren durch die fortgesetten Bemuhungen dieser Versammlung, und durch die von Seiner Majestat hierauf gefaßten Beschlusse bereits zur Rundmaschung gereift, als derselben abermals hindernisse in den Beg traten.

Diese ergaben sich theils durch die im Laufe des Jahres 1816. vorgefallenen Territorial. Beranderungen, durch welche selbst ganz heterogene Glemente in den Staatstorper gebracht wurden, theils durch die Ungewisheit über die Bestimmung des tunftigen Zustandes der ehemals unmittelbar gewesenen Fürsten und Grafen, dann des vormaligen Reichsadels, welche mit der standischen Verfassung in so engem Zusammenhange steht.

In bemjenigen Theile bes Reichs, wo bieses lettere hindernis nicht obwaltet nahmen Seine Majestat keinen Unstand, einstweilen wenigstens die, auch in de vorigen Jahr wieder versammelten Kreisstande einzuberufen.

Allerhöchstoieselben haben in einer Verordnung vom 2. Februar vorigen Jah wiederholt Ihren festen Willen ausgesprochen, eine Reprasentation zu begründen welche geeignet sen, das Vertrauen des Volkes und die Kraft der Regierung i sich zu vereinigen.

In Folge bessen haben auch Seine Majestat, sobald ber Staatsrath sein vollständige Bildung erhalten hatte, Ausschusse aus dessen Mitte angeordnet und demselben die Revision der Edicte über das Semeindewesen, über die gut herrlichen Rechte und die Gerichtsbarkeit, über die Errichtung der Majorate ur Familien: Fideicommisse, Gegenstände, die auf die Grundlage jeder ständische Verfassung die engste Beziehung haben, dann die Organisation des in den Kreise herzustellenden Landraths, so wie überhaupt die Vollendung der Arbeiten über dkunftige Verfassung des Reichs durch die allerhochste Verordnung vom 7. Jur vorigen Jahrs übertragen.

Wahrend dem haben Seine Majestat Die Verhaltnisse ber ehemals unmittelbe gewesenen Reichsstande und des Reichsadels nicht aus den Augen verloren, sonder die, wie man hoffen darf, befriedigende Feststellung ihres Zustandes ist dergesta vorbereitet, daß man in Balde dem Resultat entgegen seben darf.

Wenn aber schon auf sammtliche diese Gegenstände die angestrengteste Mul verwendet wird, so konnten doch die hierauf Bezug habenden Arbeiten noch nid zu jener Vollendung gebracht werden, ohne welche sich die Einführung einer solide Verfassung nicht wohl denken läßt.

Ben diesen Vorbereitungen und den wiederholt und laut erklarten Gesinnut gen Seiner Majestat kann man indeß mit voller Beruhigung den Zeitpunkt e warten, an welchem Allerhöchstdieselben Sich in den Stand gesetzt finden werder eine der eigenthumlichen Lage und den Verhaltnissen Ihrer Staaten angemesser landstandische Verfassung in Wirksamkeit treten zu lassen.

Kon igreich Sachsen. Ueber die in der 58. Sigung vorigen Jahrs vo der Großherzoglich Medlenburgischen Gesandtschaft vereinigt geschehenen Antrage ist diesseitiger Gesandte befehligt, folgendermaßen abzustimmen:

Seine Ronigliche Majestat sind zufrieden, daß von dem deutschen Bunde die Aufrechthaltung der in der Großherzoglich Medlenburgischen Patent Berord, nung enthaltenen, auf den Bundestag Bezug habenden Bestimmungen, so wie sie Art. II. Ar. 2. III. IV. und XII. ausgedrückt sind, zugesichert werde. Benn dagegen, nach dem Eingange und dem Schlusse der erwähnten Patent Berord, nung, dieselbe nur so lange ihren Werth und Wirfung behalten soll, bis in Bezug auf die Aufrechthaltung der Landesverfassungen allgemein gultige Bestimmuns gen und Einrichtungen auf dem Bundestag getroffen seyn wurden; so konnen Se. Ronigliche Majestät dieser letzern Voraussehung nicht beppflichten, halten Sich auch überzeugt, daß die Bundesglieder mit Ihnen der Meynung sind, daß ein Besugniß des Bundestags zu dergleichen allgemein gultigen Einrichtungen weder in dem Bundesvertrage, noch in dem am 12. Juny v. J. in der 34. Sitzung ans genommenen Competenz, Provisorium begründet und um so weniger vorauszussehen sein sehn sie badurch der Souverainität der Bundesfürsten und ihrer Unabhäns gigkeit wesentlicher Eintrag geschehen wurde.

In Unfehung bes zugleich im Namen Ihrer Roniglichen Sobeiten ber Große bergoge von Medlenburg : Schwerin und Strelit geaußerten Bunfches, bag bie Bundesgesandtichaften über Die Erfüllung bes 13. Artifels bes Bundesvertrage fich erklaren und die Bundesversammlung bavon in Renntnig fegen mochten, bedarf es Roniglich Sachsischer Seits einer folden Erflarung nicht, ba befanntlich in bem Ronigreich Sachsen eine landständische Berfassung schon langft besteht. aber allerdings Die Erfullung bes gedachten Artifels in ben Bundesstaaten, welche bergleichen Berfaffungen noch nicht haben, eben fo munichenswerth als zugefagt ift; fo begen Ge. Majeftat ju benfelben bas Bertrauen, bag fie ber begbalb ein: gegangenen Berpflichtung Genuge zu leiften, fich angelegen fenn laffen, und bem Bunde davon Renntniß geben werden. Uebrigens erachten Ge. Majeftat, bag ber Bund lediglich auf Diefen Puntt Rudficht zu nehmen und über Die eigentliche Bestimmung bes 13. Artifele nicht hinaus ju geben habe, fondern ben Bundes, gliebern, als fouverainen Fürsten, vorbehalten bleibe, nach Maasgabe ber Loca: litaten und anderer Umftande, entweder neue landftandifche Berfaffungen einzuführen. ober bie ichon bestehenden bengubehalten, oder zu modificiren, und überhaupt ber gleichen Ginrichtungen zu treffen, ohne in ihren bieffallfigen Gerechtsamen ! fchrantt zu werben.

Holftein Dlbenburg, Anhalt und Schwarzburg. Ihre hof fürstliche Durchlauchten treten den bisherigen Abstimmungen für die von Ihr Roniglichen Hoheiten, den Großherzogen zu Medlenburg; Schwerin und zu Me lenburg; Strelit nachgesuchte Bundes; Garantie der, nach vorgängigem Einviständniß mit den Landständen unterm 28. November vorigen Jahrs erlassen Verordnung, wegen einer angemessenen Instanz zur Erledigung einer rechtlichentscheidung in Streitigkeiten zwischen dem Landesherrn und den Ständen un was dahin gehort, ben; so daß bemnach, in vorkommenden Fällen, die Bunde versammlung nach Anleitung der Art. 3. 4. und 12. der gedachten Verordnun die Betretung des Rechtsweges und die Besolgung eines ergangenen rechtlicherkenntnisses zu bewirken haben wird.

§. 57.

Die staatsrechtlichen Verhaltnisse ber mediatisirten vormal gen Reichsstande, und Erfullung bes 14. Artifels bi beutschen Bundesatte betreffend.

(49. Giş. S. 388. v. J. 1817. 6. Giş. S. 20. v. J. 1818.)

Württemberg. Der diesseitige Gesandte ift von seinem Allerhöchst Sofe beauftragt, in Beziehung auf die in der 34. und 49. vorjährigen Sigui gefaßten Beschlusse folgende Erklarung über die Vollziehung des Urt. 14. der Bu besakte abzugeben.

Se. Majeståt der König von Burttemberg, sein allergnadigster Herr, vi dem Bunsche erfüllt, die mediatisirten vormaligen Reichsstände und Reichsang hörigen, welche Allerhöchstihrer Souverainität unterworfen worden sind, bidigst im Genusse der ihnen durch den Art. 14. der Bundesakte eingeräumten Recht gesen, haben durch das Adelsstatut und mehrere dasselbe vervollständigende Eischeidungen, jene Rechte gesetzlich in einem Umfange festgesetzt, welcher die Limmungen des Art. 14. nicht nur erschöpft, sondern in mehreren Punkten nur erweitert.

So ist, um in dieser Beziehung nur einige Benspiele anzuführen, burch ben S. 44. des Abelostatuts, bis zur Rectification des Steuer: Systems, die ganzliche Befrenung der vormals steuerfren gewesenen Schlösser und der dazu gehörigen Gebaude, mit Ausschluß der Meieren; Gebaude, von der ordentlichen Besteuerung, in Ansehung der übrigen Güter aber, ben den Lehengütern der Abszuge eines Drittheils, ben den Allodial: Gütern eines Achttheils des Steueransschlags ausgesprochen worden, obgleich der Art. 14. der Bundesafte lit. b. die Mediatisirten in Ansehung der Besteuerung nur in die privilegirteste Klasse seine solche in dieser Beziehung aber im Konigreich Württemberg überhaupt gar nicht besteht, folglich dieselben nach dem Inhalte der Bundesafte sich die Anzies hung ihrer Besitzungen mit dem vollen SteuersAnschlage hatten gefallen lassen mussen,

Besentliche Begunstigungen enthalten weiter ber Urt. 40. des Adelsstatuts, welcher die Mediatisirten auf ihren Gutern von der Bohnsteuer und der Urt. 74. welcher sie von der Naturalleistung der Quartiers und Borspanns Last befreyt, obgleich über alles dieses die Bundesakte schweigt.

Seine Majestat ber Konig von Burttemberg sind fur die Bestimmung bes Rechtszustandes der vormaligen Reichsstände und Reichsangehörigen von dem Grundsage ausgegangen, daß in Unsehung der erstern,

- 1) Der Urt, 14. der Bundesafte ben Umfang der Rechte berfelben bestimme;
- 2) Daß nach dem wortlichen Inhalte derfelben bie dadurch eingeraumten Befuge niffe mit den Borfchriften der Landesgesetze in Uebereinstimmung gebracht werden follen;
- 3) Daß die Königlich Baierische Verordnung vom 29. Marz 1807 den Leits faden für eine analoge und subsidiarische Vollziehung des Urt. 14. abzugeben bes stimmt sep.

Der erste und zweyte Sat folgt aus bem Bort: Inhalte bes Urt. 14. ber britte ergiebt sich aus bem zweyten und aus der Natur der Sache selbst, da wenn man die angeführte Königlich Baierische Berordnung schlechtweg als eine in allen ihren Bestimmungen unverandert anzunehmende Norm ansehen wollte, hieraus folgen wurde, daß sammtliche deutsche Bundesstaaten, welchen vormals unmittels bare Besitzungen einverleibt worden sind, die in dem Konigreich Bayern bestes hende innere Verfassung anzunehmen genothigt seyen; eine Folgerung, welche

sofort die fie bedingende Boraussetzung als unhaltbar zeigt; et ergiebt fich endlid aus einzelnen Bestimmungen bes Art. 14.

In dieser Hinsicht ist es bekannt, daß die angeführte Koniglich Baierisch Berordnung vor der Abfassung des Art. 14. der Bundesakte einer besondern Prusung unterworfen ward; wenn daher demungeachtet einzelne Bestimmungen diese Artikels ausdrücklich von der Berordnung abweichen, so folgt daraus wohl unwidersprechlich, daß der Art. 14. den Umfang der eingeräumten Besugnisse, die Baie rische Berordnung aber nur die subsidiarische Rorm für die analoge Anwendunabgebe. Das Gesagte tritt benspielsweise in Ansehung der Polizengewalt ein, in dem der Artikel 14. Nr. 4. dieselbe auf die Orte, Policen beschränkt, während di Baierische Berordnung auch die Distrikts, Policen einräumt.

In Unsehung des ehemaligen Reichsadels, fallt selbst der Unspruch auf ein analoge Unwendung der Koniglich Baierischen Berordnung weg, da seine Rechte verhaltnisse in dem Artikel 14. der Bundesakte, ohne Beziehung auf die ihn be treffenden Koniglich Baierischen Berordnungen, festgesetzt worden sind.

Bon diesen in der Natur der Sache und in den normirenden gesetzlichen Bestimmungen liegenden Grundsägen ausgehend, ist es ein leichtes, nachzuweisen daß die in dem Königreiche Burttemberg für die Verhältnisse der vormaliger Reichsstände und Reichsangehörigen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, der denselben zugesicherten Rechtszustand nicht nur erschöpfen, sondern sogar erweitern und hangt es daher lediglich von der Erklärung der Mediati sirten ab, sich in den wirklichen Besit dieses Rechtszustander zu versetzen.

Der Diesseitige Gesandte ist durch eine vollständige Instruktion in den Stanl gesetzt worden, jeder etwa von einzelnen Betheiligten erhoben werdenden Rekla mation, durch eine vollständige Entwicklung des ihnen zugesicherten Rechtszustandes, zu begegnen.

Schließlich tritt er ber in ber 6. Sigung von bem herzoglich Nassauischer Herrn Gefandten entwickelten Unsicht vollkommen ben, daß einzelnen nicht befrie bigten vormals Unmittelbaren die Berufung an diese hohe Bundesversammlunnicht abgeschnitten werden durfe, dagegen aber allgemeine, im Namen sammtlicher in den verschiedenen Bundesstaaten begüterten vormaligen Reichsstände un

Reichsangehörigen erhobene Reflamationen, lediglich aus bem Gesichtspunkte ber individuellen innern Verhaltnisse eines jeden Staats, mit welchen nach ber Natur ber Sache und nach der wortlichen Bestimmung des Art. 14. Die Ausübung der den Mediatisirten eingeraumten Rechtsbefugnisse in Uebereinstimmung gebracht werden muffen, zu beurtheilen, und auf denselben zurudzuführen seyen.

Sein allerhöchster Hof theilt ebenfalls vollfommen die in der verehrlichen Berzoglich Rassauischen Abstimmung durchgeführte Ansicht von der Zwedmäßigsteit einer durch besondere Verhandlungen mit einzelnen Mediatisirten in der Answendung zu erleichternden Bollziehung des Art 14. der Bundesakte, als einem angemessenen Mittel, im Bege eines gegenseitigen Austausches der Interessen der Souveraine mit denen der Mediatisirten, letztere nach ihren individuellen Verhaltenissen zu befriedigen.

Seine Majestat ber Konig von Burttemberg haben langst Ihre Bezreitwilligkeit gezeigt, in diesem Sinne über die Unwendung der festgesetzen Grundssitze auf die Localverhaltnisse und nach der Landesverfassung besondere Berhands lungen mit Einzelnen zu eröffnen, welche auch bereits mit den Fürsten von Hohens lobe eingeleitet worden sind, und Allerhochstdieselben werden auch fernerhin in dieser Beziehung billigen Bunschen der Einzelnen nach den Umständen gerne entzgegensehen.

6. 58.

Gesuch der noch lebenden Individuen des Mainzer Exjesuitens Fonds, um Verwendung, daß ihnen ihre Sustentations, Beyträge von Seiten der Krone Württemberg und der Fürstlichen Säuser Hohenlohe: Ingelfingen und Neuen, stein ausbezahlt werden.

(58. Siş. \$. 422. v. J. 1817. 11. Siş. \$. 43. v. J. 1818.)

Der Königlich Baierische Herr Gesandte, Frenherr von Aretin: trägt vor, daß da die Reflamation der noch lebenden Individuen des Mainzer Erzesuiten Fonds, um Berwendung, daß ihnen ihre Sustentations: Bensträge von Seiten der Krone Württemberg und der Fürstlichen Häuser Hohenlohe: Ingelfingen und Neuenstein ausbezahlt werden, durch die Erklärung der Königlich

Wurttembergischen Gesandtschaft zum Protofolle der 11. Sitzung Dieses Jahr ihre Erledigung erhalten habe, nichts anders zu thun übrig bleibe, als ben Bit stellern hiervon Nachricht zu geben.

Ginverstanden mit dem herrn Referenten, murbe baber

Den Betheiligten von der Roniglich Burttembergischen Erklarung jui Protokolle ber 11. Sigung auf Die herkommliche Beise Rachricht zu geben.

§. 59.

Vorstellung bes vormals Großherzoglich Frankfurtischen Mil tarschneiders Berat, Auszahlung des rudständigen So des, mit der Erlaubniß, in Frankfurt verbleiben zu dut fen, betreffend.

Gbenber selbe: giebt Kenntniß von der Eingabe des Militar, Schneider Beratz zu Offenbach, (3. 9. d. 3.) wodurch Reflamant sein 3. 187. voriger Jahrs eingelegtes Gesuch, wegen Soldauszahlung, Anweisung eines Aufenthalte ortes und einer Nahrungs Berechtigung, zurücknimmt, und von der freyen Stad Frankfurt vollfommen befriedigt worden zu seyn außert.

Nach dem Untrage des herrn Referenten wurde Diese Gingabe lediglid ad acta gegeben.

§. 60.

Gesuch ber Erben ber Mitglieder bes ehemaligen St. Peter stiftes zu Friglar, wegen eines Pensions:Rudftande: an bas Rurfurstenthum heffen.

Ebenderselbe: legt das erneuerte Gesuch der Erben der Mitglieder de ehemaligen St. Peterstiftes zu Friglar, wegen eines Pensions Nuckstandes at das Kurfürstenthum heffen (3. 10. l. J.) vor, und nach dessen Untrage wurde unter Bezug auf den in der 6. Sitzung d. J. gefaßten Beschluß, diese Eingabe welche vor Ausfertigung desselben eingekommen ift, lediglich ad acta genommen

• **§** 61.

Gesuch bes ehemaligen Notars Franz Forster, zu Friglar, um eine Pension von Seiner Roniglichen Sobeit, bem Rurfürsten von Sessen.

Ebenberfelbe: außert, bag bas unter Bahl 11. eingetragene Besuch bes ehemaligen Notars Franz Forster, zu Friglar, um eine Pension von Seiner Roniglichen Sobeit bem Rurfursten von Sessen, burch ben Befchluß in ber 6. Sigung S. 14. bereits seine angemessene Erledigung erhalten habe; worauf

beschloffen

wurde: daß est ben bem Beschlusse in der 6. Sigung S. 14. sein Berbleis ben habe.

§. 62.

Plan ber Bundesfestung Mainz, von bem Berzoglich Raffauis ichen Architekten und Bibliothekar Sundeshagen.

Ebenber felbe: legt ben von bem herzoglich Raffauischen Architekten und Bibliothekar hundeshagen, mittelft einer eigenen Eingabe Zahl 15. überreichten Plan ber Bundesfestung Mainz vor, und nach dem Antrage bes herrn Referensten wurde

beschlossen:

daß diefer in der auffern Form wohlgelungene Plan in dem Bundesarchive zu hinterlegen fep.

§. 63.

Einreichungs, Prototoll.

Das Ginreichungs: Protofoll murbe verlefen, und

beschlossen:

bie neuesten Eingaben Zahl 34. bis 37. der bestehenden Commission zuzusstellen.

Die Berfammlung gieng hierauf zur vertraulichen Befprechung über.

Folgen die Unterschriften.

Verzeichniß der Eingaben. Fortsetzung des Einreichungs: Protokolls von Nro. 34. bis 37.

- Nro. 34. Eingereicht ben 26. Februar.
 Iohann Bilhelm Remy, Burger und handelsmann in Frankfurt, proprio et cessionario nomine bes Remy hoffmann: bittet in Betreff seiner liquiden Sould ford er ung gegen die vormalige hochfurstlich Rassau-Beilburgische nun herzoglich Rassauische Regierung zu Biesbaben um Beschleunis gung einer bestalligen hoben Entschließung.
- Nro. 35. Eingereicht den 27. Februar. Fürst Christian von Sohenlohes Walbenburg Bartenstein, als Domka pitular des vormaligen Sochstifts Strasburg: bittet die Einsleitung zu treffen, daß seine früheren Prabendals Revenuen ober doch wenigstens die ihm zugesicherte Pension von 6,000 Franken nebst den Rucklanden durch die französische Regierung ausbezahlt würden.
- Nro. 36. Eingereicht ben 28. Februar.

 Professor Rrug in Leipzig: übersenbet seine ber hohen beutschen Bunbesvers sammlung gewidmete Schrist, unter bem Litel: «Entwurf zur beutschen und Darftellung ber englischen Gesetzebung über bie Preffreys beit.»
- Nro. 37. Eingereicht ben 28. Februar. Dr. Alef als Bevollmächtigter ber Besitzer sogenannter Lubischer Guter im Herzogthum Holstein: übersendet einen Rachtrag zu ber Denkschrift in Betreff ber Wiederherstellung und kunftigen verfase sungs mäßigen Sicherung ihrer Rechte und Frenheiten.

Vierzehnte Sipung.

Beschehen, Frankfurt den 5. Mary 1818.

In Gegenwart

Aller in der drenzehnten Sigung Anmefenden.

Bieber hinzugekommen war:

Bon Seiten Braunschweigs und Raffau's: ber Herzoglich Raffauische Berr Staatsminister, Freyherr von Marsch all.

(Inhalt. S. 64. Abftimmungen von Luremburg, ben Grogherjoglich und Bergoglich Gachfifden Saufern, von Dedlenburg, dann ber funfgebne ten und fechgebnten Gefammtstimme über die Militar, Berhaltniffe bes beutichen Bundes. S. 65. Erflärung bom Großbergogthum Deffen über bie ftaaterechtlichen Berhaltniffe ber mediatifirten vormaligen Reichse ftanbe und die Erfüllung bes 14. Artifels ber Bundesatte. S. 66. Er, flarung von Rurheffen, bann nachträgliches Gutachten und Befclug über die Angelegenheit ber Rheinpfälgischen Staatsglaubiger und Befiger ber Staatsobligationen Lit. D. S. 67. Erffarung bom Grofbergogtbum Beffen über den gegenfeitigen freven Bertehr mit den nothwendigften Lebensmitteln in ben beutichen Bunbesftaaten. S. 68. Erflärung pon Rurheffen über die Penfionsangelegenheit ber Mitglieder und Diener des Deutsch Dr; bens. S. 69. Abftimmungen bom Grofbergogthum Deffen und von ber fechtebnten Gefammtstimme wegen Uebernahme ber Garantie ber neuen Medlenburgifden Berordnung, über bie Dittel und Bege einer rechts liden Entideibung in ftreitigen Fallen über bie Lanbesverfaffung. 6. 70. Bortrag über die transrhenanische Suftentationsface. 6. 71. Bortrag über die Reichstammergerichtliche Suftentationsface. §. 72. Bortrag über die Befoldungs ; Reffe

mation des Königl Baierifchen Kammerers, Grafen R. Th. von Bifer, gegen den Grof bergog von Baden. §. 73. Reue Eingaben. §. 74. Ofterferien.)

64.

Militar, Berhaltniffe bes beutschen Bunbes.

(3. Sig. S. 4. v. J. 1816. 4. Sig. S. 22. 17. Sig. S. 91. 37. Sig. S. 259. 45. Sig. S. 378. v. J. 1817. 3. Sig. S. 9. 9. Sig. S. 33. 11. Sig. S. 39. v. J. 1818.)

Nicderlande, wegen bes Großherzogthums Luxemburg. Es ift fehr zu munichen, daß in alle große deutsche Angelegenheiten so viel har, monie konne gebracht werden, als Trot dem ersten und außern Schein, ben dieser allerwichtigsten Frage des deutschen Bundes, dem Kriegswesen, mein Koniglicher hof bennoch mahr genommen hat, sobald man tiefer in die Grunde eingeht und sich verständigt.

Wenn man namlich diesen so Vieles umfassenden Gegenstand nur zergliedert, und in das Allgemeine, in das gleich zu Bestimmende und endlich das Besondere, Borzbereitung Fordernde, drenfach scheidet, wie es der Plan der benden ersten Machte auch unterstellt; so wird kein großer Anstand sich schon dermalen sinden, er st en s das Allgemeine, oder die Grundzüge, anzunehmen und festzusetzen; über das Zweite sehr bald übereinzukommen; und das Dritte zur fernern Entwicklung und Ausbildung, je eher je besser an eine Commission aus der Bundesversammelung zu überweisen, wie wir auch sonst zu thun pslegen. Ihre Vorschläge, mit Hulfe von Sachverständigen, gegen deren Gebrauch und Zusammentritt niemand etwas einwendet, werden dann den Ausgang sinden, und insbesondere in der umessassen, instruktiven Königlich Württembergischen Abstimmung, woben ich zugleich doch den eigenthümlichen Werth anderer anerkenne, sind die dahin gehörenden Gesgenstände schon hinlänglich bezeichnet und gesichtet.

Niemand hat ben bem von den Machten vorangestellten Zwed irgend etwas erinnert, und er ist vielmehr allgemein geehrt worden.

Bu jenen erften Grundzugen gehoren :

I. Matrifular: Berhaltnig und Gintheilung;

- II. Gin genügender und relativer oder fleigender Rrieges und Friedensfuß;
- III. Die Bergewifferung oder Evidenthaltung der Bewaffnung;
- IV. Die Gintheilung in Corps nach ber nachbarlichen Lage und ber Schidlichfeit;
 - V. Die Bahl bes Feloherrn;
- VI. Gin Armeezeichen im Buftand bes Rriegs;
- VII. Das vollerrechtliche Dasenn ober bas Unerkenntniß von beutschen Bunbes:
 festungen;
- VIII. Die Möglichkeit bes Lanbsturms;
- IX. Die Nothwendigkeit, burch gemeinschaftliche Mittel zu allen einschlagenben Bedurfniffen zu fteuern.

Wird diese Basis als leitende Ibee angenommen, wie von Seiten meines Roniglichen Hofes hiermit ausdrucklich geschieht, und wie vorerst nicht mehr verslangt worden zu senn scheint; und man schreitet zu den naheren Bestimmungen, beren die Sache schon jest empfänglich ist:

ad I. Go hat die Matrikel, wie sie im vorigen Jahre commissarisch ist bears beitet worden, noch wenig Widerspruch gefunden; man wird das, was davon Luxemburg betrifft, adoptiren, und in tantum den Beschluß der 43. Sitzung genehmigen. Die vordern Machte werden sich sicher nicht entgegen seyn lassen, zur nahern Festsetzung der zum Bund gehörenden Provinzen, durch Uebereinkunft zu kommen.

ad II. Was ber Kriegs, und was der Friedenszustand seyn solle, darin scheint freylich erheblicher Unterschied der Meynungen; aber wenige Betrachtungen, die Art des Vorschlags selbst, und ein kurzer Commentar werden zur Annäherung führen. Denn wenn von den beyden Mächten für den Krieg drey Procente der Bevölkerung endlich und als äußerste Anstrengung in Anspruch genommen werden, so hatte man ohne Zweisel nicht die gemeinen oder gewöhnlichen, sondern solche leidenschaftliche, zerstörende Volkerkriege vor Augen, beynahe bella internecina, wie wir sie nur zu sehr und zu lang geführt haben. Und die beyden Mächte verzbienen dann dafür Dank, daß sie ein großes Maximum annahmen, daß sie der beutschen Nation im Fall der Noth jedes Opfer zutrauten. Im Hintergrund mag das auch immer stehen bleiben! Eben so pflichtmäßig, voll Rücksicht für das Allges meine und auf ihr besonderes Land, handelten aber die Stände oder Glieder des

Bundes, die diese Burde im gewöhnlichen Kriegszustand zu stark und unhaltba fanden. Indem sie demnach nur zwen vom hundert wunschen und vorschlagen unterstellt die Mehrheit und vertheilt solche dermaßen, daß davon ein Procent au den Friedensfuß, ein halbes zur Reserve kommt; welche Reserve, sobald nad erklartem Kriege sie wirkliche Berstärkung wird, durch eine zwente, abermals voi einem halben Procent, in der Formation und Ausstellung ersett wird; welchen System und Borschlag man diesseits bentritt.

Augenscheinlich kommt ben allem dem ausnehmend viel auf den erreichten Gral bes Landwehr: Systems an. Und wenn die Landwehr auf einer solchen Stussseht, wie der lette Krieg sie in Desterreich und Preussen bewährt hat, so wirt begreiflich, wie diese benden Hofe ein halbes Procent des stehenden Soldaten für den Frieden hinreichend hielten. Gben diese Wahl, diese Proportion vollig brauchbarer Landwehr kann man darum wohl den Hofen überlassen; wenn nämlich nur die Cadres, oder nach Württembergischer Uebersetzung die Rahmen, gut und bewährt sind. Es kommt in der Anwendung, wenn man das Beurlaubungs: System hinzudenst, auf dasselbe hinaus.

Abstracte Regeln ber Sparsamteit konnen hier ohnehin nicht allein in Une wendung kommen.

Der heutige Zustand des übrigen Europa ist nothwendig daben in Betrachtung zu ziehen, und dann auch die große Menge von Offizieren und Unteroffizieren, die dieser Lebensweise sich in der schwierigsten Zeit gewidmet haben, die der Staat nicht unbemerkt und unversorgt lassen darf, die den gerechten Anspruch nicht nur auf des Vaterlandes Dankbarkeit, nicht auf augenblickliches Brodt, sondern auch auf ein mögliches Emporrucken behalten mussen. Dafür ist von ihrer Vernunft, gemäßigter Anspruch, civiler Sinn und wechselseitige Achtung aller Gewerbe, aller Stande unter sich, insbesondere auch die freundliche Verschmelzung und Versträglichkeit des stehenden Soldaten mit dem Landwehrmann, um so ernstlicher zu hossen. Es ist eine der großen Angeln, um die sich jest die Civilisation in Euros pa dreht.

ad III. Die Vergewisserung oder Controlle wird nothwendig senn, um nicht in die vorigen Mangel zu verfallen, und zwar auf irgend eine überzeugende Beise, protot. d. d. Bundesvers. V. Bb. wenn nur Reciprocitat und Gleichheit ber Rechte, fo viel möglich, baben gewahrt werben.

ad IV. Der Plan der vordern Machte zeigt hinlanglich, was man benfpieles weise mit der Eintheilung in Corps und Divisionen hat sagen wollen. Es wird aber nicht darauf ankommen, ob eilf solche Corps oder etliche weniger gezählt und zusams mengefügt werden! Welche zwedmäßige Zusammenfügung zum kunftigen Gebrauch, so wie die nähere Erörterung, Proportion und Bestimmung der Wassengattungen, die, was Luxemburg betrifft, einigen Widerspruch und Modification erleiden wird, Sache der weitern Entwicklung und des Vorschlags der Commissionen seyn kann. Armee ist ein französisches Wort, und wurde noch neuerlich dort in ihren Rammern auf die ursprüngliche grammatische und völkerrechtliche Bedeutung zurückgeführt. Im Friedenszustand eristirt es als etwas collectives nicht in der Wirklichkeit, sons dern nur die Bestandtheile sind da, und die eigentliche Bedeutung empfängt es erst von der Zusammenziehung gegen den Feind.

Sollte Deutschland je, welches Gott verhuten wolle, nicht mehr in Eintracht senn, so wird ohnehin alles, was wir hier theoretisch thun, damit umgestoßen, und eine andere Zusammenfugung, ein anderes Werden und Bilden der Heerschaarren, der Armeen Statt haben.

ad V. Mein Koniglicher hof tritt der Mennung ben, den Feldherrn selbst zu mablen. Sollte je, nach langem Friedenszustande, der Fall eintreten, daß man solches Vertrauen dem und dem Staat bezeugen wolle, und über die Wahl und Vorzüge des Anführers in Zweifel ware, so wird man durch Anfrage, oder indem man Ausnahmsweise blos diesen Staat dann wählt, aus der Verlegenheit scheiden.

Die Pflichten, die Attributionen bes Feldherrnamts und alles, mas daraus fließt, wird Sache ber Commission senn.

ad VI. Gegen ein Armeezeichen, welches Rrieg voraussetz, ift nirgenbs etwas eingewendet worden.

ad VII. Ueber die Bundesfestungen ist die Luxemburgische Gesandtschaft mit ihren Unfichten vorangegangen. Sie bezweifelt nicht, daß Alles, mas darauf Bezug hat und ben bringenden Fortgang der Sache befordert, von den Beborben

bald werde vorgelegt werden, jum eigenen Bortheil Aller, bie von der Berzogerun feinen Gewinn ziehen tonnen.

ad VIII. Der Landsturm ift eine Anstalt ober ein Berhaltnis, welches allei binge ben einzelnen Regierungen wird zu überlaffen fenn.

IX. Es ift ben und endlich eine febr angenehme Wahrnehmung gewefen, bai im Matrikularwesen die Unsichten so wenig abweichend sich befinden, und die Ein reden selten oder nicht erheblich senn werden; welchen Namen wir auch diesen Pro portionen des Geldbeytrags zu den andern Kriegskoften geben mogen.

Dem zufolge tragt die Luxemburgische Gefandtichaf,

1) Auf die Wahl einer solchen Commission an; 2) Auf die balbige Berufungiener Sachverständigen, denen wir mit vielem Vertrauen entgegen kommen werden Allein man kann zugleich den von Vielen getheilten Bunsch nicht unterdrücken, das ein mit der Führung solcher großen Geschäfte vertrauter Staatsmann ihren Jusam menkunften und denen aus Politik und Kriegskunst componirten Verhandlunger vorstehen moge; wodurch unverkennbar das Fortrücken und der Erfolg gewinner werden.

Großherzoglich und Herzoglich Sachsische Bauser. Aufge fordert, sich über die in dem Entwurf der Grundzüge des deutschen Militarwesens welcher in der dritten Sigung von dem R. R. Desterreichischen Herrn Gesandter mitgetheilt worden, enthaltenen Borschläge zu erklaren, erkennen meine Hofe die von Seiten des R. R. Desterreichischen Hofes ben Auseinandersetzung der wesent lichen Gesichtspunkte in dieser wichtigen Angelegenheit, zum Behuf der gemeinsamer Berathung, angewendete große und verehrliche Sorgsalt, so wie die dafür im Ein verständnisse mit dem Königlich Preufischen Hofe aufgestellten, im Ganzen so billigen Grundsähe, mit dem größten Dank, und theilen über einige einzelne Punkte nachdem Sie auch die bisher zu Protokoll gekommenen Erklärungen erwogen haben Ihre Unsicht dahin mit: daß

- 1) Die Entwerfung der Matrikel und die Angabe, mit welchen ihrer Lander theile die ersten Glieder des Bundes in denfelben treten wollen, vorzäglich noth wendig sep;
- 2) Das ver Anfatz bes Kriegoffandes Die Krafte verjenigen Bundeoffanter übersteige, welche nicht noch andere Befigungen ausser bem Bunde haben; baf

folder auf die Halfte bes Angenommenen, inclus. ber Reserve, zu setzen seyn mochte, und ber Friedensstand mit demselben in einem solchen Verhaltniß stehen musse, daß es moglich sen, das Kriegs: Contingent vier Wochen nach beschlossenem Bundestriege ausmarschiren zu lassen. Uebrigens ware den einzelnen Staaten zu überlassen, in Friedenszeiten die Einrichtung zu treffen, die ihnen nach ihrer Lage die zwedmäßigste scheint.

- 3) Die Zusammenstellung ber Contingente ber Bundesglieber, welche kein eigenes Armeecorps bilden, so wie derjenigen, welche keine ganze Division ins Feld stellen, mochte wohl beren eigenem Gutbefinden, wenn sie sich auf eine fur bas Ganze zwedmäßige Weise vereinigen konnen, zu überlassen seyn.
- 4) Der Oberfeldherr mare, auf eine zuvor ichon zu bestimmende Beise, von ben Bundesgliedern zu mahlen, ohne Die im Entwurf vorgeschlagenen Beschrantungen.
- 5) Bas die Bundesfestungen anlangt; so seben meine Sofe weitern Mittheis lungen entgegen, um nicht Verpflichtungen zu übernehmen, deren Umfang sie nicht überseben konnen. Endlich
- 6) Glauben Sie, daß zu Bestimmung der weitern Details ein Ausschuß aus der Versammlung zu wählen sey, der den zu wählenden Beschluß vorbereite, sich zu diesem Zwed mit einzelnen Bundesgesandten, und insofern es Gegenstände betrifft, die nur von sachverständigen Militar: Personen beurtheilt werden konnen, mit dem Militar: Ausschuß bespreche und sodann gutachtlichen Bericht erstatte.

Indem ich diese Bemerkungen vorlege, soll ich mir die weitere Abstimmung vorbehalten.

Mecklenburg: Schwerin und Strelig. Die Großherzogliche Gesandtschaft ist angewiesen, von Seiten ihrer benden hochsten hofe Gr. Raiserlichen Majestät von Desterreich den verbindlichsten Dank für die theilnehmende Sorgfalt zu bezeigen, womit Allerhöchstdieselben nach den Zweden des Bundes auf dessen Befestigung und Sicherheit fortwährenden Bedacht nehmen, und diese Gesinnungen auch durch die neueste Proposition über das deutsche Militar; und Vertheidigungs, wesen zu erkennen gegeben haben. In gerechter Würdigung der hierben aufgestellten Grundsätze, erklären die benden Großherzoge von Mecklenburg Sich also damit einverstanden: daß der in Folge derselben mitgetheilte Entwurf zum Leitsaden

bienen und als Basis angenommen werden moge, um die weitere gemeinsame grathung des Bundestags über diesen wichtigen Gegenstand zu begründen. We zugleich die Absicht ausgesprochen worden, daß jene Grundzüge mit Unbefangenst geprüft und beurtheilt, so wie auch die ferneren Vorschläge von andern Seil gehort werden sollten; so scheint es zu dem Ende am zweckmäßigsten: wenn zwollständigen Bearbeitung der Militar: Organisation

« ein Ausschuß bes Bundestages bestellt murde; »

welcher, unter Zuziehung mehrerer sachkundigen Militars, als mit einem Com über den rein technischen Theil den Plan weiter aussührte, so wie die Raiserl Desterreichische Proposition, in Zusammenstellung mit den abgegebenen Abstis mungen oder nach den zu nehmenden Beschlussen, dazu Auftrag und Anleitu ergeben werden, und woben auch in den bisherigen Verhandlungen das genehmig Commissions: Gutachten über die Reihenfolge zu berücksichtigen senn durfte. D Militar: Comité möchte so zusammengesetzt werden, daß es sich von dem Bundi tage zu dieser Vorarbeit ernannt sindet; seine Aufgabe durfte senn, über die re militarischen Gegenstände gutachtliche Vorschläge an den Ausschuß zu geben. U hierben mit besto sicherer Unterscheidung zu Werk zu gehen, ware zu wünschen, dieinem ausgezeichneten Staatsmann die Geschäftsführung und der Vorsitz ben eine solchen Militar: Comité anvertraut würde.

Der solchergestalt weiter ausgeführte Entwurf ware auch inzwischen von be Ausschuß wieder der Bundesversammlung zur jedesmaligen Berathung und der nachst zur definitiven Beschlußnahme vorzusegen. Auf diesem Wege ließe sich b befriedigendste Losung der großen Aufgabe, von einer Erörterung der vielseitige Ansichten erwarten, und unter dem bewahrten Begriff gleicher Rechte, Ginheit ut Zusammenhang erreichen.

Insofern die zum gegenwärtigen Protofoll zu gebenden Erklärungen scho wie vordereitende Mennungen zur Leitung des Ausschusses anzusehen senn werder welche die nothigen endlichen Bestimmungen herbenführen, findet die Gesandtscha über die Punkte des vorgeschlagenen Entwurfs, und zu dessen modificirter Anweidung, sich hier zu folgenden verschiedenen Bemerkungen veranlaßt:

ad I. Um den ausgesprochenen Zwed zu erfüllen, damit der beutsche Bun in dem europäischen Staaten: Systeme als eine Macht erscheine, durfte es erforder

lich seyn, baneben biejenigen staatsrechtlichen und auswartigen Berhaltnisse bes Bundes noch weiter zu ordnen, welche die nahern Bestimmungen über Bundestrieg und Friedensschluß festzustellen haben. Das Gutachten über die Reihenfolge in der zweiten Beplage Rummer 5. und 6. hat hierzu bereits die Borarbeiten geliefert, und der lette Prassdial: Bortrag vom 3. November vorigen Jahres bringt unter den vorliegenden Geschäften dieser Versammlung jenen Theil des auswartigen Staats; rechts auch wieder in Erinnerung. Es mochte daher gleichmäßig eine besondere Berathung darüber einzuleiten seyn.

ad II. Um ben richtigen Anschlag zu erlangen, welcher hier zur Bilbung bes Bundesheeres grundleglich gemacht werden soll, mochte nur den bisherigen Berhandlungen über eine Matrikel Folge gegeben werden; welches auch um so mehr die Absicht zu seyn scheinet, als Ihro Majestaten der Kaiser von Desterreich und der Konig von Preussen bis zu diesem Moment es Sich noch vorbehalten haben, die nothige Angabe von denjenigen Ihrer Lander zu machen, welche Sie als zum Bunde gehörig betrachten. Es scheint demnach zweckvienlich, über den vorliegenden Commissions Entwurf zur Matrikel die Abstimmungen mit den etz wanigen Bemerkungen und Erinnerungen baldigst zu eröffnen.

Wenn die Contingente, wie hier gefagt wird, nach der Disposition der eins zelnen Staaten aus stehenden Truppen und aus Landwehren bestehen können; so ift darunter wohl verstanden, daß mittelst eines solchen Beschlusses die Regierungen auch in ihren Landen diejenigen Einrichtungen verfassungsmäßig zu treffen haben, wodurch sie jener Bundesverpflichtung zu genügen, in den Stand gesetz sind.

ad III. Bey ben Friedensstand, worauf die Contingente gesett werden konnten, kommt wohl besonders in den mindermachtigen Staaten, hauptsächlich in Betracht, daß man in kurzer Zeit zum Zustand des Rrieges übergeben und das zunächst Erforderliche zu stellen vermag. Der Stamm und Zuschnitt zur ganzen Stellung werden mithin im Frieden schon vorhanden senn mussen; das neben ware es aber den augemessenen Berfügungen jeder Regierung zu überlassen, welche Ersparungen im Frieden daben anwendlich, und wie die drückende Last und Rosten des Militärs dem Bolle zu erleichtern senn werden. Wenn der vorzeichtlagene Friedensstand nur in diesem Sinne geschehen, so wurde derfelbe auch erreicht, indem nur der Kriegestand bestimmt, wegen des Friedenss

fußes aber feine allgemeine Anordnung Statt fande, als in so weit eine gegenseitige und gleichmäßige Controlle sich nothig zeigte.

ad IV. Ben solchem anzunehmenden Kriegsstande ist man diesseits der Meynung, daß um demselben eine sichere und dauernde Haltung zu geben, man ihn nicht hoher als auf den hundert sten Theil der Bevolkerung zum wirklichen Contingente, und demnächst auf den zwenhundertsten zur eigentlichen Reserve fest sehen sollte; lettere wurde zur Ergänzung dienen, und könnte im Nothfall auch selbst gefordert werden. Nach eben diesem Maasstad der Bevolkerung wurde die Aushebung wiederum in den einzelnen Ländern vertheilt. Gollten ausserordentliche Anstrengungen überdem durch Lage und Umstände wirklich nothwendig werden, so wurden auch dazu eben solche Anstalten, durch ausgebotene Landwehren, für eine kurze Zeit zu tressen und von der Bundesversammlung alsdann zu bewilligen sehn.

Die Eintheilung ber Militar: Contingente und die Ausgleichung der verschiedenen Wassengattungen baben, wird wohl so viel möglich gleichförmig gemacht werden mussen, wozu gewisse militarische Normen anzunehmen waren. Daher werden auch diejenigen Bundesstaaten, welche aus alleinigen Mitteln dergleichen größere Abtheilungen nicht zu stellen haben, sich immersort zu deren Bildung untereinander nur natürlich verbinden können. Das Einverständniß solcher bes nachbarten Staaten scheint diese Verbindungen, auch in Rücksicht auf sonstige Verhaltnisse, am passenosten und haltbarsten zu begründen; woben sich von selbst versteht, daß sie mit dem Plan und der Eintheilung des Ganzen übereinstimmen. Die ersten Vorschläge dazu müßten also sehr füglich von dem so versuchten Einversständniß ausgehen, indessen ihre endliche Vestimmung erst weiter, immer durch die gemeinsame Verhandlung des Bundestages, nach dem Zweck und Plan des Ganzen, erhalten können.

Mit der Zusammenstellung in noch größere Einheiten und Armee Abtheis lungen wurde auf eben die Weise fortzufahren seyn, um mehrere einzelne Divisios nen wiederum in so große Corps zu vereinigen, daß deren Bestimmung und Berseinigung weiter nur den Dispositionen des Oberfeldherrn zu überlassen ware. In dieser Hinsicht konnte der Entwurf zu einer Abtheilung in Corps, nach der hierben

angehangten Tabelle, wohl noch einigen Mobificationen und Abanderungen zu unterwerfen fenn.

Um eine auffallende Verschiedenheit in der hierdurch angenommenen Dienst: pflichtigkeit ben dem stehenden Heere und ben der Landwehr für die einzelnen Bun; desstaaten möglichst zu vermeiden, würde doch zu versuchen senn, sich über allges meine feste Grundsätze zu vereinbaren, und zum wenigsten gewisse Jahre zu besstimmen, in welchen jeder Deutsche die Militarpflicht zu erfüllen hatte, in was für einem Bundesstaat er sich befinden mochte.

Bu möglichst gleichförmigen Ginrichtungen ben bem eigentlichen Militarmesen, so wie über Berpflegung, Bewaffnung, Dienstreglement, Kriegsartifel, gemeins sames Hospitalmesen zc. möchten zuvörderst die Unsichten und Borschläge des zu bestellenden Militar: Comité's zur naberen Berathung noch vernommen werden.

ad V. Dem Oberfeldherrn wird allerdings eine ausgedehnte Gewalt, nach den Bestimmungen hierben zu ertheilen senn, wenn der Zweck erreicht werden soll, da nur durch ihn und in seiner Besugniß die verschiedenartigen Theile zur höchsten Einheit gebracht werden. Um so richtiger ist auch gleich daben bemerkt, wie der Oberfeldherr in Eid und Pflichten des Bundes tritt. Die Folgerungen daraus in seinem wirklichen Dienstverhaltniß, werden sich also noch genau bezeich; nen lassen. Eine frene Wahl der Person des Oberfeldherrn selbst, nach Stimmenmehrheit am Bundestage, durfte aber in jeder Hinsicht sowohl vorzuziehen senn, als das desentliche Vertrauen am sichersten beurkunden.

ad VI. Gemeinschaftliche Merkmale, wodurch die einzelnen Truppen sich als Theile des großen Bundesheeres im Rriege bezeichnen und einander erkennen, konnen gewiß nur angemessen befunden werden.

ad VII. Anordnungen, um im Nothfalle einen Landsturm zur Bertheibis gung einzelner Gegenden und Lander zwedmäßig zu organisiren, durften als nur von drtlichen Beschaffenheiten abhängig, mehr der Beurtheilung und Maasneh, mung der einzelnen Regierungen überlassen, denn ein Gegenstand allgemeiner Berathung werden können.

ad VIII. Der Artikel von ben Bundesfestungen bedarf mohl, politisch und militarisch, noch einiger Borbereitung mehr, bevor eine verbindliche Erklarung barüber abzugeben steht. Um darnach die eigentliche Militarstellung nicht aufzu-

halten, mochten die weiteren beffallfigen Vorschläge in einer besondern Berathung zu verhandeln senn, wozu die ben dem Commissions-Gutachten über die Reihenfolge in dem Betreff aufgeworfenen Fragen in Erdrterung zu bringen waren. Es wird sich daraus ergeben, welche Hulfsbeyträge abseiten des Bundes zu Festungen, welche als allgemeine Vertheidigungspunkte anerkannt werden, in Unspruch zu nehmen sind.

Und es ift ben Unterhaltung der Festungen billig mohl in Unregung zu bringen, baß sie boch immer zunächst und nur mittelbar benjenigen Staaten und Landern, benen sie angehören, zum Schut Dienen.

ad IX. Mehrere gemeinschaftliche Ausgaben ben dem Bundes: Militar were ben allerdings nur durch eine allgemeine Kriegskasse zu bestreiten seyn; worüber nach nahern Bestimmungen, gewisse Etats zu entwerfen, und der Maasstab einer Bertheilung der Kosten oder zur Aufbringung der nothigen Geldbeyträge nach richtigen Verhaltnissen auszumitteln stehen.

Sollte die Bevolkerung der Staaten, mit thunlichster Rucksicht auf die Staatseinkunfte, zu solchem Maasstab daben angenommen werden, so wurde doch erforderlich senn, durch wirkliche innerhalb Jahresfrist neu vorzunehmende Bah, lungen sich in den Stand zu setzen, gesicherte officielle Listen und Angaben einzurreichen, die zur gleichen Grundlage dienen konnten.

Etwanige Rachtrage werden nothigenfalls hierben vorbehalten.

Holstein Dloenburg, Anhalt und Schwarzburg. Ihre Hoche fürstlichen Durchlauchten bezeugen Seiner Raiserlichen Majestat von Desterreich für die Ausmerksamkeit und Sorgkalt, welche Allerhöchste einem der wichtigsten Gegenstände der Bundes Einrichtungen gewidmet haben, den lebhaftesten Dank, und indem die Proposition über die Grundzüge des deutschen Militär und Verstheidigungswesens als eine sehr nüßliche Basis für die Ausbildung der Militärvers fassung des Bundes von Höchstihnen anerkannt wird, sinden Sie in dem von Seiner Raiserlich Königlichen Majestät selbst erklärten Bedürfniß einer weitern Bearbeitung und bestimmten Anwendung die Veranlassung, Höchstihre nähere Erstlärung über die ins Einzelne gehenden Vorschläge sich vorzubehalten.

Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten werden nicht ermangeln, auch Ihre Uns sichten und Bunsche für die Herstellung eines fraftigen Bertheidigungs: Systems vrot. d. d. Bundesvers. V. Bd.

Deutschlands, nach sorgfältiger Erwägung ber auf die vorliegende Proposition bereits erfolgten, hochst beachtungswerthen Erklarungen in die Protokolle dieser Bersammlung niederzulegen, und stets wird das Baterland Sie bereit finden, mit Anstrengung aller Kräfte zu leisten, was dessen Shre, Würde und Sicherheit erfordert, woben Sie auf die Uebereinstimmung aller Bundesglieder mit Seiner Raiserlich Königlichen Majestät in dem Grundsate vertrauen: daß die billigste Bertheilung der Lasten, unter die Sesammtheit der Bundessstaaten, in dem Verhältniß ihrer relativen Stärke und mit beständigem Vorbedacht auf die Möglichkeit der Leistung, zu besobachten sen.

Vorläufig wird zu bem 2. Artitel ber Grundzüge, in Ruchsicht auf die ohne Zweifel zunächst zu berichtigende Matrifel, bemerkt, daß gegen die in der bengefügten Tabelle angesetzte Bevolkerung der Herzoglich Unhaltisch en Länder nichts zu erinnern ist. Dahingegen beläuft sich die Bevolkerung der Fürstelich Schwarzburgischen Lande, nach den neuesten officiellen Zählungslisten, nur wenig über 99,000 Einwohner.

Ben bem 3. und 4. Artitel wird bie fast allgemein geaußerte Besorgniß, baff ber vorgeschlagene Rriegostand (als Regel, und nicht als eine durch aufferore bentliche Umftande gebotene aufferordentliche Anstrengung betrachtet) fur die allermeisten Bundedftaaten unerschwinglich fenn werde, nur zu fehr fich bestätigen; wodurch bann ein regelmäßiger, fchneller und leichter Uebergang vom Friedens: stand in ben Rriegestand bie großten Sinderniffe finden durfte; nicht zu gedenken, baß felbft nur die wirkliche Bereithaltung ber zu einem fo gahlreichen Rriegsftande erforderlichen, jum Rriege nicht einmal ausgerufteten Menschenzahl, ftreng ausgeführt, in manchen gandern auf perfonliche Frenheit, Gewerbe und National: Defonomie einen bedenflichen Ginflug haben murde. Auch durfte Die im Frieden begrundete Errichtung großerer, moglichft gleichformig geordneter, in allen Baffengattungen ben Forberungen ber Rriegewiffenschaft entsprechender Maffen bagu wohl geeignet fenn, fur ben verminderten Umfang des Bundesheeres Erfat gu leiften, wenn nur durch eine fehr bedeutende Erhohung des Friedensstandes bie Rrafte einzelner Bundesstaaten nicht vor der Beit, wo fie eigentlich wirten follen. erschöpft werden.

Ben bem 8. und 9. Artifel bringt sich ber Wunsch naherer Erlauterungen, genauer Angaben ber Bestimmung und ber Bedurfnisse, und überhaupt ber Aufsstellung ausführlicher, sorgfältig zu prufender Etats von selbst auf, wie benn auch der Schluß dieser Grundzüge sich darauf bezieht; weßhalb' es für jetzt genüsgen wird, die Bersicherung aller verfassungsmäßigen Bereitwilligkeit, zur Erzreichung des Bundeszweckes nach Möglichkeit benzutragen, hier zu wiederholen, und nur noch zu näherer Erwägung zu verstellen: inwiefern ben der Vertheilung der gemeinsamen Lasten, wenigstens in Ansehung derjenigen Lander, deren Bezvölkerung mit den Staatskräften in keinem gunstigen Verhältniß steht, auch das Maas der letztern billig zu berücksichtigen ser

Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg, Lippe, Lippe und Waldeck. Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten verehren in der Vorlegung eines Entwurfs zur Regulirung des deutschen Militars und Vertheis digungswesens einen neuen Beweis der unermüdeten Sorgfalt und ruhmvollen Aufmerksamkeit, welche Seine Majestat der Kaiser von Desterreich der weitern Ausbildung der Bundesverfassung gewidmet haben. Gleichfalls würdigen und theilen Hochstofielelben das warme Interesse, welches von der Mehrheit der ers habenen Bundesfürsten diesem hochwichtigen Gegenstande bereits geschenkt wors den ist.

Ihre Durchlauchten wunschen, daß die Raiserlich Desterreichische Proposition ber fernern Discussion und Berathung als Leitfaden dienen moge; so wie auch die diesseitige Gesandtschaft derselben in der gegenwartigen Abstimmung folgen wird.

ad II. Bildung bes Bunbesheeres.

Die volltommenste Billigung verdient die Aufstellung foes gerechten Grunds fates: daß die Gesammtmacht des Bundes aus den Contingenten der Bundes, staaten, nach einem richtig en Unschlage, bestehen solle. Diesemnach ist die Aufstellung einer richtigen Matrifel das erste Erforderniß.

In diese Matrikel werden alle Bundesstaaten, mit genauer Angabe ihrer zum Bunde gehörigen Provinzen, einzutragen senn, indem es von der höchsten Wich; tigkeit erscheint, daß über das Territorium des Bundes nicht der mindeste Zweis sel obwalte.

Unbedenklich ist wohl bie-Population ber sicherste Maaßstab zur Aus. wirden ber verschiebenen Staatskrafte für ben vorliegenden Zweck. Jeder Staat wurde demnach die Bevolkerung seiner zum Bunde gehörigen Lander gewissenhaft anzugeben haben, damit das von ihm zu stellende Contingent darnach bemessen werden kann.

Meine Durchlauchtigsten Committenten muffen jedoch, in Rudficht ber Popus lations: Summe, welche in der dem Raiserlich Desterreichischen Entwurfe benges fügten Tabelle Sochstihren Landen zugeschrieben ist, auf das feierlichste reklamiren und deren Rectification Sich vorbehalten, indem dieselbe fast durchgangig bep weitem zu hoch angesetzt worden.

ad III. Friebeneffanb.

Die Bestimmung, daß jeder Staat im Frieden ein Contingent von ungefahr Twocent seiner Bevolkerung zu unterhalten habe, scheint dem beabsichtigten Zwecke, auf diese Weise den beschleunigten Uebergang in den Kriegsstand moglich zu machen, vollkommen zu entsprechen. Indessen wird es hinreichen, wenn dieses Friedens: Contingent alljährlich einige Zeit hindurch vollzählig zusammengezogen und in den Waffen geübt wird. In der übrigen Zeit muß es jedem Staat frenstehen, davon nach Maaßgabe des Bedürfnisses seiner Finanzen und des innern Dienstes, zu beurlauben.

Was die Aufsicht und Controlle über das Bundesheer betrifft, so wird man sich deshalb über eine Beise zu vereinigen haben, welche weder die Souverainität der einzelnen Staaten, noch die verfassungsmäßige Gleichheit der Rechte aller Bundesglieder beeinträchtigt.

ad IV. Rriegestanb.

Die Erfüllung ber Bestimmung, daß das aktive Kriegs: Contingent aus zwen Procent der Bevölkerung und noch ein Procent als Reserve bestehen solle, ist für die kleineren Staaten eine reine Unmöglichkeit, oder würde unausbleiblich ihren Ruin zur Folge haben. Das Höchste, worauf man in dieser Beziehung anzutragen vermag, ist ein Procent für das aktive Contingent und nöthigenfalls noch ein halbes Procent als Reserve oder Landwehr. Gelbst dieser Untrag übertrifft noch Alles, was von den mindermächtigen Staaten in den seitherigen Kriegen geleistet worden

ift, und ihnen zu leiften möglich mar, obgleich fte damale nur zu fehr wenigen sons ftigen Rriegekoften benzutragen hatten, welche ihnen jest mit zur Laft fallen werden.

In Rudficht ber nur von den großern Staaten zu ftellenden Artillerie und Ravallerie ift noch zu erinnern, daß dadurch, weil sie nach einem hohen Anschlage ges gen die Infanterie vierfach berechnet werden sollen, die fleinern Staaten verhaltnißmaßig sogar eine größere Menschenzahl zu stellen haben, als die großen Bundesstaaten. Es mußte daher jenen wenigstens fren gelassen werden, nach ihrer Convenienz, entweder selbst einen angemessenen Theil ihres Contingents in Kavallerie oder Artillerie zu stellen und sich deßfalls mit einem größern Staate zu vereinigen, oder dafür ein Acquivalent an Geld oder Infanterie zu leisten.

Eben so mussen meine höchsten Committenten, in Beziehung auf die Eintheis lung des Bundesheeres, es sich vorbehalten, nach freyer Bahl mit benacht barten, oder sonst mit Ihnen in besonders nahen Verhältnissen stehenden Staaten zur Bildung einer Division Sich zu vereinigen, so wie Höchstenenselben auch wegen der deßfalls zu verabredenden Bedingungen über Commando, Bekleidung, Ausrüstung und Exercitium der Truppen u. s. w. nur eine völlige Freyheit zustchen kann; wiewohl die bereits gemachten, die Abtheilung betreffenden Vorschläge dem Interesse und den Wünschen mehrerer meiner höchsten Committenten entsprechend gefunden worden, worüber man sich diesseits noch zu aussern Gelegenheit nehmen wird.

ad V. Oberfelbherr.

Die Wahl der Person des Oberfeldherrn wird mit Vertrauen, ohne alle beschränkende Bedingung, der Mehrheit der Stimmen überlassen werden konnen. In Rucksicht der demselben zu übertragenden Gewalt wird sein Verhältniß zu den Landes: Regierungen genau festzusetzen und zu bestimmen seyn, daß er die Einztheilung der Bundesarmee nicht eigenmächtig abandern konne, wie es auch den einzzelnen Staaten frenstehen muß, Bevollmächtigte im Hauptquartier zu haben.

ad VI. Urmeezeichen.

Die Wahl eines von der Bundesarmee gemeinschaftlich zu tragenden Armeez zeichens scheint hochst angemessen und stimmen Ihre Hochfürstlichen Durchlauchten ganz fur diesen zwedmäßigen Borschlag.

ad VII. Lanbsturm.

Die Organisation des Landsturms wird den einzelnen Regierungen, oder im Fall eines Gefahr drohenden Krieges, der gemeinsamen Berathung und Beschluß: nahme des Bundestages vorzulegen seyn.

ad VIII. Bunbesfestungen.

Da dieser hochwichtige Gegenstand noch einer ganz besondern Borbereitung und Berathung zu bedürfen scheint, so glaubt man, vorerst jeder nabern Aeusserung darüber sich enthalten zu können, und will nur bemerken, daß die Billigkeit allere bings erfordern möchte, daß die deßfallsigen Kosten, nach Berhattniß des Besatzungsercchts und bes größern oder mindern Schutzes, welchen die einzelnen Staaten von den Bundesfestungen zu erwarten haben, reparirt werden.

ad IX. Bertheilung ber Militarfoften.

Wenn man nicht, was noch bas zwedmäßigste senn durfte, die Scala bes Contingents zugleich als Geldmatrikel annehmen will, so wird vor Allem eine solche gemeinschaftlich zu berathen und zu entwerfen seyn.

Demnachst trägt man, im Einverständniß mit der Proposition darauf an, daß die gemeinschaftlich zu tragenden Militarkosten bereits im Frieden auf das genaueste ausgemittelt und bestimmt werden mogen. Namentlich wird es erforderlich seyn; über die Unterhaltung des Contingents in Kriegszeiten, sobald es die Grenzen seines besondern Baterlandes überschritten hat, etwas Bestimmtes festzusetzen. Nicht minder ist es durchaus nothig, und für die kleinern Staaten von der größten Bichtigkeit über die Durchmärsche der Truppen eines Bundesstaates durch den andern in Friedenszeiten, und die dafür zu leistende angemesse Grundsätze zu verabreden.

Ihre hochfürstlichen Durchlauchten, welche gewiß ben jeder Gelegenheit Sochstsihre patriotischen Gesinnungen für das allgemeine Beste des drutschen Baterlandes bethätigen werden, behalten es Sich vor, sobald eine, zur weitern Bearbeitung bieses Gegenstandes aus der Mitte der Bundesversammlung zu erwählende Commission die einzelnen Titel einer detaillütteren Prüfung und Abfassung unterzogen haben wird, Sich nothigenfalls naher darüber zu aussern, und ben einer fernern

Abstimmung Hochstihre speciellen Interessen wahrzunehmen; auch durfte es wohl zweckdienlich seyn, nach einem billigen Berhaltniß, ein Comité von sachkuns digen Officieren zu ernennen, welche über rein militarische Gegenstände zu Rathe gezogen werden konnten.

§. 65.

Die staatsrechtlichen Verhaltnisse ber mediatisirten vormaligen Reichsstände, und die Erfüllung des 14. Artikels der deuts schen Bundesakte betreffend.

(49. Six. S. 388. v. J. 1817. 6. Six. S. 20. 13. Six. S. 57. v. J. 1818.)

Großherzogthum heffen. Der Gegenstand bes 14. Artifels ter beuts schen Bundesakte: « das Rechtsverhaltniß der feit 1806. mittelbar gewordenen ehemaligen Reichsstande und Reichsangehörigen » ist für das Großherzogthum hessen insofern von Wichtigkeit, weil bennahe der vierte Theil des ganzen Staatsgebietes aus standesherrlichen und patrimonials gerichtsherrlichen Bezirken besteht.

Gben dies bedeutende Werhaltniß hat aber auch zur natürlichen Folge gehabt, baß Seine Königliche Hoheit der Großherzog sammtliche Rechtsbeziehungen der Standesherren durch eine, bereits am 1. August 1807. erlassene Erklarung, sammt Nachtrag vom 20. Juny 1808, und die der ehemaligen Reich britter, unterm 1. December 1807. umfassend und auf eine solche Weise aussprachen, wie sie von jener Zeit an bis zum heutigen Tage im Großherzogthum bestehen.

Es find baben alle, ben Standesherren gebührende Ruckfichten beachtet, ihr neues Berhaltniß, so wie bas ber ehemaligen Reichsritter, mit aller Billigkeit und Liberalität bestimmt worden.

hiervon liegt flar und offen der Beweis darin vor, daß die Standesherren des Großherzogthums, zufolge der erwähnten Verfügungen, sich schon seit dem Jahre 1807. im Besitz fammtlicher Rechte und Befugnisse ohne Ausnahme befinden, welche später die deutsche Bundesakte, gleichmäßig mit der Wiener Congresakte, für sie festsetzten: daß mithin die erlauchte Versammlung zu Wien im Jahr 1814. nicht geglaubt hat, das Rechtsverhältniß für die Standesherren

und die Paerimonial : Gerichtsberren gunftiger bestimmen zu konnen, als basjenige ift, welches fie feit 1807. in heffen genießen.

Eine furzgefaßte Bergleichung beffen, was im Großherzogthum wirklich bestehet, mit den einzelnen Bestimmungen des 14. Artikels der deutschen Bundesakte, wird dieß zur Genüge bewähren.

Das Recht ber Ebenburtigfeit ift ben Stanbesherren fets anerfannt Gie bilden die privilegirtefte Rlaffe in Unsehung ber Befteue rung, ba fie die gewöhnliche Grundsteuer nur zu zwen Drittheilen gablen, mab: rend fein anderes Grundsteuer: Privileg irgend einer Art eriftirt. Die Krenbeit, ihren Aufenthalt zu nehmen, ift niemals beschränkt worden. Die Ramilien: verträge find, gleich ihrer Familien: Autonomie, aufrecht erhalten worden. Privilegirten Gerichtestand besiten sie in allen Beziehungen; ben perfon-Itch en Rlagen und in Sachen ber fogenannten freywilligen Gerichtsbarkeit vor bem Dberappellatione: Gericht, gleich ben Mitgliedern ber Großherzoglichen Kamilie; in Real. Sachen ben ben Sofgerichten; ben etwanigen Criminalfallen vor Austragen; und in Polizensachen fteben fie nur unter ber Regierung oder bem Ministerium. Bon Militarpflichtigfeit maren fie mit ihren Familien ftete befrent: Die bur gerlich e und peinliche Berichtepflege wird von ihnen in erfter Inftang und in zwenter, auch ohne Rudficht auf die Große ihrer Besitzungen, ausgeubt. gerichtsbarteit und Ortspolizen, fo wie überhaupt die ganze niedere Polizen, auch die Ernennung ber Merzte und Chirurgen, ift ihnen überlaffen. Die Aufficht in Rirden: und Schulfachen, auch über milbe Stiftungen, ift ihnen mit ber Prafentation zu allen Pfarren: und Schulftellen im ftandes: berrlichen Begirt, und mit dem Recht übertragen, eigene Consistorien zu errichten.

Die ehemaligen Reichsritter besitzen, gleich ben andern adelichen Gerichtsherren, Patrimonial: und Forstgerichtsbarkeit, Ortspolizen, Richenpatronat und privigirten Gerichtsftand.

Großherzogliche Gefandtschaft tann burch genaue, auf Die einzelnen Puntte eingehende Nachweisungen Dies alles noch naher erlautern.

Auf jeden Fall giebt schon die bisherige Erdrterung mit der größten Bestimmts beit folgendes Resultat:

Das Großherzogthum Sessen befindet sich nicht in der Lage derjes nigen deutschen Staaten, welche zuelst seit den Zeiten des Wiener Congresses stand besherrliche Besitzungen erhalten haben, und daher noch keine umfassende Feststellung ihrer gesammten Verhältnisse aussühren konnten; eben so wenig besindet es sich in gleicher Lage mit denjenigen Staaten, welche sich in verstossenen Jahren veranlaßt fanden, manche Verhältnisse nicht anzuerkennen, welche die deutsche Bundesakte für die Standesherren vorläusig wieder anerkannt hat. Sondern man hat in hessen die sämmtlichen Verhältnisse der Standesherren und der Patrimonial: Gerichts; herren im Jahr 1807. ausgesprochen; und zwar auf eine solche Weise, daß die Bestimmungen der deutschen Bundesakte hierüber schon seit jener Zeit zum Voraus vollständig erfüllt sind.

Der baldigsten Erreichung bes im 14. Artikel ber Bundesakte ausgedrückten Zweckes: « ben mittelbar gewordenen ehemaligen Reichständen und Reichsangeho; rigen in allen Bundesstaaten einen gleich formigen bleibenden Rechtszustand zu verschaffen »; steht mithin der gegenwärtige Zustand dieser Berhältnisse im Großherzogthum hessen nicht im mindesten im Bege. Bielmehr betrachtet man es diesseits als sehr erwünscht und angenehm, wenn die andern deutschen Staaten, welche hierüber noch Einrichtungen zu treffen haben, diese bewerkstelligen, damit der oben erwähnte, in der Bundesakte aufgestellte Zweck eines in diesen Verhältenissen gleichformigen bleibenden Rechtszustandes, von allen Seiten baldthunlichst moge erreicht seyn.

Obgleich hiernach die neuen politischen Verhaltnisse eine Abanderung dessen, was rucksichtlich der Standesherren und Patrimonial: Gerichtsherren im Großher; zogthum besteht, gar nicht veranlassen können; so ist man dennoch daselbst mit der Vorbereitung mehrerer Modisicationen beschäftigt. Eine zehnjährige Erfahrung hat ein, vorher nicht gekanntes Verhältnis näher prüsen lehren. Wie überall durch die Erfahrung zum Bessern geschritten wird, so mag dies auch hier anwendbar sein. Manche nicht unbillige Wünsche können jetzt vielleicht eher als früher berücksichtigt werden. Darum, und um Verschiedenheit der Unsichten, wo sie noch Statt sindet, zu beseitigen, vielleicht auch manche Verhältnisse der Unterthanen standescherrlicher Bezirke in mehrere Gleichheit mit den andern zu setzen, hat man im verslossenen Jahre Gelegenheit zu mündlichen Berathungen genommen, deren

Resultat, ohne wesentliche Bestimmungen aufzuheben, mithin ohne bem vorhin angeführten zu widersprechen, basjenige, was etwa in dieser Beziehung noch zu wunschen steht, erfüllen wird. Es liegt in der bekannten Gesinnung Geiner Roniglichen Hoheit des Großherzogs, dem Zutrauen aller und jeder Staatsangehörigen gern entgegen zu kommen.

§. 66.

Beschwerbesache ber Rheinpfälzischen Staatsgläubiger und Besitzer ber Partials Dbligationen Lit. D. die Zahlung ber
rudständigen Zinsen und verfallenen Kapitalien betreffend.

(14. Sib. \$.69. 30. Sib. \$.192. 44. Sib. \$.355. 53. Sib. \$.398. 55. Sib. \$.411. 58. Sib. \$.418. v. 3. 1817. 3. Sib. \$.11. 11. Sib. \$.44. v. 3. 1818.)

Rurhessen. Ueber die Beschwerden der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger des Anlehns Lit. D. als einen Gegenstand, der bereits einer gutlichen Vermitztelung unterliegt, und in deren Entstehung der gerichtlichen Entscheidung, in welcher Form dies auch geschehen mag, unterworfen werden soll, wurde man sich Rurhessischer Seits gern jeder Aeusserung enthalten haben, wenn nicht in der Großherzoglich Badischen in der dritten dießichrigen Sitzung zu Protokoll gegebenen Erklärung, der durch den Neichsschluß von 1803. für den Rurrheinischen und Oberrheinischen Kreis in den benden Rurfürsten, Erzkanzler und Hessen, ernannsten ehemaligen Reichs-Erecutions-Commission oft und wiederholt Incompetenz und Nullitäten zur Last gelegt würden.

Gegen jenen öffentlich ben dieser hohen Bundesversammlung gemachten Borwurf, der frenlich Rurhessen nur zur Salfte trifft, das Benehmen jener Commission eben so öffentlich zu rechtfertigen, bin ich Nachstehendes zu aussern angewiesen worden:

- . Es werde in der Badifchen Erklarung zwar gang richtig bemerkt:
 - « Daß jene Reichs: Executions: Commission nur fur die Bollziehung ber aim Reichsdeputations: Reces und Reichsschluß von 1803. bereits entschies
 - a benen Falle, wie bies schon aus dem Begriff ihrer Benennung von selbst
 - 4 folgt, zu forgen gehabt;

« Daß ihr Wirkungefreis sich nur auf ben Rurrheinischen und Oberrheis enischen Rreis erstreckt; und

« Daß von ihren Beschlussen ber Recurs an Kaiser und Reich Statt « gefunden habe, welches lettere um so weniger je bezweifelt werden konnte, « als die Rechte und Pflichten jener Commission nur analog mit jenen, « ihrer nach dem Westphälischen Frieden ernannten Vorgängerin zu beur: « theilen waren, und bekanntlich won dem Commissarius die Berufung und « der Recurs an seinen Committenten, was hier Kaiser und Reich war, « ergriffen werden kann.

« Allein, auch ohne aus den damals verhandelten Aften befondere Belege bens aubringen, was zu weit führen wurde, und in diesem Augenblick nicht möglich esp, lasse sich schon aus allgemeinen Begriffen, und aus dem Inhalt des mehrs erwähnten Reichsschlusses von 1803. ganz deutlich zeigen und erweisen, daß die ReichsserecutionssCommission obige Grundsätze und Vorschriften sich habe genau zur Richtschnur dienen lassen, und auch in der Sache der Rheinpfälzischen Staatssagläubiger Lit. D. durchaus rechtlich verfahren sen.

« Denn ihren Auftrag habe fie in dem vorliegenden Falle nicht überschritten, » und fich einer Entscheidung anmaßen, sondern nur eine in den §§. 77. 78. und 79. » des Reichsschlusses von 1803. bereits entschiedene Sache vollziehen wollen.

« In jenen &. sen wegen aller solcher Staatsglaubiger die bestimmteste Bore fehrung getroffen, und ein dem Geist des Gesetzes gemäßer analoger Schluß, auf alle in gleither Kategorie sich besindende Gläubiger in benden Kreisen habe noths wendig Statt sinden mussen; es sen denn, daß man, der in jenem ganzen Reiches schluß so rühmlich vorherrschenden Gerechtigseit, Billigseitsliebe und Fürsorge sür unschuldig Leidende zuwider, annehme: er habe die Rheinpfälzischen Staatsgläus biger Lit. D. allein unter allen übrigen, ihrem Schicksal hülflos überlassen wollen; was doch wohl vernünstigerweise sich nicht denken lasse. Endlich aber könne über die analoge Unwendung der Vorschriften des S. 78. und S. 79. auch auf weltliche Lande, durchaus kein Zweisel übrig bleiben, wenn man in Verbindung mit denselben, den S. 77. lese, dessen bende erste Zeilen die allgemeine Unwendbars keit der benden nachfolgenden SS. auf alle Staatsgläubiger mit diesen klaren Worsten bestimmen:

Da auch wegen ber auf ben Entschäbigungslanden, also auf allen, nicht blos auf geistlichen, haftenden Schulden zur Berrnbigung so vieler Gläubiger Vorsehung geschehen muß, u. s. w.

« Eben so wenig habe die Commission ihre Vollziehungsgewalt über die Gren:
« zen des Rur: und Oberrheinischen Kreises ausgedehnt. Denn die Special Sy:
« pothet der Rheinpfälzischen Staatsgläuhiger Lit. D. lag großentheils, nämlich a die bedeutenden Oberämter Heidelberg und Mosbach, im Kurrheinischen Kreise, « und diese Oberämter befanden sich, ersteres in Kurbadischem, letzteres in Lei: « ningischem Besit, später aber und noch jetzt, auch letzteres unter Badischer Hoheit.

« Da nun die Gläubiger, deren jus eligendi unter den Pfandgegenständen a niemand bestreiten könne, sich nur an den zur Rheinpfalz gehörigen Theil der Epecial Hypothek zu halten für gut befunden, ohne den übrigen Theil in Ansaspruch zu nehmen; da dieselben auch gar nicht berechtigt gewesen seven, sich an die Surrogate zu halten, welche Baiern für die Rheinpfälzischen Uemter zuges theilt worden waren, sondern Baden und Leiningen deshalb sich demnächst mit Baiern auseinander zu setzen hatten, ohne daß die Gläubiger schuldig gewesen wären, hierauf zu warten; so habe der Executions Richter hierin ihnen nichts vorschreiben können, und die Commission sen um so mehr befugt und schuldig gewesen, deren Reklamation anzunehmen, als sie solche auf einen Gegenstand gerichtet, der im Rurrheinischen Kreise gelegen, und mit allen Vortheilen und Lasten auf die rubricirten neuen Besitzer übergegangen war.

« Ueberdieß habe damals das Fürstliche Haus Leiningen für das nun unter Badische Hoheit gekommene Oberamt Mosbach die Parition pure, und Baden für Heidelberg dieselbe ebenfalls, dessen eigner Erklärung zufolge, am 16. August 1804., und, obschon durch einen Borbehalt bedingt, doch bestimmt angezeigt, wie solches aus der Badischen Erklärung selbst sich deutlich ergabe. Auch musse es für den Beschluß der Executions: Commission ein günstiges Borurtheil er: wecken, daß daß mit so vielen tüchtigen Mannern besetzte Reichskammergericht, welchem gleichfalls Incompetenz und widerrechtliche Anwendung des Reichsbes putations: Schlusses vorgeworfen werde, nach Inhalt der Badischen Erklärung, in derselben Sache völlig dasselbe geurtheilt und für die Gläubiger erkannt habe. »

- « Dieß zu erwiedern halte man sich verpflichtet, um die Competenz der ehema: aligen Reiches Executions: Commission zu vertheidigen und den immer empfind: alichen Vorwurf begangener Rullitäten von ihr abzuwenden; so wenig Einsluß a solches auch, nach völliger Umgestaltung von Deutschland, auf die Sache selbst anoch haben könne. »
- Man habe aber nur so viel gesagt, als jener Zwed unumgänglich erfordere; auch jeden Ausdruck zu vermeiden gesucht, welcher durch gerechte Empfindlichkeit über einen unverdienten Vorwurf hatte veranlaft scheinen konnen; und schließe mit dem Bunsche, daß der befragte Gegenstand, sep es durch Vermittlung oder rechtliche Entscheidung, baldigst seine vollständige Erledigung erhalten, und die aschon so lange unverschuldet leidenden Gläubiger zu der Befriedigung gelangen mochten, welche mit so vollem Rechte ihnen gebührt. »

hierauf trug ber Großherzoglich Medlenburgisch: Schwerin: und Streligische herr Gefandte, Frenherr von Plessen, Folsgendes vor:

In der Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger Lit. D. ist eine Erklärung von der Großherzoglich Badischen Gesandtschaft zum Protokoll der britten dießichrigen Sigung abgegeben, und durch Beschlußnahme vordersamst der zur Begutachtung der Privat: Reklamationen erwählten Commission zum Vortrage zugestellt.

Als Referent muß ich mich hierben auf meinen Vortrag über die betreffende Reklamation (zum Protokoll der 53. Sitzung) beziehen, und den doppelten Antrag in Erinnerung bringen, den die hohe Versammlung auch durch ihren Beschluß in der 55. Sitzung genehmigt hat. Rämlich:

Erst ens wegen der Hauptfrage: über die bestrittene Theilnahme und vers haltnismäßige Verbindlichkeit zur Uebernahme des befagten Schuldenwesens und über das Maas der Vertheilung, die Vermittlung der Bundesversammlung durch einen zu ernennenden Ausschuß zu versuchen, und falls solche sehlschlagen sollte, die richterliche Entscheidung durch eine wohlgeordnete Austrägal: Instanz daben zu bewirken. Eine solche Ausgleichungs: Commission ist auch in der 58. Sitzung schon gewählt, insofern nicht anderweitig die betheiligten Hofe bis zur Halfte des

Januars Dieses Jahrs etwas Raberes über Die Art und Beise, wie Diese Sache ber Erledigung zuzuführen mare, ber Bundesversammlung mittheilen mochten.

Die Großherzoglich Badische Erklarung außert dieserhalb nur ihr vollsoms menes Einverständniß mit dem ange ordneten Vermittlungsweg. Eine allenfalls ersorderliche formliche Rechtsentscheidung wurde ihr auch als ein wills kommenes Erledigungsmittel erscheinen; allein sie halt dafür, daß hier vor der Hand nicht von der zur Austrägal: Instanz ersorderlichen Rlage des einen Souves rains gegen den andern, sondern von einer Privat: Reklamation deutscher Staatss bürger die Rede sen; mithin die Form einer gerichtlichen Erledigung entweder von dem Ausgange der Vermittlungs: Verhandlungen, welche nothigenfalls sich sehr zweitern Aichtung abhängen durfte, wesche die Reklamanten, der won derzenigen weitern Richtung abhängen durfte, wesche die Reklamanten, ben wirklicher Unsstellung einer formlichen Klage, als zweitmäßig und vorträglich erachten werden.

Es muß aber bagegen bemerkt werden: wie jene hauptfrage uber die verbaltnigmäßige Berbindlichkeit und das Maas der Bertheilung Diefer byvothekarie ichen Schuld, fo weit fie zwischen ben zwen Souverainen ftreitig, nur durch Bestellung einer Aufträgal: Inftang gerichtlich erlediget werden tann; durch Die Drie patflage aber, welche Die Staatsglaubiger ben ben Landesgerichten, auch nur auf Die cumulative Benutung ber Special : Sppotheten, noch weiter anbringen moch ten, um fo weniger eine genügende Entscheidung fich absehen lagt, als folche über jene Borfrage, nicht verbindlich fur alle Theile, von einem einzelnen Landes: gerichte ju ertheilen fteht; es fen benn, bag bie in Anspruch genommenen Souves raine fich vorher über Bestellung eines folchen Gerichtshofes jum gemeinsamen perbindlichen Ausspruch vereinbaret batten. Die Staatsglaubiger haben fich mit ibrer Reklamation an den Bundestag gewendet und die Beschwerde, in Folge bes bieberigen Rechtsganges, gegen Baben gerichtet; Die Ginwendungen, welche Die Babifche Regierung bier felbst gegen die alleinige Uebernahme ber Schuld at: macht bat, find von der Ratur, daß fie nur auf die in dem Befchlug vom 16. 3a: nuar vorigen Sahre, wegen ber Streitigkeiten amifchen Bundesgliebern, vorgefchries bene Art zu erledigen fteben. Es fann bemnach wohl nicht weiter barauf antom: men, inwiefern die Reklamanten ben ben Badifchen Landesgerichten ihre Beschwerde binlanglich angebracht haben, sondern nachdem fie im Berlauf von vierzeben

Jahren ohne Zinsen und Zahlung gelaffen find, wird nach ben eigenen Erklarungen von Baben, es nicht einer bloßen Schuldflage ben ben bortigen Gerichten bedurft haben, daß ihnen bisher nicht dazu verholfen worden.

Referent tann also nur der gutachtlichen Mennung fenn:

Daß es dieserhalb ben dem betreffenden Beschluß in der 58. Sigung zu belassen und zu dessen nachster Ausführung nunmehr nur zu bestimmen ware, wie die erwählte Commission zur gutlichen Ausgleichung, ohne weitern Aufenthalt, zusammenzutreten hatte.

Der zwente Theil bes Anfrags und Beschlusses gieng babin: wie die Buns besversammlung annoch ben dem Großberzoglich Badischen Hofe ihre Berwendung habe eintreten lassen, um den reklamirenden Staatsglaubigern bis zu weiter aussgemachter Abtheilung dieses Schuldenwesens, in Folge des bisherigen Rechtsganges, eine vorläufige Befriedigung, wenigstens von den laufenden Zinsen, aus den Einskunften der specialiter verpfändeten Oberämter Heidelberg und Mosbach zu versschaffen.

Hiergegen sind in der Großherzoglich Badischen Erklarung nun insbesondere verschiedene Grunde und Umstände vorgebracht, um den bisherigen Gang der Sache ben der vormaligen Gubdelegations. Commission und die Erkenntnisse derselben, als ungultig und unverbindlich darzustellen; indem dieselbe die Grenzen ihrer Bestellung zum Zweck einer bloßen Divisions. Erörterung und zur Vollziehung überschritten habe, auch solches derselben Badischer Seits in Zeiten erklart worden ware. Inwiesern hierben nun diese Behauptung wirklichen Grund hat, um das Verfahren der Subdelegations. Commission, wegen begangener Nullitäten ausser Kraft zu setzen, kann und darf hier nicht zur Prüfung und Untersuchung kommen, welche vielmehr nur zum weitern gerichtlichen Verfahren gehören und sich dadurch erst ausmitteln lassen. Der Bundestag ist indessen kein Gerichtshof. Ein ges richtlicher Weg ist jedoch auf die Erkenntnisse der Subdelegations. Commission durch das reichskammergerichtliche Mandat vom 29. April 1806. auch damals eingeleitet.

Es ware allerdings zu munschen, daß von Baden diese Rullitaten und etwa sonstige Beschwerde zu seiner Zeit gehörig angebracht werde; auch ist nicht zu überseben: das ber Erklarung vom 15. August 1804, wodurch Baden, unter

vorausgesetzter Uebereinkunft wegen ber weitern Abtheilung, sich zur Befriedigung ber Gläubiger verstanden, seiner Seits die gehörige Folge zu geben gewesen ware. Ben der vorgetragenen Lage der Sache indessen, und nach dieser darüber von der Großherzoglich Badischen Gesandtschaft abgegebenen Erklärung läßt sich von einer bloßen weitern Berwendung der Bundesversammlung wohl kein zureichender Erzsolg erwarten. Und es scheint angemessener, durch den baldigsten Zusammentritt der Commission nur die Sache zu befördern, und nach dem Ausgang und Bericht der Commission dann die ferneren Schritte der Bundesversammlung zu ermäßigen, inwiesern für einen Zwischenzustand noch anderweitige Verfügungen sich nothig zeigen dürften.

Die Mehrheit ber Stimmen vereinigte fich zu bem

Beschlusse:

Daß die in ber 58. Sitzung S. 418. vorigen Jahrs gewählte Commission nuns mehr unverzüglich in Thatigkeit treten und die Vermittlung dieser Angelegenheit versuchen moge: sollte jedoch die gutliche Ausgleichung nicht erfolgen, so ware dieser Gegenstand zur Austrägal: Entscheidung einzuleiten.

§. 67.

Gegenseitiger frener Bertehr mit ben nothwenbigften Lebens bedurfniffen in ben beutschen Bunbesstaaten.

(29. Sig. S. 180. 32. Sig. S. 209. 36. Sig. S. 243. 37. Sig. S. 258. 38. Sig. S. 269. 39. Sig. S. 278. 40. Sig. S. 293. 41. Sig. S. 319. 43. Sig. S. 337. v. S. 1817. 9. Sig. S. 34. 11. Sig. S. 42. 13. Sig. S. 55. v. S. 1818.)

Großherzogthum heffen. Ueber den frenen Bertehr mit Lebensmitz teln zwischen allen deutschen Bundesstaaten, ist Großherzogliche Gesandtschaft zu folgender Erklarung angewiesen:

Obgleich man dieffeits, aus ben in der gefandtschaftlichen Abstimmung vom 19. Juny vorigen Jahrs entwidelten Grunden, fortdauernd überzeugt ift, daß Falle der Noth (wenn auch sehr selten) eintreten konnen, wo eine Regierung die Gubsistenz ihrer Unterthanen von dem gewöhnlichen Gange des handels nicht mehr abhangen lassen durfe, sondern wo es, um dieselben vor Mangel oder übermäßiger Theuerung zu schügen, heilige Pflicht für sie werde, jepen Zweck durch unmittelbar zu ergreifende Sicherheitsmaabregeln zu erzielen; so hat der Großher, zogliche Hof, um den in dieser Sache von der Mehrheit erklarten Bunschen nicht entgegen zu senn, sich dennoch entschlossen, dem in Gemäßheit Beschlusses vom 14. July vorigen Jahre, vorgelegten Entwurf einer Uebereinkunft über den freyen Berzehr mit allen Urten von Getreide, Hulsenfrüchten und Kartosseln, wie auch Schlachtvieh, innerhalb der Grenzen des deutschen Bundes, unter den alleinigen Einschränkungen begzutreten:

- 1) Daß man die Beschränkung ber Aussuhr einer ober ber andern Gattung ber genannten Lebensbedurfnisse, auf besondere Handelsstrassen ober ges wisse Quantitaten, so wie auch wandelbare Jolle, als der Uebereinkunft zuwiderlaufend betrachte, und sich die Retorsion vorbehalte gegen diejenigen Bundesstaaten, welche die Aussuhr überhaupt durch Bolle erschwerten;
- 2) Rann man den Bunsch nicht unterdruden, daß diejenigen Bundesglieder, welche zugleich Beherrscher auswärtiger Staaten sind, sich bestimmt finden mochten, den frenen Eransit des ausländischen Getreides, auch durch diese nicht zum deutschen Bunde gehörigen Staaten, nachzugeben;
- 3) Lagt es fich zwar aus dem Artifel 6. des Entwurfes schon von selbst fols gern, mochte aber in der Uebereinkunft noch bestimmter auszudrücken senn, daß der handel mit dem Auslande der frenen Disposition einer jeden Res gierung überlaffen bleibe, zu Land wie zur See.

68.

Penfions:Angelegenheit ber Mitglieder und Diener bes beut: fchen Ordens.

(12. Sig. §. 30. v. J. 1816. 23. Sig. §. 135. 35. Sig. §. 261. 39. Sig. §. 277. 11. 280. 40. Sig. §. 291. 42. Sig. §. 323. 43. Sig. §. 335. 44. Sig. §. 352. 55. Sig. §. 407. v. J. 1817. 3. Sig. §. 10. 9. Sig. §. 35. v. J. 1818.)

Rurhessen. In der 55. Sitzung von 1817. wurde beschlossen, die motis virten Antrage der Commission über die Regulirung der Pensionen der Deutschor; bens. Mitglieder und Diener, sammtlichen betheiligten Regierungen zur Geneh; migung angelegentlich zu empfehlen.

Um Schluffe bes erwähnten Commissions : Bortrags ift auch ber Pensions : Raten und Rudftande erwähnt, welche

ber Agent von Zelling mit 4 fl. 12% fr. ber Procurator Tils mit 1 > 14\frac{3}{4} > \text{ der Resident von Ulrich mit 56 > 29\frac{3}{4} > \text{ und der Archivar Polzer mit 24 > 31\frac{1}{4} >

an die vormalige Deutschordens Ballen Heffen fordern, und ich habe nicht ers mangelt, Gr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten diesen Gegenstand zu huldvoller Berücksichtigung ehrerbietigst vorzutragen.

Da die Guter der vormaligen Ballen heffen verschiedenen Bundesstaaten ans beimgefallen sind, so war es nothig zu berechnen, wieviel von oben erwähnten Pensionen auf die Guter falle, in deren Besitz Se. Konigliche hoheit gelangt sind. Zufolge des Theilungs-Maasstabs, der im Jahre 1813. unter den versschiedenen Theilhabern nach den Brutto: Einkunften ausgemittelt worden, hat Rurs hessen an den Pensionen

bes Agenten von Zelling . . . 2 fl. 12 fr. bes Procurators Tils . . . — » 40 » bes Residenten von Ulrich . . . 19 » — » bes Archivars Polzer 12 » 48 »

jahrlich zu tragen.

Seine Rönigliche Hobeit haben, mittelst allergnabigster Resolution vom 14. Februar, Ihrer Oberrentkammer zu Cassel aufgegeben, diese Beträge, von dem Zeitpunkte an, wo Sie in den Bezug der Einkunfte jener Deutschordens: Guter gelangt sind, mithin vom 1. December 1813. an, den Betheiligten auszuzahlen. Un diese Behörde werden sich also dieselben sowohl wegen der bereits verfallenen Beträge, als wegen einer etwanigen Absindung für die Zukunft, zu wenden haben.

Großherzoglich Medlenburg: Schwerins und Streligische Bers ordnung über die Mittel und Wege, um ben streitigen Fällen, in Angelegenheiten, welche die Landesverfaß sung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelans gen; auch Erfüllung bes 13. Artikels der deutschen Buns besakte betreffend.

(58. Sig. s. 416. v. J. 1817. 7. Sig. s. 26. 9. Sig. s. 32. 11. Sig. s. 41. 13. Sig. s. 56. v. J. 1818.)

Großherzogthum Sessen. Es ist in ber 58. formlichen Sigung vorigen Jahrs, für die benden Großherzoglich Medlenburgischen Sofe, nach einer von dem Herrn Gesandten vorausgeschickten gediegenen Einleitung, der Antrag eingebracht worden, daß der deutsche Bund durch die Bundesversammlung den Inhalt eines organischen Staatsgesetzes vom 28. November vorigen Jahrs, über die Mittel und Wege, streitige Falle, die dortige Landesversassung betreffend, zur Ausgleichung oder Entscheidung zu bringen, dahin garantiren möge, um alle Bestimmungen desselben, in welchen auf ben Bundestag Bezug genommen ist, jederzeit aufrecht zu erhalten.

Bu biefem Untrag ift bie Großberzoglich Heffische Gefandtschaft angewiesen; ihres hochsten hofes volle Zustimmung zu erklaren.

Der Gesandte behalt sich zugleich vor, auch über ben, mit jenem Garantie; Antrag in Verbindung gesetzten Bunsch, bezüglich auf den 13. Artikel der Buns besakte, Die dieffeitige Erklarung in nachstkunftiger Sitzung abzugeben.

Hope und Waldeck. Meine Durchlauchtigsten Committenten stimmen mit Bergnügen dafür: daß der deutsche Bund die in der 58. vorjährigen Sigung von dem Großberzoglich Medlenburgischen Herrn Gesandten, Namens seiner höchsten Hofe, gewünschte Garantie des Staatsgesetzes vom 28. November vorigen Jahrs, worin festgesetzt worden, wie etwanige Streitigkeiten mit den Landständen über die Medlenburgische Landesversassung verglichen und entschieden werden sollen, so wie namentlich die Aufrechthaltung der daben auf den Bundestag Bezug nehmens den Bestimmungen, bereitwilligst übernehmen moge,

Transrhenanische Guftentations: Ungelegenheit.

(3. Sig. S. 3. 4. Sig. S. 11. 12. Sig. S. 48. 13. Sig. S. 56. 14. Sig. S. 60. v. J. 1816. 6. Sig. S. 27. 11. Sig. S. 43. 18. Sig. S. 94. 23. Sig. S. 127. 24. Sig. S. 142. 26. Sig. S. 153. 40. Sig. S. 294. 41. Sig. S. 305. 42. Sig. S. 320. 43. Sig. S. 332, 333 u. 334. 44. Sig. S. 350. v. J. 1817. 1. Sig. S. 4. v. J. 1818.)

Der Roniglich hannoverische herr Gesandte, von Martens: erstattet einen Vortrag über ben von der Subbelegations: Commission für das transrhenanische Sustentationswesen für das Jahr 1817. eingereichten, mit gewohn: ter Genauigkeit abgefaßten Bericht, und unterlegt die bis zur völligen Auflösung der Sustentationskasse noch zu erledigenden Punkte der Verathung der hohen Bun; desversammlung, und zwar:

- 1) Wegen Erfüllung einiger Verbindlichkeiten, welche von dem angenommenen Termin der Pensionszahlung aus der Sustentationskasse, den 1. Juny 1815. nicht abhängig gemacht werden können; und
- 2) Wegen Bewirkung der den Doppelt: Prabendirten gemachten Zusage ber Wiederzahlung dessen, was sie nach Erfüllung ihrer vollen Verbindlichkeit, bis zum 1. Juny 1815. für einen spätern Termin eingezahlt haben; vorausgesetzt daß der früherhin in Vorschlag gebrachte und von den mehresten Interessenten schon ausdrücklich genehmigte Vergleich in allen übrigen Punkten erfüllt werde.

Der erfte Puntt, bemerkt ber Berr Referent, begreife

- a) Die Strasburger Pensionare, welche Frankreich vom 1. Januar 1817. an, übernommen habe;
- b) Die Wormfer Denfionare.
- c) Ein britter Punkt sen die Pensionirung der wenigen Beamten der transrhenanischen Gustentationskasse selbst.

Was den zwenten Sauptpunkt betreffe, namlich die den Doppelt; Prabendirten zugesagte Wiedererstattung dessen, was sie über die bis zum 1. Juny 1815. zu leistenden Bentrage hinaus für einen spatern Termin vorschußweise, selbst oder durch ihre Gouvernements bezahlt hatten, so hange dieser Punkt lediglich von der Annahme und Bollziehung der Bergleichs: Vorschläge ab, welche zur Bermeidung einer fast unübersehbaren Liquidation, in dem Bortrage der 13. Sigung vom

Jahr 1816. gemacht worben und in ben Abstimmungen fast aller Interessenten, mit Borbehalt ber naberen Berechnung, genehmiget worden sepen.

Der herr Referent sett die wesentlichste Grundlage dieses Bergleichs und seiner Erfordernisse naher auseinander, erwähnt der von einzelnen Stiftern und Doppelts Prabendirten bisher geleisteten und zu leistenden Zahlungen, um dadurch eine allgemeine Uebersicht von der Lage der Sache zu gewähren, und beabsichtet dadurch, die Gesandtschaften, insbesondere jene der daben zunächst interessirten Negierungen, zu veranlassen, ihre höfe davon in Renntniß zu setzen, damit durch deren eingehende Erklärungen, die endliche Berechnung vorbereitet und der Zeitpunkt naher herbens geführt werde, wo dieses ganze wichtige und wohlthätige Institut mit Bestand definistive ausgehoben werden könne.

Der Bortrag wurde unter Bahl 10. biefem Protofolle angefügt. Sammtliche Gesandtschaften vereinigten fich mit bem herrn Referenten zu bem

Beschluß:

Daß ber Vortrag bes Herrn Gesandten von Martens loco dictaturae bruden zu lassen und von den Gesandtschaften ihren Regierungen vorzulegen sen, um dies selbe von der Lage der Sache in Kenntniß zu setzen, und ihre Instruktionen sich hierauf zu erbitten.

§. 71.

Reichskammergerichtliche Gustentationskasse betreffend. (6. Sig. §. 22. 7. Sig. §. 29. 9. Sig. §. 37. v. J. 1818.)

Eben ber selbe: duffert auf ben wieder vorgelegten Bericht des Raiserlich Roniglichen Kassier Fuche, wegen Uebernahme der reichstammergerichtlichen Susstentationstasse zu Beglar (siehe §. 37.), daß dieser den ihm ertheilten Auftrag mit großer Genauigkeit und Umsicht vollzogen habe, und auf dessen weitere Anzeige, vom 23. des vorigen Monats, wornach ihm von dem Stadtgerichtsdirektor, geheimen Rath Bissing zu Beglar, eine Anweisung der Hogendorsischen Erben auf das Bechsel haus Megler à 369 Athlr. 83 fr. im 20 fl. Fußezugeschickt worden sen, zu ermächtigen senn durfte, den angeführten Betrag zu erheben und einstweilen in die Sustentations. tasse ad depositum zu nehmen.

Unter allgemeinem Ginverstandnisse mit bem herrn Reserenten, wurde hierauf be f ch l o f f e n :

Dem Raiferlich Königlichen Kaffier Fuchs, mit dem Ausdrucke des verdienten Wohlgefallens, welches die Bundesversemmlung demfelben über den Bollzug des, wegen Uebernahme der reichskammergerichtlichen Guftentationskasse erhaltenen Auftrages zu erkennen gebe, den weiteren Auftrag zu ertheilen, die ben dem Wech; selhaus Metzler dahier angewiesenen 369 Rthlr. 83 kr. im 20 fl. Fuße zu erheben, und in dem Archiv ben der reichskammergerichtlichen Sustentationskasse zu deponiren.

6. 72.

Denkschrift bes Königlich Baierischen Rammerers, Grafen Karl Theodor von Wieser, in Betreff seiner Ansprüche gegen Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Baden, wegen nicht erhaltenen Besoldungs: Rücktandes als ehemaliger Oberamtmann zu Ladenburg, und zustünftiger Pension.

Der herzoglich holftein Dlbenburg, Anhalt: und Fürstlich Schwarzburgische herr Gefandte, von Berg: erstattet Vortrag über bas Zahl 176. bes vorigen und 16. bes laufenden Jahres erwähnte Gesuch bes Roniglich Baierischen Kammerers, Grafen Karl Theodor von Wiser, in Betreff seiner Ansprüche gegen Seine Konigliche Hoheit den Großherzog von Baden, wegen nicht erhaltenen Besoldungs Rudstandes, als ehemaliger Oberamtmann zu Laden, burg, und zufünftiger Pension.

Nach vollständig ausgehobenem Inhalte dieser Denkschrift und vorgetragenen Geschichte Erzählung erwähnt der Herr Referent, daß des Reklamanten Bitte bahin gebe:

Die Bundesversammlung wolle erkennen, daß Seine Konigliche Soheit ber Großherzog von Baden schuldig sen, ihm nicht nur die gebührende Bergutung für die Oberamtmanns Befoldung zu Ladenburg mit jährlichen 700 fl. vom 1. Decems ber 1802. an bis jett, sondern auch für die Zukunft und Zeit seines Lebens zus kommen zu lassen.

Das gebetene Erkenntniß, bemerkt ber vortragende herr Gesandte, konne die Bundesversammlung nicht ertheilen, da sie kein Gerichtshof sen, und überhaupt keine Erkenntnisse abzugeben habe; die durch den Reichsdeputations hauptschluß vom 25. Februar 1803. getroffenen Verfügungen aber, in Betreff des Schulden, und Pensionswesens der geistlichen und koeltlichen Diener, sepen unter die Garantie des Bundes gestellt, und die Anwendbarkeit jener Verfügungen auf die ehemasligen Rheinpfalzischen Staatsdiener, sen von dem Großherzoglich Badischen Minisskerium selbst anerkannt. Es frage sich daher nur, ob der Graf von Wiser zu denjenigen gehore, welche diese Garantie anzurusen berechtigt seven?

Das Großherzoglich Badische Ministerium scheine diese Sache bloß aus dem Gesichtspunkte betrachtet zu haben, daß Graf von Wiser vor dem 24. August 1802. sich nicht mehr im Besige der befragten Besoldung oder einer Statt derselben bewilligten Pension befunden habe; indem der Reichsdeputations hauptschluß v. J. 1803. allerdings festsehe, daß wenn seit dem 24. August 1802. neue Pensionen oder Besoldungserhöhungen verwilligt oder ganz neue Besoldungen gemacht worden senn sollten, es dem neuen Landesherrn überlassen bleibe, ober solche Berwilligungen den Grundsähen der Billigkeit und einer guten Staatsverwaltung angemessen sinde. Wenn jedoch der Graf von Wiser, welcher sich seit 1796. im Bestze und Genuß der mit der Oberamtmannsstelle zu Ladenburg verbundenen Einkunste befunden und dieselben im Jahr 1801. verloren habe, ein vollkommenes Recht gehabt hätte, dafür Entschädigung oder verhältnißmäßige Pension zu verlangen, die Entscheidung darüber jedoch nur zufälligerweise nicht sosort erfolgt wäre., so möchte wohl nicht unbillig in Erwägung zu ziehen senn, ob unter diesen Umständen gegen ihn der Rormal Tag, der 24. August 1802. in Anwendung gebracht werden könne?

Es scheine daß diese Frage selbst einer rechtlichen Erörterung und Entscheis dung nicht fremd gewesen ware, indem erst nach Beseitigung des Rechts des Grafen von Wiser, die dem neuen Landesherrn in dem S. 59. des Reichsdeputas tions: Hauptschlusses überlassene Beurtheilung habe eintreten können. Nun habe aber der alte Landesherr ben Einziehung der Rheinpfälzischen Oberamtmanns: Besoldungen die Verbindlichkeit zur Entschädigung oder allenfallsigen Pensionirung nicht in Abrede gestellt, sondern nur nach Verschiedenheit der persönlichen Verhältnisse,

fich seine Entschließung vorbehalten, wie benn von bemfelben noch 1804. erklart worden sen, daß die Absicht nicht gewesen ware, bem wirklichen Besitzer ben Genuß bhne eine billige Vergutung zu entziehen.

Es werde also derselbe wohl verlangen können, daß sein Verhaltniß nach der Lage der Sache, wie sie im Jahr 1801. gewesen, beurtheilt werde, da es uner ledigt mit dem Lande an den neuen Landesherrn übergegangen sen; und hatte er, wie es billig hatte geschehen mussen, schon in jenem Jahre eine Entscheidung erhalten, so wurde er ohne Zweisel vor dem 24. August 1802. eine Stelle unter den Pensio, nisten eingenommen haben, und in diesem Falle lage es klar vor Augen, daß ihm die Garantie des Bundes nicht verweigert werden könne. Der Schluß hiervon auf die eigenthumliche Lage des Grafen von Wiser scheine sich aber von selbst zu ergeben.

Der herr Referent aufferte bemnach die Mennung, daß der Großherzoglich Badische herr Gesandte zu ersuchen ware, diese Unsicht, falls die hohe Versamme lung dieselbe billige, dem Großherzoglichen Ministerium zur gefälligen Erwägung zu eröffnen, und die Bundesversammlung von dem Erfolge in Kenntniß zu sehen.

Der Bortrag murbe unter Bahl 11. Diesem Protofolle angefügt, und unter allgemeiner Bustimmung zu Diesem Antrage

Daß dem Großherzoglich Babischen Hofe durch die Großherzogliche Bundes, gesandtschaft die Unsicht der Bundesversammlung über die Reklamation des Grafen von Wiser, Befoldungeruckstand und Pensionsansprüche betreffend, zur Erwägung empfehlend zu eröffnen sen.

9. 73.

Einreichungs: Protofoll.

Das Ginreichungs : Protofoll wurde verlesen und die Zahl 38. bis 43. einges gangenen Reflamationen der erwählten Commission zuzustellen beschlossen.

§. 74.

Diterferten.

Prafidium. Indem ich hiermit sammtlichen verehrten herren Gesandten ben verbindlichsten Dank fur die mir wegen meiner Einberufung an das Raiserliche hoflager bezeigte doppelte Gefälligkeit, die am 9. d. zu halten vorgehabte lette formliche Sitzung vor den Fasten auf heute vorgeruckt, und zugleich genehmigt zu haben, daß die nachste formliche Sitzung am 6. kunftigen Monats gehalten werden solle, erstatte, ermangle ich nicht, diesen Beschluß zum Protokoll zu bringen.

Folgen die Unterschriften.

Verzeichniß der Eingaben. Fortsetzung des Einreichungs : Protofolls von Nro. 38. bis 43.

Nro. 38. Eingereicht den 3. März 1818.

Bon Berthonier, Bevollmächtigter der kütticher Domherren und Diener, bermalen in Regensburg: bittet um die hohe Verwendung ben Gr. Majestät dem König der Niederlande, wegen Uebernahme des kütticher Pensfionsrücktandes, so wie um definitive Entscheidung und Regulirung dieser Angelegenheit, auch in Betreff der andern Halfte des Rücktandes mit 17,569 fl.

Nro. 39. Eingereicht ben 3. März.

Dr. Fresenius, als Bevollmachtigter bes Großherzoglich heffis
schen Polizens Setretars und Forstkassiers haberich zu Darmstadt:
bittet um geneigte Beschleunigung ber Kapitals und Zinsen forderung seines
Dheims, bes Hofgerichtsrath hersenmier zu Stadtworbis, an ben
Oberrheinischen Kreis und das Departement Fulba.

Nro. 40. Eingereicht den 4. Rarg.
Dr. Schloffer, Bevollmachtigter fur bas Furftlich und Grafliche Saus Schonburg: überreicht eine Dentschrift:

« Die in Gefolge Art. 118. ber Wiener Congresacte vom 9. Junius 1815. und ber fünften Anlage zu berfelben zu treffenden naheren Bestimmung und Festsstellung ter Berhaltnisse bieses hauses zum beutschen Bund betreffend. »

12

- Nro. 41. Eingereicht ben 4. Darg.
 - Dr. Schloffer, als Bevollmachtigter & Grafen Franz Comund von Coubenhove, R. R. Desterreichischen Kammerers und Ritters bes MalsthefersOrbens, in Aschaffenburg: überreicht eine Bittschrift, bessen Penssions-Angelegenheit betreffend.
- Nro. 42. Eingereicht ben 5. März.

 Dr. hippe in Frankfurt, als Bevollmächtigter ber Wittwe Seiler, gebornen Kolker in hamburg: überreicht eine Borstellung und Beschwerbe, dd. hamburg ben 8. Februar 1818. wegen ter von bem Senat ber freyen Stadt hamburg in ber von Seiten des Krämer-Amts erhobenen Rechtssache verweigerten Justis.
- Nro. 43. Eingereicht den 5. Marg.
 Suftav Lynter, Rath und Justigamtmann in Gebern: bittet wiederholt
 um gnädige Berfügung zu einer Penfions Berwilligung von Seiten tes
 pormaligen Oberrheinischen Kreises.

Bentagen

zu bem

Protofolle der eilften Sitzung vom 23. Februar 1818.

7.

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden souverainer Berzog zu Maffau 2c. 2c.

unb

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden souverainer Fürst zu Nassau 2c. 2c.

Sind während der vorübergegangenen unglücklichen Zeit fremder Oberherr; schaft in deutschen Landen, ben fortdauernden Bedrückungen der Gewalt in aus; wärtigen Staatsverhältnissen, wodurch Wir mit Unsern Unterthanen und Ange; hörigen in gleichem Maaße wie alle deutsche Staaten gelitten haben, stets und immer bedacht gewesen, die nach dem Nathschluß der göttlichen Vorsehung Uns anvertraute unbeschränkte Negierungs: Wirksamkeit sammt dem Necht der Gesetzgebung dahin zu verwalten, daß in dieser schwierigen Lage, soweit es die Umstände erlaubten, nicht allein die bürgerliche Frenheit Unserer Unterthanen möglichst gessichert, und die politische Gleichheit derselben vor dem Gesetze aufrecht gehalten, sondern auch der Grund zu einer künstigen, auf diesen benden Stützpunkten ruhen; den Verfassung gelegt wurde, deren volle Ausbildung Wir im zuversichtlichen Vorgefühl einer nahen glücklichen Veränderung in den gespannten Europäischen Staatenverhältnissen mit dem Eintritte derselben erwarteten.

Bon biefer Absidit ausgebend und von folden Beweggrunden geleitet, haben Bir bis hierber die vollkommenste Duldung religioser Mennungen und frene Urbung jedes Gottesdienftes in Unfern Landen gehandhabt 1), eben fo bie frene Neugerung politischer Mennungen, soweit ausmartige Staaterudfichten nicht eine Befchranfung verlangten. Die haben in landesberrlichen Sticten Unfern Unterthanen und Staatsangeborigen ben frenen Abzug mit ihrem Bermbgen, nach erfüllter Militarpflicht, in alle biejenigen Staaten zugestanden, wo gleiche Ubaugefrenheit in Unser Staatsgebiet gestattet wird 2); Wir haben Die Leibeigenschaft von Grund aus in Unferm Bergogthum getilgt 3); den Frobn: und Dienft: zwang unter Schadloshaltung ber Dienstherren geloft 4), forperliche Buchtigungen als Strafmittel abgestellt 5), erbliche Borrechte auf hohere Staatsamter nicht aners fannt, vielmehr aus allen Standen zu den oberften Civil: und Militarftellen berufen, wer Und bazu tuchtig erschien. Die Justigpflege murbe unabhangig von Une, burch die angeordneten Juftigbehorden verwaltet; Bir haben Unsern lan: besherrlichen Fiscus den Gerichtshofen untergeordnet 6) und Uns des Rechts, angestellte Staatsdiener nach Willführ zu entlassen, begeben 7).

Wir haben die frene Benutung des Grundeigenthums unter den Schutschirmender Gesetze gestellt, das Recht der Wildbahn) und alle den Anbau des Bos dens storende Weidgerechtsame) bis zur Unschädlichkeit beschränkt, die Ablosung der Zehnten, Grundbelastungen und Servituten vorbereitet, so wie die Vertheis lung gemeinheitlicher Allmenden im voraus erleichtert, endlich für die Einführtung einer völligen Gewerbefrenheit vorbereitende Maasregeln getroffen 10).

Bir haben feine Abgaben von Unfern Unterthanen erhoben, außer fur Beburfniffe bes Staats; Bir haben verordnet, daß ein jeder dazu bentrage nach

2) Edict vom 9/12. Oftober 1810.

¹⁾ Rach dem Geift bes Edicts bom 14. September 1803.

³⁾ Edicte bom 1. Januar 1808. und bom 1/3. September 1812.

⁴⁾ Ebict vom 1/3. September 1812. 5) Ebict vom 26/28. December 1809.

⁶⁾ Edict vom 11. November 1806. 7) Edict vom 3/6. December 1811.

⁸⁾ Edict bom 17/21. May 1811.

⁹⁾ Edict bom 7/9. Rovember 1812.

¹⁰⁾ Edicte bom 10/14. Februar und bom 1/3. September 1812. Dehrere hierauf fich bee giebende Bollgiebungegefete.

dem Maaßstab seines reinen Einkommens II), daß einzelnen Standen oder Personen keine Befreyung davon forthin belassen werden I2); Wir haben in dringens den Finanzverlegenheiten Domainen Unseres Hauses zum Bortheil der Staatskasse veräußert, indem Uns nicht als eine Ausopferung erschien, was von Unserm Famis liengut zur Wohlfahrt des Landes verwendet wurde.

Wir waren belohnt durch das Bewußtsenn, jum dffentlichen Bohl Unsere Regierungsrechte so zu verwalten, durch die oft und in unzweisclhaften Aeusserungen zu Unserer Renntniß gekommene treue Anhänglichkeit Unserer Unterthanen, weniger nicht durch den glucklichen Erfolg Unserer Bemühungen, worin die Uns Angehörigen unter mancherlen schwierigen Berhältnissen Schutz und wesentliche Bortheile, mit Auszeichnung sogar, nicht selten gefunden haben.

Der ichonfte Lohn aber murde Une ju Theil, ale Bir Une burch die Bir fungen biefer Bermaltungemeife in ben Stand gefett faben, bem großen Bund gegen Die von unbegrenztent Ehrgeiz versuchte Aufrichtung einer Alleinherrschaft in Europa mit ber gangen Rraft bes Unferer Regierung untergebenen beutschen Staatsgebiets benzutreten 13), und als Wir in dem ruhmmurdigen Gifer Unferer Unterthanen fur bes gemeinsamen beutschen Baterlandes Bieberherstellung gur Frenheit und Unabhangiafeit Mittel fanden, ein Mehreres fogar fur biefen großen 3wed aufzubieten, als Une nach ben abgeschlossenen Bertragen zu leiften oblag 14). Wir haben Unfern Unterthanen ben andern Beranlaffungen offentlich bafur gedanft. und erneuern auch jett gern biefen Ausdrud Unfere Gefühls. Sie baben ihr Recht auf eine felbstständige und ehrenhafte Stellung unter ben verwandten Stame men bes beutschen Bolfes im funftigen beutschen Staatenverein fich befestigt, und Mir finden Uns bewogen, Die Anerkennung Diefes Rechts burch bie bauers bafte Begrundung einer eigenthumlichen Berfaffung noch mehr ihnen allenthalben ju versichern.

Wir haben den Augenblick erlangter Befreyung von dem Uebergewicht frems ben Ginflusses dazu benutt, die im Gefolge des aufgedrungenen Continental: Sp

¹¹⁾ Edict vom 10/14. Februar 1809. und mehrere nachtrage namentlich vom 14/16. Des cember 1812.

¹²⁾ Edicte bem 10/14. Februar 1809. und bom 6/9. Oftober 1809.

¹³⁾ Coict bom 16. November 1813.

¹⁴⁾ Chict pom 4/5. December 1813.

stems ben Uns nothwendig gewordenen Beschränkungen des Handels und einiger Sewerbe wieder aufzuheben 15, die Anstalt allgemeiner Bewassnung, mit Unters drückung der ben dem frühern Militär: System bestandenen Militär: Dispensativ onstaren, auf eine fest bestimmte und bleibende Beise in Unserm Herzogthum einzusühren 16), auch die vormalige Frenheit des Buchhandels und der Druckerpreßen, mit Beschränkung des Nachdrucks zum Vortheile deutscher Schriftsteller und Verzleger jedoch, Unsern Unterthanen zurückzugeben 17).

Die fortbauernde Wirfung dieser Gesetze und constitutionellen Einrichtungen steht unter dem erhabenen Schutz der verbundeten Machte, nach deren weisen, das Wohl der Nationen befestigenden Beschlussen ihnen von aussen die beruhigende Gewährleistung der mit Gerechtigkeit vereinten Starke auch forthin verbleiben wird. Es ist also nur übrig, Allem, was für die Einführung einer liberalen, den Beschirfnissen Unserer Zeit und Unseres Staates entsprechenden Verfassung in Unserem Berzogthum entweder schon geschehen ist, oder noch erforderlich senn wird, auch eine gleichkräftige Gewährleistung im Innern zu geben, welche Wir in der unversweilten Errichtung von Landstanden gefunden zu haben glauben durfen.

Indem Wir Unsern Landstanten die Bewahrung jener angeführten Grunds lagen sowohl, wie die weitere Ausbildung einer solchen eigenthumlichen Landes; verfassung übertragen, überlassen Wir Uns der hoffnung, dieselben gegen den Wechsel aller Dinge, welchem gesetzliche Einrichtungen in rein monarchischen Staatss formen mehr, wie anderwarts, unterworfen sind, nach Möglichkeit auf dieser Seite sicher gestellt zu haben. Ausserdem werden Wir von der Absicht geleitet, den Standes; und Grundherren Unsers Herzogthums, deren vormalige unmittelbare Reichsgebiete im Lauf der Ereignisse Unserer Oberherrlichkeit und Regierung unterz geben worden sind, einen verhaltnismäßigen Einsluß auf die eigenthumliche Gessetzgebung und Verwaltung Unseres Staats als erhebliches Vorrecht zuzusichern, und auf diese Art ihnen einen verfassungsmäßigen Wirkungskreiß zu eröffnen, in welchem sie für des Landes und ihrer vormaligen Unterthanen Wohlfahrt thätig senn können, und wodurch billige Ansprüche befriedigt werden, ohne die zum Flor

¹⁵⁾ Stict vom 18/21. Marg 1814. und mehrere Ministerial, Befanntmachungen. 16) Sticte vom 20/21. Januar 1814.

¹⁷⁾ Edict vom 4/5. May 1814.

Unsers vereinigten Herzogthums erforderliche, und Unsern sammtlichen Unterthanen in gleichem Maas wohlthatige Ginheit in der Landesgesetzgebung und Vereinfastung der Verwaltung und Verwaltungsformen zu storen, deren glucklichen Folgen sich Alle, wie Wir sehnlichst wunschen und hoffen, in den kommenden ruhigeren Beiten noch mehr erfreuen werden, als bisher unter minder gunstigen aussern baltniffen geschehen konnte.

hiernach haben Wir beschloffen und verordnen, wie nachfolgt:

S. 1. Die Landstande Unsers herzogthums sind zusammengesetzt aus Mit; gliebern ber herrenbant und Landesdeputirten, welche in abgesone berten Sigungen fich versammeln.

Die Mitglieder der herrenbank werden von Uns anf Lebenszeit, oder erblich ernannt, die Landesdeputirten aber von ben Vorstehern der Geistlichkeit und der hohern Lehranstalten, von den begütertsten Landeigenthumern und von den Inhabern größerer Gewerbe in dem weiter unten best mmten Verhaltniß und in Gemäßheit der darüber ertheilten Vorschriften erwählt.

S. 2. Die politische Stellung Unserer Landstande im Allgemeinen und im Besondern, so wie auch die vollständige Bezeichnung beszenigen Untheils, ben Bir ihnen an allen Zweigen ber Gefetgebung einraumen fonnen und werden, hangt mit von den zu erwartenden naberen Bestimmungen Unferer und Unferes Bergoge thums Berhaltniffe zu bem funftigen Gefammtvereine ber beutiden Staaten ab. Borlaufig alfo, und bis zu biernachft erfolgender nachtraglichen Berordnung erflas ren Wir hiermit und versprechen fur Und und Unfere Regierungs: Rachfolger uns abanderlich und fur alle Bufunft verbindlich, daß Bir Die Giderheit des Gigenthums und cer perfonlichen Frenheit unter Die mitwirkende Gemahrleiftung Unferer Landstande stellen. Gie follen baruber machen, und barauf zu halten befugt fenn, bag bie frene Birffamteit ber oberften Juftigbeborben niemals befdrantt werbe, daß willführliche Berhaftungen, ohne rechtliches Berfahren nach den bestehenden Befeten nie und auf feine Beife Statt finden, auch daß feiner Unferer Unterthanen jemals feinem gewohnlichen Berichtsftand, und burch die Gefete vorher bestimmten ordentlichen Richter burch aufferordentliche Maabregeln entzogen werde, Bu dem Ende legen Wir fofort Unferen Landftanden nachfolgende Rechte ben.

- Dhne ihre Einwilligung foll arben, in bem Eingang des gegenwartigen Goicts ermahnten, die Aufrechthaltung der burgerlichen und Sewerbe, Frenheit, so wie die Gleichheit der Abgaben bezweckenden Gesetzen und Einrichtungen weder von Und, noch von Unsern Regierungs, Nachfolgern zur Beschränkung der darin bestimmten Nechte jemals einige Abanderung verfügt werden. Ueberdieß sollen wichtige, das Eigenthum, die persons liche Frenheit und die Verfassung betreffende neue Landesgesetze nicht ohne den Nath und die Justimmung der Landstände eingeführt werden.
- 2) Sie tonnen Und Vorschlage zu Abanderung bestehender und Einführung neuer Gesetze überreichen, allgemeine nnd besondere Beschwerden einzelner Landestheile oder Unterthanen: Rlassen Und vortragen, und fordern, daß gegen Unsern Staatsminister, so wie auch gegen Landestollegien wegen bestimmter Beschuldigungen eine Untersuchungs: Commission angeordnet werde, wenn diese Beschuldigungen auf bescheinigten Angaben beruhen, daß von ihnen Verletzungen der hier oben unter Num. 1. angeführten, und sogleich hier nachfolgend über die Abgaben: Erhebung und Verwen: dung festgesetzten Versassungsbestimmungen verfügt, oder zugelassen worden, oder auch daß sie sich Concussionen, oder verbotene Annahme von Geschenken erlaubt, oder ben ihren Untergebenen zugelassen haben.

Dergleichen Vorschläge und Beschwerden können von jedem einzelnen Mitgliede der Herrenbank und der Landesdeputirten während den Sigun; gen ihrer Versammlung in Antrag gebracht werden. Die Antrage werden in jeder Abtheilung besonders erörtert und darüber abgestimmt. Sie kön; nen Uns aber nur alsdann vorgelegt werden, wenn sie die Zustimmung der Mehrheit in jeder Abtheilung erhalten haben. Auf gleiche Art werden die von Uns den Landständen zum Gutachten und Benstimmung mitzutheis lenden Gesetzes Vorschläge in jeder Abtheilung besonders discutirt, und darüber abgestimmt, so daß nur die für sich zählende Stimmen, Mehrheit in jeder einzelnen Abtheilung die Zustimmung der Landstände beurkundet. Herrschen getheilte Mennungen in Lenden Abtheilungen, so wird die Verzeinigung derselben durch eine von jeder Abtheilung in gleicher Anzahl zu erwählende Deputation versucht, welche unter den benden Prässdenten zus

sammentritt. Bei nicht Statt findender Bereinbarung behalten Wir Uns bie landesherrliche Entscheidung bevor.

- 3) Alle von den Unterthanen zu ethebenden direkten und indirekten Abgaben sollen von der Mehrheit Unserer Landstånde, woben die einzelnen Stimmen nach geschehener besondern Umfrage in benden Abtheilungen zusahlen sind, im Boraus bewilligt werden, alle direkten Abgaben für den Zeitraum eines Jahres, die indirekten nach Gutstüden auf sechs Jahre hinaus. Zu dem Ende ist das Bedürfniß des kommenden Jahres sammt dem wahrscheinlichen Ertrag der zu erhebenden Abgaben in genauen und vollständigen Uebersichten ihnen vorzulegen, auf gleiche Art auch die geschehene Berwendung der früher von den Landständen zu angegebenen Staatse bedürfnissen bewilligten Abgaben ihnen unter gestatteter Einsicht der geführzten Rechnungen mit den Belegen derselben nachzuweisen.
- 4) Die Landstände konnen mahrend ihrer jeweiligen Sitzungszeit Vorstellungen und Bittschriften von einzelnen Unterthanen sowohl, wie auch von Gemeins ben annehmen. Solche mussen schriftlich an die Prasidenten bender Abstheilungen eingeschickt werden.
- S. 3. Wir werden die Landstande alljährlich zwischen dem 1. Januar und 1. April und sonst im Laufe des Jahres, so oft es und erforderlich scheint, aussers ordentlich versammeln, behalten Uns aber das Recht vor, ihre Sigungen nach Sutfinden zu unterbrechen, auch die Versammlung der Landes Deputirten ganzlich aufzulosen, und eine anderweite Wahl derselben anzuordnen.

Eine jede eigenmächtige Zusammenkunft der Versammlung der Landstände ober einer von ihren Abtheilungen ohne Unsere vorgängige Einladung ist unerlaubt, und was darin verhandelt oder beschlossen werden sollte, für null und nichtig zu achten.

Bey den ordentlichen und ausservordentlichen Versammlungen der Landstande werden Wir zu den Sitzungen jeder Abtheilung Commissarien abordnen, welche an allen Verhandlungen Untheil nehmen, ohne jedoch ben den Abstimmungen zuges gen zu senn. Die Handhabung der innern Polizen der Versammlungen bleibt ihnen selbst überlassen, nach Maaßgabe einer Ordnung jedoch, die im Lauf der ersten Sitzung zu entwerfen und Und zur Genehmigung vorzulegen ist.

Die Wahl ber Landesbeputirten geschieht für die Dauer von sieben Jahren. Nach Ablauf berselben wird zur neuen Wahl geschritten, wenn nicht etwa früher eine ausserordentliche Anflösung der Landesdeputirten Versammlung von Uns versfügt worden ist. Die abtretenden Landesdeputirten sind in jedem Fall wieder wahlfahig.

S. 7. Die Reisekosten nehst Taggebuhren fur die Dauer der Sitzungszeit und fur die Tage ihrer Gegenwart am Ort der Versammlung, sollen den Landes; deputirten, ohne Unterschied, aus Unserer Staatskasse vergütet, und der Betrag der lettern, nach angehortem Gutachten der Landstände, im Laufe der ersten Sitzungszeit von Uns bestimmt werden.

Gleichermaßen find die allgemeinen Sigungefosten ber Landesdeputirten, Bersammlung aus Unserer Staatskaffe zu bestreiten.

5. 8. Die Landesdeputirten versammeln sich auf die ihnen von Unserem dirigirenden Staatsministerium zukommende Ginladung am bestimmten Ort und Tag.

Den Prafidenten ihrer Versammlung werden Bir fur eine jede Sigungezeit aus bren von ihnen Uns vorzuschlagenden Mitgliedern ernennen.

Rur die Stimmen ber in einer Sigung anwesenden Landesdeputirten werden gezählt; Abwesende können sich durch Undere nicht vertreten laffen.

- S. 9. Die Sitzungen der Landstände sind nicht offentlich; boch können dies selben durch Stimmenmehrheit die offentliche Bekanntmachung ihrer Berhandluns gen im Ganzen und Einzelnen, mittelst Abdruck und Bertheilung von fünf und zwanzig Exemplarien an jedes ihrer Mitglieder, verordnen. Auch sind nach dem Ermessen der Stimmenmehrheit in den Versammlungen sachgemäße Auszuge aus ihren Sitzungs. Protokollen durch das allgemeine Intelligenzblatt zur öffentlichen Renntniß zu befördern.
- S. 10. Die gegenwartige Stictal Berordnung foll von Unserem nachgesetzten Staatsministerium bergestalt in Bollziehung gebracht werden, daß die erste Bersammlung der Landstände im nachstkommenden Jahre Statt finden kann,

Mögen Unfere Unterthanen aller Stände und Klassen darin einen neuen Bes weis Unseres unbegrenzten Zutrauens zu ihrer treuen Anhänglichkeit und vater: ländischen Gesunung wahrnehmen, und Unser unwandelbares reines Bestreben

erkennen, Burgerglud und Wohlstand in Unserem Staatsgebiet auf sichern Grund, lagen und bauerhaft zu befestigen!

Gegeben zu Biebrich am 1. und zu Schloß Engers am 2. September 1814.

Friedrich August, Herzog zu Massau.

Friedrich Wilhelm, Fürst zu Massau.

vt. Frenherr von Marschall.

8.

Die Bildung ber Herrenbank der Landskande betreffent. Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Nassau 2c. 2c.

unb

Wir Friedaich Wilhelm, von Gottes Gnaden souverainer Furst zu Massau 2c. 2c.

Saben die durch eingetretene Territorial : Beränderungen und durch die offents lich bekannt gemachte Entsagung einiger Mitglieder herbengeführte Nothwendigs feit, über die Bildung ber Herrenbank Unserer Landstände neue Bestimmungen zu erlassen, erwogen:

Wir bestätigen zuwörderst alle in dem Constitutiones Edict vom 1. und 2. September vorigen Jahrs enthaltenen allgemeinen Borschriften, in Beziehung auf die Anordnung der Herrenbank der Stände Unseres Herzogthums und auf die Formen, wornach die Mitglieder ihre landständischen Rechte ausüben werden.

Erbliche Mitglieder ber Herrenbank bleiben

1) sodann von den im angeführten Constitutions: Edict S. 4. aufgeführten Landständen, ausser den Prinzen Unseres Hauses: die Frau Erzherzogin Hermine von Desterreich, als Gräfin zu Holzappel und Herrin zu Schaumburg; der Herr Fürst von der Lenen; die Herren Grafen von Baldbott Bassenheim und Baldberndorf, und der Frenherr von Stein.

Die Wahl ber Landesbeputirten geschieht für die Dauer von sieben Jahren. Nach Ablauf berselben wird zur neuen Wahl geschritten, wenn nicht etwa früher eine ausserordentliche Anflosung der Landesdeputirten Bersammlung von Uns versfügt worden ist. Die abtretenden Landesdeputirten sind in jedem Fall wieder wahlfähig.

S. 7. Die Reisekosten nebst Taggebühren für die Dauer der Sitzungszeit und für die Tage ihrer Gegenwart am Ort der Versammlung, sollen den Landes; deputirten, ohne Unterschied, aus Unserer Staatskasse vergütet, und der Betrag der lettern, nach angehörtem Gutachten der Landstände, im Laufe der ersten Sitzungszeit von Uns bestimmt werden.

Gleichermaßen find die allgemeinen Sigungokosten der Landesdeputirten, Bersammlung aus Unserer Staatskasse zu bestreiten.

S. 8. Die Landesdeputirten versammeln sich auf die ihnen von Unserem dirigirenden Staatsministerium zukommende Ginladung am bestimmten Ort und Lag.

Den Prafidenten ihrer Bersammlung werden Bir fur eine jede Gigungszeit aus bren von ihnen Uns vorzuschlagenden Mitgliedern ernennen.

Rur die Stimmen ber in einer Sigung anwesenden Landesdeputirten werden gezählt; Abwesende konnen fich burch Andere nicht vertreten laffen.

- S. 9. Die Sitzungen der Landstände sind nicht offentlich; doch können dies selben durch Stimmenmehrheit die offentliche Bekanntmachung ihrer Verhandluns gen im Ganzen und Einzelnen, mittelst Abdruck und Vertheilung von fünf und zwanzig Exemplarien an jedes ihrer Mitglieder, verordnen. Auch sind nach dem Ermessen der Stimmenmehrheit in den Versammlungen sachgemäße Auszüge aus ihren Sitzungs: Protokollen durch das allgemeine Intelligenzblatt zur öffentlichen Renntniß zu befordern.
- S. 10. Die gegenwartige Soictal Berordnung foll von Unserem nachgesetzten Staatsministerium bergestalt in Bollziehung gebracht werden, daß die erste Bersammlung der Landstande im nachstkommenden Jahre Statt finden kann.

Mogen Unfere Unterthanen aller Stande und Klassen darin einen neuen Bes weis Unseres unbegrenzten Zutrauens zu ihrer treuen Anhänglichkeit und vater: ländischen Gesinnung wahrnehmen, und Unser unwandelbares reines Bestreben

Auszug Rescripts des herrn Fursten von Metternich, an den Raiserlich Roniglichen herrn Gesandten in der Schweiz, datirt Wien, den 7. Februar 1818.

Durch die Ew. Ercellenz von dem prafidirenden Bundestags Gesandten, herrn Grafen von Buol: chauenstein, bereits unmittelbar zugekommenen Mittheilungen, befinden Sie Sich in vollstandiger Renntniß des Beschlusses, welchen die deutsche Bundesversammlung aus Beranlassung jenes an sie gelangten Schreis bens der Schweizerischen Giogenossenschaft gefaßt hat, in welchem von letzterer die auf die Cantone Bern und Basel übergegangene Berbindlichkeit zu Uebernahme der bisher mit ihrer Sustentation auf die bestandene transrhenanische Sustentationskasse angewiesenen Pensionare der Hochstifts Basel vollkommen verweigert wird.

Infofern nun burch Diefen Befchluß Das Ersuchen an ben Raiferlich Roniglich Defterreichischen Sof gelangt ift, Die Schweizerische Gidgenoffenschaft zur Erfullung ber für fie aus bem Erwerbe bes Sochstifts Bafel und aus ben porliegenden Staats aften entspringenden Berbindlichkeit zu veranlaffen, und ben biefer Berbindung benjenigen Standpunkt zu benuten, vermoge beffen Seine Majestat ber Raifer auf Die Bestimmungen bes Varifer Kriedens vom 30. Man 1814. des dadurch fests gesetten Wiener Congresses, und insbesondere auf die in der Congresafte enthaltene Erflarung vom 20. Marg 1815. über Die Ungelegenheiten ber Schweigerifchen Gibe genoffenschaft zu mirten, in bem Kall maren; fo gebe ich mir bie Ehre G. G. biermit meine Ansichten über Diefen Gegenstand jur gefälligen Benutung ben jener Statt zu habenden Ginfdreitung mitzutheilen, welche indem einerfeite burch Diefelbe bem ehrenvollen Bertrauen der Bundesversammlung entsprochen wird, andererseits baburch vollkommen gerechtfertigt erscheint, als unser Allerhochster Sof gar mobt -berufen ift, in vorkommenden einzelnen Kallen, über die Auslegung der in die Biener Congregafte aufgenommenen, unter feiner Mitwirfung errichteten Staates vertrage, insofern fie auf bas allgemeine Guropaische Staate, und Bolferrecht Ginfluß haben, fich auszusprechen.

Da bie Scheingrunde, welche bie Schweizerische Gibgenoffenschaft in ihrem an die Bundesversammlung gerichteten Memoire vom 17. November vorigen Jahres

hiernachst bewilligen Bir

- 2) die mit dem Besitze der Grafschaft Westerburg verbundene erbliche Lands standschaft zur Herrenbant, der graflichen Familie von Leiningen : Westerburg. Endlich
- 3) ertheilen Wir den gesammten adelichen Gutseigenthumern in Unserm Herz zogthum sechs Virilftimmen ben der Herrenbank, welche sie durch eben so viele aus ihrer Mitte erwählte Deputirte des Adels vertreten lassen.

Die Bahl vieser seche Deputirten geschieht in einer, ganz nach Art ber übrisgen Wahlversammlungen, unter bem Borsitz eines von Und zu ernennenden dirisgirenden Commissarius, zu bildenden Wahlversammlung, wozu alle Gutseigensthumer vom Adel berufen werden, die zu einem Grundsteuer. Simplum, wenigsstens Ein und zwanzig Gulden und darüber entrichten, oder die in den Fürstensthumern Dillenburg und Hadamar, so wie in der Grafschaft Besterburg und dem jenseits der Lahn gelegenen Theile des Amts Runkel, im gegenwärtig laussenden Jahre zur Grundsteuer einen Bentrag von zusammen vier und achtzig Gulden und darüber geleistet haben.

Abeliche Gutseigenthumer weiblichen Geschlechts und Minorenne konnen in biefer Wahlversammlung burch Bevollmachtigte ihr Stimmrecht ausüben laffen.

Avelichen Gutseigenthumern, welche ben hier bestimmten Grundsteuer:Betrag von ihren Besitzungen nicht entrichten, bleibt das Recht vorbehalten, in den Wahlversammlungen der übrigen Landeigenthumer oder Gewerbbesitzer zu erscheisnen. Sie üben darin ihr Stimmrecht, insoweit ihnen ein solches nach der gesetzlichen Bestimmung zusteht, zu der Landes:Deputirtenwahl.

Die gegenwartige Soictal: Verordnung ist zugleich mit der unterm heutigen Datum über die nunmehrige Bildung dieser Wahlversammlungen erlassenen Soictal: Verordnung durch Abdruck im Verordnungsblatt öffentlich zu verkünden, und durch Unser Staatsministerium, nach Maasgabe des Constitutions: Soicts vom 1. und .2, September vorigen Jahrs, zu vollziehen.

Gegeben zu Biebrich am 3. und zu Weilburg am 4. November 1815.

(L. S.) Friedrich, (L. S.) Wilhelm, Herzog zu Nassau. Fürst zu: Nassau. vdt. Krevberr von Marschall. Auszug Rescripts des herrn Fürsten von Metternich, an den Raiserlich Koniglichen herrn Gesandten in der Schweiz, datirt Wien, den 7. Februar 1818.

Durch die Ew. Ercellenz von dem prasidirenden Bundestags Gesandten, Herrn Grafen von Bu ole chauen stein, bereits unmittelbar zugekommenen Mittheilungen, besinden Sie Sich in vollständiger Renntniß des Beschlusses, welchen die deutsche Bundesversammlung aus Beranlassung jenes an sie gelangten Schreis bens der Schweizerischen Eiogenossenschaft gefaßt hat, in welchem von letzterer die auf die Cantone Bern und Basel übergegangene Verbindlichkeit zu Uebernahme der bisher mit ihrer Sustentation auf die bestandene transrhenanische Sustentationskasse angewiesenen Pensionare der Hochstifts Basel vollkommen verweigert wird.

Insofern nun durch Diefen Beschluß Das Ersuchen an ben Raiferlich Roniglich Defterreichischen Sof gelangt ift, Die Schweizerische Gidgenoffenschaft zur Erfullung ber für fie aus bem Erwerbe bes Sochftifte Bafel und aus ben porliegenden Staats, aften entspringenden Berbindlichkeit zu veranlaffen, und ben Diefer Berbindung benjenigen Standpunkt zu benuten, vermoge beffen Seine Majestat der Raifer auf Die Bestimmungen des Varifer Friedens vom 30. Man 1814. Des dadurch fests gefetten Wiener Congreffes, und insbesondere auf Die in der Congregafte enthaltene Erflarung vom 20. Marg 1815. über Die Ungelegenheiten ber Schweizerifchen Gibe genoffenschaft zu mirten, in dem Rall maren; fo gebe ich mir bie Ehre E. E. biermit meine Ansichten über Diefen Gegenstand jur gefälligen Benugung ben jener Statt gu habenden Ginfdreitung mitzutheilen, welche indem einerfeite burch Diefelbe bem ehrenvollen Bertrauen ber Bunbesversammlung entsprochen wird, andererfeits baburd volltommen gerechtfertigt erscheint, als unfer Allerhochfter Sof gar mobt berufen ift, in vorkommenden einzelnen Kallen, über die Auslegung ber in die Biener Congregatte aufgenommenen, unter feiner Mitwirkung errichteten Staats, vertrage, insofern fie auf das allgemeine Europäische Staate, und Bolferrecht Einfluß haben, fich auszusprechen.

Da bie Scheingrunde, welche bie Schweizerische Gibgenoffenschaft in ihrem an die Bundesversammlung gerichteten Memoire vom 17. November vorigen Jahres

für die Befreyung der den Cantonen Bern und Basel angesonnenen Berbindlichkeit entwickelt hat, bereits in dem an sie unterm 2. December vorigen Jahres erlassenen Antwortschreiben der deutschen Bundesversammlung sehr ausstührlich und gründlich widerlegt worden sind; so kann sich füglich ben der Statt zu findenden Einschreitung im Allgemeinen auf diese Widerlegung bezogen und die Bemerkung bengefügt werden, daß der Raiserlich Königliche hof letztere als richtig und wohl begründet anerkenne, und es bleiben daher nur jene Punkte der zwischen dem deutschen Bunde und der Siegenossenschaft entstandenen Discussion zu beleuchten übrig, woben es sich um Analysirung der oben erwähnten Staatsakten handelt, und rücksichtlich welcher die Bundesversammlung sich gegen die Siegenossenschaft auf die Statt zu findende Belehrung und Zurechtweisung der größeren europäischen Mächte und namentlich Desterreichs und Preussens bezieht. Diese zur diesseitigen Erörterung geeigneten Punkte sind nun:

- a) die von Seite der Eidgenoffenschaft aufgestellte Behauptung, daß die Verfügungen des Wiener Congresses nur dann auf die Schweiz ihre Unwendung erhalten könnten, wenn sie wirklich Angelegenheiten derselben betreffen, daß sie daher mit folchen Verfügungen, welche sich auf Deutschland und andere Staaten beziehen, sich nicht zu befassen habe, und daß hieraus keine Verbindlichkeit für die Schweiz entstehen könne, besonders nachdem ihr von dem allgemeinen Instrument, welches am 9. Juny 1815, zu Wien unterzeichnet worden, nie einige Mittheilung gemacht worden sey.
- b) Die von der Eidgenoffenschaft entwidelte Ansicht, daß aus der Erklarung bes Wiener Congresses vom 20. Marz 1815. und aus der Schweizerischen Accessions; akte keineswegs für sie die Pflicht zur Uebernahme der fraglichen Pensionen hervorzehe, sondern daß vielmehr eben dadurch ihre Weigerung begründet werde.

In Betreff des unter a) erwähnten Punktes, ist wohl ganz vorzüglich auf die Entstehung der Wiener Congresakte, auf die Absicht, welche der Sammlung der darin aufgenommenen Bestimmungen zum Grunde lag, auf den Geist, der sich in diesen ausspricht, zugleich aber auch auf die wirklich der Schweiz gemachte officielle Mittheilung dieser Akte Rucksicht zu nehmen.

Rach ben fürchterlichen Sturmen, welche Europa erschüttert hatten, und wodurch nicht nur die gegenseitigen staatsrechtlichen Berhaltniffe seiner einzelnen

Staaten nach und nach zu einem Chaos umgestaltet, sondern auch die wesentlichen Pfeiler des innern politischen Lebens, Recht und Billigkeit aus ihrem Grund gehoben worden waren, erkannten die Europäischen Mächte, welche den Pariser Frieden vom 30. May 1814. unterzeichnet hatten, die Nothwendigkeit, in eine Haupturkunde alle diejenigen Bestimmungen zusammen zu fassen, über die sie sich zur Wiederherstellung der Ordnung der Dinge vereiniget hatten, und welche ein höheres und bleibendes Interesse berührten; sie hielten es aber auch für zweckmäßig, in diese Urkunde die von den einzelnen Staaten unter sich geschlossenen verschieder nen Staatsverträge, Conventionen und dergleichen sonstige Staatsakten aufzusnehmen, und hieraus ein Sanzes zu bilden. So entstand die Wiener Congressakte, unverkennbar das heutige Grundgesetz des Europäischen Staatsöforpers, sanze tionirt durch den Beytritt der ihn bildenden Staaten und daher auch, rücksichtlich der darin ausgesprochenen Normen und Grundsätz, lettere mögen einen europäischen Staat unmittelbar oder beziehungsweise betressen, allgemein verbindlich.

Inwiefern die Schweiz, zu Begründung einer Eremtion von dieser Berebindlichkeit, die Behauptung aufstellen kann, daß die verbundeten Mächte ihr nie einige Mittheilung von der Congresakte felbst gemacht haben, muß als ein vollkomemen unauflösbares Problem erscheinen, wenn man folgende Thatsachen beruckssichtigt.

Mittelst eines eigenen Circulars vom 13. Junius 1815. wurden nämlich von dem Raiserlich Königlich Desterreichischen Minister der auswärtigen Geschäfte, in seiner Eigenschaft als Borsihender in der Versammlung der Bevollmächtigten der acht Mächte, welche den Pariser Frieden von 1814. unterzeichnet hatten, die zum Congreß Deputirten der übrigen sämmtlichen souverainen europäischen Staaten ausdrücklich von der Fertigung und Zusammenstellung der Europäischen Consgreßatte in Renntniß geseht, zur Einsich derselben eingeladen, und unter Bezies hung auf Art. 119. ersucht, ihre Gouvernements zum Bentritt zu veranzlassen. Auch an den ben dem Kaiserlich Königlichen Hof accreditirten Schweizesrischen Geschäftsträger, Frenherrn von Müller wurde, nachdem die Schweizesrischen Congreß Deputirten selbst damals Wien schon verlassen hatten, diese officielle Erössnung vermöge des gedachten Circulars gemacht, und ebenderselbe erhielt auch nachmals zwanzig Exemplare der im Oruck erschienenen amtlichen

Ausgabe ber Congresalte zur Einsendung an seine Committenten. Wird nun vollends auch noch in Erwägung gezogen, daß mittelft des von den Ministern der vier Europäischen Hauptmächte erlassenen Circulars d. d. Paris den 18. November 1815. der Schweizerische Geschäftsträger von Pictet in officielle Kenntniß des zwey Tage darauf unterfertigten Pariser Desinitiv Traktats gesetzt worden ist, in dessen Art. XI. die Wiener Congresalte ausdrücklich bestätigt wird; so kann wohl die jenseitige Behauptung, hinsichtlich der unterlassenen Mittheilung, keiner weiteren Wietelegung bedürfen.

Wenn nun aber die beutsche Bundesakte der Wiener Congresakte formlich einverleibt worden ist, und wenn es in dem Art. XV. der erstern, wo von der Regulirung der Sustentationskasse und den Pensionen für die überrheinischen Bischofe und Geistlichen die Rede ist, ausdrücklich bestimmt wird, daß die Penssionen derseton auf die Besiser des linken Rheinufers übertragen werden, übris gens aber keine Erwähnung davon geschieht, daß dieses nur von den zum deutsschen Bund gehörigen Besisern des linken Rheinufers zu verstehen sen; so folgt offenbar daraus, daß durch diese Bestimmung jene Verbindlichkeit auf jeden Besiser des linken Rheinufers, mithin auch auf die Eidgenössischen Kantone Bern und Basel übergegangen ist.

Was übrigens ferner die oben unter b. bemerkte Behauptung der Eidgenossen; schaft betrifft, daß aus der über ihre Berhaltnisse von den verbundeten Machten unterm 20. Marz 1815. abgegebenen Erklarung eine Befrenung von der Ueber; nahme der auf der transrhenanischen Sustentationskasse angewiesenen Basler Pen; sionars fließe, so durfte ben genauerer Zergliederung dieser Urkunde, welche in ihrem 3. Urt. die Uebergabe des Bisthums Basel an mehrgedachte Cantone enthalt, gerade das Gegentheil daraus zu entnehmen senn.

Unverkennbar und auch so von der Eidgenossischen Tagsatzung selbst in ihrer Bentritts. Urkunde vom 27. Man 1815. durch die Worte anerkannt: la diète exprime la gratitude éternelle de la Nation Suisse envers les hautes Puissances etc., stellt sich die Erklärung der verbündeten Mächte als ein, die damals verwickelten Berhältnisse dieses foderativen Frenstaates ordnendes und den Keim einer unzerstörbaren Wohlfahrt für selbigen erweckendes, in seiner Art gewiß merks würdiges diplomatisches Aktenstück dar. Die darin enthaltenen Bestimmungen

und gwar namentlich rudfichtlich ber Ueberlaffung bes ehemaligen Sochftifts Bafel, welches, wie Die ben bem Biener Congreß fur Die Schweizerischen Angelegenbeiten niedergesette Comité in ihrem Bericht fich ausdrudt, ber Schweiz überlaffen mor: ben ist, als » un agrandissement à titre de concession gratuite dictée par des égards bienveillans », find baber gar wohl geeignet, eine Auslegung jugus laffen, wodurch besonders bas Schidfal folder Individuen geregelt wird, welche eigentlich nie mit ihrer Suftentation von bem betreffenden Bebiet hatten getrennt werden follen. Offenbar gebt baber Die Gidgenoffenfchaft zu weit, wenn fie in ihrem an die deutsche Bundesversammlung erlaffenen ablehnenben Schreiben, in Beziehung auf die Erwerbung bes Sochstifts Bafel, von ben namlichen Rechten fpricht, mit welchen Kranfreich baffelbe von 1793. an befeffen bat. Bas Ueber, macht veranlagte, ift fein gultiger Titel, und unverjährt bleiben allgemeine vols ferrechtliche Brincipien. Die trandrhenanische Guftentationetaffe-war eine noth: wendige traurige Folge ber Uebermacht; mit der Rudfehr eines geordneten Rechtes gustandes in Europa mußte auch fie wieder aufgeloft werden, und bie mit ihren Suftentationen auf fie angewiesenen Benfionare geboren baber rechtlicherweise wieder dem Gebiethe an, bem ihre Verforgung obliegt. In Diefem einfachen Gate liegt die Widerlegung aller Argumente, welche Die Giogenoffenschaft vorbringt, und insbesondere wird badurch ihre irrige Mennung berichtigt, als ob durch die von ihr, rudfichtlich besjenigen Theils bes Sochstifts, ber ichon ehemals nicht gu Deutschland gehort hatte, vertragemäßig übernommenen Benfionszahlungen jahrlicher 12,000 fl., Die Uebernahme ber übrigen Pensionen ausgeschloffen fen, beren Berhaltniß jedoch erst spater burch die beutsche Bundesafte festgesett murbe.

Durch diese hier entwickelten Unsichten werden E. E. ohne Zweisel sich im Stande besinden, in der an die Eidgenoffenschaft zu erlassenden Note die Vortheile zu benutzen, welche die Stellung des Kaiserlich Koniglichen Hofes ben einer Verswendung für den fraglichen Gegenstand darbietet, und indem ich E. E. überlasse, auch noch dassenige benzufügen, was nach Ihrem Ermessen zur Unterstützung der obigen Gründe geeignet senn durfte, ersuche ich Sie ben der Eidgenossenschaft darauf anzutragen, daß selbige nicht nur das an sie von der deutschen Bundess versammlung unterm 15. July vorigen Jahrs gestellte wohlbegründete Verlangen nicht länger underücksichtigt lasse, sondern daß selbige auch aus den in dem Protos

kolle über die 53. Sitzung der deutschen Bundesversammlung und dessen \$.. 397. audfährlich von dem Roniglich Hannoverischen herrn Gesandten als Referenten dargestellten und von dem Raiserlich Königlichen hof als richtig anerkannten Motiven, auch jene Pensions: Duote des ehemaligen herr Fürst: Bischofs von Basel mit 10,000 fl. rhein. übernehmen wolle, welche ihm für den vormals zu Deutschland gehörigen Theil seines Hochstifts gebührt, und welche seit der großen Gecularistrung von den auf Pension gesetzten Bischofen und Probsten, welche mehr als ein Bisthum oder eine Probsten besessen, abgereicht werden mußte.

Uebrigens gebe ich mir die Ehre E. E. zu bemerken, daß zufolge einer von dem Königlich Preusischen Hofe gemachten Eroffnung, dessen Gefandter in der Schweiz, herr von Gruner, den Auftrag erhalten wird, ebenfalls dem Bunsche der deutschen Bundesversammlung durch eine kräftige Verwendung ben der Eidges noffenschaft zu entsprechen, und ich ersuche Sie daher, sich mit selbigen dahin zu benehmen, daß die Einschreitungen der benden Hofe mit möglichster Uebereinstimmung der Principien erfolge, indem dadurch auf diese Angelegenheit mit noch größerem Rachdrucke gewirkt werden kann.

Empfangen x. 1c.

Protofolle

ber

deutschen Bundes - Versammlung.

Bunfter Band. 3meptes Beft.

Mit hoher Bewilligung.

Gebruckt in ber Bunbes : Prafibial : Buchbruckeren, und im Verlag ber Andreaischen Buchhandlung in Frankfurt am Mann. 1 8 1 8.

Fünfzehnte Sipung.

Befdehen, Frankfurt ben 6ten April 1818.

In Gegenwart

Aller in der vierzehnten Sigung Anwesenden.

Ausgenommen,

- Bon Seiten Preuffens: bes von bem Roniglich Preuffischen Herrn Gesandten, Grafen von der Golt, substituirten Koniglich Hannoverischen Gesand: ten, Herrn von Martens;
- Bon Geiten ber Nieberlande, wegen bes Großherzogthums Luxem, burg: bes von bem Roniglich Niederlandischen herrn Gesandten, Fren, berrn von Gagern, substituirten Roniglich hannoverischen herrn Gesfandten, herrn von Martens;

unt

- Von Seiten Braunschweigs und Naffau's: bes von bem herzoglich Rafs fauischen herrn Staatsminister, Freyherrn von Marschall, substituirten Koniglich hannoverischen Gesandten, herrn von Martens.
- (Inhalt. §. 75. Substitution des herrn von Martene, für den Königlich Preußischen, den Königlich Niederländischen, und den Gesandten der 13. Stimme; dann des Freyherrn von Plessen für den Königlich Dänischen Gesandten. §. 76. Abstimmungen von hannos ver, von Braunschweig und Nafsau, und von den freyen Städten über die Militärverhältnisse des Deutschen Bundes. §. 77. Erklärung von Desters reich über die zum Deutschen Bunde gehörenden Provinzen und Eheile der Desterreichischen Monarchie. §. 78. Fernere Erklärung von Desterreich

über die Abfassung einer Bundes, Matritel. §. 79. Abstimmungen von Defterreich, Sannover und Bürttemberg wegen Uebernahme der Gas rantis des neuen Medlenburgischen Staatsgesehes über Landesvers fassung und über die Erfüllung des 13. Artitels; Bustimmung von Baden und Kurheffen zur obgedachten Garantie, unter Borbehalt der fernern Abstimmung über die Bollziehung der 13ten Artitels. §. 80. Mittheilung von Preußen die Pemssionsangelegenheit des Fürstbischofs, der Geistlichen und Dienerschaft von Basel, und die verweigerte Uebernahme derselben von Seiten der Schweizer Kantone, betreffend. §. 81. Erflärung von Baiern, über das Aurs und Oberrheinischen Areis, Pensions, und Schuldenwesen. §. 82. Erflärung von Oldens burg wegen der Streitigkeit über den Elsslether Boll, mit der freyen Hansestadt Bremen, und die gütliche Bermittlung ober richterliche Entscheidung bieser Angelegenheit. § 83. Reue Eingaben.)

9. 75.

Substitution bes Roniglich hannoverischen herrn Gefandten, von Martens, für ben Roniglich Preußischen herrn Gefandten, Grafen von der Golt, den Roniglich Nieders landischen, Großherzoglich Luxemburgischen herrn Gefandsten, Frenherrn von Gagern, und den herrn Gesandsten der 13. Stimme, Frenherrn von Marschall; dann des Großherzoglich Medlenburgischen herrn Gesandten, Frenherrn von Plessen, für den Koniglich Danischen, herzoglich holstein: und Lauenburgischen herrn Gesandten, Grafen von Eyben.

Prafidium zeigt an: daß der Koniglich Preuffische herr Gefandte, Graf von der Golt, den Koniglich hannoverischen herrn Gefandten, von Martens; dann der Koniglich Danische, herzoglich holstein: und Lauenburgische herr Gefandte, Graf von Enben, den Großherzoglich Medlenburgischen herrn Gesand; ten, Frenherrn von Plessen; der Koniglich Riederlandische, Großherzoglich Luxemburgische herr Gesandte, Frenherr von Gagern aber, und der herr Gessandte der 13. Stimme, Frenherr von Marschall, den Koniglich Hannovrischen herrn Gesandten von Martens, substituirt haben.

Militar, Berhaltniffe bes beutschen Bunbes.

(3. Sig. S. 4. v. J. 1816. 4. Sig. S. 22. 17. Sig. S. 91. 37. Sig. S. 259. 45. Sig. S. 378. v. J. 1817. 3. Sig. S. 9. Sig. S. 33. 11. Sig. S. 39. 14. Sig. S. 64. v. J. 1818.)

Sannover. Diesseitige Gesandtschaft, welche durch eine hochst zufällige Bers zogerung behindert worden, die Erklarung Gr. Koniglichen Hobeit des Prinzen Res genten über den, Raiserlich Desterreichischer Seits in der dritten diesjährigen Sigung vorgelegten Entwurf der ersten Grundzüge des deutschen Militarwesens schon in der Sigung vom 5. Marz zu Protokoll zu geben, beeilt sich jest, durch Ablegung naches stehender Erklarung, den Befehlen ihres Allerhochsten Houses Genüge zu leisten.

Ihre Königliche Hoheit, ber Prinz Regent, erkennen in dem, Raiserlich Destervreichischer Seits vorgelegten Entwurf über die Grundzüge des Militarwesens einen neuen sehr schätharen Beweis des Eisers und der Sorgfalt des Allerhöchsten Rais serlichen Hoses für die Befestigung und Sicherheit des Bundes, und sinden in dem Einverständnisse des Königlich Preussischen Hoses mit demselben einen neuen Grund der Hossnung, daß wenn man die in diesem Entwurf enthaltenen Grundzüge zur Grundlage dieser Berhandlungen dienen läßt, man über die zur Berathung noch vorbehaltene nähere Entwicklung und Anwendung derselben sich glücklich vereinigen, und so das höchst dringende Werk eines festen Bertheidigungszustandes des deutschen Bundes bald auf eine erwünschte Weise zu Stande bringen werde.

Die in diesem Entwurf enthaltenen Grundzuge scheinen nun folgende zu fenn:

- 1) Daß die Erhaltung der innern Ruhe durch die Armeen und Truppen der einzelnen Staaten in der Ausdehnung ihrer Gebiete erfüllt, zur Behauptung der politischen Selbstständigkeit gegen das Ausland aber, die Aufstellung einer gemeins samen Militarmacht erfordert werde;
- 2) Daß das Bundesheer fich aus den Contingenten der Staaten, aus welschen der Bund besteht, bildet und die Gesammtmacht nach einer zu entwerfenden richtigen Matrifel aus bestehenden Truppen und der Landwehr besteht;
- 3) Daß ein Simplum fur das stehende Heer, nach den verschiedenen Waffens gattungen festgestellt und nach den verschiedenen Bedurfnissen des Friedens, und Rriegsstandes bestimmt oder erhöhet werde;

4) Daß die Art ber Bildung, Befleidung, Ausrustung und bes Dienstes ber Landwehr, so wie der Erganzung des stehenden Heeres, der Verfassung jedes Landes, so wie die Bestimmung der Dienstzeit allgemein den Gesetzen jedes Lans bes angehore;

Daß die Contingente der Staaten, beren Lage es nicht erlaubt, einen eigennen, aus den verschiedenen Waffengattungen zusammengesetzten militarischen Rors per zu bilden, unter sich in Brigaden und Divisionen zusammengestellt werden;

- 5) Daß für den Krieg ein Oberfeldherr des Bundes ernannt werde, deffen Macht für die innere Ordnung des Heeres und für die Verwendung der Streit: trafte, nach den bestehenden Militargesetzen und den Bedürfnissen des Kriegs, unbeschränkt sen, der in Gid und Pflichten des Bundes stehe und an den Bundes: tag berichte, dessen Stelle aber in dem Augenblicke aufhore, wo die Verhaltnisse des Friedens eintreten;
- 6) Daß die Bundesarmee am Tage ihres Zusammenstoffens ein eigenes Armees zeichen erhalte;
- 7) Daß die Organisation bes Landsturms einen Gegenstand ber Berathung über die Militar : Berhaltniffe ausmachen konne;
- 8) Daß zur gemeinsamen Vertheidigung Deutschlands, Bundesfestungen unters halten oder erforderlichen Falls errichtet werden, deren Bestimmung, Gintheilung und Verwendung, nach den Erfordernissen eines allgemeinen Defensions: Systems, ein Gegenstand naherer Berathung bleibt;
- 9) Daß die Rosten zur Unterhaltung, in Standsetzung oder Errichtung ber Bundesfestungen im Frieden bestimmt und auf die verschiedenen Lander vertheilt werden, und die Bedurfnisse mahrend des Kriegs diesem Anschlage zum Grunde liegen.

Allen biesen Grundzügen treten Ihre Konigliche Hoheit der Prinz Regent vollig und unbedingt ben.

Was sovann die Unwendung und nahere Entwicklung dieser Grundzüge anbestrifft, sofern dazu der vorliegende Entwurf schon manchen Stoff darbietet, so ist diesseitige Gesandtschaft beauftragt, Folgendes als die Ansicht ihrer Koniglichen Hobeit des Prinzen Regenten darzustellen:

ad 2) Scheint, wie auch ichon von bem Raiserlich Desterreichischen Sofe felbit in ber 31. Gigung und in mehreren Abstimmungen zu erkennen gegeben morben, zur Bollziehung biefes Punttes, ber Bildung bes Bundesheeres, eine ber nachsten und bringenoften Arbeiten, Die Bereinigung über eine richtige Matrifel gu Bestimmung ber einzelnen Bundesstaaten zu fenn, und hierben die Population gur Grundlage bienen zu muffen. Und werden baben Defterreich und Preuffen fich von felbst veranlagt feben, Diejenigen Theile, ihrer Monarchieen naber anzugeben, mit welchen fie, in Gemagheit bes 1. Artifele ber Bundesafte, fich ale ju bem Bunde gehorend, betrachten und fich baruber mit bem Bunde zu vereinigen; ba biefe Bestimmung fowohl in Simicht auf bas auswartige Berbaltnig bes Bundes, als auch in hinficht auf bas Innere, febr nothwendig icheint, bamit feine Zweifel übrig bleiben, welche Provinzen zum Bunde geboren, zu beffen Streitmitteln bens tragen und auf deffen Sulfe Unfpruch machen tonnen. Ben ber Berathung über Die Bundesmatrifel, burfte ber von ber Commiffion in ber 43. Gigung vorgelegte Ents murf und namentlich die ibm bengefügte Tabelle 7. welche leicht einer jeden anzuneh. menden Totalfumme angepagt werden fann, zur Grundlage bienen, fo bag es zunachft nur auf die Bestimmung eines Berlag: Termins anzukommen icheint, binnen wels dem bie etwa dawider zu machenden Erinnerungen einzubringen maren, um biers über zu einem Beschluffe kommen zu konnen; und ift Dieffeitige Gefandschaft schon jest zu erklaren beauftragt, daß, fofern Die Contingente ale blog mit Rudficht auf die Population bestimmt angenommen werden, Ihre Ronigliche Sobeit ber Pring Regent ben in ber 7. Zabelle für Sannover gemachten Unschlag genehmigen; daß jedoch, falls jett oder in der Rolge, ben Leiftungen irgend einer Art auf den Unichlag ber Revenuen Rudficht genommen werben follte, Gie ben in bem Ents wurf ber Commission enthaltenen Unschlag ber Revenuen fur Sannover, ale offen: bar zu hoch angenommen, nicht anerkennen fonnen.

ad 3 und 4) Finden ihre Ronigliche Hoheit allerdings fehr zwedmäßig, daß zunächst irgend ein Simplum festgestellt werde, und konnte dasselbe zu 120,000 Mann angeschlagen, und das Berhältniß ber Reiteren und Artilleristen u. s. f. gegen das Fußvolk, so wie im Art. 3. geschehen, bestimmt werden.

Wenn aber darauf angetragen wird, daß diefes Simplum von etwa & Prosent der Bevolkerung ben ganzen Friedensstand ausmache, dagegen ber Kriegestand

als Regel auf zwen Procent ber Bevollerung fur bas aftive Seer und auf ein Procent ber Reserve bestimmt werbe, fo tonnen Ihre Ronigl. Sobeit Ihre Benftimmuna nicht ertheilen; benn auf ber einen Geite burfte ein folder Friedensstand von & Procent ju gering fenn, weil fonft ein Theil Deutschlands als fast entwaffnet erscheinen murbe; und von einem fo geringen Fuß ploglich zu ber in Rriegszeiten nothigen Erbos bung, wenn biefe gleich unter bren Procent gefest murbe, ju gelangen, murbe mans den, zumal ber fleineren Staaten, gang unmöglich werden, und fie ju Schritten nothigen, welche weber bem Begriff eines aus fouverainen Staaten bestebenben Buns bes, noch auch gewiß ben Absichten ber großeren Machte entsprechen murben. Auf ber andern Geite icheint Die Erhobung Des Rriegoftandes auf Das Gechofache, felbft menn barunter, wie boch nicht beutlich gefagt worden, Die Landwehr und Devots mitbegriffen find, wenn fie ale Regel und nicht ale Die hoffentlich nur Ausnahmsweise eintretende, und eben baber allenfalls nur von ferne anzuzeigende aufferfte Unitrengung der Rrafte, welche Die Roth gebieten konnte, angesehen wird, weder ben Bedurfniffen eines nur auf fraftvolle Bertheidigung abzwedenden Bundes, noch auch den Rraften der mittleren und fleinen Staaten angemeffen zu fenn, Die eben baber, weil ihre fammtlichen Staaten zu dem Bunde geboren und nach ibnen ibre Contingente berechnet find, in einer gang verschiedenen Lage von benen fich befinden, welchen ihre außerhalb des Bundes liegenden Staaten eine große Erleichs terung barbieten, um eine großere Bahl von Truppen, ben entstehendem Rriege, als Bundestruppen in das Feld zu ftellen, ohne dadurch ihren Bundesftaaten viel leicht taum die Salfte ber Unftrengungen zuzumuthen, welche die blogen Bundes, staaten, nach bem Berhaltniß ihrer gefammten Population, machen follen: welchem noch hinzukommt, daß da die zum aktiven Beer fomobl, als zur Referve erforderlichen Truppen bem Bundesfeldherrn unterworfen werden muffen, fie noch auffer jener, auf brey Procent bestimmten Bahl, anderer Mannschaft, Behuf bes Garnisondienstes und der Gicherheit im Innern der Staaten , bedurfen murden.

Sollten die mittleren und kleineren Staaten in Deutschland schon in Friesbenszeiten, wie doch dann durchaus nothwendig ware, alle die Rustungen machen, und alle die Officiere unterhalten, welche erforderlich sind, um eine sechskache Erhöhung schnell ins Feld stellen zu können, so wurde dieses den Ruin ihrer Unterthanen herbenführen, und der Hauptzweck den Mitteln aufgeopfert werden.

Es icheint baber nothwendig, einen Mittelweg zu ermablen, um eines Theils ben Staaten es moglich zu machen, schon in Friedenszeiten auf ben Fall einer nothwendigen Bermehrung ber Streitfrafte gefaßt zu bleiben, andern Theils aber burch in Friedenszeiten ertheilte Beurlaubungen zu verbindern, bag nicht bem Aderbau und Gewerbe ju viel Sande entzogen werben, und nicht ber Unterthan ben Muth und die Kabigfeit verliere, aufferordentliche Unftrengungen, wenn fie erfordert werden, ju tragen. Kalls es aber ben bem in bem Entwurf vorgefchlas genen Toprocent bleiben follte, fo murbe mindeftens dabin zu feben fenn, daß neben ber Aufstellung bes beliebten Contingents nachgewiesen werde, bag militarifche Mittel vorhanden fenen, in einer gegebenen Zeit bas Militar auf ben Rriege: fuß in dienstruchtigen Stand zu bringen, beffen Erhobung bann boch weit unter bem Borfchlage bestimmt werben mußte. Bas fodann Die Bertheilung ber Contingente und die Bereinigung berfelben in verschiedene Corps, fo wie Die einem jeden Contingente bengelegten Waffengattungen anbetrifft, fo fcheint ber begfalls . bem Entwurf bengefügte Plan, mehr benfpielemeife aufgestellt, als ju einer une bedingten Unnahme geeigenschaftet ju fenn; benn aufferdem, bag burch eine vor allen Dingen fest zu regulirende Matrifel ber Population sich ichon manches barin verandern durfte, so scheint es auch:

a) Daß wenn gleich die Vertheilung und Vereinigung der Contingente insofern ein Segenstand der gemeinsamen Verathung ist und bleiben muß, als selbige aus den wesentlichen Zweden des Defensionswesens hervorgeht, oder auf selbiges einen bedeutenden Einfluß hat, dennoch da, wo dieses nicht der Fall ist, die dem Ganzen unnachtheilige Convenienz der einzelnen Bundessstaaten und ihre Vereinigung, insonderheit nach ihren Freundschaftss und Familiens Verbindungen berücksichtigt werden musse, und wie dieses schon in Ansehung Nassau's und Luxemburgs in dem vorgelegten Plan geschehen, eben dieses auch in Ansehung Hannovers und Braunschweigs, so wie in Ansehung der benden Hessischen Hauser in Betracht gezogen werden musse; zumal, wenn gleich ben der Formirung einzelner Corps und Divisionen unter sich, auf die geographische Lage und Nachbarschaft verselben zu sehen ist, dennoch im Ganzen, in Ansehung der Zusammenstellung der verschiedes nen Corps, die geographische Lage weniger in Betracht kommt, weil alle

- barin einverstanden sind, daß die gesammten Bundesstaaten nur ein einziges Ganzes auszumachen haben, nur gemeinschaftlich mit einander wirken sollen und gerade in dieser durch keine geographische Lage zu trennenden Verzeinigung das Wesen und die Starke des Bundes beruhet;
- b) Dag in Ansehung ber fur ein jedes Contingent in Borfchlag gebrachten Baffen. gattungen, wohl manche Abanberungen gewunscht und unterftupt zu werben verbienen mochten; indem nicht nur eines Theils es wohl nothwendig ichei: nen muß, ein jedes Corps so zu formiren, daß es mit einer binreichenden Babl ber verschiedenen Baffengattungen verseben fene, um im Kelde agiren ju tonnen, ohne ju biefem 3med erft ber Ausbulfe anderer zu bedurfen; sondern auch andern Theils ein fur Die fleineren Staaten febr brudenber Buftand entstehen murbe, wenn fie bie fostbareren, aber mit weniger Aufmand von Menschen verfnupften Waffengattungen ber größeren Staaten burch eine unverhaltnigmäßig größere zu ftellende Bolfdzahl zu erseten gebalten maren und wohl gar in den Rall tommen tonnten, bei Rriege: unfallen felbige gang ober großentheils neu zu ftellen, mobingegen es wohl naturlich scheinen durfte, wenn auch den fleineren Staaten, fofern fie bagu im Stanbe find, und Diefes ohne Aufopferung ber in ben Die vistonen zu beobachtenden Gleichformigkeit geschehen konnte, gestattet murde, felbst etwas an Ravallerie oder Artillerie zu ftellen, bagegen aber bann eine durchgangig gleichere Repartition des Rriegsvolks nach ber Population erfolgen fonnte.
- ad 5.) Stimmt der Prinz Regent dafür, daß die Wahl des Oberfelderrn in Rriegszeiten unmittelbar von dem Bunde durch Mehrheit der Stimmen geschehe, da selbst ben dem verdientesten Zutrauen gegen einen einzelnen Staat, es bedentz lich scheinen konne, ihm ausschließlich die Wahl eines mit ausgedehnten Bollmachsten zu versehenden Generalissimus zu überlassen, der mit militärischen Talenten auch die eines Staatsmannes in höherm Sinne vereinigen musse. Diese Wahl durfte jedoch nicht an zu sehr beschränkende Bedingungen zu binden seyn, deren Anwendbarkeit sich nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, und wird übrigens der Feldmarschall des Bundes, wie er in Eid und Pflichten des Bundes stehen soll, so auch nur von diesem Befehle anzunehmen haben.

- ad 7.) Wenn auch über die Art eines in Nothfällen zu organistrenden Land, sturms die Berathung des Bundes im Allgemeinen nicht auszuschliessen ist, so hangt hierin so vieles von den Localitäten ab, und erfordert so viele besondere Rudsichten, daß die deffallsigen Anordnungen mehr der vorsichtigen Beurtheis lung der einzelnen Regierungen zu überlassen senn, als ein Gegenstand allgemeisner Berathungen werden durften.
- ad 8.) Sind zwar einige Festungen ichon in ber Congregacte ale Bunbed: festungen benannt, Die Urt aber, wie felbige am besten in Diefer Gigenschaft zu bes bandeln und zu benuten fenen, fo wie die Frage: ob und welche Festungen und festen Puntte zu Bervollständigung bes Bertheidigungs. Systems noch nothwendig bingugufugen fenen, bangt von militarifchen Erorterungen ab, und leidet für jest noch teine unbedingte Ertlarung; und wie, fowohl in Unsehung Dieses Bunkte, als mancher der vorhergebenden, die Bundesversammlung fur den technischen Theil bes Bertheidigungswesens bes Rathe funftverftanbiger Manner nicht entbebren fann, die unmittelbaren Berhandlungen ber gefammten Bundesversammlung mit felbigen aber nicht ohne Schwierigfeiten fenn wurden, fo ift bieffeitige Befandtichaft autorifirt, bem in mehreren vorhergebenden Abstimmungen fcon gemachten Untrage benzutreten, daß ein nicht gar zu zahlreiches Militar : Comité aus fachkundigen Militarversonen bier niedergesett, und auch von ber Bundesversammlung ein Ausschuß gewählt werde, ber mit Diesem Militar : Comité in Berhandlungen trete, und bavon an bie Bundesversammlung berichte; und murde es wohl fehr gur Ers leichterung bes Gefchafteganges beitragen, wenn eines Theile in bem Militar: Comité ein bewährter Staatsmann die Leitung ber Geschäfte mit berathender, Stimme führte, und Die unmittelbare Berbandlung mit bem Ausschuffe ber Bundesversammlung übernahme, andern Theils Diefer lettere Musichus gum voraus die Fragen, welche an das Militar Comité zur Begutachtung zu bringen fenen, gehörig absonderte, mogu ichon bas Gutachten über die Reihenfolge einige. Unleitung giebt, damit fodann über einzelne Fragen unterhandelt und von bem Bunde Beschluffe gefaßt werden fonnen, woben fich boch wohl von felbst verftebt, bag bie Berbindlichfeit ber einzelnen Befchluffe bie endliche Bereinbarung über das Gange gur Bedingung habe.

ad 9.) Sett die Vertheilung der Kriegskosten zunächst die Festsetzung einer, auch für diese anwendbaren Matrikel nothwendig voraus. Die Frage aber, welche Kosten in Friedens, und Kriegszeiten zu den gemeinsamen zu zählen, und welche von ihnen gleichförmig, welche nach dem verhältnismäßigen Insteresse einzelner Bundesstaaten an selbige ungleichförmig zu tragen seyen, welche Kosten hingegen als nicht gemeinsam für den gesammten Bund, sondern den einzelnen Corps oder deren Divisionen zur Last fallen, durfte noch erst nahere Berathungen erfordern, und wie in diesem sowohl, als in andern Punkten mehrere Fälle eintreten werden, welche neue Berichtserstattungen und Instructions. Einholungen erfordern, so behält diesseitige Gesandtschaft sich die deßfallsigen naheren Abstimmungen bevor.

Braunschweig und Nassau. In Beziehung auf den Entwurf, welscher von Raiserlich Desterreichischer Seite in der dritten Sitzung über die Grundszüge des deutschen Militarwesens zu Protofoll gegeben worden ist, stimmt man im allgemeinen allem denjenigen vollkommen ben, was hierüber in dem Konigslich Hannoverischen Voto weiter entwickelt worden ist.

Insbesondere den in der verehrlichen Raiserlich Desterreichischen Proposition aufgenommenen proportionellen Anschlag des Herzoglich Nassauischen Contingents anlangend, findet man gegen denselben nichts zu erinnern, so wie auch Seine Berzogliche Durchlaucht zu Nassau mit der in Vorschlag gebrachten Combination Hochstihrer Truppen mit den Großherzoglich Luxemburgern, als Hochstihren Haus: und Familien: Verbindungen entsprechend, durchaus einverstanden sind.

Freie Städte, Lubeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg. Die freyen Städte vereinigen sich mit dem Seiner Majestät dem Raiser von Dester, reich für die besondere Sorgfalt gebührenden Danke, welche Allerhöchstdieselben der für das gemeinschaftliche Wohl des deutschen Bundes so wichtigen Angelegenheit des Militärwesens gewidmet haben. Die den von Seiner Raiserlichen Majestät im Einverständniß mit Seiner Majestät dem Könige von Preussen gemachten Vorsschlägen vorangestellten Grundsätze, sind eben so billig als zwedmäßig, und haben einen gegründeten Anspruch auf allgemeine dankbare Anerkennung und Justimmung.

Die freyen Stadte nehmen die von Seiner Raiserlichen Majestat gemachten Borschläge selbst sehr gern als Leitfaden der über das Militarwesen des Bundes anzustellenden Berathungen an. Sie treten übrigens dem in vielen Abstimmuns gen geäusserten Bunsche ben, daß die endlichen Beschlüsse in dieser eben so wichtigen als viel umfassenden Angelegenheit, mit Rücksicht auf dasjenige, was dars über schon früher zum Vortrage gekommen ist, durch eine von Sachverständigen unterstützte Commission aus der Mitte der Bundesversammlung vorbereitet wers ben mögen.

Bas die Größe bes Bundesheeres betrifft, so wird mit dem Grundsage, daß sie dem Zwecke einer hinlanglichen Bertheidigung angemessen senn musse, die möglichste Rudsicht auf die Schonung der Kräfte für den Nothfall zu verbinden senn, und die heruntersetzung des vorgeschlagenen Kriegsstandes ist daher als wunsschenswerth zu betrachten. So oft die Bertheidigung des gemeinschaftlichen Baters landes ausserodentliche Unstrengungen erfordert, werden die freyen Städte nicht weniger als die übrigen Bundesstaaten zur Erfüllung aller Bundespflichten bes reit seyn.

In Absicht auf die Wahl des Oberfeldherrn treten die freyen Stadte der Majoritat ben.

Mit der Unnahme eines Urmeezeichens find fie einverftanden.

Was den Landsturm und die Bundesfestungen betrifft, so wird über diese Gegenstände das Gutachten der niederzusetzenden Commission zu erwarten seyn.

In hinsicht auf die Stellung von Mannschaft, die Geldbeytrage und übrisgen Leistungen, ist die Festsetzung einer vollständigen Matrikel nothwendig. Es ist zu munschen, daß die von der dazu angeordneten Commission ausgearbeiteten und durch die von den Bundesstaaten selbst zu machende genaue Angabe ihrer Bevolkerung leicht zu berichtigenden Vorschläge, wieder aufgenommen werden, aus welchen so einleuchtend hervorgeht, daß der Maasstab der Bevolkerung alls gemein zum Grunde zu legen sen wird.

Uebrigens sind die frenen Stadte der Mennung, daß ben Zusammenstellung der kleineren Contingente zu Divisionen, so mancherlen Verhaltnisse und Beziehuns gen in Vetracht kommen, die von den Bundesstaaten selbst am besten berücksichtigt werden konnen, daß es ohne den allgemeinen Zwed aus den Augen zu vers

lieren, billigerweise ihnen zu überlassen senn werde, sich in dieser hinficht zu verseinigen; wobey denn auch die Waffengattungen, die für jeden Staat am anges meffensten sind, sich leicht werden bestimmen lassen.

Prafidium: werbe nicht ermangeln, fich in ben Abstimmungen zu erseben und hiernachst ben Entwurf Beschlusses vorlegen.

§. 77.

Raiferlich Desterreichische Abstimmung über bie zum beutschen Bund gehörenden Provinzen und Theile ber Desters reichischen Monarchie.

Desterreich. Da es ben der jett zu entwerfenden Matritel des deuts schen Bundes nothwendig ist, daß die Lander, welche zum Bunde gehören, nament: lich angeführt werden, so ist die Kaiserlich Desterreichische Gesandtschaft beauftragt, die folgende Erklärung zu Protokoll zu geben:

Seine Majestat der Raiser sinden die, Ihre Lander betreffende Entscheidung in dem Artikel I. der deutschen Bundesakte (dem Artikel LIII. der Congresakte). Er enthält: «daß des Raisers von Desterreich Majestat für Ihre «gefammten, vormals zum deutschen Reichegehörigen Besitzun: «gen dem deutschen Bunde bentreten.» Allerhöchstdieselben stellen demnach vermöge dieses Artikels und unter Beziehung auf den Artikel LI. insofern die in ihm begriffenen Besitzungen nicht durch spätere Berträge von Seiner Majestat abgetreten worden sind, diejenigen Provinzen und Theile der Desterreichischen Monarchie zum deutschen Bunde, welche vormals eingekreiste oder nicht eingekreiste Reichslande waren, und sich jetzt in Allerhöchstdero tractatens mäßigem Besitz besinden.

Obgleich Seine Majestat in Berucksichtigung des bekannten staatsrechtlichen Berhaltnisses der vormaligen Lombardie zum damaligen Reiche, auch diese in strenger Folge des Artikels I. der Bundesakte, in die Reihe der jest zum deut; schen Bunde gehörenden Theile der Desterreichischen Monarchie aufnehmen konnten; so ziehen jedoch Seine Majestat vor, den erwähnten Artikel I. nicht in dieser streng begründeten Ausdehnung aufzufassen. Seine Majestat wünschen andurch dem deutschen Bunde zu bewähren, wie wenig es in Ihrer Absücht

liege, dessen Bertheidigungslinie über die Alpen auszubehnen. Der Raiser halt sich daher nur an die beschränktere Anwendung des Artikels I. der Bundesakte; auf diese Grundlage gestütt, sehen Seine Majestät folgende Provinzen und Theile der Desterreichischen Monarchie eben so zum deutschen Bunde gehörend an, als Allerhöchstdieselben das gesammte übrige Gebiet der Monarchie als ausser bem Bunde betrachten. Die Desterreichischen Länder und Provinzen, welche Seine Majestät zu dem deutschen Bunde rechnen, sind demnach die folgenden:

- 1. das Erzherzogthum Desterreich ;.
- 2. bas Bergogthum Steiermart;
- 3. das Bergogthum Rarnthen;
- 4. das herzogthum Rrain;
- 5. bas Desterreichische Friaul, ober ber Gorzer Kreis (Gorz, Grabista, Tolmein, Rlitsch und Aquilea);
- 6. bas Bebiet ber Stadt Trieft;
- 7. Die gefürstete Grafschaft Tyrol, mit ben Gebieten von Trient und Briren, dann Borarlberg, mit Ausschluß von Weiler;
- 8. bas Bergogthum Galgburg;
- 9. bas Ronigreich Bohmen;
- 10. bas Markgrafthum Mahren;
- 11. ber Desterreichische Antheil an dem Berzogthume Schlesien, mit Ins begriff ber Bohmisch Schlesischen Berzogthumer Auschwig und Zator;
- 12. Soben: Beroldsed.

Seine Majestat ergreisen mit Vergnügen diese Veranlassung, dem Bunde die Versicherung zu erneuern, wie Allerhöchstste im treuen Andenken des von Ihrem Kaiserhause durch Jahrhunderte bewiesenen Interesse's an dem Gesammts wohl Deutschlands, auch als Europäische Macht stets von den freundschaftliche sten Gesinnungen für den Bund beseelt bleiben werden.

§. 78.

Matrifel bes deutschen Bunbes. (31. Sis. 4. 203. 32. Sis. 5. 208. 35. Sis. 5. 235. 37. Sis. 5. 259. 43. Sis. 5. 338. v. J. 1817.)

Desterreich. Seine Majestät der Raiser haben aus den seitherigen Abstimmungen über die Abfassung einer Matrikel des deutschen Bundes, mit vorzüglichem Vergnügen die gefällige Aufnahme des von der Raiserlich Desterreis chischen Gesandtschaft in der 31. Sitzung vom 29. Man vorigen Jahres diesers halb gemachten Prassoial : Antrages ersehen. Allerhöchstdieselben erkennen Ihrer Seits das von einer verehrten Bundestags : Commission in der 43. Sitzung vom 14. July vorigen Jahres vorgelegte Gutachten als eine des wiederholten Dankes würdige Vorarbeit: und nachdem nun bereits mehrere Regierungen ihre Ansichten in dieser Sache ausgesprochen haben; so glaubt der Kaiserlich Desters reichische Hof auch die seinige mittheilen zu mussen.

Der Zweck einer Bundes: Matrikel ist die Festsetzung eines verbindlichen Maas; stades zur verhaltnismäßigen aktiven und passiven Vertheilung aller Gesammtlasten unter die einzelnen Bundesglieder. Es muß daher ben Abfassung derselben auf zwenerlen Gesammtbedurfnisse Rucksicht genommen werden, namlich auf die Mannschafts: Stellungen und auf die Geld: Leistungen. Daß in der ersten Beziehung die Bevolkerung allein den richtigen Maasstab gewährt, ist einleuchtend. Es hangt mithin in dieser ersten Beziehung die Verfertigung eines Matrikular: Anschlages einzig von der statistischen Bestimmung der Bolksmenge der daben concurrirenden Staaten ab.

Zweifelhafter hingegen ist die Frage, welche Grundlage ben Entwerfung einer Matrifel fur die zwente Classe von Gesammtverpflichtungen, namlich die Geldleistun; gen, anzunehmen sen.

Rach der Theorie ist es allerdings richtig, daß wenn die Matritel in dieser Beziehung ihrem Zwede vollständig entsprechen soll, ben Verfertigung derselben nicht bloß auf Boltsmenge, sondern auch auf Flächenraum und vorzüglich auf Umfang der Staats:Einkunfte, als den Maasstad des berechenbaren Staatsreich; thums, Rudsicht genommen werden muß; und von diesem Grundsatze war daber auch die Desterreichisch Kaiserliche Gesandtschaft in dem frühern gutachtlichen Bor:

trage in der 31. Sitzung des vorigen Jahres ausgegangen. Bon ber kindern Seite aber, ist die Anwendung dieses Grundsates mit unverkennbaren Schwierigkeiten verknupft. Aus den Berhandlungen des zur Zeit des Wiener Congresses bestandes nen statistischen Ausschusses ist bekannt, daß man auch damals die Absücht hatte, ben Bestimmung des statistischen Werthes der Länder die oben genannten bren Haupt: Data vereint zu Rathe zu ziehen, durch die in der Aussührung vorgekoms menen Schwierigkeiten aber genothigt ward, sich, mit Benseitestung der benden andern, auf die Bolkszahl allein zu beschränken. Da nun allerdings ähnliche Schwierigkeiten auch ben der gegenwärtigen Arbeit zu besorgen sehn wurden; so tragen Seine Kaiserliche Majestät kein Bedenken, dem bereits in mehreren Absstimmungen entwickelten Borschlage, daß die Bolksmenge zur allgemeinen und in der Regel einzigen Grundlage der Bundes-Matrikel angenommen werden möchte, benzutreten.

Da die Frage in Anregung gekommen ist, ob es auch in Bezug auf die freyen Stadte angemessen seyn wurde, die Bolkszahl als unbedingte und einzige Grundlage des Matrikular:Anschlages zu betrachten, oder ob in Betreff berselben vielleicht eine Ausnahme von der allgemeinen Regel zu machen seyn wurde; so wunscht der Raiserlich Desterreichische Hof, diese Frage in nabere Berathung ges

nommen zu feben.

Wenn der Hauptbeschluß dahin aussällt, daß die Matrikel nach der Bolks, menge allein berechnet werden soll; so bezieht sich der Kaiserliche Hof, in Betrest seines Matrikular: Anschlages, auf die von ihm selbst gelieferten Angaben, und ist der Meynung, daß ben Bearbeitung dieser Sache die eigenen Angaben jedes Bundesstaates überall zum Grunde gelegt werden müssen. Sollten sich daben Abweichungen ergeben, so wird es nicht schwer senn, solche durch Besprechung in den vertraulichen Sitzungen zu heben. Eine endliche Bersinigung aber, wird um so weniger Schwierigkeit darbieten, als die dermalen zu entwerfende Bundess Matrikel vorläusig nur für fünf Jahre gelten soll, und es offenbar vortheilhaster ist, sobald als möglich zu einem, wenn auch nur approximativ richtigen Resultat zu gelangen, als durch Streben nach einer, ben den gegenwärtigen Terzitorial: Berhältnissen ohnehin nicht erreichbaren Bollkommenheit, die Festsetzung eines einstweiligen Theilungsmaasstabes zu verzögern.

Großherzoglich Medlenburg: Schwerin: und Streligische Versordnung über die Mittel und Wege, um ben ftreitigen Fallen, in Angelegenheiten, welche die Landesverfaß fung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen; auch Erfüllung bes 13. Artifels ber beutschen Bundesafte.

(58. Sig. S. 416. v. J. 1817. 7. Sig. S. 26. 9. Sig. S. 32. 11. Sig. S. 41. 13. Sig. S. 56. 14. Sig. S. 69. v. J. 1818.)

Desterreich. Seine Raiserliche Majestat haben durch Allerhöchstoero Gessandtschaft am Bundestage in der Sigung vom 16. Februar dem Antrage der Großherzoglich Medlenburgischen Höfe, das mit ihren Standen am 28. November vorigen Jahres abgeschlossene Staatsgesetz unter die Garantie des Bundes zu stellen, Allerhöchstdero Zustimmung ertheilt. Die Raiserlich Königliche Gessandtschaft ist nunmehr in den Stand gesetzt, auch die damals noch vorbehaltene Erklärung über die Bollziehung des 13. Artikels der Bundesakte abzugeben.

Als zur Zeit der Wiener Congresverhandlung, und insbesondere ben der damaligen Erörterung des Bundesafte, die im Laufe der Zeitereignisse und vielfältiger Territorial: Veränderung bewirkte Auflösung der einzelnen ständischen Versassungen in Deutschland in Anregung kam, schon damals haben sich Seine Majestät der Raiser über diesen Gegenstand in einer Art erklärt, welche über Allerhöchstvero Ansichten keinem Zweisel Raum lassen konnte. Der Artikel 13. der Bundesafte war eines der Resultate der damaligen Vereinigung der Fürsten und freven Städte. Er besteht; er muß demnach ausgeführt werden, d. h., es sollen, es mussen in allen deutschen Staaten ständische Verfassungen bestehen, und folglich da, wo es deren keine giebt, eingeführt werden.

In der Natur eines an keinen bestimmten Zeitpunkt gebundenen Verspreschens liegt, daß dessen Erfüllung sobald und so gut als möglich Statt finde. Die Weisheit der Regierungen, und ihr von dem der Regierten unzertrennliches Interesse fordern, daß man in einer Angelegenheit von so großem Gewichte nach dem Besten, was unter den gegebenen Umständen erreichbar ist, strebe. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß die Vorschrift des 13. Artikels der

Bundesatte in allen den Staaten, wo landständische Berkoffungen noch nicht eingeführt oder die früher bestandenen zu Grunde gegangen find, in ihrem mahren Sinn und Zweck vollzegen werden muß.

Go munichendwerth aber auch, jur gemeinschaftlichen Bernbigung ber Regenten und ber Boller, Die moglichfte Beschleunigung ber auf Die landfidnbie schen Berfaffungen Bezug habenden Borarbeiten fenn mag; fo billig ift es jedoch, daß ben Regierungen gur reifen und erschopfenden Bebandlung eines nicht bloß fur Die Gegenwart, sondern für Die gange Butunft fo wichtigen Gefchaftes Die exforderliche Beit vergonnt werde. Seine Dajeftat bielten es nicht auffer bem Rreife ber Geschäfisbeforderung, in Dem PrafidialeBortrage vom 11. Rovember 1816. Die Boraussetzung aufzunehmen, bag Die nabere Erorterung Diefer Sache burch die Bundesversammlung batte gewünscht werden konnen; ba indeffen, seit jener erften Eroffnung, Die meiften ber Regierungen ben Bunich zu erkennen gegeben haben, Diefe vaterlandifche Angelegenheit nach den individuellen Berhalt: niffen ber einzelnen Staaten zu behandeln und festzustellen, ba inebefondere bies jenigen Staaten, welche burch bie Entscheidungen bes Congreffes bedeutende Territorial:Beranderungen erfahren batten, allerdinge bamit anfangen mußten. ibren neuen Wirfungefreis fennen zu lernen, Die gerechten Unspruche ibrer alten und neuen Unterthanen gegen einander abzumagen, und die verschiedenen Beftandtheile ihres Gebiets zu einem regelmafigen Gangen zu verbinden, um bem aufzuführenden Gebaude eine sichere Grundlage zu geben; fo fprechen Seine Majeftat, im Gefühle Ihres vollesten Bertrauens in Die Beisheit ber Regie: rungen , ben aufrichtigen Bunfch aus, bag ber 13. Urtitel ber Bunbesafte in ben Staaten, welche noch in bem Fall find, ibn zu erfullen, auf eine feinem boben 3med angemeffene Beife zur Bollziehung gebracht, und jebe nicht in ber Sache gegrundete Bergogerung vermieben werben moge. Geine Majeftat treten übrigens bem Roniglich Preuffifchen Untrage, bag binnen Jahresfrift Die Bungesversammlung von ben ferneren Ginleitungen, und mo moglich, von beren endlichem Resultate in Renntnig gefett werde, vollkommen ben.

Hannover: 1) Garantie der Großherzoglich Medlenburgischen Berordnung über die Mittel und Bege, um ben streitigen Angelegenheiten, welche die Landesverfassung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen. Seine Ronigliche Hoheit ber Prinz Regent stimmen unbedenklich für die von den Großberzoglich Medlenburgischen Hofen nachgesuchte Garantie des Bunisches für das im Namen dieser Hofe in der vorigjährigen 58. Sitzung vorges legte Staatsgesetz vom 28. Rovember vorigen Jahres, da dasselbe den vereintent Willen der Regierungen und Stände ausspricht, keine Bestimmung desselben mit der Bundesakte streitet, und diese Garantie in dem Maaße, in welchem sie begehrt und geleistet wird, nur die Aufrechthaltung derzenigen Bestimmungen desselben betrifft, in welchen auf den Bundestag Bezug genommen worden ist, und welche die Bundesversammlung ohnehin aufrecht zu erhalten sich berufen sinden müßte.

2) Bollziehung bes 13. Artifele ber Bundesatte.

Ihre Ronigliche Sobeit ber Pring Regent haben burch die wiederholten und bringenden Erklarungen, welche Ihre Gefandten auf bem Congresse zu Wien übergeben haben', beutlich genug zu erkennen gegeben, wie febr Schnen Die Aufrechtbaltung und Reststellung ber Rechte ber Unterthanen ber ben eingetretenen großen Beranderungen in Deutschland am Bergen liege, und wie Sie baben von bem Grundfate ausgeben, daß durch die Auflosung bes vormaligen Reichsvers bandes die Verhaltniffe ber vormaligen Reichsfürften, gegenwartig unabbangigen-Blieder des beutichen Bundes, ju ihren Unterthanen nur insoweit abgeans, bert worden, ale dieg die Aufhebung ber Reicheverfassung unmittelbar und gur nothwendigen Folge gehabt; daß da faum ein beuticher Staat ebemals obne eine gewisse reprasentative Verfassung gewesen, und selbst bas, mas mabrent bes langen Revolutions : Rrieges vorgefallen ift, ben beutschen Unterthanen ben Berluft ihrer Rechte fur immer nicht zuziehen konnen, Die Berftellung ober Begrundung ständischer Verfaffungen unter folden Modificationen, welche die veranderten Zeitumstande und Die vorgefallenen Territorial : Beranderungen noth: wendig machen, icon an fich ben Rechten gemäß ift, und überdieß zu benen Busagen gebort, welche ben Bolfern mabrend bes Revolutions Rrieges laut und offentlich gemacht worden.

Diesen Grundsätzen getreu, haben bes Prinzen Regenten Konigliche Sobeit sobald die Umstände es nur immer gestatteten, und bekanntlich schon im Jahr 1814. mithin schon vor Abschluß der Congrepatte, eine allgemeine Bersanmlung von Des

mutirten aller Stanbe ber Urovingen, aus welchen bas Ronigreich Sannover bamale bestand, berufen, in welche nachmale auch Deputirte ber feitbem acquisrirten i Provinzen eingetreten find, und biefe Berfammlung zu einer Deliberation iber alle Gegenstande veranlagt, Die nach ber alten Verfassung bes Landes einer ftanbischen Bewilligung bedurften, oder uber welche es rathsam erachtet werben konnte, fie zu vernehmen. Diefe Berfammlung, welche von den vormaligen Standen nur baburch unterschieden ift, daß in ihr alle Provinzen, nach ben bringenden Bedurfnissen der Reiten, vereinigt worden, bat den gehegten Absichten und Runiden vollkommen entsprochen, indem die wichtigsten Ungelegenheiten, Die mit ihr verhandelt worden, regulirt oder wenigstens eingeleitet find. Gie felbit wird, nach Maasgabe ber gemachten Erfahrungen, noch Abanderungen erleiben, worüber die Stande felbst ihre gutachtliche Dennung werden auffern tonnen. Meben biefer allgemeinen Bersammlung werden, nach ber Ubficht Geiner Ronige lichen Sobeit bes Pringen Regenten, auch die partifularen Stande ber einzelnen Provingen bes Ronigreichs berufen werden, um Die besondern Ungelegenheiten berselben, welche dem Interesse der übrigen fremd find, ju berathen, sobald fich bierzu Beranlaffung findet.

Seine Königliche Hoheit geniessen die schönste Belohnung Höchstihres Versfahrens in dieser für die innere Ruhe und Glückseligkeit der Bolker so höchst wichtigen Angelegenheit, durch die allgemeine Zufriedenheit und Ruhe und das unbeschränkte Vertrauen der Unterthanen zu der Regierung des Landes, welches die glückliche Folge Höchstihres Verfahrens gewesen ist.

Seine Königliche Hoheit hegen den dringenden Wunsch, daß sobald immer möglich, in allen einzelnen Bundesstaaten der 13. Artikel der Bundesakte sich schoner vollendet in der Wirklichkeit darstelle, als es die Umstände gestattet haben, ihn in der Bundesakte aufzufassen.

Sie verkennen keineswegs die Ungleichheit der Schwierigkeiten, die sich einer schnellen Bollziehung besselben in dem einen Lande mehr als in dem andern entgegen stellen, die große Verschiedenheit zwischen den Staaten, die ganz zu dem Bunde gehören, und denen, welche nur einen Theil einer nicht zu dem Bunde gehörenden Monarchie ausmachen, deren Berfassung' sie oft erst angepaßt werden mussen; zwischen den Staaten, die durch eine große Veränderung ihres

Terrisorial: Bestandes zu manchen neuen Anordnungen genothigt werden, und benen, für welche noch das alte Gebiet ganz oder mehrentheils unverändert ist; zwischen denen, wo schon von Alters her eine wohl organismte landständliche Berkassung bestand, und zwischen solchen Ländern, die aus Theilen zusammens gesetzt worden, in welchen keine, oder eine nur unvollsommene, oder längst untergegangene ständische Berkassung vorhanden war.

Menn aber auch auf ber einen Seite icon bierin die Unmöglichkeit liegt, einen feften Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu welchem Diese fandischen Berfaffungen allgemein bergeftellt fenn follen, ober auch nach überall gleichformigen Beftimmungen bier bas Niebergeriffene wieber aufbauen, bort bas noch nicht Bestandene errichten zu wollen, welche bende Punkte aufferhalb ber Grenzen ber Befugniffe ber Bunbesversammlung, liegen und noch weniger burch borareifenbe Urtheile ober ungebulbig geaufferte Buniche Unberufener fich erreichen laffen: io finden doch Ihre Ronigliche Hoheit in bem Inhalt so mancher über biefen Gegenstand vorangegangener Erklarungen, aus welchen fich ergiebt, wie fcon in fo manchen ganbern, felbft folden, welche mit ben oben berührten eigenen Schwies riakeiten zu fampfen hatten, theils icon wirklich eine Standeversammlung auf ermunschte Beife zu Stande gebracht, hergestellt oder erhalten morden, theils burch ernfte und unvermeiblich voran ju ichidende Maadregeln manches vorbes reitet worden, ben Stoff ju ben iconsten hoffnungen, daß ber Reitpunkt nicht mehr fern fenn werde, wo bie Burudgebliebenen biefem Benfviele folgen, und Undere bas angefangene Bert ber Bollendung naber bringen und baburch gegrunbeten Beidmerben aus einzelnen Bundesftaaten werbe vorgebeugt werben, benen Die Bundesversammlung ihr Gebor und ihre Bermendung nicht verfagen tonnte, obne die Pflichten zu verleten, welche ihr die Gorge fur die Aufrechthaltung tes 13. Artifele, wie ber andern Artifel ber Bunbesatte, aufleat.

Württemberg. Ich habe sihon unter bem 5. Marz, jedoch erst nach ber an diesem Tage Statt gehabten letten Sitzung vor den Ofterferien, dem Bestehl erhalten, in Beziehung auf die in der 58. vorjährigen Sitzung gemachten Antrage der Großberzoglich Medlenburgischen Hofe, die folgende Aeusserung zu Protostoll zu geben:

Seine Majestät ber König von Burttemberg eriffellen dem in der 58. vor; jährigen Sitzung, im Auftrage Ihrer Königlichen Hoheiten, der beiden Groß; berzoge von Medlenburg, zu Protofoll gegebenen Ansuchen um die Garantie des Bundes für ein, die Berfassung Höchstihrer Lande sicherndes Gesetz sehr gerne Ihre Zustimmung.

Bas aber ben ben dieser Gelegenheit, in Ruchicht auf die Vollzichung bes 13. Artifels, geausserten Bunsch Ihrer Koniglichen Hoheiten betreffe; so gehe die innigste Ueberzeugung Seiner Koniglichen Majestat Dahin:

Daß eine, den gegenwärtigen vollerrechtlichen Verhältnissen der Bundes, staaten und der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Volköstämme angemessen, die Kraft der Regierung und die Freyheit des Bolks vers einigende Repräsentativ Verfassung die hochsten und nie zu trennenden Interessen der Regenten und der Volker begreifen, und daß daher die Erreichung dieses Ziels für das Wohl der deutschen Gesammtheit, wie für das Wohl eines jeden einzelnen Bundesstaats, gleich wünschenstwerth sen.

Wenn nun gleich die große Verschiedenheit der Verhaltnisse in den einzele nen Bundesstaaten auf die Art, wie; und den Zeitpunkt, wann diese Aufsgabe gelost werden konne, unverkennbar einen nicht unbedeutenden Einfluß haben musse; so durfe man sich doch der hoffnung überlassen, daß ein aus reinen Abssichten stets hervorgehendes ernstes Wollen dann, wann es mit den Erfahruns gen der Vergangenheit und Gegenwart und mit der, auch in Deutschland zu erwartenden reiferen Einsicht in das Wesen reprasentativer Verfassungen vers bunden werde, hinreichen sollte, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche sich der Vollziehung des 13. Artikels hin und wieder noch entgegenstellen könnten.

Daß das, von den deutschen Fürsten in dem 13. Artifel der Bundesakte fren gegebene Bort, sobald als immer möglich werde erfüllt werden wollen, leide wohl eben so wenig einen Zweifel, als die Nothwendigkeit, daß in den Borbereitungen zur wahrhaften Erfüllung desselben, b. h. zur wirklichen Ginführung reprasentativer Verfassungen, jede Uebereilung vermieden werden musse.

Geine Majestat ber Ronig fanden sich baber bestimmt, bem in ber 7. Diest jahrigen Sigung gemachten Koniglich Preussischen Antrage:

Daß bie Bundesversammlung (wenn es namlich nicht früher geschehen konne) nach Berlauf eines Jahres von dem Fortgange und der Lage der ständischen Einrichtungen in den einzelnen Bundesstaaten in Kenntniß zu setzen sen; biermit benzutreten, da sich dieser Antrag nicht allein auf die eigenthumlichen Berhaltnisse des Königlich Preussischen Staats, sondern auch auf jene Berhaltz misse grunde, welche, wenn gleich vielleicht unter andern Formen, doch mehr oder weniger auch in andern Bundesstaaten obwalten möchten.

Bas aber die Verhaltnisse in Burttemberg insbesondere betreffe, so sen die regeste Gorgfalt Seiner Majestat des Konigs, vom ersten Augenblicke des Regie; rungsantritts an dis zu dem gegenwartigen, ununterbrochen dahin gerichtet gewe; sen, das Wurttembergische Volk der Vortheile einer, den liberalsten Grundsagen entsprechenden Reprasentativ, Verfassung theilhaftig zu machen.

Diese Gorgfalt liege als Thatsache ganz Deutschland vor, und Seine Majestat ber Konig glaube baber, baß jede Erorterung ber für die Erreichung des hoben Zweds gemachten Schritte bier überflussig sep.

Die Gesinnungen Seiner Königlichen Majestat seven, in Beziehung auf diesen Gegenstand, unverändert dieselben, und je früher Sich Höchstdieselben in der Lage sinden wurden, die Bundesversammlung von der glücklichen Bollendung des Verfassungswerks in Kenntniß zu setzen, um desto vollständiger murde die Beruhigung seyn, welche Sie Gelbst in der Herstellung verfassungsmäßiger Formen suchen.

Baden: trete in Betreff der von Ihren Koniglichen Soheiten den Groß, herzogen von Medlenburg, Schwerin und Strelit nachgesuchten Garantie des Staatsgesetzes über die Mittel und Wege, um ben streitigen Fallen, in Angelez genheiten, welche die Landesverfassung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zit gelangen, der Mehrheit ben, und behalte sich seine Abstimmung wegen Erfüllung des 13. Artikels der deutschen Bundesatte vor.

Rurhessen: trete ber gewünschten Garantie, von Seiten bes Bundes, vollkommen ben, und behalte sich seine Aeusserung wegen Erfüllung des 13. Artistels ber deutschen Bundesafte vor.

Penfionegesuch bee herrn Furst: Bischofe und ber Domherren fammt Dienerschaft von Basel, sowohl fur bas Bergan: gene ale Zukunftige.

(44. Sig. s. 350. 53. Sig. s. 396. 55. Sig. s. 403. v. J. 1817. 11. Sig. s. 45. v. J. 1818.)

Preusschen. Der Königlich Preussische Hof hat ben ber durch das erfolgte Ablehnungsschreiben erneuerten Erwägung der Gründe, nach welchen der Antrag zur Sustentation des Bischofs von Basel und der Angehörigen der Baseler Diöcese an die Schweizerischen Cantone Bern und Basel zu richten gewesen, dasur gehalten, daß die bemerkte Ablehnung als unstatthaft am tressendsten sich darstelle, wenn die Deklaration vom 20. Marz 1815, auf welche die Beigerung vorzüglich gestützt worden, einer genauen und sorgfältigen Auslegung unterzogen wird. Diese Auslegung ist demnach der wesentliche Indalt der Instruktion, die dem Königlichen Gesandten ben der Eidgenossenschaft unter dem 24. vorigen Monats für seine, im Einverständniß mit der Kaiserlich Desterreichischen Gesandtschaft, fortzusetzende Verwendung ertheilt worden, und welche, in Beziehung auf frühere, denselben Gegenstand betressende Erklärungen, zu Bewirkung des Anschlusses an das Protoskoll heutiger Sitzung, der Bundesversammlung mitzutheilen, der Königliche Bunz desgesandte beauftragt ist.

Der Auszug Reseripts bes herrn Staatstanzlers, Fürsten von harben, berg, an ben Königlich Preuffischen herrn Gesandten, geheimen Staatsrath von Gruner, murde verlesen und dem Prototolle unter Zahl 12. angefügt.

Sammtliche Stimmen vereinigten fich in dem Ersuchen an den Koniglich Preuffischen herrn Gefandten, seinem Allerhöchsten hofe die dankbare Anerkennung der Bundesversammlung, für die dem herrn Fürste Bischof und den Pensionisten von Basel bewiesene Theilnahme zu bezeigen.

ı

§. 81.

Rur, und Dberrheinisches Rreis, Penfions, und Schulben, wefen.

(1. Sig. S. 7. 14. Sig. S. 70. 15. Sig. S. 80. 28. Sig. S. 173. u. 174. 33. Sig. S. 219. 43. Sig. S. 344. 55. Sig. S. 409. v. 3. 1817. 11. Sig. S. 46. v. 3. 1818.)

Baiern. Der Königlich Baierische Gesandte findet sich nunmehr in den Stand gesetzt, anzuzeigen, daß Seine Majestät der König geruht haben, dem in der 43. Sitzung vorigen Jahres gemachten Antrag, gemeinschaftlich mit des herrn Rurfürsten von hessen, Königlicher hoheit, die Einleitung zur definitiven Aus, einantersetzung des Pensions, und Schuldenwesens der vormaligen Rur; und Ober, rheinischen Kreise zu übernehmen, Allerhöchstihre Zustimmung zu ertheilen, mit der Leitung dieses Geschäfts Ihrer Seits den Königlichen Bundestags; Gesandten zu beauftragen, und als subvelegirten Commissar den vormaligen Großberzoglich Frankfurtischen Staatsrath und General; Schuldenliquidator von heffner zu ernennen.

Es fteht baber nichts im Wege, bag die Commiffarien bemnachst zusammenstreten, und zum Besten ber Betheiligten Die Auseinandersetzung Dieser Berhaltniffe beginnen.

§. 82.

Antrag ber freyen Hansestadt Bremen auf eine gutliche Bers mittlung ober richterliche Entscheidung ihrer Streitige feit mit dem Herzogthum Oldenburg, das Aufhören der Erhebung bes Weserzolls zu Elsfleth betreffend.

(58. Sis. S. 417. v. J. 1817.)

Der herzoglich Olbenburg, Unhalt, und Fürstlich Schwarz burgische Gefandte, herr von Berg, für Oldenburg: Der Gefandte ist von Seiner herzoglichen Durchlaucht von holstein Dienburg angewiesen worden, in Beziehung auf ben von Seiten ber frepen hansestadt Bremen in ber 58. Sigung vorigen Jahrs gemachten Antrag, Folgendes zu Protofoll zu geben:

Die geographische Lage der Oldenburgischen Lande und die Richtung, welche ber Weferstrom bis ju feinem Ausflusse in das Meer nimmt, erfordert große Uns

strengungen, nicht nur um diesen Strom zur Abwendung verderblicher Ueberschwems mungen, sondern auch um ihn zum Dienst der Schifffahrt in gehörigem Stande zu erhalten. Daher ward dem Grafen Anton Gunther zu Oldenburg für sich und seine durch Wassernoth und Deichbau hoch beschwerte Landschaft der Weserzoll versliehen, und im Westphälischen Friedensschluß ausdrücklich bestätigt, auch durch Raiserliche Erkenntnisse und selbst durch feierliche Side gegen alle Aufechtungen sicher gestellt.

Dieser Zoll war gleich Anfangs sehr mäßig bestimmt, und ist in der Folge noch dergestalt herabgesetzt worden, daß er von den meisten Baaren nur 3 bis Procent betrug. Die Oldenburgische Regierung hat dessen Ertrag auch stets so zu verwenden sich bemuht, daß für die Bequemlichkeit und Sicherheit der Schiffahrt und des Handels vorgekehrt wurde, was die Dertlichkeit irgend versstattete. Sie blieb im ruhigen Besitze desselben bis zum Jahre 1803.

Bey ben Verhandlungen ber ausservordentlichen Reichsdeputation im Jahre 1802. wurden mehrere Verfügungen, welche bas Interesse bes Hauses Holftein: Oldenburg berührten, ohne dessen Zustimmung getroffen. Das Bisthum Lübeck sollte in ein weltliches Fürstenthum verwandelt und von dessen Besitzungen Mehrerres der Reichsstadt Lübeck, von dem Oldenburgischen Gebiete Einiges der Reichssstadt Bremen überlassen, insonderheit aber, dieser zum Besten, der Oldenburgissiche Beserzoll aufgehoben werden. Einige Aemter an der Oldenburgischen Grenze sollten zur Entschädigung dienen.

Der Herzog und regierende Administrator zu Oldenburg konnte die Secular ristrung eines Hochstifts nicht wunschen, dessen Verwaltung seinem Hause durch einen kaum erst geschlossenen Vertrag, für drei Generationen, dem Hause Holsstein überhaupt, durch besondere Verhältnisse, wohl für immer gesichert war: er konnte die Secularistrung für sein Haus als keine Entschädigung, die verlangten Abtretungen nur als Verlust betrachten. Die dren Aemter Vechte, Kloppenburg und Wildeshausen — die ersten benden mit Schulden und Pensionen belastet, und alle, nach Abzug der Verwaltungskosten, in einer langen Reihe von Jahren keic nen Ertragsüberschuß versprechend, gaben nicht einmal Ersaß für diesen Verlust.

Der Herzog, in keiner hinficht in die Entschädigungs Berhandlungen verwidelt, und durch die Pflichten als Administrator, so wie durch die Gefete bes Saufes gebunden, nicht begierig nach Gewinn, aber mit Recht willführlicher Bere letzung widerftrebend, ließ gegen die Berfügungen ber Reichsteputation protestiren,

Durch Preuffens Vermittlung tam jedoch am 6. Upril 1803. zwischen Ihm und Frankreich und Rußland jener besondere Vertrag zu Stande, wodurch deren Unerkennung und folglich auch die Genehmigung der von Frankreich aufs harte nächigfte betriebenen Aufbebung des Weserzolls bewirkt wurde. Gine Hamptbes dingung war der zehnjährige Fortgenuß desselben, zur Ergänzung der Seiner Herzoglichen Durchlaucht sowohl für die Ausbedung des Bolls, als für die zu Gunsten der Städte Bremen und Lübeck gescher. henen Abtretungen, angewiesenen Entschädigungen.

Da durch diese der Natur der Sache nach, für die entgehenden Ginkunfte andere, die an deren Stelle treten sollten, verschafft werden mußten; so konnte die festgesetzte zehnjährige Erhebung des Elsslether Bolles dem Zweck einer Ents schädigungs Erganzung nur dann entsprechen, wenn durch dieselbe die Samms lung eines Rapitals möglich wurde, dessen Ertrag den Berlust an Einkunften wenigsstens einigermaßen gleich kam.

Man stellte baher bem herzoge vor, daß, nach einer Durchschnittsberechnung bes Zollertrages, durch bessen fernern zehnjährigen Genuß ein Entschädigungs, Rapital von 1 Million und 3 bis 400,000 Rthlr. gesammelt und demnächst zur Erwerbung eines Grundbesitzes verwandt werden konnte. Rur hierdurch ließ der herzog sich bewegen, jenen Vertrag zu genehmigen, der immer noch dem herzoge lichen hause hochst nachtheilig blieb, und in keiner hinsicht als ein dem gemeins samen Vaterlande, sondern nur als ein dem siegreichen Feinde desselben gebrachtes Opfer zu betrachten war.

Benn nun ein Bertrag nicht anders als nach ben ihm vorhergegangenen Bers handlungen und nach seinem ben denselben erklarten Zwede zu verstehen und ans zuwenden ist; so durfte man mit vollem Rechte erwarten, daß alles geschehen wurde, um den Herzog in dem ungestörten Genuß von Einkunsten zu erhalten, die ihm das zugesicherte Entschädigungs Rapital gewähren sollten, und, wenn gleich deren größerer oder geringerer Ertrag von dem zufälligen Gange des Handels in gewöhnlichen Zeiten abhing, der größere Vortheil aber dem keineswegs vollstans dig entschädigten Herzoglichen Hause gewiß zu gonnen war; so ist es dagegen

ganz undenkbar, bag es in die Willfuhr eines ber Urheber des Vertrages gefiellt fenn konnte, bem herzoge mahrend ber bestimmten Zeit die Erhebung bes Zolles zu schmalern oder gar zu entziehen.

Dennoch ist diese Willahr verübt worden. Sicher war es nicht Zufall, sondern Folge des freien Entschlusses dessen, der die Unterdruckung des Elsstether Zolles erzwungen hatte, des Urhebers des Vertrages vom 6. April 1803. daß nur wenige Wochen nachher durch seinen Einfall in die Rurhannoverischen Lande die Blockade der Weser herbeigeführt und Jahre lang der Handel gestort und fast vers nichtet wurde; es war allein sein gewaltthätiger Sinn, der vom Jahre 1810. bis 1813. den Herzog seiner Staaten beraubte, während welcher Zeit er selbst den Zoll für sich erheben ließ.

Gleich im Jahre 1803 hatte ber Bergog burch feinen Gefandten in Regens burg bie gerechten Beforgniffe auffern laffen , welche bie Befetung Sannovers burch die Frangofen in Unsehung ber ungestorten Forterhebung Diefes Bolles erres gen mußte, und ber Minifter besienigen Sofes, welcher ben Bertrag vom 6. April 1803. vermittelt hatte, gab ichon bamale bie beruhigende Erklarung, bag fur einen durch die Sperrung ber Befer entstehenden Berluft, feiner Beit ein verbaltnigmäßiger Erfat burch Berlangerung bes Bolles ober auf eine anderweite Art ju leiften fenn werde. Der Bergog felbst verwahrte auch im Jahre 1808 ben ber frangofischen Regierung seine Rechte wegen ber willführlich geschmalerten Entscha bigung. Zwen Jahre fpater mußte Er ber Gewalt, Die ihn aus feinen Staaten vertrieb, auf einige Zeit weichen, und bei feiner Rudtebr im Jahre 1813. fonnte Er nicht glauben, bag man 3hm ben blogen Zeitverfluß ftatt wirklichen Genuffes, murbe in Rechnung bringen wollen; Er überließ fich vielmehr ber Soffnung, bag Die Befrenung Deutschlands von bem fremben Jode und Die Ermagung ber fo mes fentlich veranderten Umftande eine Unordnung berbeiführen werde, welche bagu bens tragen fonnte, den erlittenen ungeheuern Schaden wenigstens einigermaßen gu vermindern.

Der herzog that in dieser hinsicht bei dem Congresse zu Wien die angemesses nen Schritte. Die Gerechtigkeit seiner Anspruche wurde nicht verkannt; jedoch, ehe eine Entschliessung darüber erfolgte, der Schluß des Congresses durch bekannte Ereignisse veranlagt.

Der Herzog konnte um so weniger sich bewogen finden, die Erhebung bes Jolles aufhören zu lassen, je mehr er sich berechtigt halten durfte, bei einem durch fremde Willkuhr erpresten Vertrage, sich nicht auch noch durch eben sie um den größten Theil der ohnehin unvollständigen Entschädigung bringen zu lassen, indem der Ertrag des Zolles von 1803. bis 1813. den Herzoglichen Kassen nur wenig über den dritten Theil des versprochenen Entschädigungs Rapitals geliefert hatte, wie aus den pflichtmäßig geführten Zollrechnungen bewiesen werden kann.

Rein billiger und unparthenischer Beurtheiler wird baber fordern, daß der Her; gog mit einem neuen und so großen Berlufte den Gewinn Dritter befordern soll, Die auf fremde Rosten sich zu bereichern suchen.

Blos aus diesem Gesichtspunkte die Sache betrachtet, und abgesehen von allen andern, sie wesentlich verändernden Umständen, wurde schon ben einer civile rechtlichen Beurtheilung dem Begehren, den Elsslether Joll ferner nicht zu erheben, die Einrede des nicht erfüllten Bertrages entgegen stehen, und schon um deswillen kann, bis die wirkliche Erfüllung desselben nachgewiesen ist, nicht behauptet werden, daß die bisherige und fernere Forterhebung des Elsslether Jolles vertragswidrig sen.

Seine Herzogliche Durchlaucht wollen gegenwärtig auf Diefen Gesichtspunkt allein sich beschränken, und werden der ernannten Bermittlungs. Commission nahere Erläuterungen mittheilen lassen; mussen jedoch zugleich ausbrucklich sich verwahren, daß von dieser Ihrer Bereitwilligkeit keine Folge in Ansehung der Zulässigkeit der durch den Beschluß vom 16. Juny vorigen Jahres vorläusig bestimmten Austrägal. In stanz gezogen werde, indem schon die Beschaffenheit des Bertrags von 1803. und der an demselben Theil habenden Personen die Entscheidung eines Civil-Gerichts ausschließt.

hierauf murde

beschloffen:

Diefe Erklarung ber gewählten Bermittlungs, Commiffion zuzustellen.

9. 83.

Einreichungs : Protofoll.

Das Einreichungs : Protofoll murde verlesen, und die Eingaben Jahl 44. bis 47. der Reflamations : Commission zuzustellen, die Eingaben von Bahl 48. bis 56. gber, bis zur Wahl einer neuen Commission zurudzulegen beschlossen.

Die Berfammlung ging fobann zur vertraulichen Befprechung über.

Folgen die Unterfchriften.

Verzeichniß der Eingaben. Fortsetzung des Einreichungs Protofolls von Nro. 44. bis 56.

Nro. 44. Eingereicht den 7. Marg.

Dr. v. Wehrkamp in Frankfurt, als Bevollmächtigter bes Kurhessischen Regierungs-Prokurators Gogmann zu Fulba, als Anwald ber Gesmeinde Gotthards im Kurhessischen Umte hunfeld: übergiebt eine Bittschrift, die Ernennung eines unparthepischen Gerichtes zum Bollzuge eines rechtskräftigen Erkenntniffes gegen die das ehemalige Fürstenthum Fulba und bessen Revenüen gegenwärtig theilenden Staaten, oder Verwenzbung zur gutlichen Beplegung einer veralteten Rechtssache betreffend.

Nro. 45. Gingereicht ben 7. Marg.

Dr. v. Wehrkamp in Frankfurt, Bevollmächtigter bes Kurhessischen Resgierungs-Prokurators Gößmann, als Anwald bes Cent-Chirurgus Lucas zu hunfeld: übergiebt eine Denkschrift, die Wiedereinsetzung in ben von Kurhessen ohne Angabe eines Grundes faktisch entzogenen Dienst, oder Gewährung der reichsschlußmäßig und in Gefolge der Wiener Consgreßakte gebührenden Dienst-Emolumente betreffend.

Nro. 46. Eingereicht ben 31. Mart.

Georg Walther Reuhoff, Schultheiß in Bonames: übergiebt für sich und Namens der zum Gebiete der frenen Stadt Frankfurt gehörigen Ortschaften eine Erklärung und Abstehung von der Beschwerde gegen den Senat der frenen Stadt Frankfurt und bittet die vom Dokter Alef übergebene Reklamation als zurückgenommen zu betrachten.

Nro. 47. Eingereicht den 31. März.

Maria Anna Klein, gebohrne hepp, Wittib in Afchaffenburg: bittet in Betreff einer verweigerten Legats-Auszahlung von 1200 fl. von bem Major Aleffina von Schweiter und deffalls entstandenen Prozes, das Frankfurter Schöffen, und Appellationsgericht dahin zu vermögen, die Super-Revision anzunehmen.

Nro. 48. Eingereicht den 2. April.

Dr. Ehrmann in Frankfurt, Bevollmächtigter bes Ritters Mandel von Schönflur, penfionirten Professor und ehemaligen Kanonikus in Munster: bittet, bemselben als Baselischen Sustentations-Berechtigeten seinen verhältnismäßigen Antheil an ben, in ber nunmehr geschlossenen Sustentationskasse noch übrig gebliebenen Gelbern gnabigst ausgahlen zu lassen.

Nro. 49. Eingereicht ben 2. April.
Dr. Ehrmann in Frankfurt, Bevollmächtigter bes Ritters Manbel von Schönflur: bittet um bie hohe Berwendung, daß ber Kanton Bern versmocht werbe, dem Reklamanten bie vertragsmäßige Summe von 800 Franten, als Domkapitularische Pension und zwar vom 1. Juny 1815. an, zu bes

willigen und anzuweisen.

Nro. 50. Eingereicht ben 3. April.
Die Theilhaber des Mainzer Erzesuiten-Fonds in Aschaffenburg, bitten um die hohe Bermittlung, daß ihnen von jenen Fürsten denen das Bermogen jenes Fonds 1803. zugefallen, die lebenslängliche Sustentation verabreicht werden moge.

- Nro. 51. Eingereicht den 3. April.

 Der Rechts-Consulent und Notar Wiligerod in Munden: überreicht einen Auffat: Ueber die Mängel und hindernisse der Weser-Schiffsfahrt und gewagte Borschläge solche hinwegzuräumen.
- Wro. 52. Eingereicht ben 3. April.
 Schmit von Leda, genannt von hattenstein, in Bremen: übersenbet zur hohen Einsicht eine Schrift, unter bem Titel: «Geschichte ber freywilligen Bewaffnung der freyen hansestadt Bremen in dem deutschen Freyeheitstriege vom Jahr 1813. 1814. und 1815.
- Nro. 53. Eingereicht ben 3. April.
 Rarl Sandberger, Rechtsgelehrter in Wiesbaden: überreicht zur hohen Burbigung und Prüfung ein Werk, unter bem Titel: «Das Menschenleben und feine Bluthe. Eine Darftellung aus ben hehren Erscheinungen ber Zeitalter.
- Nro. 54. Eingereicht ben 3. Upril. Friedrich Fürst zu Sann-Wittgenstein, übersendet eine Druckschrift: «Ueber eine erfundene Zubereitung der Kartoffeln zc.»; so wie auch zu mehrerer Ueberzeugung einige Fabrikate von Kartoffeln, und fügt die Bitte an,

÷

bem Schloffermeister Frentag in Mittgenstein bas Rechtzuzugestehen, die ersten 15 Jahre die Kartoffelmublen in den beutschen Bundesstaaten allein fabriciren, und dem Karl Erlenbeck daselbst, solche allein betreiben lassen zu durfen.

Nro. 55. Eingereicht den 3. April. Friedrich Georg Grafhoff, Königlich Preuffischer Forst-Commissar in Breslau: legt eine kurze Beschreibung über die von ihm gemachte Erfindung eines ganz untrüglichen Mittels vor, die allgemeine Consumtion der Feuerung 8-Brennmaterialien wenigstens um 50 Procent zu vermindern, und ist bereit, bas Nähere dieser so gemeinnütigen als wohlthätigen Entdedung unwiders leglich zu beweisen.

Nro. 56. Eingereicht ben 3. April.

Stephan Ziegler, Königlich Burttembergischer Stadtrathe Bermandster in Mergentheim: bittet in Beziehung einer Forderung seines verstorsbenen Bruders Caspar Ziegler in Mainz an die Reichsoperationes tasse, auf welche er jure cessionis gegründete Ansprüche mache, gnadige Rucksicht ben ber seiner Zeit verfügt werdenden Zahlung auf ihn zu nehmen.

Beylage

ju bem.

Protofolle der funfzehnten Sizung vom 6. April 1818.

12.

Auszug Referipts des Königliche Preuffischen Staatstanzeiers, herrn Fürsten von Sardenberg, an den Königlischen Sefandten, herrn geheimen Staatsrath von Grusner zu Bern, datirt Engers den 24. Marz 1818.

Als die deutsche Bundesversammlung ihre Einladung an die Schweizerische Eidgenossenschaft ergeben ließ, die Baseler Pensionen zu übernehmen, konnte es nicht entfernt ihre Absicht seyn, die Stellung der Schweiz, als eines selbststandigen Staats, zu verkennen. Die Pensions: Angelegenheit aller derjenigen überrheis nischen Geistlichen, welche in dem Reichsdeputations: Schlusse vom 25. Februar 1803. berücksichtiget waren, hatte auf dem Wiener Congresse eine andere Bestims mung erhalten; die Pensionen derselben wurden auf die Besitzer des linken Rheins ufers übernommen. Die in dem deutschen Bunde vereinigten Staaten liessen es sich, gleich nach Erdssnung der Bundesversammlung, eine angelegene Sorge seyn, was wegen der überrheinischen Seistlichen auf dem Wiener Congresse beschlossen war, für die zum Bunde gehörigen Länder des linken Rheinusers in Ausschlossen zu bringen, weil aber manche dieser durch den Lüneviller Frieden von Deutschland getrennt gewesenen Länder, auf welche die Jahlung der Pension übergehen sollte, nicht wieder in den Umfang des deu schen Bundes zurücksehrten, so mußte die Buns

besversammlung, welche die Regulirung ber ganzen Suftentations:Angelegenheit aus der frühern gemeinfamen deutschen Verwaltung übernommen hatte, ben der Beforgung dieses Geschäfts diejenigen Staaten zu einer verhaltnismäßigen Uebernahme der Pensionen einladen, welche sich als neue Erwerber und jetige Bessitzer überrheinischer Landestheile nach dem Inhalte der Wiener Congresbeschlusse derselben nicht füglich entziehen konnten.

Die Schweizerische Giogenoffenschaft bestreitet diese Folgerung aus den Wies ner Congresbeschlussen. Wenn man aber auch streng an die Grundsage sich halt, welche sie selbst in ihrer letten Erklarung aufstellt:

Daß gleichwie mit dem Dispositionsrecht über das Bisthum, die Bestim; mung gewisser Bedingungen wegen dessen Bereinigung mit der Schweiz den hohen Congresmächten ausschließlich zugestanden und dieselben, Kraft dieser Besugnis, durch die Deklaration vom 20. März 1815. den Kantonen Bern und Basel alle gegen das Land, den Fürstbischof und die bischöslichen Unsgestellten von Basel zu erfüllenden Berpflichtungen vorgeschrieben, und daß die Gidgenossenschaft die Erklärung des Congresses als die Grundlage ihrer staatsrechtlichen Berbindlichkeiten ansehe;

fo wird eine unbefangene Prufung zu dem Resultate führen, daß die von der beutschen Bundesversammlung gezogene Folgerung nicht bestritten werden kann.

Für benjenigen Theil bes Bisthums Basel, welcher schon vormals zur Schweiz gehört hatte, war weber bem Bischof noch ben Kapitularen eine Pension ausge; sett gewesen. Der Artikel 4.) Nro. 5. ber Deklaration vom 20. März 1815. wieß ihnen barauf eine Pension an, und belastete damit die Kantone von Bern und Basel. Indem die hohen verbündeten Mächte auf einen Theil des Bisthums eine Berpflichtung ausdehnten, welcher sonst zur Schweiz gehört, und selbige bisher gar nicht gekannt hatte, konnte es ihnen gar nicht in den Sinn kommen, denjenigen Theil davon fren zu lassen, welchen die Schweiz erst von ihrem Wohlwollen empfing, und in Rücksicht auf welchen der Bischof und die Kapitularen schon durch den Reichsdeputations Schluß ein Recht auf Pension erhalten hatten. Einer solz den Ubsicht widersprechen auch die Worte:

Le récès de l'Empire germanique de 1803 n'ayant stipulé qu'en raison des pays qui ont fait partie intégrante du dit Empire; es widerspricht der Fassung:

daß die neue Pension nur als eine « augmentation de la dite pension viagère » gezahlt werden soll;

es widerspricht der ganze Zusammenhang. Für den ehemals Schweizerischen Antheil des Bisthums Bafel, der nun auch nicht aufgehort hat, der Schweiz zu gehoren, wird eine Pension nachgeholt, diese soll eine Vermehrung der Reichs, deputationsschlußmäßigen senn; von dieser wird wieder gesagt, daß sie

«in Rudsicht auf die Lander»
stipulirt sen, welche sonst einen Theil von Deutschland ausgemacht haben, und die nun der Schweiz überwiesen wurden. Die Kantone Bern und Basel übernehmen die Augmentation der Reichsschlußmäßigen Pension zu zahlen; da sie aber auch Besitzer der Lander sind,

en raison desquels

Die lettere stipulirt worden, so konnte man dieser Uebernahme keinen andern Sinn unterlegen, als daß die Reichsschlusmäßige Pension selbst, welcher die neue als Augment zutreten solle, in derselben mitbegriffen ware. Die Anordnung des Reichsdeputations. Schlusses, sofern er die Bildung und Berwaltung einer Sustentations. Kasse für die überrheinischen Geistlichen betrifft, hat die Deklaration vom 20. März 1815. keinesweges, wie die lette Erklärung der Schweizzerischen Giogenossenschaft folgern lassen will, bestätigt; es ist in ihr, wie schon das Vorhergehende zur Genüge ergiebt, in keiner andern Beziehung von der Penssion die Rede, als daß sie

« en raison des pays qui ont fait partie intégrante de l'Empire « germanique »

ftipulirt gewesen fen, und bag zu biefer

« dite pension viagère »

nur die Vermehrung hinzutommen folle.

Läßt biefe Aussuhrung der Schweizerischen Gidgenoffenschaft noch Zweifel darüber, ob es in der That die Absicht der hohen verbundeten Mächte bey der Des klaration vom 20. März 1815. gewesen sey:

bag bie burch ben Reichsbeputations : Schluß fur ben Bischof von Bafel und Die bortigen Rapitularen festgesette Pension von ben beyden Cantos

nen Bern und Basel mit der Uebernahme des Landes auch gezahlt werden solle;

und municht die Giogenoffenschaft noch Erlauterungen barüber, welche fie nur von ben vereinigten Congresmächten, mit welchen sie vermöge jener Alte tranfigirt habe, annehmen will, so sind dieselben durch die Congresatte selbst schon zur Genuge gegeben. Die beutsche Bundesatte geht zwar als solche die Schweizerische Giogenoffenschaft nichts an. Der in ihrem 15. Urtitel enthaltene Sat:

- « Die Berathung über Die Regulirung ber Suftentations : Raffe und ber
- « Penfionen fur die überrheinischen Bifchofe und Geiftliche, welche
- «Penfionen auf die Befiger des linten Rheinufers
- «übertragen werden 2c.»

ftellt in ben Worten

« welche Penfionen ac. übertragen werden »

einen Grundfat dar, welcher nicht erst durch die deutsche Bundesakte selbst in ber ausgezogenen Stelle verabredet murde, sondern als bereits anderwarts verabredet, darin nur wiederholt murde. Darum nennt er auch

« Befiger bes linten Rheinufers » allgemein.

Die frühere Verabredung konnte auch bloß unter den hohen verbundeten Mach; ten, welche über das von Frankreich getrennte linke Rheinufer zu disponiren und ben neuen Besitzern Bedingungen aufzulegen befugt waren, geschehen seyn. Um so mehr muß man dem Artikel 64. der Congrepakte, welcher lautet:

- «Les articles compris sous le titre de dispositions particulières
- « dans l'acte de la Confédération germanique, tel qu'il se trouve
- sannexé en original et dans une traduction françoise au
- « présent traité général, auront la même force et valeur, que s'ils
- « étoient textuellement insérés ici. »

in Beziehung auf obigen Grundfat eine Anwendung geben, baß auch er wortlich in ber Congrepatte wiederholt, und mithin in Gemagheit derfelben :

- a die Penfionen der überrheinischen Geiftlichen auf Die Befiger bes linken
- & Rheinufere übertragen worden. »

Ueber die Bichtigkeit bes beabsichteten Berkes kann in Deutschland nur Gine Stimme seyn; alle deutschen Staaten haben ein gleiches Interesse an baloiger und tüchtiger Bollführung desselben; alle werden für ihre Unabhängigkeit, für ihre Ruhe, für ihre Sicherheit, gleichen Bortheil daben finden.

Seine Raiserliche Majestat behnen biese frohe Erwartung selbst auf die Gesfammtheit ber Europäischen Staaten aus; Sie glauben, daß durch eine wohlgeordenete Militarverfassung des deutschen Bundes, der Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens eine fraftige Stuße verlieben wird. Welches Unternehmen konnte nach dreissig verhängnisvollen Jahren für die Menschheit ersprießlicher, für die deutsschen Kursten ehrenvoller senn?

Prafidium: wolle nunmehr ben Entwurf Befchluffes über die Militare Berhaltniffe ber hohen Bundesversammlung zur Genehmigung vorlegen.

Derfelbe wurde verlefen und einhellig angenommen, wie folgt:

Die deutsche Bundesversammlung hat aus den in der 3. 9. 11. 14. und 15. Sigung Statt gefundenen Abstimmungen über den von dem Raiserlich Defterz reichischen hofe vorgelegten ersten Entwurf einer Militar-Verfassung des Bundes die Ueberzeugung geschöpft, daß sammtliche deutsche Regierungen über die wefentz lichen Grundlagen dieser Militar-Verfassung mit einander einig sind; daß jedoch über mehrere, die weitere Bestimmung und Ausbildung des Systems betreffende hauptpunkte, theils eine Verschiedenheit der Ansichten obwaltet, theils gewisse militarisch technische und politische Erdrterungen für zwedmäßig und selbst für nothwendig erachtet werden.

Bon diesem Gesichtspunkte ausgehend, vereinigt man sich bemnach unter bankvollster Anerkennung ber von Seiner Raiserlichen Majestat baben bewiesenen ununterbrochenen hohen Sorgfalt für bas Beste bes Bundes zu dem Beschlusse, baß folgende allgemeine Grundsätze ben ber ferneren Berathung als ein für alles mal feststehende Directiv, Regeln zu betrachten seven.

I. 3 med einer Militarverfassung bes beutschen Bunbes.

Der aus dem Wesen eines, durch ein Rationalband verknüpften Staatens bundes unmittelbar hervorgehende Zwed einer gemeinsamen Militare Verfassung, wird als in sich begründet angesehen.

II. Bilbung bes Bunbesheeres.

Das heer des deutschen Bundes wird aus den Contingenten der einzelnen, in dem Bunde vereinigten Staaten gebildet. Diese Gesammtmacht ist aus stehens den Truppen, jeder Gattung, und aus Landwehr zusammengesetzt.

Die Bertheilung ber Gesammtmacht unter Die einzelnen Staaten bes Bundes geschieht nach einer ungesaumt festzusetzenden, durch Die Bolksmenge jedes Bundes; staates bestimmten Matrifel, auf welche sodann ein, ben allen Mannschaftestellungen anwendbarer, jeden einzelnen Staat für seinen Theil verpflichtender Ansschlag gegründet werden muß.

III. Friedens, und Rriegestanb.

Ben Festsetzung bes Friedens, und bes Rriegsstandes werden bie folgenden vier hauptpunkte als Grundsate aufgestellt:

- a) Damit der Zweck einer Militarverfassung des deutschen Bundes vollständig in Erfüllung gehe, soll ben den darüber einzuleitenden Berathungen auf den Behre stand der übrigen Europäischen Staaten Rücksicht genommen werden.
- b) Der jedesmalige Uebergang vom Friedensstande zu dem auf die volltome mene Sicherheit des gemeinsamen Baterlandes berechneten Kriegsstande, muß hins langlich vorbereitet senn, um mit möglichster Schnelligkeit Statt finden zu konnen.
- c) Unbeschadet der fur die Sicherheit des Ganzen erforderlichen Festsetzung der allgemeinen Anordnungen, bleibt alles, was die Anwendung und Ausführung derselben in den einzelnen Staaten befordern oder erleichtern kann, den Resgierungen dieser Staaten vorbehalten.
- d) Da die Kriegsmacht bes deutschen Bundes ben Charafter einer Gesammt; macht nie verlieren darf, so wird ausdrücklich festgesetzt, daß der deutsche Bund nur ein Bundesheer kennt, daß dieses in mehrere Corps vertheilt ist; daß die Zusammensetzung dieser Corps als eine gemeinsame Angelegenheit, mit gehöriger Beachtung geographischer und verwandschaftlicher Verhaltnisse, vom Bundestage bestimmt, jedoch daben als Regel beobachtet wird, daß diesenigen Staaten, welche ein vollsommenes Armeecorps ausstellen, nicht fremde Truppen: Contingente den ihrigen einverleiben, vielmehr letztere untereinander zu eignen Corps verbunden werden sollen.

Beil nun ausser ben im Allgemeinen festzusetenben Directiv: Grundsaten zugleich auch das Verhältnis der verschiedenen Baffengattungen und der sonstigen Militar: Verwaltungszweige, theils unter sich, theils in Anwendung auf die matrifularmasige Vertheilung unter die einzelnen Bundesstaaten, berücksichtigt werden muß, um ein auf die allgemeine Sicherheit sowohl als auf die mogelichste Erleichterung aller Staaten richtig berechnetes System für den Frieden 8: und Kriegsstand nummerisch festzuseten und die in einzelnen Abstimmungen enthaltenen Anträge technisch näher würdigen zu können, so wird, mit Beachstung obiger Directiv-Rormen, die weitere Erdrterung dieses Gegenstandes ausedrücklich vorbehalten.

IV. Oberfelbberr.

Der Oberfeldherr bes Bundes wird von bem Bundestage burch Stimmen: mehrheit ernannt.

Der Wirkungefreis und die Gewalt beffelben wird, mit forgfältiger Rude ficht auf Erhaltung ber inneren Ordnung des Heeres, nach den abzufassenden Militar-Gesehen und auf die zweckmasigste Verwendung der Streitkrafte, nach den jedesmaligen Bedurfnissen des Krieges, naher zu bestimmen senn.

Der Oberfeldherr steht in Gid und Pflicht des Bundes, und die einzelnen Contingente sind, des ihren Regierungen' geleisteten Gides unbeschadet, als Theile der Bundes:Armee von seinen Befehlen abhängig. Der Oberfeldherr empfängt burch den Bundestag die Befehle und er berichtet an denselben.

V. Armeezeichen.

Die Bundes: Armee erhalt am Tage ihrer Zusammenziehung ein eignes Armee: Zeichen, welches sie neben bem ihrer Landesherren tragt. Sie legt es am Tage ihrer Auflosung wieder ab.

VI. Lanbsturm.

Obschon bei bem Landsturm alles auf den ortlichen Berhaltniffen an ben Grenzen und im Innern Deutschlands beruhet, folglich die Unordnung besselben vorzüglich eine Angelegenheit der einzelnen Staaten ausmacht, so wird doch die Organisation besselben zur allgemeinen Berathung des Bundestags gezogen wers

ben konnen, damit auch in biefer Beziehung bie gemeinsame Sicherheit burch gemeinfame Anordnungen möglichst bewirkt werde.

VII. Bunbesfestungen.

Go wie man in Unsehung der bereits tractatenmäßig bestehenden deutschen Bundesfestungen die militarischen, politischen und administrativen Grundsähe und Berhältnisse ungesäumt berathen und feststellen wird, so soll auch, in Beziehung auf den gesammten Umfang des Bundes und dessen allgemeines Berstheidigungs: Gystem, näher technisch erörtert und bestimmt werden, wo überhaupt Befestigungen in größerem und geringerem Umfange zur Sicherung Deutsch; lands, und zum Behufe eines allgemeinen Vertheidigungsplanes erforderlich sind.

VII. Bertheilung ber Militarkosten.

Auf eben die Beise, wie man sich zur richtigen Vertheilung der Manns Schafte Stellungen über eine Matrikel, als Grundlage der einzelnen Ansschläge, vereinigen wird, sollen auch ungesaumt die Grundsätze erörtert werden, um eine Matrikel zur Vertheilung aller sonstigen militarischen Gesammtleistungen festzusetzen.

§. 85.

Aufftellung zwener Ausschuffe zur weitern Erorterung ber Militar:Berhaltniffe bes beutschen Bunbes.

Prafidium: entwickelt die Grunde, welche dem schon in den meisten Abstimmungen ausgedruckten Bunsche, wegen Ernennung zwener Ausschusse zur weitern' Erörterung der Militar-Berhaltniffe, rechtfertigen, und legt diesem zufolge einen Entwurf Beschlusses hierüber vor.

Sammtliche Stimmen waren damit vollfommen einverstanden, daber

Befclug:

In Erwägung, daß über ben in mehreren Sigungen ber Bundesversamms lung verhandelten Entwurf einer Militar: Verfassung des deutschen Bundes eine nabere, theils politische, theils militarischetechnische Verathung nothwendig erachtet worden ist; daß ferner, mit Beachtung der bereits in Uebereinstimmung festgesetzten und burch Beschluß ausgesprochenen Grundsäte, über alle übrigen, einer weiteren Beil nun ausser ben im Allgemeinen festzusetzenben Directiv: Grundsäten zugleich auch das Verhältnis der verschiedenen Waffengattungen und der sonstigen Militar: Verwaltungszweige, theils unter sich, theils in Anwendung auf die matrikularmäsige Vertheilung unter die einzelnen Bundesstaaten, berücksichtigt werden muß, um ein auf die allgemeine Sicherheit sowohl als auf die mögelichste Erleichterung aller Staaten richtig berechnetes System für den Frieden 8: und Kriegsstand nummerisch festzusetzen und die in einzelnen Abstimmungen enthaltenen Anträge technisch näher würdigen zu können, so wird, mit Beachtung obiger Directiv-Rormen, die weitere Erörterung dieses Gegenstandes ause drücklich vorbehalten.

IV. Dberfelbberr.

Der Oberfeldherr bes Bundes wird von dem Bundestage burch Stimmen: mehrheit ernannt.

Der Wirkungefreis und die Gewalt beffelben wird, mit forgfältiger Ruck, sicht auf Erhaltung ber inneren Ordnung des Heeres, nach den abzufassenden Militar: Gesetzen und auf die zweckmasigste Verwendung der Streitkrafte, nach den jedesmaligen Bedurfnissen des Krieges, naher zu bestimmen senn.

Der Oberfeldherr steht in Gio und Pflicht des Bundes, und die einzelnen Contingente sind, des ihren Regierungen' geleisteten Gides unbeschadet, als Theile der Bundes: Armee von seinen Befehlen abhängig. Der Oberfeldherr empfängt durch den Bundestag die Befehle und er berichtet an denselben.

V. Armeezeichen.

Die Bundes: Armee erhalt am Tage ihrer Zusammenziehung ein eignes Armee: Zeichen, welches sie neben bem ihrer Landesherren tragt. Sie legt es am Tage ihrer Auflosung wieder ab.

VI. Lanbsturm.

Obschon bei bem Landsturm alles auf den drtlichen Berhältnissen an ben Grenzen und im Innern Deutschlands beruhet, folglich die Unordnung desselben vorzüglich eine Angelegenheit der einzelnen Staaten ausmacht, so wird doch die Organisation desselben zur allgemeinen Berathung des Bundestags gezogen wers

men, bag, fobald funf Mitglieber anwesend find, ber Ausschuß als hinlanglich gebilbet zu betrachten seve.

- 2) Die Militar:Abgeordneten muffen zu ihrer Legitimation ben ber Bunbes: versammlung und unter fich mit Bollmachten ihrer Committenten verseben senn.
- 3) Dieser Ausschuß versammelt sich bis den 1. Man dieses Jahres in Frankfurt.
- 4) Der Borfit ben diesem Militar: Ausschuß wird einem besonders bazu zu ernennenden Bevollmächtigten übertragen.
 - 5) Das Geschäft bieses Prasidirenden ist:
 - a. den Conferenzen vorzusigen;

=

:=

•

- b. ihren inneren Gang zu ordnen;
- c. die Gegenstände in einer jedesmaligen gehörigen Reihefolge zur Sprache zu bringen, die Mennungen aufzufassen, die Verhandlungen zu leiten, und diese Berathungen, wo möglich, zum Resultate einer Vereinis gung zu führen;
- d. an ben Prafidirenden ergeben bie Unfragen und Auftrage bes Bunbes, tage : Ausschuffes, und durch ibn geschehen überhaupt die Mittheilun; gen bes Militar: Ausschuffes an den Bundestage : Ausschuß;
- e. der Prasidirende tragt Sorge fur Die Ginrichtung des Protofolls in den Sigungen des Militar:Ausschusses, und fur die Ordnung und Aufsbewahrung der Akten.
- 6) Der Militar: Ausschuß beschäftigt sich nur mit der Ausarbeitung des Militar: Planes und mit den rein: militarischen Arbeiten, die durch den Bun; destags: Ausschuß an denselben gelangen, und unterlegt diesem jedesmal das Resultat seiner Berathungen, welches nur consultativ seyn kann.
- 7) Die Dauer des Militar : Ausschuffes ift auf die Verhandlungen über die Militar : Angelegenheiten beschränkt. Er wird mit ihrer Beendigung auf; gelofet.
- 8) Binnen bren Monaten wird ber Bundestags : Ausschuß das Resultat ber Bundesversammlung zum endlichen Beschlusse vorlegen.
- Der Koniglich Preufsische Gefandte, herr Graf von ber Goly, brachte bierauf fur bas Prasidium ben dem Militar:Ausschusse den Kaiser,

Erdrterung noch vorbehaltenen Punkte, diese mit aller ber hohen Bichtigkeit einer folchen National Angelegenheit entsprechenden Umsicht Statt finden musse; hat die beutsche Bundesversammlung diese weitern vorbereitenden Berhandlungen durch Ausschüsse vornehmen zu lassen beschlossen; und daher sowohl über die Ausstellung und den Geschäftskreis der Ausschüsse, als auch über die formelle Geschäftsbehands lung folgenden Beschluß gefaßt:

- I. Es wird ein Ausschuß von sie ben Mitgliedern aus der Mitte der Buns desversammlung ernannt (Bundestags Ausschuß), welchem die Ausarbeitung des Militar Berfassungsplanes des deutschen Bundes übertragen wird. Derselbe hat diejenigen Bestimmungen, welche bereits durch Beschluß der Bundesversammlung festgestellt und ausgesprochen worden sind, als solche in dem zu bearbeitenden Plan aufzunehmen und übrigens alle weiteren auf diesen Gegenstand sich beziehen den seitherigen Bundestags Berhandlungen zugleich daben in Erwägung zu ziehen. Dieser Bundestags Ausschuß hat sodann das Resultat seiner Bearbeitung der Bumbesversammlung zur Prüfung und Annahme oder Verwerfung vorzulegen.
- II. Bur Hulfe für diesen Bundestags: Ausschuß und zur Bearbeitung der einzelnen reins militärischen Entwicklungen und Beziehungen, welche nur von Sachskundigen beurtheilt und geordnet werden können, wird gleichzeitig ein, aus Milistär: Personen bestehender Ausschuß (Militär: Ausschuß) gebildet, welcher gegen die Bundesversammlung im Allgemeinen, und gegen den Ausschuß derselhen inds besondere, in jenem Berhältnisse steht, in welchem während der Wiener Congreß: Berhandlungen eigene statistische, militärische u. d. gl. Ausschusse mit dem besten Ersolge bestanden haben. Der Militär: Ausschuß hat jedoch keine unmittelbare Berührung mit der Bundesversammlung.

Diefer Militar : Ausschuß wird von ben einzelnen Bundesstaaten zusammens gesetzt, und baben nach folgenden Grundfagen verfahren.

1) Es bleibt sammtlichen Bundesstaaten, nach Maasgabe ber im Artikel IV. ber Bundesakte verzeichneten Stimmen, unbenommen, einen eigenen Officier zum Ausschusse abzuordnen, oder dem einen oder andern Mitgliede desselben ihre Auftrage zu ertheilen, woben jedoch der einstimmige Bunsch ausgedrückt wird, daß dieser Ausschuss nicht zu zahlreich werden moge. Es wird angenome

men, baß, fobald funf Mitglieder anwesend find, ber Ausschuß als hinlanglich gebildet zu betrachten sene.

- 2) Die Militar: Abgeordneten muffen zu ihrer Legitimation ben ber Bunbes: versammlung und unter sich mit Bollmachten ihrer Committenten versehen fenn.
- 3) Dieser Ausschuß versammelt sich bis ben 1. May dieses Jahres in Frankfurt.
- 4) Der Borfit ben biefem Militar: Ausschuß wird einem besonders bazu zu ernennenden Bevollmächtigten übertragen.
 - 5) Das Geschäft Dieses Prasidirenden ift:
 - a. den Conferengen vorzusigen;
 - b. ihren inneren Gang zu ordnen;
 - c. die Gegenstände in einer jedesmaligen gehörigen Reihefolge zur Sprache zu bringen, die Mennungen aufzufassen, die Verhandlungen zu leiten, und diese Berathungen, wo möglich, zum Resultate einer Vereinis gung zu führen;
 - d. an den Prafidirenden ergehen die Unfragen und Auftrage des Bundes, tage : Ausschusses, und durch ihn geschehen überhaupt die Mittheilun; gen des Militar: Ausschusses an den Bundestage : Ausschuss:
 - e. der Prafidirende tragt Sorge fur Die Ginrichtung des Protofolls in den Sigungen des Militar:Ausschusses, und fur die Ordnung und Aussbewahrung der Aften.
- 6) Der Militar: Ausschuß beschäftigt sich nur mit der Ausarbeitung des Militar: Planes und mit den rein: militarischen Arbeiten, die durch den Bun; destags: Ausschuß an denselben gelangen, und unterlegt diesem jedesmal das Resultat seiner Berathungen, welches nur consultativ senn kann.
- 7) Die Dauer des Militar : Ausschusses ist auf die Verhandlungen über die Militar : Angelegenheiten beschränkt. Er wird mit ihrer Beendigung auf; geloset.
- 8) Binnen bren Monaten wird ber Bundestags : Ausschuß bas Resultat ber Bundesversammlung zum endlichen Beschlusse vorlegen.
- Der Koniglich Preuffische Gefandte, herr Graf von der Goly, brachte bierauf fur das Prafidium ben dem Militar:Ausschusse den Raifers

lichen Geheimen Rath, Freyherrn von Beffenberg, welcher alle Eigenschaften bierzu in hohem Grade vereinige, in Vorschlag, zu welchem Ende Seine Majestät ber Raiser zu bitten waren, bem Freyherrn von Bessenberg bie Genehmigung hierzu zu ertheilen.

Sammtliche Stimmen traten Preuffen vollsommen ben, und ber Raifer, lich Desterreichische herr Gefandte, Graf von Buol: Chauen, stein, eröffnete hierauf:

Nachdem Seine Majestat der Raiser bereits in Renntniß gesetzt worden sepen, baß die meisten Gesandtschaften diesem Antrage mit besonderem Bergnügen beystimmen wurden, so hatten Allerhöchstdieselben die Raiserliche Gesandtschaft ers machtiget, Ihre Einwilligung hierzu zu erklaren.

Folgen die Unterschriften.

Siebenzehnte Sipung.

Befchehen, Frankfurt ben 13. April 1818.

In Gegenwart

Aller in der fechezehnten Gigung Anwesenden.

hinzugetommen mar:

Won Seiten ber Rieberlande, wegen bes Großherzogthums Lurem: burg: ben Koniglich Nieberlandischen General: Major, herr Graf von Grunne.

Bieber anwesenb mar:

Bon Seiten Braunschweigs und Raffau's: ber Berzoglich Raffauische Berr Staatsminister, Frenherr von Marschall.

(Inhalt. §. 86. Abberufung des Röniglich Riederländischen Gefandten, Freyherrn von Gagern, und Neberreichung der Bollmacht, des an seine Stelle getretenen herrn Generals Majors, Grafen von Grünne. §. 87. Bahl eines Ausschuffes von sieben der Bundesversammlungs Mitgliedern zur weiteren Erörterung der Militärverhältnisse des deutschen Bundes. §. 88. Nebersicht aller Privatforderungen an die ehemalige Reichsoperations Raffe und Bahl eines Ausschuffes zur Erstattung eines Gutachtens über diesen Gegenstand. §. 89. Bahl einer neuen Commission zur Begutachtung der Privat, Reflamationen. §. 90. Erklärung von Baiern über die Reklamation der Rheinpfälzischen Staatsgläus biger, und Inhaber der Partials Obligationen Lit. D. §. 91. Erklärung

von Baden über bas Entschäftigungsgesuch ber ehemaligen Aurpfälzischen Erbrächter ber Grafenauer, und Demibife, wegen erlittener Ariegsschaden. § 92. Erklärung vom Großherzogthume Dessen, über die Erfüllung des 13. Artitels. der Bundesakte; und Beptritt von Braunschweig und Rassau, zur Aebernahme der Garantie des neuen Medlenburgischen Staatsge, se gestüber die rechtliche Entscheidung von ftreitigen Fällen, über die Landesverfassung. § 93. Reue Eingaben.)

§. 86.

Abberufung bes Königlich Niederlandischen, Großherzoglich Luxemburgischen herrn Bundesgesandten, Frenherrn von Gagern, und Vollmacht des an feine Stelle getres tenen herrn Generals Majors, Grafen von Grunne.

Prafidium: legt bas Schreiben bes Roniglich Niederlandischen, Großber, zoglich Luxemburgischen herrn Bundesgesandten, Freyberrn von Gagern vor, worin derselbe von seiner Abberufung Nachricht ertheilt; so wie das Antwortschreiben, welches Prasidium, nach dem in der vertraulichen Besprechung ausgedrückten Bunsche dieser hoben Versammlung, hierauf erlassen hat.

Bende Schreiben wurden verlesen und in dieses Protofoll eingerudt, wie folgt:

«Schreiben bes Koniglich Niederlandischen, Großherzoglich «Luremburgischen herrn Bundesgesandten, Frenherrn «von Gagern:

« Sobe Bundesversammlung!

« Nachdem ich Seiner Erzellenz dem Prasidial, Gesandten die meine Rucke« rufung betreffenden Depeschen des Königlich Niederlandischen Hofes eingehändigt
« habe, liegt mir noch ob, mich von Euren Ercellenzen zu beurlauben, und ihnen
« für Nachsicht und Freundschaft zu danken.

« Sie wollen gutig die Versicherung annehmen, und davon in den Berichten an Ihre Sofe und Behörden furze Erwähnung thun, daß ich neben den Pflichten gegen des Königs Majestät nie etwas anderes, als das allgemeine Wohl, ohne alle Nebenabsicht bezweckt habe. Obgleich auch dieser Wechsel meinen eigenen bedingten Berlangen gemäß ist, so liegt doch sicher mehr eine zu hohe Würdigung als eine Verschmähung meines früheren Umtes und Berufes zum Grunde. Ich whosse daher Unsprüche auf Ihr Undenken und Ihre Uchtung zu behalten, worauf ich so großen Werth setze, und versichere Sie sammt und sonders meiner Verehrung und ausgezeichneten Dochachtung.

& Frankfurt am Mann, ben 6. April 1818.

Antwortschreiben bes Raiferlich Desterreichischen prafibis renden herrn Gefandten, Grafen von Buolechauens stein, an ben herrn Gefandten, Freyherrn von Gagern:

« Die hohe Bundesversammlung kann nicht ohne lebhaftes Bedauern einen « vielseitig ausgezeichneten Staatsmann Sich aus Ihrer Mitte entfernen sehen, « der sowohl Ihr, als dem ganzen Publikum, so mannigfaltige Beweise unwandels baren Strebens für das allgemeine Bohl des Bundes gegeben hat, und der mit « gleicher Warme in seinen Verhaltnissen zu der Versammlung, wie in seinen freunds « schaftlich; collegialischen, seinen Worten und Handlungen stets das Gepräge des « aufgeklarten, biedern, nur für das wahre Beste des gemeinsamen Vaterlandes « eifernden Patrioten aufzudrucken, und sich dadurch das schönste Recht auf den « Dank und das verbleibenoste Andenken Aller zu erwerben gewußt hat. »

« Indem der unterzeichnete prafidirende Gesandte sich beehrt, diese gerechten EGeschle der hohen Bersammlung, Ihrem ausdrücklichen Bunsche gemäß, Seiner Excellenz dem Freyherrn von Gagern, in Antwort auf deffen Schreiben vom 6. dieses, zu erkennen zu geben, erübriget ihm nur die angelegene Bitte, Sich von Ihrem vollkommensten Ginklange mit seinen personlichen gefällig überzeugt ahalten und die denselben so ganz entsprechende Bersicherung seiner hochachtungs; vollsten Gesinnungen wohlwollend empfangen zu wollen. »

«Frankfurt den 9. April 1818. » Protot. d. d. Bundesverf. V. Bb.

hiernachft eröffnete

Prafidium: Seine Majestat ber Ronig ber Rieberlande, Großherzog von Luxemburg, hatten an die Stelle des herrn Gefandten, Freyherrn von Gagern, ben herrn General, Major, Grafen von Grunne, zu hochstihrem Bundesgesandten ernannt, welcher sich mittelft Vollmacht, datirt aus dem haag ben 14. Marz 1818. legitimirt habe,

Die Bollmacht murbe verlefen und ber Roniglich Riederlandische, Großherzoglich Luxemburgische Berr Gefandte erflatte hierauf:

Bon dem Ronig, meinen Herrn, abgesandt, um an die Stelle eines eben so ausgezeichneten als vollendeten Staatsmannes, den so eben durch ihn an mich überlassenen Plat in Ihrem Kreise, meine hochgeehrten Herren, einzunehmen, fühle ich mich eben so gerührt, durch diese offenbare ehrenvolle Anerkennung und Burdigung meines persönlichen Charakters, als innig durchdrungen von der hohen Wichtigkeit meines nunmehrigen erhabenen Berufs. Erstere nach allen meinen Kräften und geringen Fähigkeiten möglichst zu rechtsertigen, so wie in dem letzteren nach Ihrem Benspiele und einverständlich mit Ihnen, Ihrem gemeinschaftlichen Wirken und Streben nach Begründung und Entwicklung des von Meisterhand entworfenen und bisher rühmlichst beförderten Werkes mich anzuschließen, liegt mir daher auch als die kunftige theuerste Verpslichtung meines ganzen Daseyns ausschließlich am Herzen.

Es sey mir deshalb erlaubt, bey meiner heutigen ersten Erscheinung unter Ihnen, hier vorläufig die einfache Erklärung abzulegen: daß auch ich mir dermalen die Unwendung des in dem Wahlspruche meines Roniglichen Herrn ausgesprochenen Sinnes eigen zu machen, mir vorzüglich werde angelegen seyn lassen, in fester Aufrechthaltung und punktlicher Handhabung Seiner Ihm zukommenden Rechte, gleichwie Seinerseits in standhafter Behauptung und genauer Beobachtung, sowohl der weislich von Ihm angenommenen Grundsäte, als Seiner übernommenen Obliegenheiten gegen alle insyksammt, so auch gegen jeden Einzelnen.

Gelbst ursprunglich ein Luxemburger, bin ich doppelt stolz darauf, in Diesem erlauchten ehrwurdigen deutschen Genate einen Fürsten zu vertreten, auf dessen Saus Deutschland von jeher als einen seiner ausgezeichnetesten herrscher, und und helden Stamme Unspruch gemacht hat, wie auch dazu ersehen zu seyn, das

Ihn in ber Gigenschaft eines Großbergegs von Luremburg von neuem an bas beutsche Baterland knupfende Band fester und fester schließen zu helfen.

Moge das Borbilo unfrer musterhaften Fürsten im herrlichen Bereine und zu solch' edlem Zwecke und stets begeistern und starten zum Ausharren in Erzielung bes möglichst volltommenen Joeals von menschlichem Wohlstande, und, die Organe Ihres lauten einstimmigen Willens, eine Ordnung der Dinge vorzubereiten und einzuleiten, wo es, wie sich unser aller Gothe meines Wissend irgendwo ausgedruckt hat,

von oben billig

von unten willig

bergeht, insofern namlich letteres bas, wenn auch oft langsame, jeboch eben fo unausbleibliche Resultat vom Ersteren ist.

Laffen Sie mich gefälligst, meine hochgeehrten herren Collegen, ben mich insbesondere selbst betreffenden sehnlichsten Wunsch schließlich hinzufügen, mich Ihrer mir unendlich werthen und schätbaren Nachsicht und Freundschaft daben versichert halten zu durfen.

6. 87.

Wahl bes Bunbestage: Ausschuffes zur weiteren Erbrterung ber Militar: Verhaltniffe bes beutschen Bunbes.

(16. Sis. S. 85.)

Prafibium schlägt vor, in Folge bes in ber letten Sigung gefaßten Beschlusses, nunmehr die Bahl ber sieben Bundesgesandten vorzunehmen, aus welchen der Bundestags: Ausschuß zur weiteren Erdrterung ber Militar:Verhaltnisse bes beutschen Bundes bestehen solle.

Sammtliche Gefandtschaften waren bamit einverstanden, worauf Berr Graf von Buol: Schauenstein,

- . Graf von ber Golt,
- . Frenherr von Aretin,
- . von Martens,
- a Frenherr von Bangenheim,
- . Graf von Enben und
- « Frenherr von Plessen,

gewählt worden sind.

§. 88.

Forderungen an die themalige Reichsoperations, Kasse. (5. Sig. 8. 20. 14. Sig. 8. 68. v. 3. 1816. 8. Sig. 8. 35. 20. Sig. 8. 109. 27. Sig. 8. 162. 29. Sig. 8. 181. 8. 182. 32. Sig. 8. 212. 39. Sig. 8. 281. 282. 283.

284. .43. Sig. §. 345. v. 3. 1817. 11. Sig. §. 48. v. J. 1818.)

Desterreich. Aus Beranlassung mehrerer eingereichten Gesuche einzelner Individuen um Berücksichtigung und Befriedigung berjenigen ben der Auflösung bes deutschen Reichs unberichtigt gebliebenen Forderungen, welche sie an die, während des letten Reichstriegs, nämlich in der Periode von 1792. bis 1801. Reichsconstitutionsmäßig bestandenen sogenannten Reichsoperations: Kasse zu machen hatten, war es dieser hohen Bersammlung gefällig, der Raiserlich Königlich Desters reichischen Gesandtschaft den Bunsch auszudrücken, eine Uebersicht aller Privats Forderungen dieser Art zu erhalten.

Mit Vergnügen sieht dieselbe sich nunmehr im Stande, diesem Bunfche dadurch zu entsprechen, daß sie die Ehre hat, hiermit zwen von der Raiserlich Roniglichen Hoffriegsbuchhaltung gefertigte Verzeichnisse vorzulegen.

Das eine enthalt in 141 verschiedenen Unfagen Diejenigen Forderungen, welche ben dem Abschluß der letten Reichsoperations : Raffe : Rechnung noch an Privaten, für Die in Die vormaligen wirklich bestandenen Reiches ober burch ibre aus Reiches truppen bestandene Besatung ale folde zu betrachtende Landesfestungen abgelieferte Approvisionirunge, und fonftige Artifel unberichtigt geblieben find, und einen Gefammtbetrag von 1,281,928 fl. 5 fr. im 20 fl. Fuß, ober 1,538,313 fl. 42 1 fr. in Reichswährung, ausmachen; in bem zweyten Berzeichniß find Die gleichfalls unberichtigt gebliebenen, auf 29,872 fl. 163 fr. im 20 fl. Rug, ober 35,846 fl. 44 1 fr. Reichswährung, fich belaufenden Forderungen verschiedener Memter und Dominien fur Die ben Belagerung Der Reichsfestung Rehl und ber Brudenschange ben Suningen geleisteten Lieferungen angeführt, und es fommt zu bemerken, bag alle biefe Korberungsanfage aus ber Reichsoperations , Raffe , Rechnung gezogen und feiner Zeit über jede einzelne berfelben von bem Reichsfeldmarichall und bem Reichsgeneral Rriegscommiffariat, fo wie auch von ben Reichsfestungs : Gouver: neurs und Commandanten, Schulbiceine ausgestellt worben find, burch beren Producirung Die Glaubiger Die Liquiditat ihrer Unspruche nachweisen tonnen.

Ben ber Borlage Diefer Berzeichniffe hat Die Raiferlich Ronigliche Gefandt: schaft, aus Auftrag ihres Allerhochsten Sofes, Die Ebne Folgendes zu erklaren:

Geine Majeftat ber Raifer glauben in dem Beschluffe, zu welchem diese hohe Berfammlung burch bas von ber Bittme Rief eingereichte Gefuch um Befriedigung ihrer ben der Reichsoperations : Raffe ausstehenden Forderung , fo wie auch durch bas ben biefer Gelegenheit von bem Berrn Referenten fo wohl begrundete Gutache ten, in ihrer Sigung vom 21. November 1816. fich veranlagt gesehen bat, und vermoge welches Befchluffes ichon fogleich Die erfte Forberung biefer Art gur Berichtserstattung und Instructione: Ginholung geeignet erflart worden ift, vorläufig bie angenehme Ueberzeugung nahren zu konnen, daß auch ben biefer, ihrem Urs fprunge nach, gewiß mit Recht als beutsche Rational Ungelegenheit zu betrach: tenden Forderungsfache Die Wirfungen des fo gludlich und innig vereinigten deutschen Staaten : Bundes fich eben fo wohlthatig auffern werden , ale es bereits ichon ben mehreren in fruberer Zeit bestandenen, und durch die nachmaligen Zeitereignisse unerledigt gebliebenen, baber auch noch einer ordnenden Sand bedurfenden Institute und Berhaltniffe geschehen ift, und bag baber auch bier ber binlanglich erprobte Gemeinsinn beutscher Fürsten und freger Stadte, vereint mit ber thatigen Borforge ihrer hier versammelten Reprasentanten, Diejenigen Mittel auffinden wird, wodurch ber fragliche Gegenstand feiner ordnungegemagen Erledigung gue geführt werden fann. In Diefer Boraussetzung erachten Geine Majeftat, daß ein gang besonderes zwedforderndes Mittel vorläufig fich barin barbieten burfte, wenn nach bem bisher beliebten und ftets fo nuglich befundenen Geschäftsgang eine Coms miffion aus der Mitte Diefer hohen Berfammlung gewählt murde, welche biefen nicht unwichtigen Gegenstand zu erörtern, zu berathen und durch ein hieruber abs Bugebendes Gutachten zu ber einstigen formlichen Verlagnahme, Berichteerftattung und Instruktione: Ginholung vorzubereiten batte, und bie Raiserlich Ronigliche Gefandtichaft giebt fich baber Die Ghre, Die Babl einer folden Commiffion in Un. trag zu bringen.

Preuffen: stimmt dem Antrage der Kaiserlich Desterreichischen Gesandts schaft, wegen der Wahl einer Commission von funf Mitgliedern zur Erstattung eines Gutachtens über diesen Gegenstand, vollfommen bey.

Baiern. Mit biefem Antrage, welcher Die wohlwollende Borforge Seiner Raiferlichen Majestat fur mehrere leibende Familien dankenswurdig beurkundet,

ist man dahin einverstanden, daß dieser Ausschuß ungefaumt zusammentrete, um darüber zu berathschlagen, ob und welche Mittel zur Befriedigung dieser reflamirenden Privatpersonen aufzusinden, und welche Grundsate hierbei aufzusstellen maren.

Alle übrigen Gesandtschaften waren mit diesem Antrage und ber von Baiern ausgedrückten Bestimmung des zu mahlenden Ausschusses volltommen einversstanden. Die in der Desterreichischen Erklarung erwähnten beiden Berzeichnisse wurden diesem Protokolle unter den Zahlen 13. und 14. beigefügt.

Die Bahl des Ausschusses ift hierauf vorgenommen worben, und nachdem biefelbe auf die

Herren: Grafen von Buol: Schauenstein, Grafen von der Goly, Frenherrn von Aretin, von Martens und von Berg

fiel, wurde

beschlossen:

Daß, unter bankbarer Anerkennung bes die wohlwollende Bocjorge Seiner Raiferlichen Majestat für mehrere leidende Familien beurkundenden Antrages, ein Ausschuß, welcher aus den herren Bundesgesandten, Grafen von Buols Schauenstein, Grafen von der Golg, Freiherrn von Aretin, herrn von Martens und herrn von Berg, bestehe, ernannt werde, um, in Folge der demselben mitzutheilenden Verzeichnisse, zu berathschlagen, ob und welche Mittel zur Befriedigung der reklamirenden Privatpersonen aufzusinden, und welche Grundsate hierben aufzustellen waren, und hierdurch diesen Gegensstand zur formlichen Verlaßnahme, Berichtserstattung und Instruktions: Eins holung vorzubereiten.

§. 89.

Commiffion gur Begutachtung ber Private Reflamationen.

hierauf wurde, nach bem Prafibial. Antrage, zur Bahl einer neuen Coms mission geschritten, welche bie Begutachtung ber bis Ende Juny bieses Jahres eingehenden Reklamationen übernahme. Die herren Bundesgesandten Freyherr von Aretin, Herr von Martens, Freyherr von Wangenheim, Freyherr von Plessen und Herr von Berg

erthielten bie meiften Stimmen, baber

Beschluß:

Daß bie herren Bundesgesandten, Freyherr von Aretin, herr von Martens, Freyherr von Bangenheim, Freyherr von Plessen und herr von Berg, ersucht werden, ben Vortrag und die Begutachtung der bis Ende Juny I. J. eingehenden Reklamationen zu übernehmen.

6. 90.

- Beschwerdesache ber Rheinpfalzischen Staatsglaubiger und Besitzer der Partial Dbligationen Lit. D, die Zahlung der rudständigen Zinsen und verfallenen Rapitalien betreffend.
- (14. Sig. S. 69. 30. Sig S. 192. 44. Sig. S. 355. 53. Sig. S. 398. 55. Sig. S. 411. 58. Sig. S. 418. v. J. 1817. 3. Sig. S. 17. 11. Sig. S. 44.. 14. Sig. S. 66. v. J. 1818.)

Baiern. In der 14. Sigung der hohen Bundesversammlung vom 5. Marz ist durch Mehrheit der Stimmen beschlossen worden, daß, in Bezuz auf die Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staateglaubiger und Besitzer der Partial, Obligationen Lit. D, die Zahlung der rückständigen Zinsen und Kapitalien bestreffend, die in der 58. Sigung vom 22. Dezember vorigen Jahres gewählte Comsmission unverzüglich in Thätigkeit treten, und die Bermittelung dieser Angelegens heit versuchen möge.

In der 58. Sigung war

I. Jene Commission gewählt worden, um, nach dem Beschluß der Bundes, versammlung in der 55. Sitzung vom 11. Dezember, über die Frage wegen der Uebernahme der Rheinpfälzischen Schuld Lit. D. und das Maas der Bertheilung

ist man dahin einverstanden, daß dieser Ausschuß ungefaumt zusammentrete, um darüber zu berathschlagen, ob und welche Mittel zur Befriedigung dieser reklamirenden Privatpersonen aufzusinden, und welche Grundsätze hierbei aufzusstellen maren.

Alle übrigen Gesandtschaften waren mit diesem Antrage und ber von Baiern ausgedrückten Bestimmung des zu mahlenden Ausschusses vollsommen einversstanden. Die in der Desterreichischen Erklarung erwähnten beiden Berzeichnisse wurden diesem Protokolle unter den Zahlen 13. und 14. beigefügt.

Die Wahl des Ausschusses ist hierauf vorgenommen worden, und nachdem biefelbe auf die

Herren: Grafen von Buol. Schauenstein,
Grafen von der Goly,
Freyherrn von Aretin,
von Martens und
von Berg

fiel, wurde

beschlossen:

Daß, unter dankbarer Anerkennung des die wohlwollende Bocjorge Seiner Raiserlichen Majestat für mehrere leidende Familien beurkundenden Antrages, ein Ausschuß, welcher aus den herren Bundesgesandten, Grafen von Buols Schauenstein, Grafen von der Golg, Freiherrn von Aretin, herrn von Martens und herrn von Berg, bestehe, ernannt werde, um, in Folge der demselben mitzutheilenden Verzeichnisse, zu berathschlagen, ob und welche Mittel zur Befriedigung der reklamirenden Privatpersonen aufzusinden, und welche Grundsätze hierben aufzustellen wären, und hierdurch diesen Gegensstand zur formlichen Verlaßnahme, Berichtserstattung und Instruktions: Eins holung vorzubereiten.

6. 89.

Commiffion zur Begutachtung ber Private Reflamationen.

Hierauf wurde, nach bem Prasidial. Antrage, zur Wahl einer neuen Commission geschritten, welche die Begutachtung ber bis Ende Juny bieses Jahres eingehenden Reklamationen übernahme. Die Herren Bundesgesandten Frenherr von Aretin, herr von Martens, Frenherr von Wangenheim, Frenherr von Plessen und herr von Berg erthielten bie meisten Stimmen, baber

m of film

Beschluß:

Daß bie herren Bundesgesandten, Freyherr von Aretin, herr von Martens, Freyherr von Bangenheim, Freyherr von Plessen und herr von Berg, ersucht werden, den Vortrag und die Begutachtung der bis Ende Juny I. J. eingehenden Reklamationen zu übernehmen.

§. 90.

Beschwerbesache ber Rheinpfalzischen Staatsglaubiger und Besitzer der Partial Dbligationen Lit. D, die Zahlung der rudständigen Zinsen und verfallenen Rapitalien betreffend.

(14. Sig. S. 69. 30. Sig S. 192. 44. Sig. S. 355. 53. Sig. S. 398. 55. Sig. S. 411. 58. Sig. S. 418. v. J. 1817. 3. Sig. S. 17. 11. Sig. S. 44.. 14. Sig. S. 66. v. J. 1818.)

Baiern. In der 14. Sitzung der hohen Bundesversammlung vom 5. Marz ist durch Mehrheit der Stimmen beschlossen worden, daß, in Bezuz auf die Beschwerdesache der Rheinpfälzischen Staatsglaubiger und Besitzer der Partial, Obligationen Lit. D, die Jahlung der rückständigen Zinsen und Kapitalien bestreffend, die in der 58. Sitzung vom 22. Dezember vorigen Jahres gewählte Commission unverzüglich in Thätigkeit treten, und die Vermittelung dieser Angelegens beit versuchen moge.

In ber 58. Gigung mar

I. Jene Commission gewählt worden, um, nach bem Beschluß der Bundes, versammlung in der 55. Sitzung vom 11. Dezember, über die Frage wegen der Uebernahme der Rheinpfalzischen Schuld Lit. D. und das Maas der Bertheilung

zwischen ben hieruber in Streit verfangenen Sofen bie Bermittlung ju ersuchen, wohingegen

II. Nach eben diesem Beschluß, rudsichtlich ber einstweilen bis zur Ausmitte lung ber Hauptfrage zu bezahlenden Zinsen, « weil aus dem bisherigen Rechts: « gange und Verfahren die Staatsgläubiger Rechte auf eine vorläufige Befriedigung « aus den speziell verpfändeten Oberämtern Heidelberg und Mosbach vor weiterer « Abtheilung der Schulden, und der deßhalb weiter auszumachenden Frage er: « langt », die Bundesversammlung beg dem Großherzoglich Badischen Hofe ihre Verwendung dahin treten ließ, daß die reklamirenden Staatsgläubiger, in Folge des bisherigen Rechtsganges, aus den Einkunften der Oberämter Heidelberg und Mosbach ihre vorläusige Befriedigung, wenigstens von den laufenden Zinsen, ers halten mögen.

Sieruber muß

ad I.

bemerkt werben, daß die Frage durch eine von den Sachwaltern der Gläubiger ben dem Bundestage übergebene Vorstellung in Anregung gebracht wurde, deren Antrag dahin gieng, daß sie von des Großherzogs von Baden Königlicher Hoheit, wieder in den Genuß der seit dem 1. Januar 1803. entbehrten Zinsen gesetzt, und ihnen aller Schaden und Kosten vergütet, daß ferner entweder die vertragsmäßigen Kapitalszahlungen durch das Großherzogliche Haus Baden salvo regressu geleistet, oder die durch die diesseitige Rheinpfalz entschädigten hohen Fürstenhäuser veranlaßt wurden, daben pro rata des Steuerkapitals der erhalstenen Entschädigungs Lande zu concurriren.

Auf den Antrag des Herrn Referenten in der 14. Sitzung vom vorigen Jahre, die Gesandten sammtlicher betheiligter Hofe zu ersuchen, daß sie sich über die Theilung dieser Kapitalien, vorzüglich über die baldige Wiedereinssetzung der Gläubiger Lit. D in die ihnen seit 14 Jahren entzogenen Zinsen, vereinigen möchten, ließen Seine Majestät der König in der 30. Sitzung vom 22. May 1817. durch Ihren Bundestagsgesandten erklären, daß, da die Vorsstellung der Gläubiger bloß gegen die jetzigen Besitzer der Rheinvfalz gerichtet sen, und gegen diese ein Beschluß der mit der Bollziehung des Reichsdeputationss Hauptschlusses beauftragten Subdelegations. Commission zu Frankfurt, so wie

ein reichstammergerichtliches Mandatum sine clausula in Mitte lagen, Aller, hochstoieselben sich zur Zeit zu den betheiligten Hofen nicht rechnen zu können glaubten, daß Sie jedoch bereit seven, die Regreß: Ansprüche, welche die Besitzer der Rheinpfalz an Baiern zu haben glaubten, auf den Fall, daß die Sache nicht im gutlichen Wege benzulegen senn sollte, dem Ausspruch einer wohlgeordneten Austrägal: Instanz zu unterwerfen, für welchen Fall sich jedoch vorbehalten werde, jene Forderungen geltend zu machen, die man diesseits an die Besitzer der Rheinpfalz für mehrere Gegenstände zu machen hätte, von denen aber bisher Umgang genommen, dagegen auch eine Verbindlichkeit zur Uebernahme von Landesschulden nie anerkannt worden ware.

Diese Erklarung lassen Seine Majestat auch jett formlich wiederholen. Allerhöchstdieselben werden Sich einer gutlichen Ausgleichung nie entziehen, sobald folche auch die von der Rheinpfalz herrührenden, bisher mit Stillschweigen übergangenen diesseitigen Forderungen umfaßt.

Man hofft, nachstens im Stande zu fenn, durch eine aktenmäßige Dar, stellung die Thatsachen und Grunde, welche in der von der Großherzoglich Badischen Gesandtschaft in der 11. Sitzung vom 25. Februar übergebenen & Rechtsdeduction » aufgestellt worden sind, zu beleuchten und zu wurdigen.

Nachdem indessen die Großherzoglich Badische Regierung sich eine Frist von neun Monaten nehmen durfte, um von den diesseits in der Sitzung vom 22. May vorigen Jahres übergebenen, nicht mehr als einen Oruckogen bestragenden Bemerkungen (die übrigen als bloß aus öffentlichen Oruckschriften gezogen, des ihnen in der Badischen Denkschrift S. 3. bengelegten Charakters einer « formlichen Rechtsdeduction» vollkommen entbehren) eine Widerlegung zu Stande zu bringen, so wird auch der Königlich Baierischen Regierung die zur Verfassung einer officiellen, aus den Akten gezogenen Gegenschrift nothige Zeit nicht beengt werden wollen.

Richt minder fallt es in die Augen, daß die Liquidirung und Ausgleichung der von einer Zeit von fechzehn Jahren, und felbst von früheren Spochen sich herschreibenden Forderungen und Gegenforderungen nicht das Werk eines Tages oder auch eines Monats seyn konne.

Um besto mehr mussen

Seine Majestat bedauern, daß durch die von der iGroßherzoglich Badischen Gesandtschaft in der- 3. Sitzung vom 19. Januar abgegebene Erklarung die Erkartungen der Gläubiger, deren Gerechtigkeit die hohe Bundesversammlung durch den Beschluß vom 22. December vorigen Jahres selbst anerkannt und ausgesprochen hatte, abermals getäuscht worden sind. Seine Majestat mussen dieses doppelt bedauern, da die Gewagtheit der in jener Erklarung aufgestellten und in der Rechtsdeduction entwickelten Satz, so wie der directe Widerspruch, in dem sich solche mit den bis zum Anfange des Jahres 1818. von der Großeherzoglich Badischen Regierung officiell ausgesprochenen Grundsätzen besinden, keine günstige Vermuthung für die Geneigtheit derseiben zu einer baldigen gützlichen Ausgeseichung erregen kann.

Man mußte glauben für den Sat, daß das Staatsanlehen Lit. D eine Rheinpfälzische Landesschuld sen, jedes Beweises überhoben zu senn, nachdem die Großherzoglich Badische Regierung dasselbe nicht nur ben den Berhandlungen zu Mannheim und vor der Subdelegations : Commission zu Frankfurt, sondern auch in dem bekannten Dekrete vom 22. März 1808, ja selbst noch in der durch ihre Gesandtschaft in der 14. Bundestags: Sitzung vom 27. Februar 1817. zu Protokoll gegebenen Erklärung, in dieser Eigenschaft anerkannt, und die Ansprüche gegen Baiern auf eine definitive Uebernahme von einem Theile jener Schuld, lediglich auf dessen Besitz von den für die überrheinische Pfalz erhaltenen Entschädigungslanden, und (seit 1816) von einem Theile der überrheinischen Pfalz selbst gegründet hatte.

Im Widerspruch mit diesen officiellen Erklarungen, heißt jenes Anlehen nun in der Rechtsdeduction eine Pfalzbaierische Schuld», während doch alle Obligationen auf dem Umschlage die (ben deren Abdrucke in jener Deduction freilich weggelassene) Aufschrift: «Aurfürstlich Pfalzische Schuldversschreibung» tragen, während die Art der Entstehung des Anlehens, die Verzwendung der eingegangenen Gelder, die Art der Berzinsung und der Capitalzahlung ze. eben so notorisch, als, wie es der Großberzoglich Badischen Regiezung nicht unbekannt sehn kann, aktenmäßig nachzuweisen ist, und die Eigensschaft einer Rheinpfälzischen Landesschuld auf eine so unwiderlegliche Art dars

thut, daß die Großherzoglich Badische Gesandtschaft selbst, indem sie in der 11. Sigung vom 23. Februar dieses Jahres die Deduction übergab, den reklamirenden Gläubigern das Pradicat «Rheinpfalzischer Staatsgläubiger» nicht zu versagen vermochte.

Man konnte mohl nicht erwarten, bag, nachdem bas Großherzoglich Babifche geheime Suftig : Departement in feinem mit bem oben ermabuten Defrete vom 22. Marg 1808. befannt gemachten Gutachten, ale Die zwen erften Sauptfate. vorangestellt hatte, daß ejedes abgetretene Land in ber Regel mit allen Lasten, « folglich mit allen barauf haftenden Schulden, auf ben neuen Besither über: « gehe », und daß sale folche Schulven Diejenigen angefehen werden mußten, * welche fur Rechnung und Bedurfniffe des Landes aufgenommen und verwendet « worden maren », die Großherzoglich Babifche Gefandtschaft in ihrer Erflarung vom 19. Januar Diefes Jahres nun Die Uebernahme Der befagten Schuld aus bem Grunde gurudweisen murbe, weil ein Dritter bas Geld aufgenommen a und erhalten, ein Dritter Die Schuldurfunde ausgestellt habe », als ob bies fer fo genannte Dritte nicht ber Regent ber Rheinpfalz gewesen mare, und ale folder Die Schuld aufgenommen batte, ale ob jenes nicht ber Fall ben allen auf abgetretenen ganbern haftenden Schulden mare, und alfo nach diefer Theorie auf einen neuen Befiger feine Schulden überzugehen hatten. Dag biefer Gas wirflich in einer staatsrechtlichen Deduction behauptet werden murde, ließ fich eben fo wenig erwarten, als daß, befonders in einer Badifchen, Die Gate auf: gestellt werden wurden: « in der Regel bleiben Die auf einem abgetretenen « Lande haftenden Schulden bem vormaligen Regenten zur Laft, obgleich er fie anur als folder contrabirt babe, und es mare nur durch den Luneviller Frie, s ben und burch ben Reichsbeputations : Sauptschluß eine burch bag Aufhoren e ber fruberen Regenten : Gigenschaft ber secularifirten Fursten abgenothigte Mus; a nahme von Diefer Regel gur Belaftigung ber neuern Befiger abgetretener ganber a ftatuirt worden», (G. 13 ff.) mahrend doch das Großherzoglich Badifche Juftige Departement in bem ichon ermahnten Gutachten vom Jahre 1807. in Diesen benden offentlichen Aften lediglich Beschrankungen ber von ihm Damals aufgestellten Regel, und somit Ausnahmen im gang entgegen gefetten Sinne, gur Begunftigung ber neuen Befiger gu feben geglaubt batte.

Am allerwenigsten konnte vorausgesehen werden, daß die Großherzoglich Badische Gesandtschaft, welche in ihrer Erklärung vom 27. Februar vorigen Jahres den Mangel an Reichsgerichten als die Ursache angab, wodurch ihre Regierung, wiewohl hochst ungern, gezwungen worden war, die Obligationen Lit. D zu reduciren, in ihrer Abstimmung vom 19. Januar dieses Jahres selbst die gesuchtesten Grunde nicht verschmähen wurde, um die Gultigkeit der gegen sie in Mitte liegenden Beschlusse einer von Kaiser und Reich aufgestellten Erecutionse Commission und des obersten Reichsgerichtes anzusechten.

Die Rurhessische Gesandtschaft hat zwar bereits in der 14. Sigung die, jener Commission wegen Ueberschreitung ihrer Competenz und wegen Begehung von Rullitäten gemachten Vorwurfe mit Burde zurückgewiesen; es wird indessen nicht überslüssig senn, noch zu bemerken, daß, hatte die Commission auch wirklich incompetent und somit nichtig gehandelt, doch Baden durch die am 15. August 1804. unbedingt erklärte, und daher auch weder mehr rechtlich zu versagende, noch auch wirklich versagte Parition, auf den Einwand jener Rullitäten formlich verzichtet hatte.

So auffallend dieß auch den Badischen Behauptungen gegenüber klingen mag, so unwidersprechlich erhellt es, wenn man die ben der besagten Commission gepflogenen Berhandlungen aufmerksam durchgeht.

Auf den ersten durch die Subdelegations: Commission zu Frankfurt am 30. Juny 1804. an die von Kurbaden, Hessen: Darmstadt, Nassau: Usingen und Leisningen bestellte Ausgleichungs: Commission erlassenen Beschluß, «daß die sämmt: «lichen Besitzer der die seizigen Rheinpfalz die Staatsgläubiger wegen ruck: ständiger Jinsen und verfallenen Capitals: Jahlungen salvo regressu zu befriez digen hätten»; (Neuer deutscher Juschauer, Band I. S. 248) erhielt der Leiningensche Bevollmächtigte von seinem Fürsten die (Ebendaselbst Band I. S. 252 abgedruckte) Weisung, zu erklären, daß der Fürst davorhalte, «fämmtliche setheiligte Besitzer der Rheinpfalz möchten sich dahin vereinigen, die dermal noch vorhandenen Schulden, von denen Schmalz: und Seeligmann'schen Staats: «anlehen sub Lit. A, B, C, D und A, B, gemeinschaftlich zu übernehmen und nach dem bereits sestgesehren Repartitionssuß unter sich zu vertheilen, und ein weiteres Arrangement dahin mit den Gläubigern zu tressen, daß diese Rur:

* pfalzischen Staatspapiere eingelost, und von den nunmehrigen Besthern der * Rheinpfalz für eines jeden Rata, welche der Repartitionsfuß bestimmen wird, « eigene Staatspapiere dagegen gegeben, und die Heimzahlungsweise mit den « Gläubigern entweder unmittelbar durch ihre Bevollmächtigten, oder mittelst « Bermittlung der Executions: Commission gutlich bestimmt werde; » wo übrigens « auch fernerhin die gemeinschaftlichen Unsprüche gegen Rurbaiern entweder in « dem Bege einer gutlichen Vergleichung oder des Rechtes verfolgt werden » tonnten.

Bermoge eines (in demfelben neuen deutschen Zuschauer, Band II. S. 184. abgedruckten) Auszuges des Rurbadischen geheimen Raths: Protofolls vom 30. July 1804. wurde der Ausgleichungs: Commission auf den Bericht, womit sie die Fürstlich Leiningensche Erklärung vorlegte, zu erkennen gegeben: «Seine «Rurfürstliche Durchlaucht genehmigten nunmehr die mit dem Leiningen: «schen Antrage übereinstimmen den Borschläge der Commission, und «überliessen ihr, der besagten Leiningenschen Erklärung ohne weitere Bedin: «gung, als die von ihr selbst räthlich erachtete, daß die benden «Executions: Hofe sich, nothigen Falls, für eine gütliche und «rechtliche Erledigung der Differenzen mit Baiern verwenden «werden, benzutreten 20.»

Auf dieselbe Art wurde sich von Hessischer Seite erklart, «daß man kein & Bedenken trage, demselben Antrage benzutreten, somit sich bereit zu erklaren, « der von der Subdelegations : Commission zu Frankfurt erlassenen Zahlungsver: « fügung, rucksichtlich der Staatsgläubiger Lit. D, in Gute Folge zu leisten. » (Ebendaselbst S. 185.)

In Folge dieser bestimmten Weisung der Committenten waren die Aussgleichungs: Commissarien nicht einmal befugt gewesen, die gegen die Subdelegations: Commission abzugebende Paritions: Anzeige auf irgend eine Art durch Benfürgung von Bedingungen zu beschränken: dieses ist aber von ihrer Seite auch auf keine Art geschehen.

Wie die Großherzoglich Badische Gesandtschaft in der in der 3. Sitzung abge, legten Abstimmung felbst anführte, schloß die dießfallsige Erklarung der Ausglei, chungs : Commission vom 15. August 1804. an die Subdelegations : Commission

mit der Versicherung, daß ihre Committenten «in der Hoffnung, daß ihnen «die wegen der Pensionen sich vorbehaltene beruhigende Zusicherung (wegen « Berwendung ben Rurbaiern), auch rucksichtlich des Staatsanlehens Lit. D, werbe ertheilt werden, sammtliche Rheinpfälzische Staatsanleihen, nach dem unter ihnen angenommenen provisorischen Theilungsfuß, alsbald unter sich abs atheilen, und auf diese Art auch die Staatsgläubiger Lit. D, unter Borbehalt aihrer Ansprüche an des Herrn Rurfürsten zu Pfalzbaiern Königlichen Hoheit, anach einer mit Ihnen *) deßfalls zu treffenden Uebereins akunft» demnächst befriedigen wollen.

In dieser Erklarung kann Baiern keine Art von Befriedigung finden. Die Hoffnung, daß die wegen ber Pensionen vorbehaltene Zusicherung von Bermendung auch rucksichtlich des Staatsanleihens Lit. Dwerde ertheilt werden, wird eben so wenig eine Bedingung genannt werden wollen, als der Borbehalt einer mit Rurbaiern oder den Glaubigern zu treffenden Uebereinkunft mit den Ausdrucken einer conditio resolutiva ausgedruckt ist, oder auch überhaupt als eine solche bengefügt werden konnte. Es wurde ausserdem lediglich von den betheiligten Hofen abgehangen haben, durch Vorschläge unannehmbarer Bedinz gungen die Uebereinkunft unmöglich zu machen, und sich also selbst ihrer Verzbindlichkeit wieder zu entheben.

Wirklich zerschlug sich, wie aus ben von dem Fürstlich Leiningenschen Bevollmächtigten ben der Subbelegations: Commission vorgelegten und in dem N. d. J. Bd. N. S. 175. abgedruckten Verhandlungen hervorgeht, die mit den Släubigern versuchte Uebereinkunft dadurch, daß ihnen Kurbaden nur 4 Procent bezahlen und sie mit 1½ an Baiern überweisen, mithin das Gegentheil von dem thun wollte, wozu es sich mit der nach dem Fürstlich Leiningenschen Rescripte abgefasten Paritions: Anzeige anheischig gemacht hatte. Wäre daher auch die Zustandebringung der Uebereinkunft als Bedingung der Paritions: Anzeige seihe selbst bengefügt gewesen, so wurde dieselbe, nach den Aussprüchen des

Db bieg ober jenes ein Drudfehler und bas Ihnen ober ihnen auf Rurbaiern ober bie Gläubiger ju beziehen fen, tann bier unerortert bleiben.

e) So heißt es in bem Reuen beutschen Buschauer, Bb. I. S. 260, wogegen bie Babifche Gesandtschaft in ber Erkfärung bom 19. Januar ihnen fcreibt, obwohl fie auch ben Reuen beutschen Buschauer ale Quelle citirt.

hier nur dem natürlichen Rechte folgenden Civilrechtes, als erfüllt anzusehen senn. In jure civili receptum est, sagt die L. 160. D. de regulis juris, quoties per eum, cujus interest conditionem non impleri, fiat, quo minus impleatur perinde haberi ac si impleta conditionusset.

Die Paritions:Anzeige mag also bedingt oder unbedingt gewesen senn, so waren Baben und die übrigen Theilhaber der Rheinpfalz auf keine Art befugt, dieselbe und die damit verbundene Verzichtleistung auf den überhaupt weniger wegen der provisorisch angeordneten Zinsen, als wegen der Kapitalzahlung anges drohten Recurs an Kaiser und Reich, wieder zurückzunehmen.

Dieß ist aber auch durch die in der Abstimmung der Großherzoglich Badisschen Gesandtschaft allegirte, aber nicht beigebrachte, hier (unter Zahl 15) anliegende Erklärung der Ausgleichungs Commission vom 13. November 1804. nicht geschehen, sondern in derselben lediglich die Verwendung der Subsdelegations Commission für die Zustandebringung der Uebereinkunft mit den Creditoren angesprochen und erklärt worden, daß auf den Fall, daß solche nicht zu Stande kommen sollte, «ihre Committenten sich in der unangenehmen «Nothwendigkeit befinden wurden, zu dem Recurs an Raiser und Reich «zurück greifen zu mussen.»

Was dieser Erklarung für eine Folge gegeben worden, ist diesseits eben so wenig bekannt, als was das verschlossene Schreiben, welches, nach der Uns führung der Großherzoglich Badischen Gesandtschaft, der G. R. Baumgartner am 16. Februar 1805. der Subdelegations « Commission zu Frankfurt übergab, ents halten haben mag.

Auf jeden Fall hat die Großherzoglich Badische Regierung selbst, nie bes hauptet, den Recurs an Kaiser und Reich wirklich eingelegt zu haben, und die Paritions: Anzeige vom 15. August 1804. bleibt also, selbst nach ihren Grundsichen, in ihrer vollen Wirkung stehen.

Dagegen haben die Staatsglaubiger Lit. D ben Weg an die hochsten Reichsgerichte ergriffen, und vort gegen Aurbaden und Leiningen, als Besitzer ber Special: Unterpfander (heidelberg und Mosbach), ein reichskammergericht:

sides Mandatum sine clausula de solvendo sortes capitales et usuras, vel dimittendo hypothecas erwirit.

Es wird keiner besondern Erorterung bedürfen, ob dieses am 29. April 1806. ergangene Mandatum für Baden noch verbindlich senn konnte, welches durch den Presburger Frieden zwar die Souverainetat in dem Maase, wie Desterreich und Preuffen, erhalten hatte, aber doch noch Mitglied des beutschen Reichs geblieben, und also auch bis zu dessen Auflosung durch den Rheinbund, den Aussprüchen seiner Gerichte fortwahrend unterworfen war.

Benigstens wird es, rucksichtlich des Oberamts Mosbach, welches damals Leiningen besaß, diese Einwendung nicht machen wollen. Daß es gegen das Mandat die ihm etwa zustehenden Rechtsmittel eingewendet habe, hat es selbst nicht behauptet: dieselben wurden eben so wenig, als die von ihm gegen ein ahnliches Mandat wegen der Rheinpfalzischen Staatsdiener und Pensionisten eingewendeten Rechtsmittel *), eine gunstige Folge gehabt, sondern die Erkenznung einer paritoria plena auch dort veranlaßt haben.

Es ist indessen vollkommen gleichgultig, ob dieses geschehen oder nicht geschehen, ob das Reichskammergericht damals noch competent gewesen ist, oder nicht, da dasselbe mit seinem Mandate nichts anderes verfügte, als wozu sich Baben und die übrigen Besitzer der Rheinpfalz in ihrer Erklarung vom 15. Ausgust 1804. ohnehin auf eine rechtsverbindliche Weise anheischig gemacht hatten.

Waren aber endlich auch weder der Ausspruch der Subdelegations: Commission, noch das reichskammergerichtliche Mandat vorhanden oder von Wirkssamkeit, so wurden die Bestimmungen des in Bezug auf das Schuldenwesen sowohl durch die rheinische Conféderations: als durch die deutsche Bundesakte garantirten Reichsdeputations: Hauptschlusses in den S. S. 77. 78. und 79. keinen Zweifel darüber lassen, daß das Großherzogthum Baden, als jetziger alleiniger Besitzer der Special: Hypothek, und als Inhaber des Haupt: Orts vom Lande, auf welchem die Schuld ruht, wenigstens zur vorschusweisen Bezahlung der Zinsen rechtlich verbunden sep.

Sprechen diese S. S. zwar auch nur wortlich von geistlichen Landern, so tritt — alle andern Grunde bei Seite geset, welche beren Anwendbarkeit auf

^{*)} R. beutscher Buschauer, Bb. II. G. 124 *.

ein freiwillig in die Entschädigungsmasse geworfenes weltliches Land barthun—gewiß der in dem §. 77. angegebene Hauptgrund, daß «wegen der «auf den Entschädigungs Landen haftenden Schulden zur Beruhigung aso vieler Gläubiger Borsehung geschehen musse,» bei einem weltlichen Lande in eben dem Maase, wie bei einem geistlichen ein, und Baden kann sich der Erfülzlung derselben unter Berufung auf Ansprüche nicht entziehen, die dasselbe, in seinen Ansichten und Grundsähen wechselnd, gegen die Krone Baiern bald auf die für die überrheinische Rheinpfalz enthaltene Entschädigung, bald auf den Besitz eines Theils derselben, bald auf den Besitz der Special: und eines Theils der General: Hypothek, und neuerlichst auf die durch den höchsteligen Vorsah: ren des jetzigen Regenten geschehene Unterzeichnung der Obligationen gründet.

Dieses sind die Bemerkungen, welche ber Baiersche Bundestagsgefandte den Auftrag erhalten hat, dem hochverehrten Bermittlungs Ausschusse zu überzgeben, und zugleich der hohen Bundesversammlung vorzulegen, damit jeder Berzmischung der Hauptfrage über die definitive Bertheilung der Schuld, mit der Frage über die provisorische vorschussweise Befriedigung der Gläubiger, damit einer allenfallsigen Berschiebung des für beide Fragen ganz verschiedenen Standpunktes zuvorgekommen werde.

In der ahnlichen, auf eine ahnliche Beise bei der Ausgleichungs: Commission zu Mannheim, bei der Subdelegations: Commission zu Frankfurt, und bei dem Reichskammergerichte behandelten und entschiedenen Sache der Rhein: pfalzischen Staatsdiener und Pensionisten, haben die jezigen hohen Besiger der diesseitigen Rheinpfalz kein Bedenken getragen, auf die von den Gliedern des ehemaligen General: Landes: Commissariats ben der Bundesversammlung überge; bene Vorstellung, und dem von dieser in der 18. Sitzung vom vorigen Jahre gefaßten Beschlusse gemäß, sich als die allein dabei betheiligten Hofe anzusehen, und den Reklamanten in der 58. Sitzung einen Weg zu ihrer Besties digung zu eröffnen.

Seine Majestat der Konig glauben erwarten zu durfen, daß die größere Bedeutung des Objects der gegenwartigen Frage keine Abweichung in den rechtlichen Unsichten der Hofe veranlassen werde, und Sie überlassen Sich der

Hoffnung, daß ben der Großherzoglich:Babischen Regierung die hier entwickelten Grunde ihre Wirkung nicht mehr langer versehlen und sie zu dem Entschlusse bewegen werden, weniger finanziellen Berechnungen, als der Stimme der Gerechtigkeit, die sich unter den verschiedensten Behorden immer auf dieselbe Weise ausgesprochen hat, und den Ansprüchen der Billigkeit, die der seit 15 Jahren bedrängte Zustand der Gläubiger — größtentheils ihrer eigenen Untersthanen — erhebt, Gehor zu geben.

Auf jeden Fall haben Seine Majestät der Konig, Höchstwelche ben der Frage über die vorschußweise Befriedigung der Gläubiger für Sich auf keine Art betheiligt sind, nur eine heilige Pflicht gegen ehemalige, durch viele und große Beweise treuer Anhänglichkeit Ihrem Herzen noch immer theuere Untersthanen zu erfüllen geglaubt, indem Sie Ihren Gesandten beauftrugen, die hochverehrliche Bermittlungs: Commission, so wie die hohe Bundesversammlung selbst, ausmerksam zu machen, wie die Berbindung der Einleitung wegen propisorischer Bezahlung, wenigstens der laufenden Jinsen, mit den Verhandlungen über die Hauptfrage, deren Bergleichung oder Entscheidung in jene lediglich eine neue, nach den erregten Erwartungen für die Gläubiger doppelt suhlbare, Berzögerung bringen mussen musse.

§. 91.

Gefuch ber ehemaligen Rurpfalzischen Erbpachter ber Grafe, nauer, und hemshofe, wegen Entschädigung für erlittene Kriegeschaben.

(31. Sig. \$. 200. 37. Sig. \$. 260. vom J. 1817. 11. Sig. \$. 50. v. J. 1818.)

Baben. Die Gefandtschaft sieht sich, in Betreff ber Borstellung ber ehemaligen Rurpfälzischen Erbpächter ber Gräfenauer: und hembhofe, wegen Entschädigung für erlittene Kriegsschäden, mit ber nachfolgenden Erklärung, in Beziehung auf ben in bem Protokolle ber 31. Sigung vom 29. Mai vorigen Jahres S. 200. hierüber gefaßten Beschluß, beauftragt:

Die ehemaligen Kurpfalzischen, auf dem linken Rheinufer gelegenen Erbe bestandshofe, die Grafenau und der Hemshof genannt, lagen bekanntlich unweit der Feste Mannheim und des dazu gehörigen Forts, der Rheinschange.

Ben bem im Jahre 1793, erklarten Reichskrieg gegen Frankreich und bem Ruckzug der verbundeten Truppen aus dem Elfaß gedachten Jahres, zog ein Theil der Raiserlich Desterreichischen Armee über die zwischen der Rheinschanze und der Feste Mannheim angelegte Rheinbrucke auf das rechte Rheinufer und beschte, gemeinschaftlich mit den Kurpfälzischen Truppen, Stadt und Feste Mannsheim.

Die durch diesen Rudzug herbeigeführte Besetzung des der Feste Mann; heim gegenüber liegenden linken Rheinusers von Seiten der Franzosen, erregte ben den Kaiserlich Desterreichischen Truppen sowohl, als ben dem Festungs: Com; mandanten in Mannheim die gerechte Besorgniß, daß die Franzosen hinter den Gebäuden der Erbbestandshofe Gräfenau und Hemschof gegen das Fort, die Rheinschanze, sowohl, als gegen die Festung selbst, heimlich Batterien und Restouten errichten, sohin hierdurch wegen ihrer Nahe Zeit gewinnen konnten, ein dem Fortisications: System der das rechte Rheinuser beschützenden Festung Mannheim nachtheiligen Angrisspunkt zu errichten, wie solches schon ein Jahr vorher mit ähnlichen Werkern geschehen, die nach dem erfolgten Rückzug dersselben alsdann demolirt wurden.

Der damalige Rurfürstliche Fortisications Director, General Lieutenant von Pfister, so wie auch die in Mannheim anwesend gewesene Raiserlich Königliche Generalität drangen daher sehr heftig und ohne Unterlaß auf die Abtragung jener Gebäude, diese wurde auch, in Gefolge höherer Genehmigung, für äusserst nothwendig erachtet, und hierauf den Beständern die gleichbaldige Räumung berselben anbefohlen, um die Abtragung noch in Zeiten bewirken zu können. Gegen diese Auslage machten die Beständer alle möglichen Aussslüchte, und obgleich ben dem ernsthaften Andringen mit der Räumung angefangen wurde, so geschah doch solches so langsam, daß nach Berlauf von 5 bis 6 Tagen, wo die Gesahr des Feindes dringender wurde, denenselben mit allem Ernste in der Art angesagt worden, daß, wenn die ganzliche Räumung nicht auf der Stelle bewirkt wurde, die Höse mit allem, was darin besindlich, weil eine sormliche Abtragung nunmehr zu spät seve, niedergebrannt werden müßten, welches dann auch, nach Versluß von weitern zwei Tagen, im Orang der Noth geschehen ist. Offenbar haben sich daher die Beständer durch ihr Saumsal,

daß sie ben anfänglichen Befehl nicht sogleich vollzogen, ben größten Schaben, burch den Berlust ihrer Crescentien und Mobilien, so wie auch durch Berbren, nung der Baumaterialien, zugefügt, und zum größten Theil ihrer Unfolgsamkeit zu verdanken.

Die Demolirung dieser Gegenstände geschah lediglich in Gefolge der Verstheidigungs:Maasregeln der Feste Mannheim und ihres auf dem linken Rheins ufer gelegenen Forts, der Rheinschanze, weil solche in dem Festungs: Rayon lagen, und bei dem nachherigen Bombardement der Stadt Mannheim nothe wendig entweder niedergebrannt oder zusammengeschossen werden mußten. So lange dann noch der zwischen Frankreich und Deutschland ausgebrochene Krieg währte, und so lange Mannheim selbst als eine, nicht allein die Kurpfälzisschen Staaten, sondern auch Deutschland mitschüßende Festung betrachtet wors den ist, konnte an eine Wiedererbauung derartiger, dem Fortisications: und Vertheidigungs: Plan einer Festung entgegenstehenden Objecte nicht gedacht werden, und nur den einem eingetretenen Friedenszustand konnte die Sprache seinen, ob und welche Entschädigung den Erbbeständern für diese zum allgemeisnen Besten nothwendige Demolition gebühre, und aus welchen Mitteln solche rechtlich geschöpft werden solle?

Der zwischen Frankreich und Deutschland im Jahr 1801 geschlossene Frieden setzte, rucksichtlich der Entschädigung über derartigen Verlust, keine Rormen fest. In demselben wurden mit dem ganzen linken Rheinuser auch die dermaligen Supplikanten, sammt ihren Erbbestandshöfen, an Frankreich abgetreten, sohin aller Unterthanen Verband mit dem diesseitigen Regenten aufgehoben, auch das aus dem Erbbestand herrührende privatrechtliche Verhältniß der ehemaligen Rurpsfälzischen Hofkammer mit den Erbbeständern selbsten aufgelöst. Getrennt von den diesseitigen Reichslanden und mit Frankreich sammt der erbbeständlichen Dominie incorporirt, konnten die auf dem linken Rheinuser verursachten Kriegsschäden auf keinen Fall mehr mit in die Peräquation der diesseitigen Staaten, nach einem im August des Jahrs 1802 ergangenen höchsten Rescript, aufgenommen werden, da dieselben keinen Theil des diesseitigen Landes mehr ausmachten, und man den die sseits durch den Krieg beschädigten Unterthanen doch wohl nicht wird zumuthen wollen, auch die jen seits des Rheins den Gemeinden oder Einzels

nen zugefügten Rriegsbeschädigungen zu erseten, mabrent Lettere nichts zu ben bieffeitigen Rriegsschaben beptragen.

Das von den Supplikanten aufgestellte Begehren, nach dem Dieffeitigen Mormal-Refeript vom Sabr 1802, behandelt zu werden, muß also um fo mehr wiberrechtlich ericheinen, als ansonsten alle ubrige ehemalige Rurpfalgische Unterthanen auf bem linten Rheinufer ein abnliches Begebren aufstellen fonnten. 3m Kall alfo Diefer durch ben Krieden abgeriffenen Landes Parcelle fur Kriegs ichaben eine Entschädigung geleiftet werden mußte, fo liegt diese bem Staate, ber die Domane mit ben Bewohnern burch den Friedensschluß erhalten, ob, meil ja biefer allein nur eine Deraquation mit feinen Staatsangeborigen, rud: fichtlich ber Rriegsschaben, veranftalten fann. Baren übrigens auch Die gedachten Erbbeständer dem Dieffeitigen Staateverband einverleibt geblieben, fo batte ibnen, felbit nach bem Rormativ vom Jahr 1812, feine Entschädigung für ihre verbrannten Gebaulichfeiten ju Theil merben fonnen; weil nach Diesem Rormativ alle Diejenigen Berheerungen und Bermuftungen nicht in Unschlag gebracht werden fonnten, welche in dem Reftungebegirt, wohin die Grafenau und der Bemebof geborten, verübt murben, wegmegen auch felbst bem Besither bes fo genannten Grobenbofe, ber gwifchen ber Stadt Mannheim und bem Orte Raferthal gelegen, und in hinsicht ber Entfernung viel weiter von ber Festung als ber hemshof und Die Grafenau lag, befindlich gewefen, fur feine bemolirten Bebaude feine Entschädigung geleistet murbe.

So wie daher alle derartigen im Festungsbezirk gelegenen Beschädigungen und Verwüstungen, die eine nothwendige Folge der militärischen Operationen waren, nicht zur Entschädigung der einzelnen deutschen Staaten, wenn solche je geleistet werden muß, sondern allenfalls nur zu einem Ersatz aus der Reichsoperations. Kasse geeigenschaftet seyn konnten, weil deren Destruirung zur nothwendigen Schützung des deutschen Vaterlandes geschahe; so wird dieses Gesuch der Supplikanten um so weniger sich zum rechtlichen Erkennts niß, nach römischen Grundsätzen, eignen, als sonst die Bewohner zu Rehl, Mainz und in den dortigen Gegenden zc. (wiewohl ungeeignet) an die einzels nen Staaten, von denen sie vorher einen Bestandtheil mit ausmachten, ahns liche Entschädigungs:Ansprüche ausstellen könnten.

Man vereinigte fich hierauf, daß viese Aeusserung ber Reklamations : Comsmission zuzustellen fen.

§, 92.

Großherzoglich Medlenburg: Schwerin: und Strelitische Bers ordnung über die Mittel und Bege, um ben streitigen Fällen, in Angelegenheiten, welche die Landesverfassung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen; auch Erfüllung des 13. Artikels der deutschen Bundesakte.

(58. Sig. S. 416. v. J. 1817. 7. Sig. S. 26. 9. Sig. S. 32. 11. Sig. S. 41. 13. Sig. S. 56. 14. Sig. S. 69. 15. Sig. S. 79. v. J. 1818.)

Großhedzogt hum heffen. Diesseitige Gesandtschaft ift angewiesen, bie in ber 14. Sigung vorbehaltene Erklarung, in Bezug auf ben 13. Artikel ber beutschen Bundegatte, folgendermaßen abzulegen:

Es ist schon in früheren Abstimmungen (ber 7. und 11. Sigung) umstånde lich ausgeführt worden, warum eine bestimmte Zeit für die Eröffnung neu zu errichtender landståndischer Versammlungen noch nicht festgesetzt werden kann; so gewiß auch in allen deutschen Staaten landståndische Verfassung errichtet, und diese Errichtung nicht länger, als es die Verhältnisse zum Wohl der Unterthanen selbst erfordern, aufgeschoben werden muß.

Bekannt ist es, welchen fordernden Untheil an den Wiener Congregverhand, lungen über Errichtung von Landständen namentlich die Großherzoglich hefische Gesandtschaft nahm; und eben so bekannt, welche politische Ereignisse unmittel, bar nach dem Abschlusse der Bundesakte eintraten, und alle Thatigkeit mit Orang und vielfacher Unstrengung auf die ausgeren Verhaltnisse zu richten nothigten.

Eben so gewiß war vor Bestimmung der neuesten Gebietsveranderungen zu inneren, umfassenden Ginrichtungen auf keine denkbare Weise mit Erfolg zu schreiten; und diese Bestimmung trat fur das Großherzogthum hessen bekanntlich erst in der Mitte des Jahrs 1816 ein.

In wenigen anderen Staaten, vielleicht in keinem Deutschlands, waren bie Gebiets Beranderungen bes Jahrs 1816. fur Die ganze innere Staatsver-

waltung verhalinismäßig von folder Wichtigfeit, wie in bem Großherzogthume Beffen.

Zwar kein, auch noch so kleiner Theil angestammten Gebiets, aber bennoch etwa ein Orittheil bes gesammten Staates wurde abgetreten. Die neu erworbenen Besthungen bestanden theils aus einem, zuvor unabhängigen Fürsstenthum (Isenburg), wo durchaus neue Verhältnisse eintreten mußten, und eine endliche Festsetung durch theilweise Wiederabtretung erschwert wurde; dann vorzüglich aus einem Theile des linken Rheinufers, welcher, bis zum Pariser Frieden, Frankreich einverleibt, ohne Ausbebung französischer Verfassung, durch wechselnde provisorische Regierungen, große, in sich nicht zusammenhängende Absänderungen in der Verwaltung erfahren hatte.

So war das Großherzogthum aus Bestandtheilen zusammengesett, welche für Gesetzebung, Gerichtsverfassung, finanzielle und sonstige administrative Vershältnisse die verschiedensten Rormen hatten. In einem Reiche erster Größe mögen mehrere dazu gehörige Länder abweichende Verfassungen haben. In den meisten deutschen Staaten wurde Mangel an Einheit die Verwaltungskosten zu sehr erhöhen. Ein rasches Zusammenwersen, schnelle Vereinigung des Entgegens gesetzen in Eine Masse, wurde viele achtbare Interessen heftig erschüttern, wohl auf immer verletzen; es könnte nicht übereinstimmen mit der weisen und milben Absicht Seiner Königlichen Hoheit, nur nach reiser Prüsung daszenige zu einem Gemeingut zu erheben, was in irgend einem Theile des Staats sich als vorzüglich, als ächte bürgerliche Frenheit fördernd, bewährt hat; es wäre nicht vereinbarlich mit der von Ihnen, namentlich der Provinz Rheinhessen ertheilten Zusage: liberale Einrichtungen, herbeigeführt vom Geiste der Zeit, zu beachten.

Es ist offenkundig (auch durch eine in der 14. Sitzung gemachte Mittheis lung hier bekannt), wie man im Großherzogthume den Bersuch begonnen hat, in Gesetzgebung, Justizverfassung und einem bedeutenden Theil der Administration das Ungleichartige in ein wohlthätiges Ganze zu vereinen; und wenn ein Nehnliches für manche Gegenstände der sinanziellen Berwaltung jetzt erst vorbes reitet wird, noch nicht verwirklicht ist, wen mag dieß wundern, wenn man die völlige Berschiedenheit der Steuerverfassung auf beyden Seiten bes Rheins auch nur oberstächlich kennt?

Daß unter folden Berhaltniffen die Borbereitungen zu Ginführung land; ständischer Verfassung noch nicht weiter gediehen sind, kann daher keinem Unsbefangenen auffallen, zumal wenn man erwägt, daß das jezige Großherzogthum zur größeren Halfte ehemals keine Landstände kannte; und daß es viele Jahre hindurch als Nachbar revolutionarer Sturme und als Kriegsschauplay Die Aufsmerksamkeit seiner Regierung hierauf zusammendrangen mußte.

Endlich erheischen die inneren Einrichtungen noch beshalb besondere Umsicht, weil ein Viertheil des ganzen Staats aus standesherrlichen und patrimoniale gerichtsherrlichen Besitzungen bestehet. Die Wichtigkeit dieses Umstandes für land; ständische Einrichtungen ist um so weniger zu verkennen, wenn man erwägt, daß gerade in solchen deutschen Staaten, welche zu ihren Angehörigen nicht wenige Standesherren zählen, (Württemberg, früher Nassau) die ernstlichsten Besmühungen der Regierung zu Begründung landständischer Verfassung bisher verzgeblich waren. Die Großherzogliche Gesandtschaft bezieht sich hier auf daszenige, was sie in der 14. Sitzung über die Einleitung, alle standesherrlichen Verhältznisse auszugleichen, auch vertraulich mitgetheilt hat; wodurch ebenfalls bezweckt wird, allgemein gegenseitiges Zutrauen, als eine der nothwendigsten Vorbesreitungen zu heilsamer slandständischer Verfassung zu vermehren.

Die Großherzogliche Gesandschaft glaubt sich mit diesen Andeutungen bez gnugen zu konnen, und schließt sich dem Koniglich Preussischen Antrage (in der 7. Sitzung d. J.) unbedingt an.

Braunschweig und Nassau: tritt ber von den Großherzoglich Medlenburgischen Hofen, in gewissen bestimmten Fallen, nachgesuchten Berfassunge, Garantie von Seiten des Bundes nach dem in der 58. Sitzung gemachten Untrage bey.

6. 93.

Einreichungs. Protofoll.

Das Berzeichnis ber neuesten Eingaben von Zahl 57. bis 61. wurde ver: lefen und diese ber Reklamations : Commission zuzustellen beschlossen.

Folgen die Unterschriften.

Merzeichniß ber Eingaben.

Fortsetzung bes Ginreichungs : Protofolls von Dro. 57. bis 61.

Nro. 57. Eingereicht ben 9. Mpril. Dr. hiepe, Bevollmächtigter bes Confiftorialrathe Duill, ju Runtel: übergiebt eine Borftellung und Bitte, die Bermeigerung bes Recht meges, in beffen Angelegenheit gegen die Gemeinde Efcbach, von Seiten ber Bergoglich Raffauischen bochften und hoben Landesbeborden betreffend.

Nro. 58. Eingereicht den 10. April. Darte, vormaliger Raiferlich Roniglich Defterreichifch - Rieberlans bifder Gebeimenrathe Dffizial, Bevollmächtigter bes Freis berrn von Crofer, aus Brugge in Flandern: bittet, in Betreff einer Soulbforderung von 140,000 Liv. tournois feines Committenten an ben Fürften von Galm. Aprburg, eine fcriftliche Erflarung gnabigft ertheis Ien zu wollen: bag gebachter Furft burch feine jegigen Besitungen fur alle feine pormale befeffenen und verlornen Guter im Allgemeinen und ohne Unterfcbieb ihrer Lage und Eigenschaft entschädigt worden ift, um bann gerichtlich biese Angelegenheit weiter betreiben ju tonnen.

Nro. 59. Eingereicht ben 10. April. Dr. David Friedrich Grubel, in Ilmenau: erneuert ben Inhalt feines Gefuches vom vorigen Sahre, und zeigt zugleich an, bag er ben Doctor 3. S. Bachmann ju Frankfurt ale Bevollmachtigten bestellet habe.

Nro. 60. Eingereicht ben 12. April. Johann heinrich Bof, in Strombach: überfendet eine Anzahl Anzeigen feines balb erscheinenden Bertchens unter bem Titel: «Unweisung, bie Rartoffeln in großer Menge auf einer tleinen Flache, fogar auf uncultivirtem Walbboden, mit wenigem Dunger zu erzeugen u. f. m., und bittet um Unterftugung feines Unternehmens.

Nro. 61. Eingereicht den 13. April. Dr. Rappes, in Frankfurt: übergiebt ale Bevollmachtigter bes pormaligen Rurfurftlich Trierischen Sof . und Regierungerathe Johann Ludwig Schaffer eine Borftellung und Bitte, ihm feinen vorbin genoffenen gangen Gehalt und bie Bergatung ber gewiffenhaft berechnes ten Rudftanbe gnabigft zufließen und ben Reichebeputatione. Schlug von 1803 in Erfüllung bringen gu laffen.

Beylagen

zu bem

Protofolle der siebenzehnten Sigung

vom 13. April 1818.

13. Verzeichniß

derjenigen Forderungen, welche nach Abschluß der Reichsoperations. Casse. Reche nungen noch an Private, für die in die vormaligen Reichsfestungen abgelieferten Approvisionirungs, und sonstigen Artikel, unberichtigt geblieben sind.

		Reichswährung.		
1.	Dbrist Baron Wimmer, laut in Handen habenden, von Gr. des Herrn Erzherzogs Carl Raiserl. Hoheit, als damaligen Reiche: Feldmarschall gefertigten Schuldschein, an Capital 765,464 fl. 42 14 fr.	ft.	fr.	
	Hierzu die von dem Reichs: General: Kriegscommissariat für dieses Capi: tal bis Ende August 1802-liquidir: ten Interessen pr 185,235 fl. 9 fr.	950.699	5112	
2.	Baron Fellner und Major Toth für Approvisionnement .	87,464		
		· ·	•	
3.	Major Toth ferner . * * *	1,530	5 4	
	Fürtrag !	1039,695	318	

	•							fl.	fr.
					Uebertra	a .		1,039,695	$3\frac{1}{2}\frac{8}{9}$
	Handelsmann Efch zu Pre	зbи	ra fúi	aak:			-+	4,118	1410
4.	» Ratgau aus	3 23	óbmer	t :	» »	•		16,523	50
5.	Glevogt zu Mainz, für da	hin	aelief	erteß	Holz	•		2,105	
6.	Geper, Bartu. Comp.	,	»	» .	Mehl	•		11,088	30
7. 1	Busgen, Edert u. Rafeber		»	>	Pulver.	•		27,177	
8.			 >	»	Gisenwerk			15,650	
9.	Ococ. Other as Comp.		»	3	Gifenmun			500	
10.	n trilal		»	>	Artillerieg			11,072	
11.	2) pliminic contract 2 contract		<i>"</i>	- >	blecherne 2		(en	150	
12.	Runt		»	9	Gewehr: R				
13.	Buchsenmacher Lindenschn		»	»	Gifenwert.				57 10
14.	Gisenhandler Hagen »		»	»	Gewehrste			500	-
15.	Jude Optifice		»	 >	Bauholz			948	
16.	Atolet aceth		" »	»	dito		•	968	•
17.	" Diegiet "		»	»	Gisenwaa	ren		574	
18.	Cilcinationer semana		»	»	Spengler		•		20
19.	Confiditi arriversion			_			•	1,169	
20.	Zimmermann Gayer für a		»	y. 	»	•	•	927	
21.	2 Andrewohl -		<i>"</i>	, ,	 >	•	•	403	
22.	y Doing		»	" »		•			45
23.	Schmied Kniesel »		»	»	»	•		203	
24.	» Reiter		*	»	»	•	•		25
25.	» Dittel			<i>*</i>	* *	•	•	606	
26.	Schlosser Wetzel		*		»	•	•	2	
27.	Super Sue)	» .	»		•	•	1	10
28.	wante Orang	» ·	*	>	»	•	•	563	-
29.		•	»	»	*	•	•		148
30.	Supremer strate	•	»	»	»	•	*	268	
31.	Cinci 2019	•	»	»	»	•	٠	40	1
32.	Rorbmacher Schilling	»	»	*	*	•	•	1	
•					Fürtra	ia I		1,136,940	$9\frac{3}{90}$
	ŧ .		•		0	.g . 24	*	1-1100/040	1 25

1	j .	ft.	fr.
	Uebertrag	1,136,940	93
33.	Buchbinber Dorn zu Mainz, fur allba verfertigte Arbeit .	2	32
34 .	Sattler Schmidt » » » » .	18	25
35.	handelem. Liffignola » nach Mainz geliefertes heu	312	
36.	» Ullmann » » Königstein » Tabak	1,243	12
37.	Holzlieferant Schleinig » » geliefertes Holz z. Mainz.		٠.
	Fortif. Bau .	129	
38.	» Heidenfeld » » » » .	412	}
39.	• Zimmermann » » » .	345	
40.	» Mahl » » » » .	634	· -
41.	» Reiff » » » » .	353	
4 2.	» · Bozzini » » » » .	9	ì
43.	Schiffer Runkel » » ruckständigen Frachtlohn .	670	1
44.	» Kauffer » » » » » .	805	1
45.	» Bufd) » » » » .	122	i
46.	Fuhrmann Heinrich » » » » .	4	! .
47.	Raufmann Frant » - für nach Mainz gelieferte Waaren		36
48.	» Schott » » » » » »	1	48
4 9.	» Reinganum » » » » » » .		32
50.	» Lingier » » » gelieferte Bictualien .	928	3350
51.	Verschiedene Gemeinden im Mainzischen für Pallisaden		
	Fuhrlohn	1,397	45
52.	Demter Defür dahin geliefertes	4 4 0 4 0	
	Schlachtvieh	13,842	ł
53.	Gemeinde Schwanheim)	1,336	1
54.	» Reltersbach	720	1
5 5.	» Isenburg für verfertigte Arbeiten in der Fe-	604	1
56.	» Schönborn stung Mainz	320	:
57.	» Hablody	600	-
			<u> </u>
•	Fürtrag	1,161,822	27 2 3

	Uebertrag	ff. fr. 1,161,822 27 ¹³ / ₂₀
70		15,450 15
58.	Moses Furth zu Offenbach für nach Mainz geliefertes Mehl	
59. 60.	Cupputt in Dimitifact	30,712 11
61.	Suujyunotei Jugei	17,018 —
62.	Hegenopunger	
63.	Oter: Calustianiania	99,500
64.	Stutou Seef In Coaten	11,861 —
65.	of the state of th	- 0.00
66.	2 your at Court on Court of the	
67.	Gersich u. Comp. zu Ingelheim » »Batterie:Nothdurfter Gabel, Gaper u. Comp. in Wiesbaden » » Pulver .	13,196 —
68.	Sandelom.Maurer zu Chrenbreitstein Bictual. u. Munition	
69.	» Grosschopp » » » Holz .	7,447 30
70.	Balzer zu Diet » » » Kalt .	1,590 20
71.	Bronerzu Reinbach » » » dito .	319 54
72.	Berfchiedene Gemeinden im Trierischen » Schlachtvie	10,710 53 13
73.	» » » » verführtes Hol	4,707 —
74.	Lieferant Breidbach . \ .) fur Bretter und \	555 30
75.		797 405
76.	Anton Fillinger	210 54
77.	Schmied Nir \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	1,366 52 1.5
7 8.	Schlosser Klein	1,057 40
79.	អ្នក អ្នក អ្នក អ្នក អ្នក អង្គារ អ	300 —
80.	Bagner Biefer) E E	357 50
81.	Dastenteufel . B für gelieferte Urbeit E	328 40
82.	Glaser Schutz	651 11 ¹
83.	Spengler Stadler	6'30
84.	» Reselheim	152 20
85.	Ragelschmied Scholl	2,940 415
	Fürtrag	1,425,119 526

	• ·		•		fl. fr.
			Uebertrag .		$1,425,119$ $5\frac{6}{29}$
86.	Ragelschmieb Rieberich .	1.	1		374 51
87.	Dreher Dintti	1.	für gelieferte Arbeit	\ ·	472 29
88.	Geisler und Malern .	1.	für hölzerne Reife		150 —
80.	Oberlieutenant Hehl .	1.	» Munition		55 46
90.	Holzhandler Weller .	1.	» Bauholz		651 4219
91.	Eisenhandler Brodler .		» 26 eiserne Defen		380 2
92.	Mener Got		verschied. Bedürfn.	ے	8,652 38
93.	Remy u. Hofmann .	· •	» Munition	ei	30,936 37
94.	handelsmann Breidbach		» Taback u. Wein	hrenbreitstein.	784 517
95.	→ Balbiano	=	1	rei	688 22 2
96.	» Brachetti	Chrenbreitstein		n b	600 714
97.	» Meister	\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \\ \		re Te	868 49 7
98.	» Fachbach			8	401 41 <u>4</u>
99.	> Hensler	e n		60	178 5 ^{1.6}
100.	» 3. Steinbach	. 5 r		n n	395 59
101.	» F. Steinbach			Best	2,048 46 2
102.	» Balthafar .	nę			1,673 65
103.	» Lindlar .	٠	für geliefer. Wein	Die	458 25 1.4
104.	Amtskeller Bachofen .	٠		ür	205 5210
105.	Wittib Mosler	• •		i i	777 213
106.	» Butzeck	٠			374 77
107.	» Stephan				195 31≗
108.	» Fachbach			ı	1,084 255
109.	Handelsmann Buschmann	•		ı	1,1 52 23 ?
110.	» Otto .	•		1	$324 38 \frac{1.5}{.}$
111.	Johann Holler von Forchhei		1		374 56±±
112.	Kurtrierisches Forstamt fü	_		ŀ	2,193 20
113.	Rupferschmied Grosmann	zu Ne	uwied für Arbeit .		111 10
			Fürtrag .		1,481,684 53\frac{1}{25}
•	• •		O *************	+ 1.	いっていいつよりつき

	•		fl.	fr.
	Hebertrag .		1,481,684	5311
114.	Gemeinbe Engers fur gelieferte Sandsteine) 를	121	20
115.	Das Ganner Comptoir » » spanische Reiter .	reit	5,340	25
116.	Mondorf, Graf und Zimmermann z. Coblenz für Bretter	e up	672	
117.	Blockler zu Coblenz für gelieferte Steinkohlen	für Chrenbreitstein	253	20
118.	Engelhard Arauß zu Limburg für 165 StämmeBauholz (į	990	
119.	Burgerschaft zu Philippsburg für demontirte Sauser		21,100	
120.	Fürstbischof zu Bruchsal » Bau-Materialien .		13,963	24
121.	Deffen Regierung » dito .		3,822	_
122.	Berschiedene Gemeinden für Bauholz: Transportirung		1,349	4210
123.	Handelsm. Cordelu. Liebert zu Philipps:) für geliefer:	န		!
	burg te Bau: Ma-	n r	2,309	410
124.	Brecht und Wieferzu Durlach (terialien	hilippsburg	2,780	9
125.	» Scholder dito	Ē	1,154	28
126.	Lorenz Julch	=	2	42
127.	Tischler Caspar Dill	8	10	371.0
128.	Binder Anton Grumling	2	5	3
129.	Schmied Jacob Setter (zu Philippsburg für Arbeiten	effun	23	6
130.	Glaser Franz Brauch .	2	11	45
131.	Raminfeger Pisori	ಜ	61	22
132.	Christoph Wolf	Die	18	24
133.	Peter Lohr		35	48
134.	Franz Buttel zu Bruchfal für Arbeiten	für	25	
135.	Mener Mark zu Philippsburg für Eisen : Munition		192	11
136.	Rief, Heinrich u. Comp. zu Heilbron für Artilleries	1		
	Frachtlohn	1	772	
137.	Handelsmann Zangrandizzu Bruchsal für Approvisio:		416	
138.	» Schmidles nirungs:Artifel	ŀ	807	
139.	Peter Lauterborn .) zu Coblenz fur die zur Brud		210	
140.	Lorenz Erzberg von Coblenz im Jahre 179	4	90	
141.	Quirin Reiß) gelieferten Schiffe		90	
ı	- Ausamm	en	1,538,313	42.1
	3 " """"	1.	-,500,020	~20

Berzeichniß

derjenigen Korderungen, welche nach Abschluß der Neichsoperations. Casses Rechnungen noch an verschiedene Aemter und Dominien für die aus Anlaß der Belagerung der Reichsfestung Kehl und der Brückenschanze bei Hüningen gelieferten Holz: und Sisengattungen, Schanzzeuge und sonstigen Requissiten, auch Fuhrlohn für transportirtes Artilleriegut und Sisen: Munition, unberichtigt geblieben sind.

							•		Reichswäß	rung.
	,						•		fl.	fr.
Die Memter Offenburg und	Zell (am	Бa	mme	røba	đ)	٠	•	4,917	24 3
Massau-Usingische) •	•	•	•	٠	٠	٠	•	5,495	54
Hochstift : Strasburgische) .		٠	•	٠	٠	•	•	1,004	174
Markgraflich : Babische .	Obers	, u	nțer	: Ne	nter	und	Uni	ter:	15,462	28
Kurstlich Schwarzenbergische	\			٠	•	•	•	•	280	36
Herzoglich Württembergische		•		٠	٠	٠	٠	•	307	31분
Gräflich Lepische) .	•	•	٠	٠	. •		٠	250	433
Die Badischen Memter Emme	, ndinaen	t. W	{ab	lberg	, Ar	erg,	Bad	en:		
weiler, Rotteln, Lorrac					•	•	٠	•	3,345	17}
Die Breisgauischen Oberai					· ලේ	hona	u ı	ınd		1
Hauenstein .	•	•		•	٠	•		•	1,394	16
Burttembergische Dominien	· L						٠	٠	2,242	19
Die Herrschaft Weiler und	Dbenr	valb	•	•	•	٠			221	22
» Lowenstein:	Merth	eim					•		148	28
Die reichsritterschaftlichen 1				•	•	•	•	•	356	7
Die Deutsch: Ordens: Unter			_	•	•	•		٠	420	
THE MENTINA STATE OF THE PROPERTY AND ADDRESS OF THE PROPERTY ADDRESS OF THE P	· + y + 1 4 1 + 4 3		•	•	•	•	-	•		
•						Ru	amn	nen	35,846	4410

Anlage ju ber Roniglich Baierifchen Erklarung, in Betreff ber Befdwerdefache der Rheinpfalzischen Staatsglaus biger und Inhaber der Partial Dbligationen Lit. D.

Bochanfebnliche Gubbelegatione: Commiffion!

Rach einer unter dem 15. August diefes Jahrs einer hochansehnlichen Gub: belegatione: Commission gemeinschaftlich gemachten Unzeige, bat man fich, Namens ber bochften und hoben Participanten ber Rheinpfalz, Dabin erflart:

daß man, in ber Unterstellung, man werde wegen bemnachstiger gefets licher Erorterung seiner gerechten Unspruche an bas Rurhaus Pfalzbaiern ficher geftellt und es werbe von Seiten bes herrn Rurergtanglere, Rur; fürstlichen Gnaden, und bes Berrn Rurfürsten ju Beffen, Rurfürstlichen Durchlaucht, Diefer Concurreng: Streit nach Borfchrift bes 68. S. bes Reichsbeputations : Schluffes erortert, ober beffen Erorterung und die authentische Interpratation bes Deputations : Schluffes, in hinficht auf Die Pfalzischen Berhaltniffe, burch Berichtserstattung an Raiser und Reich eingeleitet werden, fammtliche Rheinpfalgische Staatsanleben unter fich abtheilen, und auf biefe Art auch die Staatsglaubiger Lit. D, unter Bors bebalt feiner Unfpruche an bes herrn Rurfurften zu Pfalzbaiern, Rurs fürftlichen Durchlaucht, nach einer mit Ihnen beghalb zu tref: fenden Uebereinkunft, bemnachst befriedigen werde.

In Diefer gerechten Unterftellung, und in ber gleich gerechten Erwartuna. bag bie Creditorschaft geneigt seyn werde, zu ber gutlichen Uebereinkunft, zu ber man fich bereit erflarte, ihrerfeits ebenfalls mitzuwirken, legte man bamals ben, an teine Zeitfrift gesetlich gebundenen, Recurs an Raifer und Reich auf die Seite, ben man ichon nach ben, in jener Unzeige vom 15. August angeführten wenigen Grunden zu ergreifen wohl befugt gewesen mare.

Diefe Grunde find in dem ichon mitgetheilten Promemoria gedruckt vorgelegt worden. Gie laufen babin gufammen, Die hohe Subdelegations : Commiffion. welche nicht die Stelle des Reichs-Richters in zweifelhaften, fondern die Stelle ber erecutiven Gewalt, oder der Rreisdirectorien in liquid en Sachen zu ver: 25

treten hat, mußte, wenn von provisorischer Zahlungsversügung die Rede war, nach dem klaren Buchstaben des S. 78 nicht einen einzelnen Theilhaber der Special-hypotheken, sondern alle zusammen, mithin auch Rurbaiern, ratione seines Oberpfälzischen Sypotheken: Besitzes, dazu anweisen; wenn aber von einer finalen die Rede war, wozu auch die keine Hypothek: Antheile besitzen: den herren Fürsten concurriren sollten, so mußte sie, wegen dem überrheis nischen Antheil der Rheinpfalz, die dafür surrogirten Kurbaierischen Entschädigungslande beiziehen, nach S. 38 des Reichsbeputations: Schlusses.

Der Rurbaierische Einwand, daß in jenen Stellen zunächst nur von getheils ten geistlichen Landen die Rede war, kann keine Menderung machen, da der S. 84 des Reichsdeputations: Schlusses klar nachweiset, daß auch bei den gestheilten weltlichen Landen die Absicht keine andere war, als daß der Antheil, der jenseits Rheins lag, und cedirt wurde, seine Schulden, soweit sie nicht der französische Staat übernimmt, auf die Entschädigungslande herüber werfe, die ihr voriger Besitzer dasur erhält, dessen nicht zu gedenken, daß, sobald jenes Argument zugelassen wird, damit auch die Competenz dieser hochansehns lichen Commission wegfällt, die ebenfalls dort nur, in Bezug auf getheilte geist; liche Lande, eintretend erklärt ist. Auch kann das nicht alteriren, daß Kurbaiern in seiner Abstimmung in der Reichsdeputations: Session 19 seinem Voto anges bangt hat:

« alle biese Bestimmungen über ben Schuldenpunct konnen weder Bezug « noch Anwendung auf Diejenigen Schulden weltlicher Reichslande haben, « worüber eigene Verabredungen besteben. »

benn die Berbindungen, die es mit Frankreich hat, sind für die theilenden Herren Fürsten res inter alios actae, woraus es wohl gegen Frankreich, nie aber gegen diese einige Argumente hernehmen könne, als welche ihre Rechte und Berbindlichkeiten allein aus dem Reichsschluß zu bemessen haben, der diese Partikular: Pacta nirgends auf sie, in ihrer Berbindlichkeit extendirt, und jenen Baierischen Borbehalt gar nicht aufgenommen hat, ein Borbehalt, der, wenn er wirken konnte, alsdann auch abermals beweisen wurde, daß der gegenwärtige Fall, sowie von jenem Gesetze, also auch von der Competenz der darin er: nannten Reichscommission ausgenommen ware.

Unter bem 5. September wurde und ein Project zu einem Vergleich mit den Creditoren vorgelegt. Wir saumten nicht, dasselbe an unsere höchsten und hohen Committenten unterthänigst einzuberichten, und erhielten hierauf in diesen Tagen die gnädigste Weisung, auf der, nach unbefangener Erwägung aller einschlagenden und obwaltenden Verhältnisse, nicht unbilligen Forderung zu bestehen, daß die Zinsen von den in Frage liegenden Staats: Obligationen Lit. D auß 4% herabgesetzt werden, und wir sollen dieses einer hochansehnlischen Subdelegations: Commission andurch geziemend erklären, und Wohldieselbe zugleich ergebenst ersuchen, sich dahin gefälligst zu verwenden, daß mit gedachter Creditorschaft hiernach, rucksichtlich der Zins: Berichtigung, sowie auch in Anssehung der Rapital: Rückzahlungstermine, eine billige Uebereinkunft in Balde zu Stande gebracht werden möchte.

Wir wunschen um so lebhafter, und haben alle Ursache zu hoffen, daß die Creditorschaft dem diesseitigen Erbieten mit einer billigen Gegenerklarung entigegen kommen und so den Abschluß einer billigen gutlichen Uebereinkunft auch ihrerseits befördern, und daß die verdienstliche Berwendung einer hochpreisslichen Subdelegations: Commission den erwunschten Erfolg haben möchte, indem andernfalls, und wenn man sich in der gerechten Erwartung einer gleichen Gesneigtheit zu einer gutlichen Auseinandersetzung, auf Seiten mehrgedachter Eredistoren, getäuscht finden sollte, der Unterzeichneten höchste und hohe Committensten sich in der unangenehmen Nothwendigkeit besinden wurden, zu dem schon in der diesseitigen Anzeige vom 15. August genüglich gerechtfertigten, und nur aus Vorliebe zu milveren Maasregeln, des gemachten Versuchs der Sute wegen, auf die Seite gelegten Recurs an Kaiser und Reich zurückgreisen zu mussen.

Mit dieser Erklarung wird zugleich auch dem resoluto einer hochansehns lichen Subdelegations : Commission vom 20. vorigen Monats, das uns am 30. zugekommen ift, bas schuldige Genüge geschehen.

Bon bem Bortrage bes Sochfürstlich Leiningenschen Herrn Hofraths Webe: find, kann man Rurbadischer, Landgräflich Sessischer und Hochfürstlich Rassau; Usingenscher Seite keine Notiz nehmen, vielmehr muß man dahin gestellt senn lassen, wie berselbe den gemachten Gebrauch eines Rescripts des Kurbadischen geheimen Raths an seine Ausgleichungs: Commissarien, gegen dieses hohe Rur:

haus, und fein übriges Benehmen gegen bas Sochfürstliche Saus Leiningen zu rechtfertigen vermöge.

Wir wiederholen daher nur noch unsere Bitte um die gewichtvolle gefällige Mitwirkung einer hochpreislichen Subdelegations: Commission zu Beforderung bes Vergleichs: Abschlusses mit mehrgedachten Rheinpfälzischen Staatsgläubigern Bit. D, mussen jedoch auf den unangenehmen Fall hin, daß diese verdienstliche Verwendung, von Seiten der Creditoren, fruchtlos gemacht werden sollte, gegen den sonst verehrlichen Beschluß einer hochansehnlichen Subdelegations: Compinission vom 30. Juni, den Recurs an Kaiser und Reich nomine committ. andurch geziemend anzeigen.

Allen diefen fügen wir nur noch den Borbehalt eines Nachtrags, wenn unfere hochsten und hoben Committenten, vorstehende Erklarung noch weiter motiviren zu lassen, gut finden sollten, und die Bersicherung unserer unwandelbaren Berehrung an.

Mannbeim, ben 13. November 1804.

Rur: und Sochfürstliche zum Rheinpfalischen Ausgleichungs: Geschäft gnas bigft ernannte Commissarien

Freiherr v. Brede. herzberg. Ballbrunn. hoffmann.

Protofolle

ber

deutschen Bundes = Versammlung.

Bunfter Band. Drittes Beft.

Mit hoher Bewilligung.

Gebruckt in ber Bundes : Prafibial : Buchbruckeren, und im Verlag ber Andreaifchen Buchhandlung in Frankfurt am Mann. 1818.

.

Achtzehnte Situng,

War eine vertrauliche Sizung.

Reunzehnte Sigung. Seschen, Frankfurt den 20ten April 1818.

In Gegenwart Aller in der siebenzehnten Situng Anwesenden.

Ausgenommen,

- Bon Seiten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg, Lippe, Lippe und Walded: bes von dem herrn Gefandten der 16. Stimme, Frenherrn von Leonhardi, substituirten Rurhesischen Gefandten, herrn von Lepel.
- (Inhalt. §. 94. Substitution des Berrn von Lepel für den herrn Gefandten der ihten Stimme. §. 95. Präsidialantrag wegen Beschleunigung der Instructionen in Betreff der zu entwersenden Bundes, Matrifel. §. 96. Rechnung der Bundestaffe vom 1. Nov. 1816. bis dahin 1817, und Bahl einer Commission zur Prüfung derselben. §. 97. Ertlärung von Hannover über die staatsrecht lichen Berhältniffe der mediatisirsten vormaligen Reichstande, und die Erfüllung des 14. Artifels der Bundesatte. §. 98. Erflärung von Lurem burg über den gegenseitigen freyen Berkehr mit den nothwendigsten Lebensmitteln in den deutschen Bundesstaaten. §. 99. Antrag des Sachsen, Beimarischen Gefandten wegen Presservheit und Mishrauch derselben. §. 100. Reue Eingaben.)

§. 94.

Substitution bes Rurheffischen herrn Gesandten, von Lepel, für ben herrn Gesandten ber 16. Stimme, Frenherrn von Leonhardi.

Prafidium zeigt an, ber herr Gesandte ber 16. Stimme, Freyherr von Leonhardi, habe ben Rurheffischen herrn Gesandten, von Lepel, substituirt.

§. 95.

Matrifel bes beutschen Bunbes.

(31. Sig. S. 203. 32. Sig. S. 208. 35. Sig. S. 235. 37. Sig. S. 259. 43. Sig. S. 338. v. J. 1817. 15. Sig. S. 78. v. J. 1818.)

Prasidium macht ben Antrag: Die Dringlichkeit bes Gegenstandes ers beische, daß es sammtlichen Gesandtschaften gefällig senn wolle, in ihren Berichs ten über die Oesterreichische Abstimmung, in Betreff der Matrikel des deutschen Bundes, die Nothwendigkeit einer schleunigen Instruktions: Ertheilung naher darzustellen, auch etwa sich über eine gleichformige Berichtserstattung noch besons ders zu vereinigen, woben die Vorschläge des Kaiserlich Desterreichischen Hofes zum sichersten Leitsaden dienen konnten.

Der Raiserlich Desterreichische prasidirende Herr Gesandte entwidelte hier; nachst die Absicht und den Bestimmungsgrund jener in der 15. Sitzung zu Protos toll gegebenen Abstimmung, und nachdem die Discussionen sich über den wesentslichen Unterschied zwischen der blossen Annahme der aus literarischen Rotizen geschöpften Borschläge der Commission (in der 43. Sitzung S. 338. v. J. 1817.) und den eigenen officiellen Angaben von Seiten der Regierung ausgesprochen hatten, nachdem mehrere wesentliche Bemerkungen über die Berschiedenheit der Bolkszählungen und der Berechnungen einer Bevölkerung ausgesührt worden waren, kamen sämmtliche Herren Gesandten dahin überein:

Daß, ba bie Berichiebenheit ber Angaben der Bolkszahl in statistischen Werken zum Theil aus ber Berschiedenheit ber Zeit, welche babei zum Grunde

gelegt worden, zum Theil aus dem ausgedehnteren ober beschränkteren Sinne, in welchem das Wort Bolkszahl in selbigem genommen worden, entspringe, die Bundesversammlung wunsche, daß ein jeder Bundesstaat, nach seiner besten Bissenschaft, die officielle Angabe der dermaligen Bolkszahl seines Gebietes, in dem umfassendsten Sinne des Wortes, bald möglichst einsenden möge.

§. 96.

Rechnung ber Bundes: Raffe.

Prasidium: legt den von dem Raiserlich Königlichen Herrn Hofrath und Ranzley: Direktor von handel erstatteten Bericht vor, mittelst welchem derselbe die Rechnung der Bundes: Rasse vom 1. November 1816. bis dahin 1817, die dazu gehörenden Journale, Haupte, Bormerke und Wechselbucher, dann den Rasse: Ausweis vom 31. Marz 1818. übergieht, die Vorschriften, nach welchen diese Rechnung geführt worden, naher erörtert und die Nothwendigkeit neuer Zuschüsse, dann der wegen der Rechnungs: Revision und kunftigen Versrechnung zu tressenden Verfügungen darstellt.

Auf ben einhellig angenommenen Borfchlag bes Prafibii wurde eine Coms mission von drei Mitgliedern gewählt, welche die Prufung ber Rechnung sowohl, als der hieruber weiters erforderlichen Borfchlage, gefälligst übernahme.

Die Bahl fiel auf die herren Bundesgesandten:

von Martens, Frenherrn von Bercheim und von Level:

daher

Beschluß:

Daß der Bericht sammt Bundes:Rasse:Rechnungen und Anlagen ber, aus ben herren Gesandten von Martens, Frenherrn von Bercheim und von Lepel bestehenden Commission zuzustellen sen, um die Revision derfelben, dann die Begutachtung der weiters erforderlichen Maasregeln, sowohl wegen der neuen Zuschüsse zu dieser Kasse, als auch der kunftigen Verrechnung, gefälligst zu übernehmen.

Die staatsrechtlichen Berhaltniffe ber mediatifirten vormalis gen Reichsstande, und Erfüllung bes 14. Artikels ber beuts schen Bundesakte betreffend.

(49. Six. S. 388. v. J. 1817. 6. Six. S. 20. 13. Six. S. 57. 14. Six. S. 65. v. J. 1818.)

Sannover. Dieffeitige Gesandtschaft hat nicht verfehlt, auf den Grund beffen, was in der 49. und 50. vorigjährigen Sitzung, wegen Vorbereitung der Berathungen über die staatsrechtlichen Verhaltnisse der mediatisirten ehemaligen Reichsstände und des Reichsadels, in den einzelnen deutschen Bundesstaaten versabredet worden, sich eine nahere Belehrung über die Lage, in welcher sich diese Angelegenheit in dem Konigreich Hannover befindet, zu verschaffen, und ist jetzt in den Stand gesetzt worden, Folgendes darüber mitzutheilen:

Es ist bekannt, welchen Untheil der Prinz Regent bei Entwerfung der Bun; besakte besonders mit an der Fürsorge genommen hat, daß die Mediatisirten auf jede thunliche Weise in allem denjenigen ungestört erhalten würden, was mit den Rechten des Souverains, dem sie untergeordnet worden, nur immer vereinbarlich ist.

So wie Sie daher alles dasjenige gern genehmiget haben, was zum Bortheil der Mediatisiten in die Bundesakte aufgenommen, oder durch dieselbe auf nahere Bestimmung verstellt worden, um dadurch einen in allen deutschen Bundesstaaten übereinstimmenden Rechtszustand derselben zu bewirken, so sind Sie überzeugt worden, daß die Erreichung dieses wohlthatigen Zweck, sich weit eher durch gütliche Berhandlungen und gegenseitige Uebereinkunft mit den Einzelnen, als durch allgemein ausgesprochene theoretische Grundsätz erreichen lasse, deren Anwendung doch allemal, oft selbst zum eignen Besten der Mediatisirten, den aus der Verschiedenheit der Localitäten entspringenden nothwendigen Modissicationen unterliegt; daß ferner, wenn gleich alle Mediatisirte ein gleichförmis ges Loos des Verlusts, nicht der Souverainetät, die sie niemals besessen, sondern dessenigen Theils ihrer vormaligen Rechte betrossen hat, welcher jetzt auf den Souverain übergegangen ist, dem sie untergeordnet worden, und sie in sosern ein gleiches Interesse haben, dennoch kein Grund vorhanden sen, um sie

noch jetzt als eine eigene, für sich bestehende moralische Person zu betrachten, beren Mitglieder eines das andere zu vertreten hatte, und mit dem nur gemeinssam unterhandelt und abgeschlossen werden könne, daß vielmehr ein jeder ders selben sich damit begnügen könne und musse, wenn ihm von dem Souverain, dem er angehört, diejenigen Rechte wirklich zugestanden werden, welche entweder in der Bundesakte speciell angedeutet worden, oder sonst, nach der Versassung eines jeden Landes, mit der Ausübung der Souverainetätsrechte über sie und ihre Gebiete vereinbarlich sind.

Ihre Königliche Hoheit der Prinz Regent haben daher Ihrerseits die größeste Bereitwilligkeit bezeigt, um durch gutliche Berhandlungen und gegenseit tige Uebereinkunft mit den einzelnen wenigen, in dem Königreich befindlichen, mediatistren Standesherren den Bestimmungen der Bundesacte zu genügen.

Es find beren in dem Konigreich Hannover überall nur brei:

ber herzog von Lo de Coremaren, wegen bes Rreises Emsbuhren, ber herzog von Aremberg, megen bes Rreises Meppen, und

ber Graf, jegt wurd von Bentheim, wegen ber Grafschaft Bentheim.

Der Erstere, der in Rheine wohnt, und, nach der großen Mehrheit seiner Besitzungen, in dem vormaligen Fürstenthume Rheina : Wolbed preufischer Unterthan ist, hat, als Besitzer von Emsbuhren, bis jest keinen Schritt gethan, um mit seinem Landesherrn eine Vereinbarung zu erwirken.

Dagegen hat das Gouvernement, als er seine Cameralguter zu den Ben; trägen für die Münsterischen Pensionare verweigerte, ihn aufgefordert, einen Commissarius anhero zu senden, mit welchem dieser Gegenstand sowohl, wie die übrigen Verhältnisse, regulirt werden konnten. Es ist dieß aber nie von ihm geschehen, und haben daher durch seine Schuld diese Angelegenheiten bisher unerledigt bleiben mussen.

Die Domanen in Emsbuhren werden jedoch nicht besteuert, sondern die Beysträge von solchen zu den vorerwähnten Pensionen nur annotirt. Die Domanen aber sind nur unbedeutend, und daher das Object selbst nur von geringer Ersteblichkeit.

Die Unterhandlungen mit bem Bergog von Aremberg find anfänglich mit vieler Barme betrieben, und wurden jum Schluß gekommen fenn, wenn

fie nicht ber Bergog felbst gang abgebrochen hatte. Er bat namlich eine jabrliche Rente von 134,207 Fr., welche Buonaparte ihm 1810. fur den Berluft feiner Soheiterechte bei ber Ginverleibung Des Landes zugefagt, aber nie bezahlt hatte, mit in diefe Unterhandlung einzumischen gesucht, und als diefes abgelebnt merden mußte, und man von Geiten des Gouvernements angefangen, über bie Reque lirung feiner Berhaltniffe als Mediatifirter mit beffen Mandatarius ju Frankfurt, dem geheimen Rath von Schmauß, ju unterhandeln, bat derfelbe fich nie barauf einlassen, nicht einmal Untrage machen, noch jemals die verlangten Rache weisungen und Rotigen über die Domainen feines Committenten beibringen tonnen, und ift von biefem gulett gang ohne Instruction gelaffen. Der Bergog bat fic baaegen im Jahre 1816. nach Paris gewandt, um bort bie Angelegenheit megen feiner Rente ju betreiben, und fpaterbin deghalb ben bem Pringen Regenten versonlich follicitirt, worauf Ge. Ronigliche Sobeit ihm zu erkennen gegeben, baß, soviel bie Rente anlange, Gie feine Berbindlichkeit anerkennen konnten. indem Gie Meppen ohne alle Entschädigungeberpflichtung befommen batten. SoditGie aber mit Bereitwilligkeit ju einer Bereinbgrung über Die übrigen Berhaltniffe Die Bande bieten murden. Der Bergog hat hierauf erklart, einen Commiffarius nach hannover abschiden zu wollen, ftatt beffen aber nur aufs neue das Object der Rente aufgenommen, und fich bei den Gefandten der vier Machte zu Paris, jedoch ohne Erfolg, über bie von Sannover und Preuffen verweigerte Unerkennung feiner Renten Forderung befchwert.

Ueber seine mediatisirten Berhaltnisse beobachtet er fortdauernd ein volliges Stillschweigen; man hat bisher immer, sowohl einem Arembergischen Antrage, als einem Commissario vergeblich entgegen gesehen, und sich daher in der Uns möglichkeit befunden, die wohlwollenden Absichten des Prinzen Regenten zur Ausführung zu bringen.

Was die Berhaltnisse mit Bentheim anlanget, so find vom November 1815. bis Marz 1816. darüber commissarische Unterhandlungen in Hannover gepflogen, um solche in ihren verschiedenen Verhaltnissen zu reguliren.

Bon Seiten des Gouvernements ist man dabei dem Fürsten von Bentheim mit größester Liberalität entgegen gekommen, diese ist aber von bessen Seite so wenig erwiedert worden, daß die jenseitigen übertriebenen Forderungen, ohne

3

Beeinträchtigung der Rechte der Unterthanen, wie der ersten Souverainetats; Rechte, gar nicht zugegeben werden können. Während der Unterhandlungen ist der Bentheimische Commissarius ploglich abgereiset, wodurch solche daher ins Steden gerathen, ohne daß man von Seiten des Fürsten die geringste Reigung zu deren Anknüpfung geäussert hatte, und nachdem die gemachten Antrage nicht angenommen worden, so kann auch von dem nicht weiter die Rede senn, wozu das Gouvernement sich mit Liberalität bereitwillig erklart hatte, sondern nur noch von dem, was nach der Bundesakte gefordert werden kann.

Um die Bereitwilligkeit zu beweisen, mit welcher man, unter Zugrunde legung der Bundesakte, eine billige Erledigung dieser Angelegenheit zu erreichen gewünscht hat, wird hinreichen, zu bemerken, daß man

nicht nur alles eingeraumt hatte, was zu bem aussern Glanz des Bentheis mischen Hauses bentragen konnte, sondern in allem nachgegeben hatte, was in Beziehung auf das privilegium fori, die Benbehaltung Bentheimischer Civilgerichte in erster und zwenter Instanz, wie die peinliche Gerichtsbarkeit in erster Instanz,

bie Ausübung ber Policey:, Jagos und Bergwerks:Rechte,

die Aufsicht über Rirchen und Schulen, so wie über milde Stiftungen, sogar die Errichtung eines Unter:Consistorii, wie einer Lehnkammer 2c. nur immer bewilligt werden konnte.

Ausserdem wurde dem Fürstlichen Sause nicht nur die Befreiung von aller Militärpslichtigkeit, nebst Bepbehaltung der Domanial: Gerechtsame, sondern auch Steuer: Befreyung von allen Personal: Steuern, von der Grundsteuer für die Domanen, sofern sie als ordinare Steuer erhoben wird, und Entschädigung für die gezahlten indirecten Steuern zugestanden, und dagegen nur eine noch auszumittelnde Summe ad statum militiae gefordert.

Ihre Ronigliche Hoheit der Prinz Regent, welche kein Bebenken tragen, diese Lage der Sache mit Offenheit zur Kenntniß der Bundesversammlung brin; gen zu lassen, können es nur wahrhaft bedauern, daß durch die Zögerungen und den üblen Willen, welchen man Ihnen hierunter in den Weg gelegt hat, es bis jetzt unmöglich geworden ist, dieser Angelegenheit in dem Königreich Hannover die völlige Erledigung zu verschaffen. Höchstsie sind und bleiben

bazu jederzeit bereit, werden es aber gern sehen, wenn die gesammelten Notizien über die Lage der Sache in den einzelnen Bundesstaaten, welchen Mediatissirten zu Theil geworden sind, und über die Hindernisse, welche auf der einen oder der andern Seite der vollständigen Erfüllung des 14. Artikels entgegen gesetzt worden, Anlaß geben können, um, ohne dadurch dem zu nahe zu treten, was bereits in einzelnen Ländern durch Vergleiche glücklich festgesetzt worden, durch nähere Feststellung der gemeinsamen Ansicht des Bundes über den wahren Sinn und Umfang des 14. Artikels auf der einen Seite den Mediatisirten den Genuß der Rechte mehr zu sichern, welche sie in Anspruch nehmen können, auf der andern aber, ihnen zu weit getriebene Erwartungen zu benehmen, welche wenigstens eine mitwirkende Ursache zu seyn scheinen, warum die von ihnen selbst gewünschte und gewiß gegenseitig wünschenswerthe Feststellung ihres Rechtszerhältnisses in mehreren Ländern noch nicht zu Stande gekommen ist.

§. 98.

Gegenseitiger frener Verfehr mit ben nothwendigften Leben & bedurfniffen in ben beutschen Bundesstaaten.

(29. Sig. s. 180. 32. Sig. s. 209. 36. Sig. s. 243. 37. Sig. s. 258. 38. Sig. s. 269. 39. Sig. s. 278. 40. Sig. s. 293. 41. Sig. s. 319. 43. Sig. s. 337. v. 3. 1817. 9. Sig. s. 34. 11. Sig. s. 42. 13. Sig. s. 55. v. 3. 1818.)

Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg. Der Roniglich Niederlandische, Großherzoglich Luxemburgische Bundestagsgesandte ist, vermöge erhaltener Instruction, in Bezug auf den gegenseitigen frenen Berkehr mit den nothwendigsten Lebensbedurfnissen in den deutschen Bundesstaaten, Folzgendes zu Protokoll zu geben beauftragt:

Sein hochster Hof erkennt in seinem ganzen Umfang den Werth und die Bortheile, sowohl für das Gesammtwohl der deutschen Bundesstaaten unter sich, als für das Interesse und den innern Haushalt eines jeden einzelnen Staates insbesondere, welcher aus dem freien, ungehemmten Verkehr mit den unentbehr; lichsten Lebensbedürfnissen, innerhalb dem Bering der deutschen Bundesstaaten, so unzweiselhaft hervorgeht. Um so willsommener adharirt er der in der 43. vorziährigen Sigung vom 14. Juli, S. 337, enthaltenen verehrlichen, auf sechs Haupt, punkte zurückgeführten Prassonial Proposition, und dem hierauf unter dem Beytritt

fammtlicher Stimmen erfolgten, die Berichtserstattung und Instruktions. Ginholung von ben bochften Sofen und Committenten bezwedenden Beschluß.

Nur allein, was den Handel mit Hornvieh betrifft, erheischt das besondere Interesse des Großherzogthums Luremburg andere Bestimmungen; und hierin allein ist es nothwendig, eine Ausnahme und Modisication von dem Grundsat der Allgemeinheit eintreten zu lassen, und früher bestandene, auf das Wohl und die Besorderung des Acerdaues, so wie auf Erhaltung und Bestand der inlandischen Rage des Hornviehes, sich gründende Prohibitivanordnungen, in fernerer Kraft und Wirksamkeit zu erhalten. Dergleichen Verordnungen bestehen daselbst, zur Erreichung der angegebenen Zwecke, schon seit 1725, und haben sich stets bes währt und nützlich gefunden. Zeiten der Noth und des Mangels haben freylich, als Ausnahme von der allgemeinen Regel der Prohibition der Einführung, temporäre Verwilligungen nöthig gemacht; jedoch nur in seltenen, ausserordentlichen Fällen, und nur auf sehr kurze Zeit, wie neuerdings vermöge Königlicher Versordnung vom 19. Mai 1817 auf 6 Monate vom 1. Juli bis letzten December desselbigen Jahres.

Seine Majestat haben selbst, in Beziehung auf Luxemburg, eine Commission zu ernennen geruhet, um über die Frage Bericht zu erstatten: ob es nicht rathsam sen, die Einführung aus dem Hunderuck und den, das Großherzogthum von der Seite begrenzenden Ländern, entweder weniger zu erschweren, oder ganz fren zu geben. Das Resultat war aber, daß kein Grund vorhanden sen, dieser, halb eine Ausnahme zu gestatten, und von dem Althergebrachten, als nüblich und bewährt Anerkannten, abzugehen. Seine Majestat fanden sich daher bewogen, es ben dem Alten zu belassen, und diesen Untersuchungen keine weitere Folge mehr zu geben.

Der Königlich Niederländische, Großherzoglich Luremburgische Bundesge; sandte schmeichelt sich, in der unbedingten Unnahme der bemerkten sechs Punkte, mit alleiniger Ausnahme der durch die Nothwendigkeit herbe, geführten, bemerkten Prohibitiv: Unordnung, den Beweis zu geben, wie sehr Seine Majestät der König, sein allergnädigster Herr, in Entwicklung und Verbreitung der das Gesmeinwohl bezweckenden Föderativ: Unsichten gleiche Absichten hege, und wie gern er darin dem schon gegebenen Bepspiele aller übrigen Staaten, wovon die in

ben einzelnen abgelegten Votis rubmlichst enthaltenen Grundsatze ben Beleg liefern, mit Bergnugen bentrete.

S. 99. Presfrenheit und Misbrauch berfelben. (22. Sis. S. 125. v. J. 1817.)

Der herr Gefandte der Großherzoglich und herzoglich Sachsischen Sauser für Sachsen-Beimar und Eisenach. In der von dem deutschen Bunde garantirten Sachsen-Beimar-Eisenachschen Grunds verfassung wird das Recht auf Frenheit der Presse anerkannt und gesetzlich bes gründet. Das war früher schon in dem 18. Artikel der Bundesakte von allen Bundesgliedern geschehen. Für den Staatsbürger wird indessen die Uebung jeder Frenheit durch das Bohl des Ganzen und die Rechte der Einzelnen besschränkt. Vernünstiger Weise kann daher nicht angenommen werden, daß sich der Staat, indem er den Grundsatz der Pressenheit ausspricht, des Rechts und der Pflicht begebe, den Mißbrauch derselben, so weit es möglich, zu hindern, und, wenn er dennoch eingetreten ist, zu ahnden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog, solchen Mißbrauchen um so abgeneigter, je mehr Sie Freund der dadurch gestörten gesetzlichen Ordnung und einer freyen Gedanken-Mittheilung sind, haben daher auch jederzeit diesen Mißbrauchen durch zweckmäsige Verordnungen entgegen zu wirken sich bestrebt. Wehrere neuere Vorfälle scheinen indessen zu beweisen, daß eine bestimmtere und umfassendere Gesetzebung über diesen Gegenstand in dem Großherzogthume nothig sey. Von Seiner Königlichen Hoheit ist daher zwar auch unter dem 6. Upril eine Verordnung gegen Preß. Mißbrauche erlassen worden. Da Höchsteissselben aber theils wohl einsehen, daß solche für den beabsichtigten Zweck nicht hinreichend sey, theils in einer aus so vielen zum Theil kleineren Staaten bestehens den Gesammtheit Gleichsormigkeit in den Grundsähen für ein wesentliches Ersforderniß halten; so bin ich ausdrücklich angewiesen, nachstehende, in einem höchsten Rescripte vom 6. dieses Monats enthaltene Erklärung, resp. Untrag, in Höchstero Ramen zu Protokoll zu geben:

« Seit der deutsche Staatenbund die Verfassung Unserer Lande garantirte, und daben, hinsichtlich der darin enthaltenen Frenheit der Presse, eine Ausnahme

nicht begrundete, mußten Wir, gewohnt nach Grundfagen zu regieren, auch biefen anerkannten Grundfat ber Preffrenbeit aufrecht erhalten, wenn Wir gleich den Digbrauch Diefes, Unfern Unterthanen verfaffungemafig gu: ftebenden Rechts, wo er in Frechheit und Frevel ausartete, ftetst prompt unter: fuchen und gesetlich darüber ertennen laffen. Der Grundfat felbst brachte es in: beffen mit fich, daß, besonders von ben Zeitunge, und Journal Schriftstellern, mit Benfeitsetzung ber Rudfichten, welche Bartgefühl ober Rlugheit gebieten, Die Fremuthiafeit in Erorterung von Grundfagen weiter getrieben werden fonnte. als sich mit ben Regierunge: Maximen anderer Staaten vertragt, oder in die Unsichten ber Cabinette pagt, ober endlich als heilfam fur die Ruhe ber Bolfer hier und da beurtheilt wird. Publicitat des Conflicts der Mennungen und Intereffen, hinfichtlich ber Formen ber burgerlichen Gefellschaft, ber offentlichen Ungelegenheiten Deutschlands ober Europas, ift aber, in Deutschland wenigstens, fo unmittelbare Folge ber cenfurfregen Preffe, bag, mer fie im Princip aners fannte, biefe Folgen genehmigt zu haben erachtet werden mag. Daber murbe faum ein Gefet fie fo gludlich zu bedingen vermogen, bag, mahrend ber Dig: brauch ganglich ausgeschloffen murbe, Die Freymutbigfeit ber Preffe noch forte bauern fonnte».

«So einleuchtend dieß ist, so haben Wir doch häufig und mit Schmerz erfah: ren mussen, daß man die Consequenz Unserer Behörden in Aufrechthaltung des Grundsaßes der frenen Presse, als Bestandtheils der garantirten Berfassung des Landes, auf welche sie vereidet sind, mit Unwillen betrachtet, deren Motive verkannt und, ungeachtet des Bestrebens derselben, die Pressevel zu strafen, dennoch einen Mangel an Bereitwilligkeit, dem Unfug der Presse zu steuern, in den Borschriften derselben hat zu sinden geglaubt. She Wir daher über diese Anzgelegenheit durch Gesetzgebung irgend etwas Neues bestimmen, mussen Wir Uns, je mehr Wir die Natur des Gegenstandes und die Beziehung dessehna auf alle übrigen Bundesstaaten und den Bund selbst erwägen, um so dringender verzanlaßt sinden, zuvor den Rath und die Erklärung des durchlauchtigsten deutschen Bundes darüber zu vernehmen, damit ben Uns, weder im Prinzip, noch in den Folgen eine Isolation von den Grundsähen Statt zu sinden oder beabsichtigt zu werden scheine, welche die gesammten Souveraine des Bundes als statthaft

in ihren Staaten oder als heilfam bem Ganzen anzuerkennen fur nothig be: finden.

Was auf ben Grund des Art. 18. der Bundesakte der durchlauchtigste Bund, hinsichtlich der Art und des Grades des Gebrauchs der Presse, in Deutschland gleich formig zu verfügen für zwedmäsig erachten wird, das werden Wir kräftigst in Unsern Landen als Gesetz handhaben».

Bier foll ich formlich barauf antragen:

- 1) « baß es bem burchlauchtigsten beutschen Bunde gefallen wolle, etwas Gleichformiges über ben Gebrauch ber Presse in Deutschland zu bestimmen, welches, ben ber nicht zu verkennenden verschiedenen Lage ber einzgelnen Bundesstaaten, geeignet senn könne, ben Berhaltnissen aller und ihren gegenseitigen Beziehungen angemessen zu senn »;
- 2) « daß der durchlauchtigste deutsche Bund, nach nunmehr gemachten Er, fahrungen, noch mals seine Unsicht über die im Grundsat von dem selben anerkannte frene Presse des Großherzogthums erklaren, und die Bedenken eröffnen moge, welche ihm, hinsichtlich der Erhaltung der Ruhe und innern Sicherheit, ben dem Gebrauche derselben bengehen, wodurch sich zugleich ergeben wird, welche Grenzen ben Reguliprung derselben gewünscht werden, um das gute Einverständniß der Großpherzoglichen Regierung mit den übrigen Regierungen aufrecht zu ershalten, auf welches Seine Königliche Hoheit der Großherzog den hoch; sten Werth legen».

Desterreich: ift der Mennung, daß, in Folge der über diesen Gegenstand won der hohen Bundesversammlung bereits getroffenen Ginleitung, diese Erklarung bem herrn Referenten, Bundesgesandten von Berg, zuzustellen sen.

Preuffen: tritt dem Untrage von Desterreich ben.

Baiern: ist um so mehr mit Desterreich einverstanden, als die demnachst zu erwartende Zusammenstellung des herrn Referenten zeigen wird, daß in Baiern bierüber bereits vorlängst sehr liberale Gesetze bestehen.

Sachsen und

Sannover: wie Desterreich.

Wirt tem berg. Die Roniglich: Burttembergische Gesandtschaft tritt dem Antrage Prasidii mit der Bemerkung ben, daß sie, was die kunftig etwa über eine, die Presse betreffende Gesetzgebung, gemeinsam aufzustellenden Grundsätze betreffe, durch früher schon erhaltene Anweisung ihres Hofs bereits zu der Erklärung ermächtigt sen, wie Seine Ronigliche Majestät bereit senen, zu der liberalesten geschlichen Bestimmung dieses Gegenstandes, auch wenn dadurch die eigene Gessetzgebung erweitert werden müßte, mitzuwirken, insofern nur damit eine, durch Rücksichten auf öffentliche Sicherheit bedingte, Beschränkung der Zeitungen und politischen Zeitschriften in außerordentlichen, namentlich in Kriegszeit ten, verbunden werde.

Baden,

Rurheffen,

Großherzogthum Beffen,

Danemart, wegen Solftein und Lauenburg,

Diederlande, wegen des Großherzogthums Luremburg,

Großherzoglich und Herzoglich Sachsische Bauser für Die Berzoglichen Baufer: wie Desterreich.

Braunschweig und Nassau für Nassau: tritt bem Desterreichischen Antrage, ben Großberzoglich Weimarischen Antrag bem Herrn Prassonten von Berg, als Referenten, zuzustellen, ben, und sieht sich ben bieser Gelegenheit für Nassau zu bemerken veranlaßt: baß durch die Verfassungs: Urkunde des Herzogethums Nassau schon vor der Eröffnung der Wiener Congreß, Verhandlungen vollsständige Preßfrenheit eingeführt worden ist, man daher Herzoglich Nassausscher Seits den liberalesten, gleichformig festzusetzenden Grundsätzen über diesen wichtigen Gegenstand immer benzutreten geneigt senn wird.

Medlenburgs Schwerin und Medlenburg. Strelig: stimmt für ben Desterreichischen Untrag, um der bereits von der Bundesversammlung getroffenen Einleitung die weitere Folge zu geben.

Holftein: Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg,

Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg Lippe, Lippe und Waldeck, und

bie frenen Stabte, Lubed, Frankfurt, Bremen und Samburg: wie Desterreich; baber

Befcluß:

Daß, in Folge ber wegen Abfassung gleichformiger Berfügungen über bie Preffrenheit von ber hohen Bundesversammlung bereits getroffenen Ginleitung, biefe Erflarung bem herrn Gesandten von Berg zuzustellen sep.

§. 100.

Einreich ung 8, Protofoll.

Hierauf wurde das Verzeichniß der neuesten Gingaben verlesen, und die von Zahl 62. bis 66. eingekommenen Reklamationen der betreffenden Commission zus zustellen beschlossen.

Die Berfammlung gieng fobann gur vertraulichen Befprechung über.

Folgen die Unterschriften.

Verzeichniß der Eingaben. Fortsetzung des Einreichungs: Protofolls von Nro. 62. bis 66.

Nro. 62. Eingereicht ben 13. April.

Dr. Anton hoffmann in Mainz: übersendet als Bevollmächtigter eine erweiterte Darstellung ber so rechtlich gegründeten Forderung des Christian Anecht, wegen seiner, als ehemaliger Aurmainzischer Zöllner am rothen Thore zu Mainz geleisteten Dienstfaution.

Nro. 63. Eingereicht den 14. April.

Dr. Friedrich Karl Textor zu Frankfurt, als Bevollmachtigter ber Wittwe-Sara Lippold: bittet um die hohe Bermittlung bey Seiner Durchlaucht dem Herzog von Naffau, um eine Special-Commission, zu Erzielung eines unparthenischen Urtheils in der Bittstellerin Chescheidungs- und peinlichen Rechtsangelegenheit, allergnädigft niedersetzen zu wollen. Mro. 64. Eingereicht ben 14. April.

Dr. Banfa in Frankfurt: überreicht, in Auftrag ber Liquibations . Commission bes Pfandhauses, eine Denkschrift, bie Forderung bes ehemaligen Main. zer Pfandhauses an ben Mainzer Rurstaat betreffend; und bittet um hohe gerechte Berfügung.

Nro. 65. Gingereicht den 15. April.

Andreas von Bostell, hofrath und ehemaliger Reichstammergerichts Abvocat in Beglar: übergiebt als Graflich von hahnscher Geschäftsführer eine Dentschrift, die Parification ber Glaubiger ber ehemaligen mittels rheinischen Reichsritterschaft, in specie die Ansprüche der Grafslich von hahnschen Familie an dieselbe betreffend.

Nro. 66. Eingereicht ben 18. April.

Licentiat Ignat Goll: überreicht, als Bevollmächtigter bes hofgerichtsraths Friedrich Martin zu heibelberg, eine Bittschrift um Bermittlung bei Seiner Roniglichen hoheit bem Großherzog von heffen, in Betreff ber Forberung bes Reklamanten, als ehemaligen Stadtschultheissen und hospital-Borstandes zu Oppenheim, an die Special casse zu Darmstadt, mit jahrlichen 1,494 fl. vom 11. May 1798. bis 11. November 1800.

3 wan zigste Sipung, am 23ten April 1818.

Ein und zwanzigste Sipung,

Waren vertrauliche Sigungen.

Zwei und zwanzigste Sigung. Geschen, Franksurt den 4. Mai 1818.

In Gegenwart aller in der neunzehnten Sigung Anwesenden.

Ansgenommen:

- Bon Seiten Sachfens: bes von bem Koniglich : Sachsischen Gefandten, herrn Grafen von Gorg, substituirten Koniglich : Hannoverischen Gefandten, herrn von Martens;
- Bon Seiten Braunschweigs und Raffau's: bes Roniglich: Sannoverischen geheimen Cabineterathe, herrn von Martene;
- Bon Seiten der freien Stadte, Lubed, Frankfurt, Bremen und Sams burg: des von dem herrn Gefandten, Sondicus Gries, substituirten herrn Senators Smidt.

Wieber hinzugekommen mar:

Von Seiten von Sobenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg: Lippe, Lippe und Walbed: Der Großherzoglich: heffische herr Gescheime Rath, Freiherr von Leonhardi.

(Inhalt. 6. 101. Substitution bes herrn von Martens, fur ben Ronigliche Sachfichen Ge. fandten', Grafen bon Gorg, und bes Berrn Senatore Smidt, fur den Gefandten der 17. Stimme. §. 102. Reue Bollmacht bee Freiherrn von Leonhardi für die Fürfilich: Reußifche Stimme, jungerer Linie. g. 103 Angeige wegen gubrung ber 13. Stimme auf bie nachftfolgenden drei Monate von Braunfchweig. §. 104. Commiffionebe, richt, in Betreff ber Bunbes, Caffe, Rechnung und ber neuen Bufduffe gu berfelben. S. 105. Erffarung bon Preuffen über Entwerfung einer Bundes: Matrifel, und Angabe berjenigen Provingen feiner Monarchie, mit welchen ce dem deutschen Bunde beitritt. 5.106. Abstimmung von Baden und Luxemburg über ben Grofbergoglich, Dedlenburgifden Antrag, wegen Uebernahme ber Gas rantie des neuen Staatsgefetes über die Bermittelung und rechtliche Enticheis bung in fireitigen Fallen über die Lande berfaffung; auch Erfüllung des 13. Artitels ber Bundesafte. §. 107. Erflärung von Baben über bie ftaaterechtlichen Bers baltniffe ber mediatifirten vormaligen Reicheftande. §. 108. Legitimation ber ju dem Militar: Comite abgeordneten Generale und Staabsofficiere. Prafidium des Militar: Comité's. S. 110. Reue Gingaben.)

§. 101.

Substitution bes Koniglich: Hannoverischen Gesandten, herrn von Martens, für den Koniglich: Sachsischen Gesandten, herrn Grafen von Schlitz, genannt Gortz, und des herrn Senators Smidt für den Gesandten der 17. Stimme, herrn Syndicus Gries.

Prasidium tragt vor: ber Koniglich: Sachsische Gefandte, Herr Graf von Schlit, genannt Gort, habe ben Koniglich: Hannoverischen Gesandten, Herrn von Martens, und ber Herr Gesandte ber freien Städte, Syndicus Gries, ben herrn Senator Smidt substituirt.

§. 102.

Reue Bollmacht bes herrn Gefanbten, Freiherrn von Leons hardi, fur bie Kurftlich : Reußische Stimme, jungerer Linie.

Prafidium: legt die Bollmacht vor, mittelft welcher sich ber herr Gesfandte ber 16. Stimme, Freiherr von Leonhardi, nach dem am 17. vorigen Monats erfolgten Ableben Seiner Durchlaucht des souverainen Fürsten, heinsrich des 42. von Reußschleiß, zur Führung der Stimme für Reuß, jungerer Linie, legitimirt habe, und

der herr Gesandte, Freiherr von Leonhardi, eröffnet: Den am 17. dieses erfolgten Todesfall Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des souverainen Fürsten Reuß: Schleiß, heinrich des 42., des ganzen Stammes gewesenen Aeltesten, so wie den Regierungs: Antritt Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht, heinrich des 62., meines nunmehrigen gnädigsten Fürsten und herrn, bin ich befehliget, zur Kenntniß einer hohen Bundesversammlung zu bringen.

Durch dieses traurige Ereigniß, ist das Geschlechts: Seniorat des ganzen boben Gesammthauses, wie dasjenige der hohen jungern Linie, auf Seine Durchlaucht den souverainen Fürsten Reuß: Ebersdorf, heinrich 51., überges gangen, und höchstdieselben haben in dieser Eigenschaft eine neue Bollmacht aussertigen zu lassen geruhet, womit ich mir hierdurch die Ehre gebe, mich für die durchlauchtigsten Fürsten Reuß, jungerer Linie, bei einer hohen Bundesverssammlung aufs Neue zu legitimiren.

hierauf murde Die Bollmacht d.d. Gera 18. April 1818 verlefen, und

beschlossen:

bieselbe in bem Bunbesarchive zu hinterlegen, und bem herrn Gesandten, Freiherrn von Leonhardi, hiervon beglaubte Abschrift zuzustellen.

6. 103.

Unzeige, wegen Führung der 13. Stimme auf die nachftfolgenden drei Monate von Braunschweig.

Der herr Gefandte von Martens zeigt an, daß, nach ber zwischen Braunschweig und Raffau bestehenden Uebereinfunft, Die Führung ber 13.

Stimme vom 1. Mai biefes Jahres an, für bie folgenden dren Monate, auf Braunschweig übergebe.

6. 104.

Rechnung ber Bunbes Caffe. (19. Sis. s. 96.)

Der Koniglich Sannoverische Gefandte, Herr von Martens, verliest einen Bericht der in der 19. Sitzung dieses Jahres gewählten Comsmission, in Betress der Bundes Casse Rechnung und der neuen Zuschüsse zu ders selben, worin bemerkt wird, daß die unter der Leitung des Herrn Hofraths und Canzlei Directors von Handel von dem Hrn. Casser Fuchs geführte Rechsnung mit so vieler Ordnung, Klarheit und Pünctlichkeit versaßt sen, daß die Commission die Prüfung derselben leicht selbst habe übernehmen konnen, — und sich verpflichtet glaube, die Bundesversammlung darauf ausmerksam zu machen, daß der Hr. Casser Fuchs, der ohne Verpflichtung und Vergeltung sich diesem Geschäfte unterzogen und rühmlich ausgeführt habe, einen neuen gerechten Unspruch auf den Dank der Versammlung hätte, indeß sich eine schicks liche Gelegenheit darbieten werde, ihm denselben auf eine angemessene Weise zu erkennen zu geben.

Die Commission durchgieng hiernachst die Einnahme : und Ausgabe : Rus brifen , ausserte ihre Ansicht, wornach auch funftig die Oruckfosten der Proto: folle aus der Bundescasse zu bestreiten seven , und stellte die Oringlichkeit neuer Buschisse zu dieser Casse dar.

Bei Bildung der Casse sen barauf angetragen und beliebt worden, daß für jede Stimme im engeren Rathe 2,000 fl. herbeigeschossen werde; von mehreren Bundesgliedern ware aber bei der Bewilligung erklart worden, daß dieses nur als ein Vorschuß und auf kunftige Berechnung bewilligt werde.

Go wie die Bewilligung darauf beruhet habe, daß, bei der Nothwens bigkeit einer schnellen Herbeischaffung, dieser Typus der bequemste gewesen, so scheine auch der nächste Grund des dabei gemachten Vorbehalts der gewesen zu senn, zu verhüten, daß nicht dieser einmal befolgte Typus für andere gemeins same Lasten zur Folgerung gezogen werde.

Diese Besorgniß habe sich seitdem durch nichts bestätiget; denn ausser ber freiwillig bewilligten Gratisication fur den Legationsrath Herrlein, sen keine Art von Gemeinlast auf diesen Fuß repartirt worden, und konne auch wohl für keine Ausgabe, die nicht mit dem Stimmrechte in Berbindung stehe, vorgeschlagen werden.

Allein, für die fraglichen Ausgaben der Bundescanzleis Casse scheine es, daß die Beibehaltung dieses Typus auch für die Zukunft die rathsamste sen; denn abgerechnet, daß wenigstens für jett noch keine allgemeine Geldmatrikel vorshanden sen, so scheine es, daß diejenige, welche man in Betress des Militars wesens und der dahin gehörenden Gelde Abgaben zu entwersen im Begriff stehe, hier nicht zum Maasstabe dienen konne, wenn sie auf den Kuß der Population ganz, oder doch der Regel nach, eingeführt werden sollte. Unläugdar senen wohl diese gemeinsamen Bundes-Canzleikosten dadurch von allen übrigen verschieden, daß jeder Stimmführende davon ungefähr gleichen Vortheil ziehe und daran gleiches Interesse habe, und jedes Mitglied des engern Raths gleiches Stimmrecht und gleichen Antheil an den Beschlüssen habe, welcher als der Zweck anzusehen sen, zu dessen Erreichung der gemeinsame Auswand der Bundes: Canzleikosten, als die nothwendigen Mittel erschienen.

Die Commission trug daher barauf an:

daß die Bundesversammlung, unter Ertheilung der Decharge für die Rechnung vom 1. November 1816 bis dahin 1817 und zu Bestreitung der noch seitdem ruckständigen oder kunftigen Rosten, sich eines gemeins samen Beschlusses vereinige, damit ein Jeder seine Committenten dahin vermöge, einen abermaligen Beitrag von 2000 fl. für jede der siebenzehn Stimmen des engeren Raths zu bewilligen und baldmöglichst einzahlen zu lassen, dabei aber zu bevorworten sehn durfte, daß dieser Thpus der Bertheilung der Rosten allein auf die Bundes Canzleikosten ans wendbar sen, und für keine andern Gattungen gemeiner Lasten zur Conssequenz gezogen werden solle.

Der Bortrag murbe diefem Protofolle unter Biffer 16 angefügt.

Sammtliche Gefandtschaften vereinigten sich, der Commission für die Erstattung Diefes erschöpfenden Bortrages ihren verbindlichsten Dant auszubrucken, und traten ihrem Vorschlage wegen ber bem Rechnungsfuhrer zu ertheilenden Decharge, wegen ber kunftigen Verrechnung ber Druckfosten und ber Noth-wendigkeit eines alsbalvigen neuen Zuschusses zu ber Bundescasse, bei.

Die Mehrheit theilte nicht minder die Unsicht der Commission, daß diese Zuschusse nach den 17 Stimmen im engern Rathe, von jeder derselben mit 2000 fl. zu leisten, und hierauf aber den Regierungen der Untrag zu machen sen; — wornachst sammtliche Gesandtschaften übereinkamen, unverweilt an ihre hochsten Committenten über diesen Gegenstand Bericht zu erstatten; daher

Beschluß:

- 1) Daß dem Cassier Fuchs über die Bundescasse: Rechnung vom 1. Novems ber 1816 bis dahin 1817 die Decharge ertheilt werde,
- 2) die Verrechnung der Druckfosten der Protofolle ze. in der bisherigen Art fortzusegen, und
- 3) wegen alsbaldiger Leistung neuer Zuschusse zur Deckung der Bundes, canzlei: Bedurfnisse, für jede der 17 Stimmen im engern Rathe mit 2000 fl. im 24 fl. Fuße, an die Regierungen unverweilt Bericht zu erstatten, zu dessen Behufe aber, den Commissions Bortrag loco dictaturae drucken zu lassen.

6. 105.

Matrifel des deutschen Bundes.

(31. Sis. S. 203. 32. Sis. S. 208. 35. Sis. S. 235. 37. Sis. S. 259. 43. Sis. S. 338.

v. J. 1817. 15. Sis. S. 78. 19. Sis. S. 95. v. J. 1818.)

Preussen. Seine Majestat der Konig haben mit dem lebhaftesten In: teresse aus der einmuthigen Annahme des in der 16. Sitzung vorgelegten Besschlusses über die allgemeinen Grundsate der kunftigen Militar: Berfassung des deutschen Bundes, die Ueberzeugung entnommen, daß die Wichtigkeit eines auf sicheren, politisch und militarisch wohlberechneten Grundlagen errichteten Bertheidigungs: Systems, von allen Bundesstaaten gleichmäsig anerkannt wird, — und grunden hierauf die Hossnung, daß auch die nur in einzelnen Beziehungen vielleicht noch obwaltende Berschiedenheit der Ansichten, rücksichtlich der nähes ren Entwickelung und Anwendung dieser ersteren Grundzüge, nicht minder durch den so zweckmäsig eingeleiteten Zusammentritt eines zu Erörterung dieses Gez

्धे क

genstandes von der Bundesversammlung ernannten Ausschusses, unter Buziehung bes ihm beigeordneten Militar : Comite's, zu dem erfreulichen Resultate einer, bie allgemeine Erwartung möglichst befriedigenden Einigung geführt werden wird.

Seine Majeståt ber Konig lassen der wohlwollenden Absicht, in welcher Seine Majeståt der Kaiser von Desterreich den erwunschten Erfolg dieser Bestathungen zu begünstigen beweisen, dankvolle Gerechtigkeit wiederfahren, — und mit Allerhöchstdenenselben über die Oringlichkeit der zweckmasigsten Ausbildung einer dem Interesse der einzelnen Bundesstaaten, so wie dem Bedürfnisse und der Sicherheit der Gesammtheit derselben entsprechenden Militar: Verfassung volltommen einverstanden, haben auch Seine Konigliche Majeståt denen zuletzt von der hoben Bundesversammlung gefasten, dahin abzweckenden Beschlussen gern Ihre unbedingte Zustimmung ertheilt.

Allerhochstoieselben glauben, daß Sie Ihre fernere aufrichtige Theilnahme an Allem, was Deutschlands tunftige Rube zu begründen und die hochste Ente wickelung seiner-inneren Kraft zu befördern verspricht, nicht besser bethätigen können, als indem Sie Sich zu diesem Zwecke dem deutschen Staatenvereine mit allen benein deutschen Provinzen Ihrer Monarchie anschliessen, welche urssprünglich schon im Reichs-Berbande standen, und durch Sprache, Sitten und Gesetz, überhampt durch Nationalität mit Deutschland verknüpft sind, — und haben mich daher ermächtigt, bei der jetzt vorliegenden Beranlassung der Festssetzung der Bundes: Matritel, hierdurch zu erklären:

Daß feine Majestat der Konig nachstehende Provinzen der Preussischen Monarchie, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westphasten, Cleve: Berg und Niederrhein, als zum deutschen Bunde gehörend, betrachten und demselben damit beitreten.

Großherzoglich: Medlenburg: Schwerin: und Strelitische Vere ordnung über die Mittel und Wege, um bei streitigen Fällen, in Angelegenheiten, welche die Landesverfassung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen; — auch Erfüllung des 13. Artikels der deutschen Bundesacte. (58. Sig. S. 416. v. J. 1817. 7. Sig. S. 26. 9. Sig. S. 32. 11. Sig. S. 41. 13. Sig. S. 56. 14. Sig. S. 69. 15. Sig. S. 79. 17. Sig. S. 92. v. J. 1818.)

Baden. Die Bollziehung des 13. Artifels der Bundesacte betreffend, haben Ihro Konigliche Hoheit durch die in dem Regierungsblatt vom 30. Juli 1816 eingerückte offentliche Berkundigung Ihren Unterthanen erklart, daß die bereits auf den 1. August gedachten Jahres bestimmt gewesene Zusammenberufung von Landständen bloß deswegen bis auf weiteres suspendirt worden, weil von Seite des Badischen Gouvernements, die Hoffnung und der Bunsch genährt worden, inzwischen diejenigen Gegenstände der deutschen Bundesverfassung, mit welcher man die besondere Verfassung des Großherzogthums in Einklang setzen wollte, bestimmt zu sehen.

Da jedoch mehrere, wegen dieses Gegenstandes seitbem abgegebene, versehrliche Abstimmungen allerdings die triftigsten Momente entwickeln, aus denen eine Uebereinkunft der Majorität der Bundesglieder über allgemeine Normen ständischer Verfassungen, wenigstens noch nicht in einem kurzen Zeitraum, sich erwarten lassen durfte; so haben Seine Königliche Hoheit, um den Artikel 13 ohne diese, noch immer in Dero Bunsche liegende, Uebereinkunft abzuwarten, sobald als möglich in Bollzug zu setzen, den Befehl ertheilt, den bereits vollsständig gefertigten Entwurf nochmals mit denen seitdem in wirkliche Uebung gekommenen ständischen Verfassungs Legislationen zu vergleichen, hiernach, mit Rücksicht auf die besondern Verhältnisse des Großherzogthums, finaliter zu ajustiren und Höchstihnen alsdann zur Sanction vorzulegen.

Demnach ist die Großherzogliche Gefandtschaft zu ber Erklarung autorisirt, baß langstens binnen des in der Roniglich , Preufischen Abstimmung enthaltes nen Zeitpuncts, mahrscheinlich aber noch fruher, von dem Resultat dieser Uns ordnungen genügende Anzeige gemacht werden kann.

Niederlande, wegen des Großherzogthums Lupemburg. Der Roniglich: Niederlandische, Großherzoglich: Luremburgische Bundestagsgesandte ift, in Betreff des in der 58. vorjährigen Sigung S. 416 zu Protofoll gez gebenen doppelten Antrags des Großherzoglich: Medlenburgischen Herrn Bundestagsgesandten, in Folge erhaltener Beisung seines allerhochsten Hofes, Folzgendes zu erklären beauftragt:

1) Rudfichtlich ber Anzeige von ber Großherzoglichen Verordnung vom 28. November vorigen Jahres:

über die Mittel und Wege, um bei streitigen Fällen, in Ungelegenheiten, welche die Landesverfassung betrefe fen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen,

und des hierauf gestütten bestimmten Untrags:

einer burch ben beutschen Bund vollständig zu gebenben Garantie biefes organischen Staatsgesetzes, -

theilen Seine Majestat die durch die früheren Abstimmungen der respectiven Sofe bereits entwickelte, begründete und ausgesprochene Ansicht, daß dieser Garantie-Leistung kein mahres hinderniß im Wege stehe; Sie sind deßhalb insbesondere mit hannover (Protokoll der 15. Sitzung vom Jahr 1818, S. 79, sub 1) der Meinung, und erklaren sich, wie hier geschieht, für Luxems burg zu der gebetenen Garantie bereit:

« da das vorgelegte Staatsgeset den vereinten Willen der Regierungen « und Stande ausspricht, feine Bestimmung desselben mit der Bundesacte « streitet, und diese Garantie in dem Maase, wie sie begehrt und geleistet « wird, nur die Aufrechthaltung derjenigen Bestimmungen desselben bez « trifft, in welchen auf den Bundestag Bezug genommen worden ist, « und welche die Bundesversammlung ohnehin aufrecht zu erhalten, sich « berufen sinden mußte. »

Was sodann

2) den weiteren Antrag betrifft:

baß es den verehrlichen Gefandtschaften gefällig fenn moge, in der Urt, wie solches wegen des 12. Urtikels schon mehrfällig geschehen, und wegen des 14. Urtikels beschlossen worden, ebenfalls über die Erfüllung bes 13. Artitels sich erklären, und die Bundesversammlung in Renntniß setzen, auch die Einholung angemessener Instructionen dieserhalb beschliessen zu wollen; —

so geben Seine Majestat dabei von den folgenden einfachen Gesichtspuncten aus: Der 13. Artikel der Bundesacte stellt den Sat auf, und er ist Gesetz für alle deutsche Bundesstaaten:

«In allen deutschen Bundesstaaten wird eine landstandische Berfassung ftatt finden.»

Der Zeitpunct der Einführung kann bei der Menge der einzelnen Staaten und bei der Berschiedenheit ihrer Regierungs: Grundsähe, Formen und Einsrichtungen unmöglich gleichzeitig seyn; der Ausdruck: «wird» zeigt genug, daß man sehr weise und mit Vorbedacht bei Fassung des Artikels weder Gleichzeitigkeit der Einführung, noch einen bestimmten Zeitpunct, bis zu welchem die Einführung geschehen seyn musse, hat bezwecken wollen. Indem jedoch, nach dem 4. Artikel der Bundesacte, die Bundesversammlung die Angelegenheiten des Bundes zu besorgen hat, so besindet sich allerdings, in Beziehung auf den in dem Großberzoglich-Mecklenburgischen Antrag ausgesprochenen Bunsch einer Erklärung: "über die Erfüllung des 13. Artikels», der Königlich-Niederläudische, Großherzog-lich-Luxemburgische Bundestagsgesandte dermalen auch officiell dazu ermächtiget, und er erkläret hiermit:

daß, wenn auch der Konig, sein Herr — von aller Anmaßung entfernt, mit seinem Beispiele anders, als durch dessen Verwirklichung vorangehen zu wollen — in der Abstimmung hier der Letzte ist, es doch eben so weltkundig bei Höchste dessen Regierungsantritt Sein erster Gedanke gewesen ist: eine eben so frei durchdacht und erwogene, als willig angenommene Verfassung einzusühren, mittelst welcher das Großherzogthum Luremburg zugleich mit allen andern Provinzen seine eignen Landstände erhalten hat, und in deren Geist übrigens wesentlich enthalten ist, daß, während daselbst in regem aber gesetzlichen Leben das Wohl und Gedeihen des Staats befördert wird, jede durch Erfahrung und Zeitumstände natürlich herbeigeführte Ausbildung und Modification in derselben gemeinschaftlich und ordnungsmäss vorgenommen werden kann, und daß dem:

nach bem Sinn bes 13. Artifels ber Bundesacte, in Beziehung auf Luremburg, in ber That mehr als zur Genuge und zwar im Boraus entsprochen worden ift.

\$. 107.

Die staatsrechtlichen Verhaltnisse der mediatisirten vorma: ligen Reichsstande, und Erfüllung ber 14. Artikels der beutschen Bundesacte betreffend.

(49. Sig. s. 388. v. 3. 1817. 6. Sig. s. 20. 13. Sig. s. 57. 14. Sig. s. 65. 19. Sig. s. 97. v. 3. 1818.)

Baden. Die Großherzogliche Gesandtschaft übergiebt, hochstem Auftrage gemäß, die unter dem 23. vorigen Monats erlassene, durch das Staats und Regierungsblatt (Nr. IX. vom 25. vorigen Monats) bekannt gemachte hochste Berordnung, die kunftigen staatsrechtlichen Berhaltnisse der vormaligen Reichstschade und Reichsangehörigen betreffend, mit der nachfolgenden Erklarung:

Geine Königliche Hoheit der Großberzog haben hierdurch dem Artikel 14. ber deutschen Bundesacte auf eine Art Genüge gethan, welche die allgemeinen Rechte Ihrer sammtlichen Unterthanen mit den Borrechten der ehemaligen Reichst unmittelbaren möglichst zu vereinigen vermag.»

«Der in ber Bundesacte felbst angegebene Gesichtspunct ber gegenwartigen Berhaltnisse, durfte bei der Lage des Großberzogthums gegen benachbarte fremde Staaten, und bei dem eben so unverkennbaren, als unvermeidlichen Ginflusse ber in solchen herrschenden politischen Grundsagen auf deffen Ginwohner, nie ausser Augen verloren werden.»

«Auf den Fall, daß jedoch einer der Betheiligten glauben sollte, die Buns desacte sen hierin nicht vollständig erfüllt, und daß eine weitere Ausdehnung ders selben rechtlich begründet sen; so bleibt ihm unbenommen, seine Beschwerde bei dem Bundestage anzubringen, worauf man weitere Erläuterung zu ertheilen nicht ermangeln werde.»

Die Großherzogliche Berordnung vom 23. April 1818, die Rechtever, baltnisse der vormaligen Reichsstände und Reichsangehörigen betreffend, wurde biesem Protofolle unter Zahl 17 angefügt.

§. 108.

Legitimation ber zu bem Militar: Comité abgeordneten Genes rale und Stabsofficiere.

Prafidium zeigt an, in welcher Art die zu dem Militar Comité von Seiten mehrerer Bundesglieder abgeordneten Generale und Stabsofficiere sich legitimirt haben, und zwar:

von Seiten Desterreichs: ber General: Major und Raiserlich: Konigliche wirkliche geheime Rath, Freiherr von Steigentesch;

von Seiten Preuffens: Der General-Major, Freiherr von Bollzogen;

von Seiten Baierns: der General-Major und Brigadier von Maillot de la Treille;

von Seiten des Ronigreichs Sachfen: der Major von Mintwit;

von Seiten Bannovers: ber General-Major von Sinuber;

von Seiten Burttemberg 8: der General: Major und General: Quar, tiermeister, Freiherr von Barnbuler;

von Seiten Badens: der Artillerie Dberft und Revue Inspecteur von Frendorff;

von Seiten Rurheffens: der Dberft von Dche;

von Seiten des Großherzogthums Bessen: ber General-Lieutenant und General-Adjutant, Freiherr von Benbers;

mit dem Antrage, diese Legitimationen in dem Bundesarchive zu hinterlegen und beglaubte Abschriften hiervon dem Herrn Prasidenten des Militar:Comité's zus zustellen.

Unter allgemeinem Ginverstandniffe mit biefem Untrage, murbe

beschloffen:

bie Legitimationen ber zu dem Militar: Comité abgeordneten Herren Generale und Stabsofficiere in dem Bundesarchive zu hinterlegen und beglaubte Abschriften hiervon dem Herrn Prasidenten des erwähnten Comité's mit der Einladung zuzufertigen, besagtes Comité ehethunlichst gefällig constituiren zu wollen.

٠. .

9. 109.

Prafibium bes Militar: Comité's

Prafidium: giebt hiernachst Renntnis von der Erklarung des Raiserlich: Desterreichischen wirklichen geheimen Raths und bevollmächtigten Ministers, Freisberrn von Wessenberg, wodurch derselbe zuvörderst die Mittheilung des Prostokolls der 16. Sitzung laufenden Jahres, in welcher er von der hohen Buns desversammlung für das Prasidium bei dem Militar: Ausschusse ehrenvollst in Antrag gebracht worden sen, verdankt, und seine Bereitwilligkeit, sich demselben zu unterziehen, mit dem Anfügen aussert, das ihm nichts so sehr am Herzen liege, als der hohen Bundesversammlung durch seine Bemühungen zu erkennen zu geben, wie sehr er es sich zur Ehre rechne, an Ihren Arbeiten für das Beste des gemeinsamen deutschen Vaterlandes Theil nehmen zu dürsen.

§. 110.

Einreichungs: Protofoll.

Das Einreichunge: Protofoll wurde verlesen und die neuesten Gingaben von Zahl 67 bis 80 ber bestehenden Commission zuzustellen beschlossen.

Folgen die Unterschriften.

Berzeichniß der Eingaben.

Fortsetzung bes Ginreichunge: Protofolle von Rro. 67 bis 80.

IVro. 67. Eingereicht den 20. April.

Freiherr Emerich von hetters dorf, Domcapitular bes vorhin zu Mainz bestandenen Erzdomstiftes, dermalen in Aschaffenburg: bittet, im Namen der übrigen Individuen des Mainzer Erzdomstiftes, um die hohe Bers mittelung und Erwirfung, daß von Sr. Königlichen hoheit dem herrn Kurfürssten von hessen, die ihnen gebührende Sustentation für das Bersstoffene mit 4,952 fl. 54% fr., ohne weitern Rüchalt, auszuzahlen, für die Zutunft mit den herkommlichen Naten fortzusahren, und auch die Besoldung straten der Factore zu Friedberg und Geldenberg zu befriedigen, allers gnädigst anbesohlen wurde.

Nro. 68. Eingereicht den 22. April.

Joseph Anton Reil, in Burzburg: übersendet seine über die katholischen kirchlichen Verhältnisse herausgegebene Schrift zur hohen Einsicht, unter dem Titel: «Ecclesia redintegrata Bavariae. Summis piisque restauratoribus «epicum poema sacrum.»

Nro. 69. Eingereicht ben 23. April.

Dr. Christian Martin, Großherzoglich-Sachsen-Weimarischer geheimer Justizerath und Gesammt-Unwald ber rheinpfalzischen Staatsglaubiger der Obligationen Lit. D, in Jena: bittet wiederholt dringend um hohe Verwendung, daß wegen sammtlicher Zinsenruckstande und daneben in Ansehung der forte laufenden Zinsen auf das baldigste, demnächst aber auch wegen der Capie talien aus den Cameral-Revenüen der Oberamter heidelberg und Mosbach, von der Großherzoglich-Vadichen Regierung die nothige Verfügung zur Vefriedigung der Gläubiger getroffen wurde.

Nro. 70. Eingereicht ben 27. April.

Furstlich. Schaumburg. Lippische Regierung in Buckeburg, in Auftrag Er. Durchlaucht bes regierenden herrn Fursten zu Schaumburg. Lippe: ersucht um die hohe geneigte Berwendung bei Ihro Durchlaucht der Frau Fürstin. Bor-

1 1107

manderin und Regentin zu Lippe Dedino lo, baß förberfamst auf handverfafsungemäßige Beise ber Landtag im Fürstenthum Lippe ausgeschrieben und darauf, zur Bohlfahrt bes Landes, alle zeither unerletigt geb iebenen Gegenstände endlich zur Berathung und Beschlieffung gebracht werden tonnen.

Nro. 71. Eingereicht ben 27. April.

Fürstlich. Schaumburg. Lippische Regierung in Budeburg, in Auftrag Er. Durchlaucht bes regierenden herrn Fürsten von Schaumburg. Lippe: bittet, unter Borlage einer gedrängten llebersicht der wegen bes Lippe. Brackischen Erbfolge. Streits zwischen den hochfürstlichen häusern Schaumburgs Lippe und Lippe. Det mold noch bestehenden Streitigkeiten, um gütliche Bermittelung, und, falls solche nicht erzielt seyn sollte, um Bewirkung und Einleitung der richterlichen Entscheidung mittelst anzuordnender Austragal-Instanz.

Nro. 72. Eingereicht ben 27. April.

Dr. Ehrmann in Frankfurt, als Bevollmächtigter bes tom herz Jung: übergiebt eine Forderung von 14,500 fl., nebst Zinsen vom 1. Marz 1802, an bie Reich & Operation & Casse, um beren Bezahlung ber Bittsteller ex jure cesso bes ursprünglichen Gläubigers ansucht.

Nro. 73. Eingereicht ben 27. April.

Dr. Chrmann, als Bevolbmachtigter bes Marx Isaac Rulp: bittet um gnabigeRuckschaft ber ex jure cosso habenden Ford erung seines Committenten au die ehemalige Reiches Operationes Casse von 20,000 fl., nebst Zinsen vom 1. Marz 1802 an.

Nro. 74. Eingereicht ben 27. April

Dr. Ehrmann, als Special-Bevollmächtigter bes handelsmanns N. L. Bomeisler zu Munchen: bittet, bie Bezahlung besselben Forderung für geleistete Lieferungen an bas Kaiserliche Defterreichische Militär im Jahr 1813, durch hohe Vermittelung bei bem R. A. Desterreichischen Cabinete und bem Senate ber freien Stadt Frankfurt gnabigst zu veranlassen.

Dro. 75. Eingereicht ben 27. April.

Dr. Fresenius, Bevollmachtigter bes handelsmanns Jacob Sabel gu Biesbaben: bittet um Zahlungsanweisung besselben Forderung an die Reiches Operations. Caffe von 10,172 fl. 51/8 fr., und um Bermahrung seiner Ansprüche in Betreff eines bemselben entwendeten zweiten Schuldscheins über 5,474 fl.

Nro. 76. Eingereicht ben 30. April.

Alois von Coulon, vormaliger Königliche Balerischer Ingenieur Sauptmann und nunmehriger Herzogliche Leuchtenbergischer Jagermeister in Sichstädt: übers sendet zur hohen Ginsicht und Burdigung, die von ihm bearbeitete militarische General-Rarte von Gubbeutschland.

Nro. 77. Eingereicht den 1. Dai.

Ritter von Biebefing, Koniglich Baierifder Gebeimer Rath in Munchen: übersenbet seine Schrift gur hoben Ginsicht, unter bem Titel:

«Bon bem Ginfluß ber Bauwissenschaften auf bas allge-

ameine Bobl und Civilisation, insbesondere in Griechens

«land und Rleinafien.»

Nro. 78. Eingereicht ben 1. Dai.

Dr. Sigmund hiepe in Frankfurt: legitimirt sich mit einer Bollmacht bes 30s hann Jacob Freiherrn von Pfurbt-Blumberg, Bailli und Commandeurs bes JohannitersDrbens, und übergiebt nachträgliche Bittschrift um gnäbigste Reguslirung ber Entschäbigungs und Pensionsansprüche von Seiten ber Mitglieber bes beutschen Großpriorats bes JohannitersDrbens.

Nro. 79. Eingereicht ben 1. Mai.

Seorg Graf zu Balbed und Pyrmont, auch Limpurg. Gailborf, als Bevolls machtigter ber Mehrzahl vormaliger beutscher Reichsstände: erneuert, im Namen seiner Committenten, die Bitte: wegen Feststellung des bleibens ben und gleichformigen Rechts. Berhaltnisses der vormaligen Reichssstände und ihrer Gebiete, und den Bestimmungen über ihr Curiat. Stimmrecht, balbigst die nahere Einleitung und Verfügung hochgeneigtest in Berathung zu nehmen.

Nro. 80, Gingereicht ben 1. Dai.

Georg Graf zu Balded und Pyrmont, auch Limpurge Sailborf: bittet wiederholt um die geneigten Maasregeln, daß die Konigliche Burttembergische oberfte Justizstelle ihm gegen die dortige oberfte Polizeistelle Rechtspflege angedeihen lasse.

Beilage

gu bem

Protofolle der zwei und zwanzigsten Sizung

17.

Großherzoglich Badische Berordnung vom 23. April 1818, die Rechtsverhaltnisse der vormaligen Reichsstände und Reichsangehörigen betreffend.

Wir Carl von Gottes Gnaben, Großherzog zu Baben, Herzog zu Zähringen, Landgraf zu Nellenburg, Graf zu Hanau 2c.

In ber beutschen Bundesacte sind Wir mit ben übrigen verbundeten Fürsten Deutschlands übereingekommen, den ehemaligen unmittelbaren, nunmehr aber ber Landeshoheit anderer deutschen Staaten unterworfenen Reichsständen und Reichsangehörigen einen bleibenden Rechtszustand in Gemäßheit der gegens wärtigen Berhältniffe zu verschaffen.

Bu diesem Ende sind einige allgemeine Normen in die vorgedachte Acte niedergelegt worden.

Wir finden Und daher nunmehr gnabigst bewogen, diese Uebereinkunft in Unferm Großherzogthum in Bollgug zu bringen, und die Rechteverhaltniffe vieser ehemaligen Reichsangehörigen, unter zu Grundlegung vorgebachter allge meiner Normen, auf nachfolgende Weise festzuseten.

I. Allgemeine Bestimmungen.

- S. 1. Dieser neue Rechtszustand erstreckt sich auf die im Jahr 1806 und zeither unter Unsere Landeshoheit gekommenen vormaligen Reichstände, welche vorher wegen ihren Besitzungen Sitz und Stimme auf Reichst und Kreide Lagen hatten, sodann auf die Uns angefallenen Mitglieder der ehematligen unmittelbaren Reichsritterschaft.
- S. 2. Die ersteren wie die letteren sind überall zu gleichen Anspruchen, wie die übrigen Unterthanen, berechtiget, und zu gleichen Pflichten verbunden, wo ihnen nicht die nachfolgenden, durch die Bundesacte ihnen ertheilten Borrrechte besonders zu statten kommen.
- S. 3. Alle diese ihnen ertheilten Borrechte und Befugniffe durfen nur nach Borschrift der Landesgesetze, und unter der Aufsicht des Staats ausgeübt werden.

II. Besondere Bestimmungen.

A) Rechtsverhaltniß ber ehemaligen Reichsstande ober ber Standesherren.

a) Allgemeine personliche Borguge.

- S. 4. Die Saupter Dieser ehemaligen reichsständischen Familien sind Die ersten Standesherren Unseres Staats, Wir erkennen sie für ebenburtig und sie bilden die privilegirteste Classe.
- S. 5. Sie führen ihre gegenwartigen Titel und Beppen fort aund ber nennen sich von ihren Herrschaften, jedoch mit Beglassung aller jener Berben und Beisätze, welche den Regenten, oder ein vormaliges Reiche Berhaltmiß ber zeichnen.
- S. 6. In den Erlaffen Unferer Staatoftellen an Die Standesherren wird Diefen Das Pradicat: Berr, gegeben.
- S. 7. Nach dem Kirchengebet fur Uns und fur Unsere Familie findet daffelbe auch fur die Standesherren in den Kirchen ihrer Wohnorte statt. Das nämliche 30*

gift auch in ben Riechen ihrer Wohnorterfin Anfehung bed Tranergefauts, bas achd Tage banern kann.

- S. 8. In allen fie betreffenden Rente und Personaliklagen haben fie einem befreiten Gerichtsftand, in erfter Inftang bei Unferen Hofgerichten, in zweiter und letter Inftang aber bei Unferm whersten Gericht.
- S. 9. Berlassenschafts: Berhandlungen, welche Mitglieder ber Familie betrefs fen, kann bas Saupt bes Saufes durch feine Canglei vornehmen lassen, in so fern kein bei ber Erbschaft betheiligtes Familien; Glied verlangt, daß die nach dem Gesetze dabei vorkommenden Sandlungen der gewillführten Gerichtsbarkeit oder der Rechts. Polizei von einer landesberrlichen Commission vorgenommen werden sollen, in welchem Fall die bichtite obervormundschaftliche Landesstelle für dergleichen Angelegenheiten die Commissation zu ernennen hat. Entsteht über diese Sache ein Nechtöffreit, so gelangt sie an das Hofgericht.
- S. 10. In peinlichen Fallen feten Bir für Die Saupter ber ftanbedberre lichen Familien folgendes Auftragale Proilegium fest:

Der Beschuldigte benennt drei Standesherren Unseres Landes, jeder bers selben ernennt zwei subbelegirte Rathe aus Unferen Unterthanen, Wir ernen, nen ben Prafidenten. Das Gericht ernennt: zwei Untersuchungs. Commissarien, die aber nicht zugleich Mitglieder bes Gerichts seyn konnen, und einen Actuar.

Die Untersuchungs : Commissarien instruiren den ganzen Prozes', unter Leitung des Gerichts; der Profitdent ernennt ben Res und Correferenten unter ben Rathen; das Urtheil wird an Unfere oberfte Staatsstelle zur Bestätigung eingefendet.

In den Fallen, wo nach Unseren Landesgesetzen die Berufung von Urstheilen ber hofgerichte an bas Oberhofgericht geben kann, steht diese dem verurstheilten Standesherrn ebenfalls frei.

Die gegen die Standesherren etwa nothigen polizeilichen Maadregeln in Criminal-Sachen werden in gewöhnlichen, jedoch ihrem Stand und Ansehen ans gemessenn Wegen, auf Anordnung Unserer oberften Staatsbehorde, oder, wenn eilige Falle vorkommen sollten, ber mittlern Landesftellen ergriffen.

5. 11. Bir ertennen das Recht ihrer Autonomie in Anfehung ihrer Famislienverträge, Sausgefete und Successions, Debnungen, nur muffen Uns folche, ehe fie verbindende Kraft erhalten, gur Ginficht und Beflatigung vorgelegte warben, die Wir jedoch nie ohne Angabe bestimmter Grunde verweigern, und eben fo wenig aufhalten over fonft erschweren werden.

Gben fo werden Bormundschaften und die Curatelen der Standesherren, soweit eine Ginschreitung der Staatsgewalt gesetzlich erforderlich ift, von Unserer oberften Staatsstelle besorgt werden.

S. 12. Die Standesberren und ihre Familien sind von der Militars Pflicht befreit.

b. Gerechtigleitspflege.

- S. 13. Den Standreberren ertheilen Bir bie burgerliche und bie prime liche Gerechtigkeitspflege in erfter Inftang:
- S. 14. Wir ertheilen fie ihnen auch in zweiter Inftang, wenn bas ftanbesherrliche Gebiet zwanzig taufend Gerten in fich fast.
- S. 15. Die Ausübung ber burgerlichen Gerechtigkeitspflege ift an folgende Bedingungen gefnupfr:
- a) In erster Instanz ift sie burch Memter verwalten zu laffen, Die in allen hin sichten formirt fenn muffen, wie die landesherrlichen Aemter, wogegen sie alsbann auch in Diefer hinficht ben namlichen Gewalts: Umfang haben.
- b) Die Gerechtigkeitspflege in zweiter Instanz muß burch ein formlich constituirtes Collegium ausgeubt werden; das zu Unserm Oberhofgericht und ben übrigen hoheren Staatsstellen in dem namlichen Verhaltniß, wie Unsere Hofgerichte, steht.
- c) Dieses Collegium führt ben Namen: Großberzoglich Babische R. (3. B. Fürstlich Fürstenbergische) Justiz Canzlei, Die standesherrlichen Aemter aber führen Die Benennung: Großberzoglich Badisches R. (3. B. Fürstlich-Fürstens bergisches) Justiz-Amt.
- d) Die Juftige Cangleien muffen aus einem Director, aus wenigstens vier Rathen und aus bem erforderlichen Subaltern Perfonal bestehen.
- e) Die für die Verwaltung der Justig angestellten Beamten, Directoren und Rathe muffen Unserer oberften Staatsstelle gur Bestätigung angezeigt werden.

- Die Subalternen in den Cangleien werden ohne Bestätigung von den Standscherren ernannt, und es ist von diesen Unstellungen nur die Anzeige an vorgedachte oberste Staatsstelle zu machen.
- g) hinsichtlich ber peinkichen Untersuchungen, fo wie hinsichtlich ber burs gerlichen und polizeilichen Strafgerechtigkeits Pflege, wird ben fandesherrlichen Uemtern gleichfalls ber namliche Gewalts, Umfang gestattet, wie ben landesherrs lichen.
- h) Eben so erhalten in peinlichen Angelegenheiten bie standesherrlichen Justiz-Canzleien ben namlichen Gewalts : Umfang wie die landesherrlichen Hofges richte. Wir behalten Uns aber das Necht bevor, die Ginsendung sammtlicher Erkenntnisse, wenigstens derer, welche eine Corrections : oder Zuchthaus. Strafe zur Folge haben, an Unsere oberste Staatsstelle zur Bestätigung zu verlangen. Es bleibt Unserm Ermessen überlassen, in wie weit Wir von dieser Beschräntung abzugehen für rathlich erachten.
- i) Den standesherrlichen Aemtern und Justig. Cangleien wird bei schwerer Ahndung untersagt, in andern, als durch das Gesetz bestimmten Fallen, Geld, strafen zu erkennen, oder hohere Geldstrafen, als das Gesetz erlaubt, anzusetzen, oder endlich andere gesetzliche Strafen in Gelostrafen zu verwandeln.
- k) Die in standesherrlichen Gebieten angestellten landesherrlichen Diener tonnen nicht vor ben standesherrlichen, sondern nur vor den landesherrlichen Berichten belangt werden.
- 1) Alle Unterthanen in ftandesherrlichen Gebieten, die sich eines Bergebens gegen ben Landesherrn schuldig machen, sind den landesherrlichen Gerichten unterworfen.
- m) hinfichtlich ber Rlagen ber Stanbesherren gegen bie in ben ftanbedherrlichen Gebieten wohnende Einwohner, finden folgende Bestimmungen ftatt:
 - a) Den Standesherren ertheilen Wir zuvorderst die Befugniß, ihre liquiden Gefalle durch ihre Rentbeamten, im Nichtzahlungsfall, mittelst der Erecution, jedoch unter genauer Beobachtung der über den Einzug-Unserer Staatsgefalle gegebenen Erecutions Dronung, beitreiben zu laffen.

Sobald jedoch ber, an welchen gefordert wird, die Schuldigkeit selbst in Abrede zieht, so findet keine rentamtliche Erecution statt, sondern alsdann ift der Richter anzugehen.

B) Den Standesherren gestatten Wir ferner, bei ihren eigenen Gerichs ten gegen Unfere, Der ftandesherrlichen Gerichtebarkeit unterworfenen Unterthanen und die übrigen Ginwohner in den ftandesherrlichen Gebieten flagend aufzutreten.

In allen ben Fallen jedoch, in welchen, nach Unserer Oberges richts Dronung, wegen mangelnder Appellations Summe, teine, auch nicht eine summarische, Berufung von den Erkenntnissen der Justiz Memter an die Justiz Canzlei und in den Fallen, in welchen, aus gleichem Grund, keine Appellation von den Erkenntnissen der Justiz Canzlei an Unser Oberhofgericht statt suden kann, wollen Wirden Standesherren sowohl, als dem Beklagten, eine tax:, sportels und stempelfreie summarische Revision gestatten. Diese Revision der Erkenntnisse des Untergerichts wird von dem landesherrlichen Oberschoheits: Amt, und die Revision der Erkenntnisse der Justiz Canzlei von dem Hofgericht der Provinz vorgenommen. Ein besonderes Gesetz wird das hierbei zu beobachtende Versahren anordnen.

c) Polizei - Gewalt.

\$. 16. Den Standesherren steht die Orts: Polizei zu; es wird ihnen ferner die Aufsicht über die Gemeinde: Verwaltung, das Vormundschafts : und Curastelwesen, und die Aufsicht über die milden Stiftungen gestattet.

Sie haben diese Befugnisse durch ihre Beamte ausüben zu lassen, welche Die Landesgesetze genau zu beobachten haben und fur deren Bollzug verantwort: lich, auch der Oberaufsicht ber landesherrlichen Oberhoheits: Beamten unmittele bar untergeben sind.

S. 17. Die Gegenstände jedoch, die wegen ihrer untrennbaren Berbins bung mit größern Districten, oder wegen der besondern Sachkenntniß, die sie erfordern, die Aufstellung eines sachkundigen Personals nothig machen, wohin Wasser, und Straffenbau, allgemeine Sicherheits, und Sanitate, Polizei, Medis

einal: Anstalten, allgemeine Lanbes: Cultur gehören, und wozu noch Rriegs, und Militar: Angelegenheiten tommen, find der privativen Beforgung Unserer Oberhoheits: Beamten vorbehalten, welche in diesen Fallen unmittelbar auf die Unterthanen zu wirken haben.

5. 18. Das Recht, neue Unterthanen anzunehmen, ober Unterthanen aus bem Staatsverband zu entlaffen, bleibt Uns vorbehalten, und die deffalls figen Gesuche sind bei Unseren Oberhoheits Beamten anzubringen.

d. Riechliche Aufficht.

5. 19. Die Auflicht auf Kirchen und Schulen und auf firchliche Stiftungen, nebst bem Patronatrechte, wo sie folches hergebracht haben, letteres nach Maasgabe Unserer hierüber erlassenen Berordnung, erstere in der Ausbehnung, in welcher solche den landesherrlichen Beamten zusteht, ertheilen Wir ebenfalls ben Standesherren.

Sie haben diese Aufsicht durch ihre Beamte ausüben zu laffen, bei welchen Die namlichen Bedingungen, wie oben bei der Polizei-Gewalt, statt finden.

e. Forfigerichtsbarteit.

- S. 20. Die Forstgerichtsbarkeit, so wie die Forst, und Jagd, Polizei, wird den Standesherren in ihren eigenthumlichen, so wie in den Gemeinds, waldungen, mit Ausnahme jedoch der den geistlichen Corporationen zustehenden Waldungen, belassen.
- S. 21. Sie haben dieses Recht nach Borschrift Unserer Landesgesetze aus; zuüben, es ist aber Unser ernstlicher Wille, daß die Standesherren im Genuß ihres Eigenthums so wenig als moglich, und nur in so weit beschränkt werden, als nothig ist, einem unersetzlichen Schaden vorzubeugen.

Gefete, die diefer Unferer bochsten Absicht entgegen sind, follen abgeandert werden.

f. Berge und Galinen . Recht.

5. 22. Das Berge und Salinen Recht in den ftandesherrlichen Gebieten bleibt Uns bergeftalt vorbehalten, daß die vor deren Unterwerfung bereits er bffnet gewesenen Bergwerte und Salinen, nebst den baraus bezogenen Ginfunften

aller Art, ben Stanbesherren als Domanial: Eigenthum verbleiben, bas: Recht, neue zu eröffnen, aber Uns durchaus zustehen soll. Wenn jedoch Driete um eine desfallsige Concession nachsuchen sollten, so werden Wir, vor deren Ertheis lung, den Standesherrn mit seiner, binnen drei Monaten abzugebenden Erfla, rung wegen des Borbaus vorerft horen.

g. Besteuerung.

S. 23. Da in bem Großherzogthum weder zu der Zeit der Errichtung ber beutschen Bundesacte noch seither eine Steuerfreiheit statt gefunden hat, derartige Freiheiten auch, selbst seit Errichtung der obgedachten Acte, in einigen zum deutschen Bunde gehörigen Staaten aufgehoben worden sind, so können auch Wir Uns von dem Grundsatz einer gleichen Besteuerung, welche Wir schon zu wiederholtenmalen öffentlich ausgesprochen haben, eben so wenig entfernen, als Wir geschehen lassen können, daß irgend eine Classe Unserer Unterthanen Staats. Abgaben als Privatz Eigenthum erhebe.

h. Gefälle ber Stanbesberren.

S. 24. Den Standesherren verbleiben alle Gefalle, welche aus ihrem Eigen: thum und bessen ungestörtem Genuß herrühren, und nicht zu der Staatsgewalt und den hohern Regierungs: Rechten gehoren.

Es durfen daher auch, wie bisher, von Unseren Unterthanen in den standes, herrlichen Gebieten, fur die Steuercasse durchaus keine andern Abgaben erhoben werden, als solche, welche vermöge eines Gesetze im ganzen Großherzogthum all gemein und gleich masig entrichtet werden mussen. Diese Unterthanen bleiben von solchen in der vormaligen Versassung hergebrachten Abgaben an den Standesherrn befreit, die nach allgemeinen Grundsätzen erhoben wurden, und die den Charafter von auferlegten, wie z. B. Grund; und Hauser: Steuer, Gewerbs: Recognitionen, Ohmgeld, Accise, Pfundzoll von Mobilien und Immobilien und andere dergleichen mehr, und nicht auf Eigenthums: Verhältnissen ruhenden Gefällen, mithin also ben Charafter von Staatssteuern an sich tragen.

Obgleich nun die Standesherren tein Recht haben, für folche aufgehobene birecte ober indirecte Abgaben eine Entschädigung von der Gesammtheit ber Steuerpflichtigen zu fordern, fo haben Wir ihnen bennoch, fo wie bem ummittel

baren und dem fruhern landfaffigen Abel, fur einzelne berartige Gefalle, nam: lich fur das Ohmgeld und fur die Gewerbe: Recognition, Entschädigungen nach Durchschnitte: Berechnungen bewilliget.

Ungeachtet also hier mehr geschehen ift, als die Bundesacte fordert, so wollen Wir jedoch Unfrerseits von beren Minderbewilligung keinen Gebrauch machen, sondern das bestehende Berhaltnis in dieser hinsicht fortdauern lassen.

- S. 25. Den Standesherren kommen ferner die gesetzlich angesetzen und erhos benen Strafgelder, die Sporteln und diejenigen Laxen, welche von den ihnen überlassenen gerichtlichen und polizeilichen Berrichtungen herrühren, in der Art zu, daß sie sich nach den schon bestehenden oder kunftig erscheinenden landesherrs lichen Lax: und Sportel: Ordnungen zu richten haben.
- S. 26. Die Strafen von Unterschlagung indirecter Staatsgefalle fallen in die Staatscasse.
- S. 27. Die Standesherren haben auch die Lasten ber burgerlichen und peinlichen Gerichtsbarteit ju bestreiten.

i. Diener Berhaltnif.

- 5. 28. Den Standesherren sieht das Recht zu, das zu Berwaltung der ihnen bleibenden Rechte und Ginkunfte erforderliche Personal zu ernennen.
- 5. 29. Diese Diener muffen Inlander seyn, oder die Raturalisation von Und erhalten haben.
- S. 30. Alle zur Verwaltung ber Justiz anzustellende Personen sind aus ber Zahl ber bazu gehörig vereigenschafteten Candidaten ober Staatsbiener zu nehmen, lettere nach vorher von ihnen bei Uns nachgesuchter und erhaltener Erlaubnig.
- S. 31. Die standesberrlichen zur Justig : Berwaltung angestellten Diener werden Uns, in Beziehung auf ihre Dienstverhaltnisse, durch besondere Commissiare, oder auf jede andere Art, die Wir vorschreiben werden, verpflichtet, ein gleiches geschieht nachher für die Standesherren.
- 5. 32. Ein Justizbeamter, ber einem Amt allein ober in ber Qualität als erster Beamter vorsteht, muß wenigstens 1000 fl. Besoldung nebst freier

Wohnung, ein zweiter Beamter wenigstens 800 fl. und ein Uffeffor 600 fl. Befoldung erhalten.

Dem die Rechtspolizei verwaltenden Umterevisor gebühren wenigstens 700 fl. Besoldung. Rein Beamter irgend einer Art darf auf Sporteln gefet werden.

S. 33. Die Justizbeamten, so wie die Mitglieder der Justig : Canglei, können nur nach vorangegangener Untersuchung und Entscheidung von ihrem Dienst entlassen, oder desselben entsetzt werden.

Gin befonderes Gefet wird hieruber Biel und Maas geben.

Ł

ť

į

S. 34. Auffer den Justig Cangleien und Justig-Aemtern konnen die Stan, besherren auch zu Berwaltung ihres Privatvermögens besondere Domanen: Cangileien und Rent: Aemter errichten, und solche mit Inlandern oder naturalisirten Fremden besehen.

Rie barf aber bas Justig: und bas Rentamt in einer Person vereinigt seyn.

- S. 35. Andere Titel ber zur Justige und Domaniale Berwaltung anges stellten standesherrlichen Diener, als Canzleie Director, Rath, Justige Amtmann, Amtsrevisor, Canzleie Secretar, werden von Uns und Unsern landesherrlichen Stellen ohne vorherige Staatsgenehmigung nicht anerkannt.
- S. 36. Endlich versteht es sich von felbst, daß die Standesherren, die Diener, Duiescenten und Pensionars, welche durch die im Jahr 1813 vorgenommene Concentrirung der Gerechtigkeitspslege an Uns übergegangen sind, mit ihren gegen; wartigen Besoldungen, in Ansehung deren der 23. April d. J. als Normaltag bestimmt wird, zurudzunehmen gehalten sind.
- S. 37. Die Formen des Geschäftsgangs sind einstweilen und bis Wir hierus ber etwas anders verordnen, die namlichen, wie bei den Staatostellen. Diesem allem finden wir noch nothig Folgendes anzusugen: daß Wir von Seiten eines jeden Standesberrn einer besondern Anzeige, in den Genuß der hier verzeichneten Rechte eintreten zu wollen, entgegensehen, und in solcher eine unumwundene Zurudnahme aller gegen die Bundesacte oder einzelne Artifel derselben allenfalls gemachten Protestationen oder Verwahrungen erblicken wollen.

Go wie diese Erklarung von jedem Ginzelnen einkommt, der Zeitpunct, nach welchem dieses Gesetz in Rraft treten foll, abgelaufen ist, und der Standesherr

Die erforderlichen Borrichtungen getroffen bat, soll er in ben Besit Dieser Rechte gesetzt werden.

- B. Rechteverhaltniß bes ehemaligen unmittelbaren Reichsabels.
- 5. 38. Den ehemaligen im Jahr 1806 immatriculirt gewesenen Mitgliedern bes unmittelbaren Reichsadels werden Bir im allgemeinen die ihm in der deutschen Bundesacte zugesicherten Vorrechte, jedoch mit den obgedacht bei den Standes, herren in gleichen und ahnlichen Fallen angeordneten Modificationen, angedeihen lassen.

Im einzelnen fugen Wir noch an:

S. 39. Die burgerliche Rechts, so wie die burgerliche und polizeiliche Straf, Gerechtigkeitspflege ift an die namlichen Bedingungen gebunden, die oben bei ben Standesherren gemacht worden sind, in so fern solche namlich bei den dem Reichs, abel ertheilten mindern Rechten statt sinden können.

Insbesondere kommen die oben sub rubro Gerechtigkeitspflege und zwar sub S. 15, lit. a. e. i. k. l. m. enthaltenen Bestimmungen in volle Anwendunge

Dazu verordnen Wir noch weiter:

- 5. 40. Die Gerechtigleitspflege barf nicht burch Abvolaten, fondern fie muß burch eigene Beamte, Die fein anderes Geschäft baneben treiben, verwaltet werden.
- S. 41. Die Beamten muffen Inlander, oder naturalifirte Ausländer, geborig qualificirt fenn, und wenigstens 1000 fl. Befoldung nebst freier Wohnung erhalten, sie durfen nicht auf Sporteln gefett, auch nicht willfuhrlich entlaffen werden.
 - S. 42. Der Umterevisor muß wenigstene 700 ff. fixe Befoldung erhalten.
- S. 43. Der Beamte, wie der Amterevisor, muffen in einem der Orte ihres Gerichte, und Amte, Sprengels wohnen.
- S. 44. Die Rentei, Administration darf nicht mit der Beamten; oder Umte: Revisoratsstelle verbunden seyn.
- S. 45. Die Vereinigung mehrerer Orte des ehemaligen unmittelbaren Adels, Die verschiedenen Besitzern zustehen, zu einem Amt, wird gestattet, jedoch fo, daß der weitentlegentste Ort nicht über 4 Stunden vom Amtolig entfernt seyn darf.

- 5. 46. Diese Memter benennen sich Großherzoglich:Babisches: Grundherrlid von R. R. Amt.
- S. 47. Diejenigen Orte, welche fruher zwischen Unsern Vorfahrern und bem Reichsadel gemeinschaftlich waren, fallen in Ansehung der polizeilichen Gegenstände lediglich unter die Gerichtsbarkeit Unserer Beamten, in Ansehung der gerichtlichem aber nur alsdann, wenn die Einwohner im Orte nicht häuser: oder familienweise getheilt sind.
- S. 48. Sinfichtlich ber Gefalle verweisen Wir auf bas, mas Wir oben bei ben Standesherren unter biefer Rubrit bemerkt und angeordnet haben.

Schließlich geben Wir noch weiter zu erkennen:

- S. 49. Auf den Fall, daß einer, oder der andere der vormaligen Reichsstände und Reichsangehörigen auf die ihnen, hinsichtlich der Verwaltung der Gerechtigs teitspflege und der Ortspolizei, ertheilten Vorrechte sollte verzichten wollen, welcher Verzicht sich jedoch auf die Rechte in ihrem ganzen Umfang, wie sie versliehen sind, ausdehnen muß, sind Wir geneigt, denselben folgende per son liche Vorzüge und Vergünstigungen zu ertheilen:
- a) Das Recht, die mit einem Gut verbundenen liquiden Gefälle in gesetzlicher Ordnung durch ihre Rentbeamten executorisch beitreiben zu laffen.

Sollte es, wegen Bidersetzlichkeit, nothig werden, amtliche Sulfe anzurufen, so soll ihnen solche schnell und fraftig ertheilt werden. Auch sollen die Beamten dieserhalb besonders verantwortlich seyn.

- b) Das Recht, die niedere Polizei in dem Umfang ihrer Schlosser, Woh, nungen und Zubehörden auszuüben, auch kleine Frevel innerhalb dieses Umfangs felbst mit Geld zu bestrafen, und den Betrag für sich erheben zu lassen, vorbehalts lich im Uebrigen der Unterordnung unter die amtliche Districts, Polizei und des Recurses des Bestraften an die hohere Behörde.
- c) Folgende weitere Rechte hinsichtlich ber Ortspolizei, ber Verwaltung bes Gemeinds Bermogens, bes Rirchen, Schul und milben Stiftungswesens.
- 1) Die Befugniß, ben Bogt: und Ruge: Gerichten, Rirchen: und Schule Bistationen, so wie ber Abhor ber Gemeinds: und Stiftungs: Rechnungen, ents weber in Person ober burch Bevollmächtigte, jedoch auf eigene Rosten, anwohnen zu burfen.

- 2) Daß ihnen, wenn fie im Ort anmesend find, ober ihren im Ort anmes fenden Dienern, von allen auf diese Gegenstände Bezug habenden Berfügungen gur rechten Zeit Nachricht ertheilt werden soll.
- 3) Die Befugniß, über alle diese Gegenstände dem landesherrlichen Beamten Erinnerungen und Bunfche vorzutragen, welche solcher anzunehmen, und soweit möglich zu berücksichtigen Amtshalber verbunden ift, oder die Grunde, warum nicht, dem, welcher die Erinnerung angebracht, in schicklicher Form zu eröffnen hat.

Will fich ber lettere baben nicht beruhigen, so steht ihm ber Recurs an Die bobere Stelle offen.

d) Ben Bogte: Wahlen steht es ihnen fren, gegen bie Person bee Gemahlten gegrundete Ginwendungen zu machen, über welche, wenn die Gemeinde auf ihrer Wahl besteht, die bohere Stelle zu entscheiden hat.

Bon einer solchen vorzunehmenden Bahl ist der Standesherr, oder dessen Rents beamtet, oder endlich der Grundherr in Kenntniß zu setzen, damit bei der Bahl jes mand in seinem Namen erscheine und seine allenfallsigen Einwendungen gegen den Gewählten vorbringe, über welche die Gemeinde sogleich zu hören ist. In so fern die Gemeinde auf ihrer Bahl nicht besteht, ist sogleich zu einer neuen Bahl, mit Ausschluß des Erstgewählten, zu schreiten, im andern Fall aber zu berichten.

- e) Endlich haben fie die Befugniß, zu verlangen, daß über die Unnahme eines neuen Orts; oder Schuthburgers mit dem Gutsherrn Rudfprache genommen, und daß über seine Einwendungen der Ausspruch der hoheren Stelle eingeholt werde.
- 5. 50. In jedem Fall wollen Bir die so eben gedachten personlichen Vergunsftigungen 5. 49, lit. a e Unserem übrigen begüterten Landes : Avel, der nicht zur Reichsritterschaft gehört hat, zu Theil werden laffen, eben so wie die ihm bereits verliehene Forst: Gerichtsbarkeit und Forst : Polizei in eigenthumlichen Baldungen.
- 5. 51. Alle in diesem Betreff fruber erlaffene allgemeine Gesetze und Berordnungen erklaren Wir hiermit fur aufgehoben.

S. 52. Diese Unsere hochste Verordnung tritt, um den dadurch in veränderte Berhältnisse versetzt werdenden Dienern die erforderliche Zeit zu ihren deßfallsigen Einrichtungen zu gonnen, nach 6 Monaten vom Tag der Verkundung, in Vollzug. Aus der nämlichen Ursache haben innerhalb 3 Monaten die Mitglieder des ehemalis gen unmittelbaren Reichsadels unfehlbar bei Unserem Ministerio des Innern zu erklaren, ob sie die Rechtspflege und Ortspolizei selbst ausüben wollen oder nicht, widrigenfalls Wir die geeignete Fürsorge für die Zukunft selbst treffen werden.

Bieran geschieht Unfer Wille. Gegeben Carleruhe ben 23, April 1818.

Carl.

Vdt. F. A. Wielandt.

2

Ţ,

r:

Į

Auf Befehl Gr. Königlichen Hoheit. Weiß.

Drei und zwanzigste Sigung, am 7ten Mai 1818.

Vier und zwanzigste Sipung,
am 18ten Mai 1818.

Waren vertrauliche Sizungen.

Fünf und zwanzigste Sigung. Geschen, Franksurt den 20ten Mai 1818.

In Gegenwart

aller in der zwei und zwanzigften Sigung Anwesenden.

Ausgenommen:

Bon Seiten ber Nieberlande, wegen des Großherzogthums Luremburg: des von dem Koniglich Riederlandischen Gesandten, herrn Grafen von Grunne, substituirten Koniglich Hannoverischen Gesandten, herrn v. Martens.

Wieber hinzugekommen mar:

- Bon Seiten Sachsens: ber Konigliche wirkliche Bebeime Rath, Berr Graf von Schlit, genannt Gort.
- Bon Seiten ber freien Stabte, Lubed, Frankfurt, Bremen und Samburg: ber herr Syndicus, Dr. Gries.

(Inhalt. 6. 111. Subftitution bes Derrn von Martene, für ben Roniglich Riebers landifden Gefandten. S. 112. Legitimation bes Roniglich Danifien Abgeordneten ju dem Militar, Comité. §. 113. Abstimmung bon Burttemberg und ber 16. Stimme, über die Bundesmatritet. §. 114. Erflärung von Baben über die Befol, dunge, und Denfione, Unfpruche bes Grafen bon Bifer. S. 115. Garantie des Grunde gefches ber landftanbifden Berfaffung bes gurftenthums Silbburghaufen. S. 116. Gefud der deutschen Domcapitularen bon Strasburg, um Bermendung wegen Suftentation bon Seiten Franfreichs. S. 117. Befuch ber Befcwifter de Jardin, um Bermene bung bei bem Ronig ber Rieberlande, wegen Fortfegung ihrer Penfion. 6. 118. Gefud bes Bormfer Dombicars Gern, wegen Penfions Rudftand und Penfions Erbobung. 6. 119 Benfione: Gelud des Raiferlichen Praciften, Freiherrn von Efc. 6. 120. Ge fuch bes Probftes, Freiberen bon Budenberg, um Bermendung wegen Benfiones, Erbohung. G. 121. Borftellungen bes hoftammerrathe Bigand: G. 122. und bes Praciften Bigand, um Penfion. S. 123. Befdwerbe bes Factore Depp, ju Friede berg, gegen Raffau. 5. 124. Beitrage jur Dedung ber Bunbes Canglei Bedurfniffe. 6. 125. Reue Gingaben.)

6. 111.

Substitution bes Koniglich Sannoverischen Serrn Gefanbten, von Martens, für den Koniglich Niederlandischen, Großherzoglich Luxemburgischen Herrn Gesandten, Grafen von Grunne.

Prafidium: zeigt an, ber Koniglich Niederlandische, Großherzoglich Lurem; burgische herr Gesandte, Graf von Grunne, habe auf die Dauer seiner Mb. wesenheit ben Koniglich hannoverischen Gesandten, herrn von Martens, substituirt.

6. 112.

Legitimation ber zu bem Militar: Comité abgeordneten Genes rale und Stabsofficiere.

Prafidium: theilt die Vollmacht mit, durch welche fich ber Koniglich Das nische, Herzoglich Holftein: und Lauenburgische, zum Militar: Comité abgeordnete Protot. b. b. Bundesberg. V. Bb. General Quartiermeister Lieutenant, Oberfte ber Infanterie und Rammerherr, Herr von Saffner, legitimirt habe.

Die Vollmacht d. d. Roppenhagen, ben 29. April 1818 murbe verlefen und hierauf

beschloffen:

bieselbe in dem Bundesarchive zu hinterlegen und beglaubte Abschrift bier: von bem herrn Prafidenten des Militar:Comité's zuzustellen.

g. 113.

Matrifel bes beutschen Bunbes.

(31. Sig. S. 203. 32. Sig. S. 208. 35. Sig. S. 235. 37. Sig. S. 259. 43. Sig. S. 338 v. J. 1817. 15. Sig. S. 78. 19. Sig. S. 95. 22. Sig. S. 105. v. J. 1818.)

Württemberg. In der Abstimmung des Raiserlich Desterreichischen hofs über die herstellung einer Matrikel für die deutschen Bundesstaaten (15. Situng 5.78) ist darauf angetragen, daß die Bolksmenge zur allgemeinen und in der Regel einzigen Grundlage der Bundesmatrikel angenommen werde, so daß also die Bolkszahl nicht nur, wie sich von selber verstehe, für die Mannschaftsstelz lung, sondern auch für die Geldleistungen, den einzigen Maasstab abgeben werde.

Seine Majestat der Konig von Wurttemberg treten diesem Antrage mit der vollen Ueberzeugung bei, daß der Mitgebrauch anderer Factoren, wie z. B. des Flächen: Inhalts und der Staats: Einkunfte, statt zum Ziele eines richtigeren Products zu leiten, nur von diesem Ziele abführen wurde. Es ist, bei der bereits allgemein ausgesprochenen Ansicht, daß der Flächenraum nicht mit in Berech; nung genommen werden könne, und bei der Unmöglichkeit, in einer Zeit, in welcher die Messungen, sowohl der Größe der Staatsgebiete, als auch der in ihrem Boden liegenden Ertragsfähigkeit, worauf es doch hauptsächlich ankommen wurde, noch so unvollständig sind und auch für geraume Zeit unvollständig genug bleiben werden, unnöthig, umständlicher über diesen Gegenstand zu reden.

Unnehmlicher aber schien Ginigen ber Gedante, bei Bestimmung ber Matrifel, neben ber Boltszahl, auch auf die Staats-Ginkunfte Rudficht zu nehmen,

und es scheint baber nicht überfluffig zu fenn, ben Grund anzugeben, aus well chem Seine Konigliche Majestat Diefer Unsicht nicht beizustimmen vernichen.

Abgesehen namlich bavon, daß man bei der Schätzung der Staats. Einfunfte auf bloß statistische Rachrichten gar nicht rechnen konne; daß aber, auch bei eignen Angaben, dann wann ein gemeinsamer Maasstab sollte konnen gefunden werden, in allen Staaten das Verhaltniß zwischen Bruttos und Nettos Einnahme ein gleiches senn und in allen Bundesstaaten die allgemeinen Staats, die Districts, und die Local Einnahmen und Ausgaben nach gleichen Grundsähen geschieden werden müßten; daß die Berechnung der Einkunste selbst manchen einzelnen Staaten, namentlich aber jenen, welche Territorial Veranderungen erlitten, schon an und für sich sehr schwer werden würde, und daß die Staats Einkunste schon ihrer Natur nach sehr veränderlich sind: abgesehen nämlich von allen diesen hemmenden Rücksichten, genügt wohl, um die Staats Einkunste als Maasstab der Geldleistungen für den Bundesauswand unpassend zu sinden, die einzige Betrachtung, daß die Staats Einkunste nur das Bedürfniß eines gegebenen Landes, nicht aber, worum es doch hier allein zu thun ist, seine Kraft messen.

Wie leicht ware es möglich, daß in einem gegebenen Staat physische und politische Unfalle dazu nothigten, den Burgern, vielleicht für sehr lange Zeit, unverhaltnismasig große Abgaben aufzulegen, und wurde daraus dann nicht folgen, daß, weil durch große Abgaben die Staats-Einkunfte unverhaltnismasig erhöht werden mußten, nun auch dieser namliche bedrängte Staat im gleichen Migverz haltnisse zur Deckung der Bundesbedurfnisse beitragen mußte?

Nicht die Größe der Staats. Einkunfte, sondern die Leichtigkeit, mit welcher das Staatsbedurfniß von den Staatsburgern, ohne daß ihr eigner Wohlstand ges fährdet wird, gedeckt werden kann, wurde einen brauchbaren Maasstab geben. Wer aber vermöchte diesen Maasstab anderswo zu finden, als in der Lebenss lust und dem Lebensmuth der Staatsburger? Wer vermöchte zu berechnen, wie viel oder wie wenig Bohlstand wieder in jedem einzelnen Lande dazu gehöre, um diese Freude und diesen Muth hervorzubringen? Und wer vermöchte es, diesen Zustand in Zahlen, die man doch hier haben muß, auszusprechen?

Dieß ift ber Grund, warum Seine Konigliche Majestat bem Bunfche jener Bundesglieder nicht beistimmen konnen, welche glauben, bag man fur Die Ber-

ftellung einer billigen Matritel neben ber Bollezahl auch noch die Staate. Ein: tunfte in Berechnung nehmen muffe.

Sochftdieselben find jedoch weit bavon entfernt, die Mangelhaftigfeit auch beffienigen Mageftabe ju vertennen, welchen Die Bolfegabl bermalen allein barbietet. Gin Grund Diefer Mangelhaftigfeit wird in bem Umftand gefunden, bag die bevolkertesten Diftricte nicht immer die wohlhabendsten, oft fogar bie armften feven. Allein fo richtig es im Allgemeinen fevn mag, dag die ftarte Bevollerung mancher Diftricte ben Boblftand ber Bewohner gerade Diefer Diftricte im Einzelnen nicht verburgen tonne; fo ift boch auch auf ber andern Seite nicht zu verkennen, daß Diese Bevolkerung fich nicht auf ihrer Sobe erhalten murbe, wenn fie nicht bem Boblftand bes gangen Landes biente. Denn, wenn auch nicht gefagt werden fann, daß biefes oder jenes Land reich und fraftig werden muffe, weil es ftart bevoltert fen, fo wird boch der Schluß erlaubt fenn, paß ein gegebenes gand nicht fo fart bevolfert fenn und bleiben murbe, wenn Die Einwohner beffelben nicht entweder in der Cultur ihres Bodens, oder in Dem ichwunghaften Betrieb ihres ftabtischen Gewerbe, Die Mittel fur eine behagliche Eriftenz fanden; fo baß also bie Bevolkerung wirklich bie Rraft bes Landes im Gangen richtiger zu meffen vermag, als Rlachenraum und Staats: Einfunfte. Db es aber nothig und wie es zu machen fen, daß einzelne über: polferte Diftricte, welche, obwohl fie felber leiden, bennoch bem Gangen bienen, geholfen werde, bleibt naturlich junachst ber Ermäßigung ber Regierung jener Lander überlaffen.

Allein dieß schließt nicht aus, daß es auf der einen Seite jenen Bundes, staaten, welche sich in Ansehung der Nahrungszweige ihrer Einwohner und des Grunostocks des Nationalvermögens vor andern beschränkt glauben, freigestellt bleibe, die besonderen Verhältnisse ihrer Lande und deren Einwohner, durch welche sie eine Milderung ihres Matrikular Ansahes begründet erachten, vorzus legen, damit darauf die geeignete Rücksicht genommen werde; und daß auf der andern Seite es auch dem Bundestage unbenommen bleibe, mit jenen Bundessstaaten, die sich durch blühenden Handel und Gewerbe vor andern im allges meineren Wohlstande auszeichnen, über eine verhältnismäsige Erhöhung des Matrikular:Ansahes zu unterhandeln und sich darüber mit ihnen zu vergleichen.

Ein zweiter Grund dieser Mangelhaftigkeit, welcher in der Unzuverlässigkeit der aus den verschiedenen Angaben der Statistiker gezogenen Resultate lag, ist aber bereits auf den in ver 18. Sitzung S. 95 gemachten und einstimmig anger nommenen Prasidial Antrag beseitigt, nach welchem jeder Bundesstaat, nach seiner besten Wissenschaft, die officielle Angabe der dermaligen Bolkszahl seines Gebiets, in dem umfassendsten Sinne des Worts, selber machen soll, worauf denn auch die Volkszahl bereits jetzt von den meisten Bundesstaaten auf amtliche Weise angegeben worden ist.

Wenn nun gleich auch diese amtlichen Angaben, so weit sie bis jett beur, theilt werden können, in Beziehung auf Genauigkeit und Zuverlässigkeit für die verhältnismäsige Vertheilung der gemeinsamen Vundeslasten manches zu wun; schen übrig lassen, indem manche Staaten, nach ihren dermaligen Verhältnissen, sich bisher ganz oder doch zum Theil nur auf bloße Schätungen einlassen konnten; die einen ihre Angabe auf die, die andern auf jene Weise begründeten; die einen frühere, die andern spätere, und nach verschiedenen Grundsähen vorzgenommene Volksählungen zum Grunde legten, u. s. w.: so geht doch daraus nichts hervor, als die Rechtsertigung der bereits in Antrag gebrachten Herstellung einer bloß provisorisch en Bundesmatrikel und die Nothwendigkeit, während der Qauer eines sesten Provisoriums die Herstellung einer zwar desinitiven, jedoch von Zeit zu Zeit zu rectificirenden Vundesmatrikel vorzubereiten. Es geht daher nach diesem Allem der Wunsch Seiner Königlichen Majestät dahin; daß

- I. die Bevolkerung als die einzige Grundlage der Matrikel, sowohl für Mannschaftsstellung, als auch für Geldleistungen, jedoch mit Vorbehalt weiterer Uebereinkunft mit jenen Bundesstaaten, in deren besondern Verhältnissen eine Grund, entweder der Erhöhung oder der Minderung des Matrikular:Ansaßes nachgewiesen werden könne, angenommen werde; daß
- II. Die gegenwärtig bereits eingegangenen oder boch demnächst zu erwartenden amtlichen Angaben der Bevolkerung in den einzelnen Bundesstaaten, als die Grundlage einer provisorischen, auf funf Jahre gultigen Matrifel, in der Urt anerkannt werden, daß man dagegen, mit Ausnahme der Modisicationen, welche

etwa burch Gebietsveranberungen herbeigeführt werben tonnten, feine Reclamationen statt finden laffe; und daß

III. die Zeit des Provisoriums dazu benutt werde, die Grundsate feste zustellen, nach welchen eine genügendere Angabe der Bolfszahl als Grundlage der kunftigen, definitiv herzustellenden Matrikel erreicht werden konne.

Seine Ronigliche Majestat finden sich bewogen, in diefer letten hinsicht folgende Grundsate zur weitern Prufung und Beschlugnahme zu empfehlen:

- 1) Es follte gleichzeitig, etwa im vierten Jahre bes Provisoriums, eine neue Boltszählung in allen Bundesftaaten vorgenommen werden.
- 2) Diese Zahlung mußte alle Staatsangehörigen nach Ropfen, ohne Unsterschied bes Alters, bes Geschlechts, bes Glaubensbekenntnisses und bes Umfangs ihrer burgerlichen Rechte und Berbindlichkeiten, auch ohne Rucksicht auf ben Geburtsort (so daß also auch alle im Auslande gebohrne, bei Civils oder Militars Aemtern angestellten Staatsdiener mitgezählt wurden) in sich begreifen.
- 3) Sie mußte sich ebenfalls auf jene, so eben bezeichneten Staatsangeho, rigen erstrecken, welche sich nicht für immer, sondern nur für einige Zeit ausser; halb derjenigen Bundesstaaten aufhalten, denen sie angehoren; wogegen aber alle die, in den einzelnen Bundesstaaten sich aufhaltenden Fremden, das heißt, alle diejenigen Individuen, welche nicht im Staatsverbande stehen, in dem Resultate der Zählung nicht aufgenommen werden.
- 4) Diese Zahlung sollte auf ben Grund solcher Familien: Register vorge: nommen werden, welche überall nach gleichformigen Grundsätzen, über die man sich sobald als immer möglich einzuverstehen hatte, gemeindeweise angefertiget werden mußten.
- 5) Die, auf solche Bolkstahlung gegrundete, tefinitive Matrikel murde jedoch, abgesehen von jenen Abanderungen, welche durch Gebietsanderung nothwendig schon früher herbeigeführt murden, von Zeit zu Zeit, etwa alle 10 bis 20 Jahre, einer Revision zu unterwerfen senn, um dem Migverhaltnisse vorzubeugen, in welches im Laufe der Zeit die einzelnen Staaten durch ausserventliche, in ihren Folgen fortwirkende Ereignisse zu den übrigen Bundesstaaten kommen konnten.

Der Koniglich Burttembergische Gefandte hat es ber Beurtheilung der hohen Versammlung anheim zu geben, ob nicht, nachdem über bas Provisorium.

ein Beschluß gefaßt fenn wird, biese, auf die Borbereitung einer befinitiven Matritel berechneten Borschläge etwa commissarisch gepruft und weiter entwickelt werden sollten?

Sohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburgelippe, Lippe und Walded. Die dieffeitige Gesandtschaft ermangelt nicht, die dante barfte Anerkennung ber Bemuhungen einer verehrten Commission bei der Ente werfung eines so umfassenden Gutachtens über die Bundesmatrikel auszus druden.

In hinsicht ber großen Schwierigkeiten einer vereinten Berucksichtigung ber Bolkszahl, bes Flachen:Inhalts und ber Staatsrevenüen, treten meine hochssten Committenten ber Raiserlich Desterreichischen Ansicht bei, daß man bei Entwerfung ber Matrikel allein auf die Bevolkerung Rucksicht nehmen musse. Ihre Durchlauchten stimmen völlig damit überein, daß ein, nach Ansleitung bes Commissionsssutachtens, vorerst durch eigene Angaben der Population der einzelnen Staaten berichtigter Matrikularsentwurf jetzt gleich auf fünf Jahre unabänderlich für Mannstellung und Geldbedarf angenommen, am Ende des vierten Jahres aber zu einer Rectisication geschritten, und zu diesem Behuse alsdann neue Bolkszählungen, überall nach demselben Principe, vorgenommen und so nach Zwischenräumen von etwa 6 bis 10 Jahren fortgefahren werden mochte.

Bugleich hegen Sochstdieselben den Wunsch, daß eine allgemeine Uebersicht bes Bedarfs, für welchen die Bundesstaaten in der Regel in Anspruch genomemen wurden, entworfen werde, und man über die deßfalls anzunehmenden Grunde fate sich baldthunlichst pereinbaren moge.

G. 114.

Anspruche bes Roniglich Baierischen Rammerers, Grafen Carl Theodor von Wiser, an Seine Ronigliche Hoheit den Großherzog von Baden, wegen nicht erhaltenen Besoldundg:Rudstandes als ehemaligen Oberamtmann von Lasdenburg und zufünftiger Pension.

(14. Gis. S. 72. v. J. 1818.)

Baben. In der ehemaligen Rheinpfalz bestanden, bis zu Anfang Dieses Jahrhunderts, so genannte Oberamtmannostellen, die aber, da alle Geschäfte

bekanntlich von den so genannten Landschreibern verseben wurden, mit keinet Arbeit verbunden waren, und auch langft nicht mehr als Staatsdiensto Stellen betrachtet wurden.

Es waren eigentliche Sinecuren, und jeder, dem eine solche verlieben war, konnte seine Prabende am Hostager, oder wo er sonst wollte, verzehren. Nicht felten wurden sie ganz öffentlich durch Rauf erworben, wie sich sogleich zeigen wird.

Der Rurfurst Carl Theodor verlieh dem Grafen von Bifer eine berartige Pfrunde, indem er ihn unter dem 8. Juli 1796 zum Oberamtmann
in Ladenburg mit einer Besoldung von 600 fl. ernannte. Diese Anstellung
war, wie aus den Worten einer darüber ausgestellten Urkunde

»bis auf Unfer oder fein eigenes Widerrufen» bervorgebt, von beiben Theilen auffundbar.

Der Nachfolger in der Kur hat im Jahr 1801 diese Oberamtmanns,' stellen aufgehoben, und den Betrag der mit ihnen verbundenen Besoldungen der Staatscasse zugewiesen, weil, wie in dem Rescript vom 30. November 1801 ausgedrückt ist,

«biefe Stellen ganz aus ber Reihe ber Staatsbienste getreten, und «als eine zwecklose, ben Unterthanen und Unserm Aerario lastige Ans «stalt anerkannt sind.»

Hinsichtlich ber von mehreren Oberamtmannern nachgesuchten Entschädigung, wurde, in dem so eben bemerkten Rescripte, der damaligen, unter dem Namen General-Landes-Commissariat bestandenen, Rheinpfälzischen allgemeinen Landes-stelle der Auftrag ertheilt, über die Frage: ob und in wie fern einer oder der andere eine Entschädigung, oder eine Pension ansprechen könne? gut achtlischen Antrag zur höchsten Entscheidung vorzulegen.

Das Gutachten dieser Stelle gieng dahin, daß nur den Oberamtmannern von Bretten und Boxberg, welche ihre Stellen gefauft hatten, einige Enteschädigung gebühre, alle übrigen Oberamtmanns Besoldungen aber als Gnasbengehalte eingezogen werden konnten.

Die bochste Entscheidung hierauf ist nicht erfolgt, bald barauf aber die Pfalz abgetreten worden.

Der Graf von Wiser hat übrigens nie in Labenburg gewohnt, und nie bie Function eines activen Oberbeamten verseben.

Aus dem bisher Borgetragenen geht hervor, daß der Graf von Wifer an dem reichsdeputationsschlußmasigen Normal/Tage, namlich am 24. August 1802 nicht im Besitze seiner Oberamtmanns Besoldung, mithin auch nicht berechtigt gewesen ist, eine Fortsetzung derselben, gestützt auf diese Norm, zu verlangen.

Es fragt sich daher weiter: ob der Graf von Wifer eine frühere, gegrun; bete, aber unerledigte Ansprache auf Entschädigung oder Pension wegen dieser Besoldung an den vorigen Regenten der Pfalz gehabt habe, welche die Nach; folger in derselben zu realistren verbunden sind?

Ein Recht bes Grafen von Wiser zu einer Entschäbigung ober Pension, ist von dem vorigen Regenten der Pfalz, zu der Zeit, als solche abgetreten wurde, nicht anerkannt worden.

Ein den 16. April 1804, mithin anderthalb Jahre nach dem Uebergang biefes Landes an die gegenwartigen Besitzer, nachgefolgtes Anerkenntniß, selbst wenn es auch auf die Art, wie der Graf von Wifer in seiner Dentschrift bes hauptet, erfolgt seyn sollte, hat keine fur die Rachfolger verbindliche Wirkung.

Richtig ist, daß die vormalige Rheinpfalzische Landesstelle, welche die Vermuthung einer genauen Renntniß der damaligen Verfassung und der Rechtsverhaltnisse für sich hat, das Gesuch um Entschädigung, in ihrem Gutachten, für nicht begründet erklärt hat.

Richtig ift ferner, daß die von den hohen Theilhabern der Rheinpfalz niedergefette Ausgleich ungse Commission dieses namliche Gesuch mit aller Genauigkeit geprüft und aussührliche Berichte darüber an ihre Committenten, verbunden mit dem Antrag auf deffen Berwerfung, erstattet hat.

Diefe lettere ift auch bem Untrage gemäß erfolgt.

Von Seiten ber Administrativ: Beborden ist also diese Angelegenheit bin: länglich gepruft und gewurdigt worden.

Es fragt sich baber nur noch: ob der Graf von Wiser berechtigt gewesen seine wurde, seine Unspruche gegen seinen vorigen Regenten, wenn solcher bei der Regierung geblieben ware, im Rechtswege zu verfolgen, und ob ihm baber eine gleiche Befugniß gegen bessen Nachfolger zustehe?

Buvorberft muß bemerkt werden, daß ber Graf von Bifer gegenwartig in diefer hinsicht nicht mehr Rechte haben kann, als er zur Zeit der Abtretung ber Rheinpfalz gehabt hat.

Bur Zeit der deutschen Reichsverfassung gehörte es aber bekanntlich zu ben freitigen Lehren des Staatsrechts, in wie fern ein Landesherr berechtigt sen, seine Staatsdiener ohne vorhergegangene gerichtliche Untersuchung und Entsscheidung nicht nur vom Umte, sondern auch aus der Besoldung zu entlassen.

Ein allgemein verbindendes Reichsgeset hieruber, lag nicht vor.

Richtig ift, daß das Reichstammergericht den Landesherren diese Befugniß abgesprochen, und auf Rlagen solcher Staatsdiener seine Gerichtsbarkeit für gegründet gehalten, mas aber bis auf die neuesten Zeiten herunter viele Conztestationen veranlagt hat.

Indessen, wenn Großherzoglich Badischer Seits auch wirklich zugegeben wird, daß ein vormalig deutscher Landesherr keinem Staatsdiener sein Amt und seine Besoldung ohne vorhergegangenes Urtheil habe entziehen konnen; so ist doch diese Behauptung, theils nach der Natur der Sache und nach der Meinung der Schriftsteller, die solche aufgestellt baben, nur auf wirkliche Staatsdiener, und zwar aus Grunden, die in den ganz eigenen Berhaltenissen dieser Staatsburger: Classe zum Staate liegen, anwendbar; theils aber fällt sie offenbar da ganz weg, wo, wie in substrato, ein wechselseitiger Widers ruf oder Aufkundigung, sogar patentmasse, vorbehalten ist.

Reinem Regenten ist es aber je verwehrt worden, über fluffige Penssionen und unnüße Bepfründungen, die sich in früheren Zeiten eingeschlichen batten, zur Erleichterung der Unterthanen aufzuheben, besonders wenn sie, wie die gegenwärtige, nur auf Widerruf verliehen waren, und eine derartige Maasregel konnte um so weniger in jener schweren und vershängnisvollen Lage verdacht werden, in welcher sich zu der Zeit, als sie anges wendet wurde, die diesseits rheinische Pfalz befand.

Der Graf von Biser behauptet zwar in seiner Denkschrift, baß ihm diese Oberamtmannsschelle wegen seiner dem Lande geleisteten Dienste gegeben worden sen: allein, da er die ihm als Hofgerichtsrath und Hoffammerrath in Mannheim ausgeworfen gewesene Besoldung gegenwärtig als Pension forts bezieht, so fällt auch dieser Grund hinweg.

Man glaubt baher Großberzoglich: Badischer Seits eben fo wenig, bem Grafen von Bifer eine Entschädigung ober Penkon schuldig zu seyn, als daß biese Sache zu einer gerichtlichen Erdrterung und Entscheidung geeignet sew. Indessen muß bemerkt werden, daß Baden nicht allein, sondern daß auch die abrigen herren Theilhaber der Rheinpfalz hierbei interessirt sind.

§. 115.

Garantie bes Grundgesetzes ber landständischen Berfassung bes Kurftenthums hilbburghausen.

Der Herr Gesandte ber Großherzoglich, und herzoglich, Sachsischen Sauser: In der dießjährigen 7. Sitzung ist bereits, bei Gele, genheit der Erklärung über den Großherzoglich Medlenburgischen Untrag, von mir vorläufig angezeigt worden, daß man sich in hildburghausen mit einer neuen Organisation der alten landständischen Verfassung beschäftige, die ich bald zur Garantie überreichen zu können hoffte.

Dieses Geschäft ist nun durch das traftige Zusammenwirken des Regenten und ber Stande beendigt, mit aller Zufriedenheit die Modificationen und Bersanderungen, welche die in einem Zeitlauf von Jahrhunderten so sehr verans derten Verhaltnisse und Ansichten zu empfehlen schienen, verabredet und ein bestimmtes Grundgesetz entworfen worden, da zuvor Manches nur auf Herkoms men beruhete.

Von des Herrn Herzogs zu Sachsen Sildburghausen Durchlaucht habe ich den Auftrag erhalten, dieses Grundgesetz der hoben Bundesversammlung zu überreichen und dahin anzutragen, daß der durchlauchtigste Bund geruhen moge, die den Standen versprochene Garantie des Grundgesetzes der landschaftlichen Verfassung des Fürstenthums Hildburghausen zu ertheilen und deren Aufrecht: haltung zuzusichern.

Bei dem Borhandensenn einer bewährten, durch Alterthum ehrwurdigen, landschaftlichen Ginrichtung schien es Höchstdenselben, selbst für die Haltbarkeit des neuen Verfassungswerks, nothwendig, bei dessen Errichtung den alten Rechts: stand möglichst beizubehalten, und, diesen zur Grundlage nehmend, nur ente widelnd und fortbildend zu Werke zu geben.

Was zu bem Alten neu hinzugekommen ist, beruht eines Theils auf ber Ueberzeugung, daß die Landesverfassungen und der deutsche Bund den deutschen Unterthanen und dem Bestande der Lander eben die Vortheile und Sicherheit gewähren mussen, welche ihnen die durch die Unbill der Zeit entrissene Reiche, verfassung verburgte, und daß besonders kleinere Staaten, welche nicht alle Theile des Organismus aufnehmen konnen, der in größeren einen regelrechten Sang für alle Zeiten sichert, ihre festeste Stüße in landständischen Einrichtungen und in einem Gemeinwesen sinden mussen, welches, Fürsten und Bolk innigerverbindend, letzeres zur verhältnismäsigen Theilnahme an den, sein Interesse am meisten berührenden Angelegenheiten des Staatshaushaltes beruft. Auf der andern Seite haben aber auch die Erfahrung und die Geschichte des Herzoglichen Hauses Bedürfnisse entwickelt, welche bei einer durch verschiedene Anlässe drinz gender gewordenen Berbesserung nicht unbeachtet bleiben konnten.

Des herrn herzogs Durchlaucht find babei zwar von ber Ansicht ausges gangen, baß die Ausführung bes Artikels 13 Der Bundesacte sich überall nach ben eigenthümlichen Bedürfnissen gestalten musse, haben aber doch keineswegs ben Bunfch aufgegeben, in dieser wichtigen Angelegenheit für alle beutschen Bundesstaaten, zur Bethätigung des alle leitenden gleichen Geistes, gewisse Grundlinien angenommen zu sehen.

Sierauf murde einhellig

beschloffen:

- 1) bas überreichte Grundgefet in dem Bundesarchive zu hinterlegen und
- 2) auf den Antrag, wegen Uebernahme der Garantie desselben von Seiten bes durchlauchtigsten deutschen Bundes, die Instructionen der hochsten Committenten einzuholen.

9. 116.

Gesuch ber noch übrigen beutschen Domcapitularen von Strads burg, um Verwendung bei dem Konigliche Franzosischen Gouvernement, zu Erwirkung einer angemessenen Suftenstation.

Der Ronigliche Sannoverische herr Bundesgefandte, von Martens: erstattete Bortrag über Die im Jahr 1817 unter 3. 287 eingefome

mene Reclamation, worin der Graf von Konigsegg: Rothenfels für sich und Namens der noch übrigen deutschen Domcapitularen von Strasburg, um Berwendung der hoben Bundesversammlung bei dem Koniglich: Franzosischen Gouvernement, bittet, damit ihnen von demselben eine verhältnismäsige Gusten: tation bewilliget werden moge.

Nachdem der herr Referent ben Inhalt Diefer Borftellung mitgetheilt hatte, aufferte derfelbe fein Gutachten babin:

daß so wenig die Rechts, und Billigkeitsgrunde der Bittsteller zu verkennen waren, wenn sie wunschten', daß das jetige Koniglich: Franzosische Gouvernes ment, so fern es auch jett noch einen Theil der ehemals zum Bisthum Strass burg gehörig gewesenen Guter besitze, zum Theil zur Versorgung der schuldlosen Strasburger Domherren beitrüge; so sen gleichwohl diese Sache zu einer Verswendung von Seiten der Bundesversammlung nicht geeignet, indem die reclas mirten Pensionen nicht zu benjenigen gehörten, welche in dem Reichsbeputationss Hauptschluß vom Jahr 1803 ihren Grund hatten, auch die Bittsteller sich vorsmals bei der transrhenanischen Sustentations Casse nicht gemeldet hatten.

Als Unterthanen eines oder des andern deutschen Bundesstaats, konnten sie bei ihrer Landesherrschaft die Berwendung bei Frankreich, oder eine Aufsforderung an die Bundesversammlung, sich ihrer anzunehmen, bewirken.

Rach biefer Unficht glaubte ber herr Referent, sepen bie Bittsteller abs und allenfalls jeder berfelben zunächst an feinen Landesherrn zu verweisen.

Sammtliche Stimmen traten dem vortragenden herrn Befandten bei; baber

Beichluß:

Daß die noch übrigen deutschen Domtapitularen von Strasburg mit ihrem Gesuche um Verwendung ber Bundesversammlung bei dem Königlich Franzosi-schen Gouvernement, zu Erwirkung einer angemessenen Sustentation, abzuweissen seinen derselben jedoch unbenommen bleibe, sich deßfalls an seinen Landesherrn zu wenden.

G. 117.

Gefuch ber Anna Maria und Maria Abriana be Jarbin, um Berwendung bei Seiner Majestät bem Konig ber Nieber: lande, Großherzog von Luxemburg, wegen Fortsetzung ihrer Pension.

Ebenberselbe: trägt bas im Jahr 1817 (Zahl 269) vorgekommene Gesuch ber Anna Maria und Maria Abriana be Jarbin, um Verwendung bei Seiner Majestät bem König der Riederlande, Großherzog von Luxemburg, wegen Fortsetzung ihrer Penston, vor, und erörtert aus dem Inhalte dieser Schrift, daß es zwar nicht an Gründen des Nechts und der Menschlichkeit sehle, welche zu Gunsten dieses Gesuches sprächen, daß aber, da keine der Beziehungen einträten, aus welchen sich die Bundesversammlung solcher Pensto; nare annehmen könnte, diese ihre Verwendung nicht angedeihen lassen durfte; es wurden daher die Bittsteller abzuweisen seyn.

Unter allgemeiner Zustimmung wurde hierauf

beschloffen:

daß Anna Maria und Maria Adriana de Jardin zu Luxemburg mit ihrem Gesuche um Verwendung bei Seiner Majestat dem König der Nieder: lande, Großherzog von Luxemburg, wegen Fortsetzung ihrer Pension, abzus weisen seyen.

§. 118.

Gefuch bes ehemaligen Bischoflich: Wormsischen Domvicars Gern, wegen Pensions: Rudftand aus der transrhena: nischen Gustentations: Casse, auch Erhöhung seiner Pension von dem Großberzogthum hessen.

Ebenderselbe: legt bas Gesuch bes ehemaligen Bischöflich: Wormsischen Domvicars Gern (Zahl 332 v. J. 1817) wegen Pensions: Ruckstand aus ber transrhenanischen Suftentations: Casse, auch Erhöhung seiner Pension von bem Großherzogthum heffen, vor, und ist der Meinung, daß beide Forderungen, so wie sie Reclamant andringe, unstatthaft seven und eines zuruckweisenden Beschlusses bedürften.

- 1) Die Berbindlichkeit zur Zahlung ber 350 fl., vom 1. Juni 1815 an, fen von der transrhenanischen Sustentations: Casse auf die Besitzer der Wormser Lander auf dem linken Rheinufer übergegangen, und Supplicant mare daber
- 2) für ben Zeitpunct vom 1. Juni 1815 bis 1. Juli 1818 nicht eher aus ber transrhenanischen Suftentations: Case zu zahlen, als bis die dazu erforder: lichen Summen von Desterreich und Baiern, als damalige Besitzer des ermahn: ten Districts, entrichtet maren;
- 3) vom 1. Juli 1816 an, habe sich berfelbe lediglich an Seine Konigliche Hoheit ben Großherzog von heffen zu wenden; von Seite ber Bundesver: fammlung aber, konne bem Gesuche um Pensione: Erhöhung keine Folge geges ben werden.

Der Raiserlich Desterreichische und ber Koniglich Baierische Herr Bundesgesandte übernahmen es, von diesem Gesuche, wegen des in die Periode der gemeinschaftlichen Administration des am linken Rheinufer gelegenen Wormser Districts fallenden Pensions: Antheils, ihre Hofe in Renntniß zu setzen; worauf einhellig, nach dem Antrage,

beschloffen

murde: daß der ehemalige Bischoflich : Wormsische Domvicar, Johann Gern, mit feinen Forderungen, so wie sie angebracht worden, abzuweisen fen.

6. 119.

Gefuch bes vormaligen Raiferl. Pracifien bes Domftifts Trier, Freiherrn von Eich gn Langenwiefen, Penfion betreffent.

Ebenderselbe: giebt Kenntnis von der Vorstellung (3. 230 v. 3. 1817): des vormaligen Kaiserl. Pracisten des Domstifts Trier, Freiheren von Esch zu Langenwiesen, Pension betreffend, und aussert die Meinung, daß die Bundes, versammlung weder schuldig noch im Stande sep, die nachgesuchte Pension zu bewilligen, weil der Supplicant nicht zu denen, welche aus der transrhenanisschen Sustentations. Sasse zu überweisen gewesen, gehort habe. Ob demselbem überhaupt von dem Besitzer der Trierischen Lande eine Pension gebühre, ersehe man aus den Acten nicht, er sey daher auf alle Fälle an die in Coblenz nies

١

1

bergesetzte Commission zu verweisen, um bort seine vermeinten Unspruche geltenb zu machen.

Unter Ginverständniß fammtlicher Gesandtschaften mit biesem Antrage, wurde beschlosen:

bas Gesuch bes vormaligen Raiserlichen Pracisten, Freiherrn von Esch zu Langenwiesen, ab: und an die Commission zu Coblenz zu verweisen.

§. 120.

Gefuch bes Freiherrn von Buchenberg, ehemaligen Probsts zu Munfter, in Granfelben, um Verwendung wegen Pen: fions: Erhohung.

Ebenderselbe: aussert auf das von dem Freiherrn von Buchenberg, ehemaligen Probsten des Collegiatstiftes zu Munster, in Granfelden, unter Zahl 294 v. J. 1817 eingereichte Gesuch sammtlicher Mitglieder des erwähnten Colles giatstiftes, um Verwendung bei der Schweiz wegen Erhöhung ihrer von dem Canton Bern zu beziehenden Pension, daß die Bundesversammlung nicht erz mächtigt zu senn scheine, diese Verwendung zu bernehmen. Als Mitglieder eines Collegiatstiftes konnten die Bittsteller aus der transrhenanischen Sustenztations: Casse nichts erhalten, und senen daher auch nicht als solche unter den an die Schweiz überwiesenen Pensionars begriffen; und wenn gleich dieses kein Grund für die Schweiz sen, ihnen die sehr billig scheinende Erhöhung ihrer Pensionen zu verweigern, so sen dieses doch für die Bundesversammlung ein Grund, um sie lediglich abs und an die Schweiz zu verweisen.

Unter allgemeinem Einverständnisse mit dem Antrage, murde hierauf be fch loffen:

bie Mitglieder bes Collegiatstiftes zu Munfter, in Granfelden, mit ihrem Ges suche um Pensions: Erhohung abs und an die Schweiz zu verweisen.

6, 121.

Vorstellung bes hoffammerrathe Wigand, Pension betreffenb. (7. Sig. S. 33 v. 3. 1816.)

Eben der selbe: giebt Kenntniß von den Eingaben des vormaligen Worm, fischen Hoffammerraths und Regierungs Archivars Wigand (Zahl 200 v.

Jahr 1817 und Zahl 4 v. J. 1818) Pensions : Angelegenheit betreffend, und auffert, unter Rudweisung auf die fruheren Verhandlungen, sein Gutachten babin, daß Diesem Gesuche nicht beferirt werden konne.

Ganz nach Diesem Gutachten und nach dem eigenen Vorschlage bes herrn Referenten, murbe hierauf der einhellige

Beschluß

gefaßt :

Auf die von dem ehemaligen Hochfurstliche Wormsischen Hoffantmerrathund Regierungs Archivar Philipp Franz Joseph Wigand sub N. 14 de 1816 und 200 de 1817 eingereichten Gesuche, die Fortbezahlung und Erganzung seiner Pension betreffend, wird

- 1) so viel die in seinem ersteren Gesuche angeführte, angeblich Großherzogs lich hessischer Seits schuldenhalber verfügte Arrest Anlegung auf einen Theil der Großherzoglichen Pension von 600 fl. anbetrifft, derselbe mit seinem Gessuche von hier ab und lediglich an die Großherzoglich hessischen Behörden verswiesen;
- 2) so viel die aus der transrhenanischen Sustentations: Casse, ihm ausges worfene Zuschußpension anbelanget, demselben unverhalten, daß, nachdem das Minimum von 200 fl. demselben nunmehr bis zum 1. Juni 1815 wirklich bestahlt worden, die Ergänzung dessen aber, was ihm, gleich andern Pensionaren, an der anfangs bestimmten Congrua von 330 fl. abgezogen werden mussen, so wenig für ihn als für andere Pensionare, bis zu dem Zeitpunct ihrer Uebers weisung an die jesigen Besitzer des linken Rheinufers, statt findet; derselbe auch
- 3) mit gedachter Congrua von 330 fl. vom 1. Juli 1816, an Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Hessen überwiesen und von selbigem übernommen worden, derselbe dermalen bei der transchenanischen Sustentations, Sasse keine weitere Forderung, als die des Minimums für den Zeitpunct vom 1. Juni 1815 bis zum Juli 1816, zu machen habe, deren Befriedigung aber denjenigen Staaten obliegt, welche in diesem Zeitraum die Wormsischen Länder auf dem linken Rheinuser in Administration gehabt haben, und bei welchen deßfalls von Seiten der Bundesversammlung die nothigen Verwendungen bereits eingelegt worden, deren Erfolg von ihm abgewartet werden muß.

9. 122.

Gefuch bes ehemaligen Raiferlichen Praciften Joh. Bapt. 28. gand ju St. Martin in Worms.

(43. Sig. 5. 333. v. 3. 1817.)

Ebender selbe: legt die, unter Zahl 247 v. J. 1817 eingetragene Bitte bes vormaligen Pracisten Joh. Bapt. Wigand zu St. Martin in Worms, wegen Pensionsbewilligung vor, und, in Erwägung, daß die Bundesversammslung für den Reclamanten unmittelbar nichts thun könne, so sehr er auch Mitzleid zu verdienen scheine, wurde, nach dem von dem herrn Referenten gemacht ten Antrage, einhellig

beschtoffen:

daß der Bittsteller auf den am 14. Juli 1817 gefasten und am 18. befe felben Monats ihm mitgetheilten Beschluß lediglich zu verweisen sey.

6. 123.

Beschwerde des Factors Depp zu Friedberg, gegen die Herzoglich: Nassauische Regierung, wegen Besteuerung seiner Pension.

(36. Sis. S. 251. v. J. 1817.)

Ebender selbe: erstattet Vortrag über die Beschwerbe des ehemaligen Mainzer domcapitulatischen Factors Hepp zu Friedberg, wegen Besteuerung seiner Pension von Seiten Nassau's, und ist der Meinung, daß, da Nassau den Bittsteller mit seiner Beschwerde wegen dieser ausseuft geringfügigen Steuer, wosür derselbe auf andere Weise mehr als entschädigt worden, auf den Weg Rechtens gegen den Steuer-Fiscus verwiesen, Bittsteller jedoch denselben nicht betreten habe, nichts anders übrig zu senn scheine, als, mit Verweisung auf den Beschluß vom 24. Juni vorigen Jahres, den Bittsteller abz und Falls er nicht gemeint sen, sich dabei zu beruhigen, an den Weg Rechtens zu verweisen, allenfalls mit der Berwarnung, daß, bei weiterer Umgehung desselben, eine abermalige Beschwerde wider die Herzoglich-Rassausche Administrativ-Behörden bei der Bundesversammlung ohne weitere Erörterung zurückzegeben würde,

Unter allgemeiner Zustimmung zu biefem Antrage, wurde befchloffen:

daß Factor Hepp zu Friedberg mit seiner Beschwerde gegen die Herzoglich, Nassaussche Regierung, wegen Besteucrung seiner Pensson, abe und auf den Weg Rechtens unter der Warnung zu verweisen sen, daß eine weitere, mit Umsgehung der richterlichen Behörden, bei der Bundesversammlung eingereichte Besschwerde, in Unsehung dieses Gegenstandes, ohne weitere Erörterung demselben zurückgegeben wurde.

§. 124.

Beitrage zur Dedung ber Bundes: Canglei: Bedürfniffe. (19. Sig. S. 96. 22. Sig. S. 104. v. 3. 1813.)

Der Raiserlich Desterreichsche prasidirende herr Gefandte, Graf von Buolschauenstein, eröffnet, daß er, in Gemäßheit der in der 22. Sigung Dieses Jahres getroffenen Berabredung, zur Dedung der Bundess Canzleiwedurfnisse 2,000 fl. in die Bundescasse gezahlt habe; deßgleichen der Roniglich Württembergische herr Gesandte, Freiherr von Mangenheim, daß er denselben Betrag zur Bundescasse abgewährt habe.

Richt minder murde angezeigt, daß der herr Gefandte der freien Stadt Frankfurt fur Diefelbe 500 fl. zu gleichem Zwede abliefern werbe.

hierauf wurde

beschlossen:

daß die Beitrage von Desterreich mit 2,000 fl., von Württemberg mit 2,000 fl. und von Frankfurt mit 500 fl. in der Bundescasse-Rechnung in Gins nahme zu stellen seven.

G. 125.

Einreichungs, Protofoll.

Das Berzeichniß ber unter ben Zahlen 81 bis 91 in dem Ginreichungs; Protofolle eingetragenen Reclamationen wurde verlesen, und

beschloffen:

bieselben ber zum Bortrage ber Reclamationen gewählten Commission zus zustellen.

Die Bersammlung gieng sodann zur vertraulichen Besprechung über. Rolgen die Unterfdriften.

Verzeichniß der Eingaben. Fortsetzung bes Einreichunge Protofolls von Nro. 81 bis 91.

Nro. 81. Eingereicht ben 5. Dai.

Johann Wilhelm Remy, Handelsmann in Frankfurt: bittet wiederholt um balbige gerechte Erledigung seiner liquiden Schuldforderung an die Hochsfürstliche Nassaus Weilburgische, nun Herzogliche Nassauische Regierung zu Wiesbaden.

Nro. 82. Eingereicht den 8. Dai.

Elisabeth Begelin, Witwe in Maing: bittet, in Betreff einer Forberung von 601 fl. 56 tr. ihres verstorbenen Mannes an die Reiches Dperations. Casse für im Jahr 1796 und 1797 verfertigte Schlosserarbeiten, um gnabige Berucksichtigung und Zahlungsanweisung.

Nro. 83. Eingereicht ben 9. Dai.

Friedrich heinrich Uhmann, Pedell des ehemaligen Reichstammergerichts in Betlar: bittet um gnadigste Gewährung eines, für ten Berluft seines in 288 fl. bestantenen jahrlichen Gehalts angemessenen Aversionalquanstums, und um eine einstweilige gnadigst zu willfahrente Geltverabreischung aus dem Reichstammerzieler-Borrath, zur augenblicklichen Abhelfung seines großen Nothstandes.

Wro. 84. Eingereicht den 14. Dai.

h. Pierre, ehemaliger Kreis. Post birector in Lingen an der Ems, bermalen in Frankfurt: bittet um die hohe Vermittelung und Anempfehlung bei Sr. Majestat tem Konig von Preussen, ihn, als ehemaligen Beamten des Großherzogthums Berg, ter Theilnahme an den Begunstigungen des Patents von 1. August 1817 allergnadigst wurdig zu halten.

Nro. 85. Eingereicht den 15. Mai.

Dr. Chrmann in Frankfurt, ale Bevollmachtigter des handelemanns Peter Joseph Maurer zu Chrenbreitstein: übergiebt eine Forderung an bie Reiche. Operatione. Caffe von 18,164 fl. 9 fr., für im Jahr 1796 und 1797. gelieferte Eisenmunition, und bittet um Zahlungsanweisung.

- Neo. 86. Eingereicht ben 15. Rai.
 Die bevollmächtigten Deputirten ber beutschen Buchhandler: bitten um fraftigen Schutz gegen ben rauberischen Nachbruck durch ein allges meines organisches Geset, und empfehlen von neuem hoffnungsvoll diese Angelegenheit zur gnädigsten Gewährung.
- Wro. 87. Singereicht den 16. Mai.
 Dr. Schloffer in Frankfurt, als Bewollmachtigter des Grafen Franz Edmund von Coudenhofen: überreicht eine nachträgliche Erklärung, in Bestreff der Penfiones Angelegenheit seines Committenten als Maltheser Drbenes Ritter.
- Nro. 88. Singereicht ben 26. Mai, Fürst Friedrich zu Sayn-Wittgenstein: legt seine Ansichten über die Anlage von Kartoffeln-Fabrikate, Fabriken und das Mahlwerk, zum Besten für Armen-Fonds, zur hohen Einsicht vor.
- Nro. 89. Eingereicht den 18. Mai. Dr. Franz Passow, Professor ber alten Literatur in Breslau: übersendet zur hohen Ginsicht seine Schrift über bie hohere Bedeutung ber beutschen Turnkunft unter bem Titel: « Turnziel ».
- Nro. 90. Singereicht ben 18. Mai.
 Dr. Alef, als Bevollmächtigter bes ehemaligen Kurtrierischen Legationssraths Franz von Steffens in Trier: bittet wiederholt um balbige hohe Bersfügung in Betreff ber Regulirung des bem Reclamanten reich sgeset masig zukommenden Gehaltes und Zahlung der Rückfande von 1803 an.
- Nro. 91. Eingereicht ben 19. Mai.
 Dr. Euler, als Bevollmachtigter bes Reichsgrafen Constantin von halls berg, zu Schloß horft im Regierungsbezirk Duffelborf: überreicht eine Dents schrift im Ramen und Auftrag seines Committenten, ben Genuß ber bemselben reichsbeputationshauptschlußmasig angewiesenen, auf die Grafliche Sternberg is sche im Konigreich Burttemberg gelegene Abtei Schuffenried ausschließlich radicirten, ewigen jahrlichen Rente von 6,880 fl. betreffend, welche 15 Jahre unbezahlt geblieben, und noch zurückgehalten wird.

Sechs und zwanzigste Sipung.

Befchehen, Frankfurt ben 25ten Mai 1818.

In Gegen wart aller in der vorigen Sigung Anwesenden.

(Inhalt. §. 126. Auftrag ber Großherzoglich: Medlenburgifden Bofe an den Königl. Dänischen herrn Abgeordneten, Obersten von haffner, und der Großherzoglich, und herzoglich: Sächsichen häuser, an den Königliche Schofischen Abgeordneten, herrn Major von Mintwiß, jur Bahrnehmung ihres Interesse bei dem Militärs Comité. §. 127. Erflärung von Kurhessen, der 15ten und 16ten Stimme über die Erfüllung des 13. Artitels der Bundesacte, dann Beschluß, 1) wegen Uebernahme der Garantie des Medlenburgischen Staatsgeses über die Landesverfassung und 2) über die Erfüllung des 13. Artitels der Bundesacte. §. 128. Bahl einer Coms mission zu Ausgleichung der zwischen bem Perzoglichen hause Sachsen: Melningen und Sachsen: Coburg streitigen Sachsen: Coburg: Eisenberg: und Römhildischen Succession. §. 129. Reue Eingaben.)

6. 126.

Legitimation ber zu bem Militar: Comité abgeordneten Genes rale und Stabsofficiere.

(22. Sis. S. 108. 25. Sis. S. 112. v. J. 1818.)

Prafidium: eroffnet, ber Großherzoglich : Medlenburgische herr Bundesges fandte, Freiherr von Pleffen, habe angezeigt, baß Ihro Königliche Sobeiten Die Großherzoge von Medlenburg nicht gesonnen senen, von der Befugniß, einen

eigenen Officier zu dem hier versammelten Militar: Comité abzusenden, Gebrauch zu machen, wohl aber, bei dem Bunsche und der Absicht, daß Ihre Contingente mit dem von Holftein und Lauendurg, so wie mit jenem von Oldenburg, zu einer Division vereinigt werde, den Koniglich: Danischen Herrn Abzeordneten, Obersten von Haffnar, auch zugleich von Ihrer Seite bei dem gedachten Milistar: Comité bestellt und, zur Wahrnehmung Ihred Interesse dabei, beauftragt hatten.

Der herr Gefandte ber 12. Gefammtstimme: giebt gleichfalls an, bas Großherzogliche und die herzogliche Cachsischen hauser hatten bem Ronigliche Sachsischen herrn Abgeordneten, Major von Mintwig, Ihre Auftrage ertheilt. hierauf wurde

befchtoffen:

bas Militar: Comité burch ben herrn Prafibirenden hiervon in Renntnißt zu fegen.

§. 127.

Großherzoglich: Medlenburg: Schwerin: und Streligische Bers ordnung über die Mittel und Wege, um bei ftreitigen Fällen, in Angelegenheiten, welche die Landedverfassung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen; auch Erfüllung bes 13. Artikels der deutschen Bundesacte.

(58. Sig. S. 416. v. J. 1817. 7. Sig. S. 26. 9. Sig. S. 32. 11. Sig. S. 40 u.4 t. 13. Sig. S. 56. 14. Sig. S. 69. 15. Sig. S. 79. 17. Sig. S. 92. 22. Sig. S. 106. v. J. 1818.)

Rurheffen. Ueber die von Seiten des Großherzoglichen Saufes Medkenburg in Anregung gebrachte Erfullung des Art. 13 der Bundesacte bin ich angewiesen, folgende Erklarung nachzutragen:

An der Geneigtheit Seiner Koniglichen Hobeit des Rurfürsten, Ihre Unzterthanen in ten Senuß einer wohlgeordneten landständischen Berfassung zu setzen, bat wohl niemals gezweifelt werden konnen. Bekannt ist es, daß Sie, alsbald nach der Ruckfehr in Ihre Staaten, die alte landständische Versassung in hessen, mit einigen Modificationen und unter Vorbehalt der, etwa nach den Bestimmungen des Wiener Congresses erforderlichen Abanderungen, wieder hers

Befannt ift es nicht minder, auf welche thatige und liberale Beife AllerhochftGie durch Ihre Congres Gefandtichaft an ben Berathungen über alls gemeine Ginführung von Landstanden und Bestimmung ber Rechte berfelben Theil nahmen. Befannt ift es endlich, daß Gie unmittelbar nach Unterzeiche nung der Bundesacte ju fchneller Erfullung des darin enthaltenen Ausspruchs: e in allen beutschen Staaten werden Reprafentatio : Berfaffungen besteben », eine Commission niedersetten, um eine neue Landesverfassung zu entwerfen. Ungeachtet in Diesem Entwurfe, mit geboriger Rudficht auf Die geanderten Zeiten und Umftande, Die Borrechte der altheffischen gandstande moglichft beachtet und ben Standen überhaupt weit größere Rechte eingeraumt maren, ale die beffie ichen Landstande jemals gehabt hatten, fo glaubten boch die auf bem engeren Landtage im Jahre 1816 versammelten ftandischen Deputirten, benen jener Ents wurf unter ber Sand mitgetheilt murde, berechtigt gu fenn, noch weit großere Begunftigungen gu fordern, und veranlagten, sowohl burch Diefe übertriebenen Korderungen, ale durch ihr Benehmen im Allgemeinen, Geine Ronigliche Sobeit, jenen Landtag aufzulofen.

Unter diesen Umständen, und da die eingetretenen Territorial Beränderuns gen, besonders hinsichtlich der Fürstlich und Gräslich Jsenburgischen Standes herren, einer zuvor in Rurhessen nicht gekannten bevorrechteten Classe, ganz neue Verhältnisse herbeigeführt haben, deren nähere Bestimmung zuvörderst uns umgänglich nothig geschienen, so haben Seine Königliche Hoheit diese vor allen Dingen noch erst abzuwarten für zweckbienlich erachtet, werden aber auf seden Fall demnächst, nach eigenem Ermessen und nach den individuellen Verhältnissen Ihrer Staaten, auch Ihrerseits das Nothige anzuordnen nicht entstehen.

Holstein Dldenburg, Anhalt und Schwarzburg. Der im 13. Artikel der Bundesacte enthaltene Beschluß ist einmuthig von allen Buns desgliedern gefaßt, und keine Regierung wird absichtlich Einrichtungen verzos gern, für welche der freieste Wille sich offen und feierlich erklart hat. Als dieses von den meisten jetigen Bundesgliedern schon vor Errichtung des Bundes gesichah, mußte zugleich der in der Natur der Sache gegründete Borbehalt hinzuges fügt werden, daß den einzelnen Staaten die angemessene Einrichtung der standichen Berkassung, nach dem Charakter der Einwohner, den Localitäten und

bem herkommen überlassen bleibe. Auch ift bekannt, bag eben biese nothwens bige Rucksicht die so kurze und einfache Fassung des 13. Artikels veranlagt hat.

Da burch die politischen Beranderungen in Deutschland die Regenten fein neues Recht zur Regierung, Die Unterthanen feine neue Pflicht gum Gebors fam erhalten haben; ba ber Uebergang von einem politischen Buftand in ben andern ohne Berreiffung gegenseitiger Berpflichtung erfolgt ift; fo hat fich auch Diejenige Berschiedenheit der Verfaffungen der deutschen Staaten erhalten, welche ienen Borbehalt nothwendig machte. Gemeinschaftlich war Allen die Bewahrung gegen willführliche Gewalt, und ber Grundvertrag des deutschen Bundes beweiset binreichend, wie weit die Glieder beffelben von dem Gedanken entfernt find. auf die erlangte und befestigte Unabhangigkeit ein willführliches Regierungs. Suftem ju grunden. Aber aus ber Berfchiedenheit ber altern Berfaffung, in Berbins dung mit ben neuern Greigniffen, geht hervor, daß nicht überall berfelbe Dea gu bemfelben Biele und wenigstens nicht gleich leicht und gleich schnell fubren fann. 3ch enthalte mich, Bemerkungen hier zu wiederholen, Die in fruberen Erklarungen ausführlich und beffer entwickelt find, als ich es zu thun vermochte. Die Bundesacte hat fur Die Erfullung ihres 13. Artifele feine Zeit vorgefchrie: ben. Aber eben barum, weil feine Zeit bestimmt und weil es gewiß ber allgemeine Bille ift, daß bie unbestimmte Beit feine unendliche werde, haben alle Bunbesglieder fich bereitwillig bewiefen, einander von dem Fortgange einer Ungelegenheit in Renntniß zu fegen, Die fur Die Staaten Deutschlands und ihren innern Bestand, von bem auch die Rraft und die Festigkeit des Bundes ab: bangt, von der allerhochsten Wichtigkeit ift.

In den Oldenburgischen, Anhaltischen und Schwarzburgischen Landen ware eine landständische Verfassung bereits hergestellt, wenn es in der Macht der Regierungen allein gestanden hatte, die hindernisse zu beseiztigen, welche in besondern Verhältnissen liegen, und Schwierigkeiten zu überwinzden, ohne deren vorgängige Entsernung vielleicht wohl die Form, nicht aber das Wesen landständischer Verfassung gegeben werden konnte. In Anhalt besteht noch eine solche: aber ihre Verbesserung wird gewünscht, da der Lauf der Zeiten ihre ursprüngliche Gestalt gar sehr verändert hat. Die Regenten Anhalts, für das Wohl ihrer Unterthanen gleichgesinnt, haben ihr Absehen auf Vrotos, d. d. Bundesvers. V. Bb.

eine Uebereinstimmung in der Verfassung der Anhaltischen Landestheile gerichtet, die ohne Beachtung mannigfacher Rucksichten und ohne vorsichtige Einleitung nicht zu erreichen ist. Schwarzburg befindet sich in demselben Fall, und hat überdieß noch Territorial:Verhaltnisse auszugleichen gehabt. Schwarzburg: Rubolstadt hat bereits 1816 eine Verordnung wegen der Volken: tation erlassen, und man ist mit deren Ausschlung beschäftigt. Für die Olden: burgischen Lande, bei welchen gleichfalls zum Theil neu berichtigte Territorial: Verhaltnisse zu berücksichtigen sind, ist die landständische Verfassung durchaus neu, und es fordert reise Ueberlegung, um eine heilsame Einwirkung der versschiedenen Classen der Staatsburger zwedmäss und dauernd zu ordnen. Vielesist bereits vorgearbeitet, und ich zweisse nicht, daß die Vemühungen Seiner Herzoglichen Ourchlaucht bald mit erwünschtem Erfolge gekrönt sehn werden.

Ich trete baber bem Roniglich Preuffischen Antrage in ber 7. Sitzung Dieses Jahres bei.

Sohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburgelippe, Lippe und Walbeck. Die diesseitige Gesandtschaft vereinigt sich, in Rudsicht ber allgemeinen Unsichten über die Erfüllung des 13. Artikels, mit der Majorität der vorliegenden Abstimmungen, und wird ihrerseits nicht verfehlen, nach dem Antrage der Koniglich Preusischen vortrefflichen Gesandtschaft, von der Lage bieses Gegenstandes eine hohe Bundesversammlung in Kenntniß zu setzen.

Prafidium: wolle ben Entwurf Beschlusses vorlegen und vernehmen, ob nichts bagegen zu erinnern fen?

Der Entwurf wurde verlesen, und sammtliche Stimmen erklarten sich vollkommen damit einverstanden; baber

I. Die deutsche Bundesversammlung hat auf den in der 58. Sitzung bes vorigen Jahres von Ihren Koniglichen Hoheiten den Großherzogen von Medlenburg-Schwerin und Medlenburg-Strelit durch Ihre Bundesgesandtschaft gemachten Antrag beschlossen:

daß der deutsche Bund durch die Bundesversammlung den Inhalt des Große berzogliche Medlenburg : Schwerin : und Medlenburg : Strelitischen organischen Staatsgesetzes, über die Mittel und Wege, um bei streitigen Fällen, in Ans

gelegenheiten, welche bie Landesverfassung betreffen, zur rechtlichen Entscheidung zu gelangen, ganz nach dem Antrage dahin garantire, um alle Bestimmungen besselben, in welchen auf den Bundestag Bezug genommen worden sep, jederzeit aufrecht erhalten zu wollen.

11. Was hiernachst ben bei diesem Anlasse von Ihren Koniglichen Sobeiten ben Großherzogen von Mecklenburg: Schwerin und Mecklenburg: Strelit ausge; brudten Bunsch, wegen naherer Angabe über die Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte in den deutschen Bundessteaten, betrifft; so hat die Bundesversamm: lung aus den Erklarungen der Bundesgesandtschaften jener Staaten, welche durch die von ihnen angeführten unverwerflichen Grunde noch zur Zeit an der vollstandigen Erfüllung des 13. Artikels der Bundesacte verhindert worden, mit gerechter Veruhigung die Versicherung entnommen, daß die betreffenden Regierungen diesen Artikel der Bundesacte auf eine, seinem hohen Zweck angemessene Weise im Vollzie: hung zu bringen und dabei jede nicht in der Sache gegründete Verzögerung zu vermeiden, kräftigst entschlossen und bestissen sind, auch nicht unterlassen wollen, der Bundesversammlung binnen Jahresfrist die geeigneten Mittheilungen von den fernern Einleitungen in den ständischen Einrichtungen, von deren Fortgange und, wo möglich, von ihrem allerseitigen endlichen Resultate zu machen, welchen dieselbe sofort vertrauensvoll entgegensieht.

§. 128.

Ausgleichung ber zwischen bem Herzoglichen Hause Sachsen: Coburg: Meiningen und bem Herzoglichen Hause Sachsen: Coburg: Saalfeld streitigen Sachsen: Coburg: Eisenberg: und Rombildischen Succession.

Der herr Gefandte ber 12. Stimme, Freiherr von Bene brich, macht folgenden Antrag:

Von der Frau herzogin zu Sachsen-Meiningen Durchlaucht, ist mir eine Denkschrift, in Sachen des herzoglichen hauses Sachsen: Coburg: Meiningen gegen das herzogliche haus Sachsen: Coburg: Saalfeld, die Ausgleichung der Sachsen: Coburg: Eisenberg: und Rombildischen Erbschaft betreffend, zur Ueber: gabe und Vertheilung bei ber hohen Bundesversammlung und mit dem Befehle

zugesendet worden, bei Hochderselben bahin anzutragen, daß in dieser schon so an ge unentschiedenen Erbvertheilungs. Sache baldigst ein Vermittelungs: Ausschuß moge gewählt, und, wenn die gutliche Beilegung durch denselben nicht bewirkt werden sollte, diese Irrung durch ein Austrägalgericht, nach Vorschrift des 11. Artikels der Bundesacte und des unter dem 16. Juni 1817 gefaßten Beschlusses, rechtlich entscheiden zu lassen.

Hierauf vereinigten sich sammtliche Stimmen dabin, daß eine Vermittelungs Commission von drei Mitgliedern zu mablen sep.

Die Wahl wurde alsbald vorgenommen, und fiel auf die herren Bundes gesandten:

Freiherrn von Bangenheim, Freiherrn von Berdheim und herrn von Berg;

daher '

Beschluß:

Daß die Vermittelung zur gutlichen Ausgleichung ber zwischen dem herzogs lichen hause Sachsen-Coburg-Meiningen und Sachsen-Coburg-Saalfeld streitigen Sachsen-Coburg-Gisenberg: und Rombildischen Succession den herren Bundesges sandten, Freiherrn von Wangenheim, Freiherrn von Berdheim und herrn von Verg, nach Maasgabe des Beschlusses vom 16. Juni 1817, übertragen werde.

§. 129.

Einreichungs: Protofoll.

Das Berzeichniß ber neuesten Eingaben von Zahl 92 bis 98 murbe verlesen, und diese der zum Vortrage der Privat: Reclamationen erwählten Commission zuzustellen beschlossen.

Folgen die Unterschriften

Berzeichniß ber Eingaben.

Fortsetzung bes Ginreichunge: Protofolls von Rro. 92 bis 98.

Wro. 92. Eingereicht ben 22. Dai.

Dr. Begel in Frankfurt, als legitimirter Anwald bes Raufmanns Friedrich Christoph Moller und bes Badermeisters Johann Tafch in Marburg: übers giebt eine Borftellung, und bittet im Namen seiner Committenten um Schut in bem Besit erkaufter Deutsch-Orbens. Guterstude in Marburg.

IVro. 93. Eingereicht ben 22. Dai.

Der ehemalige ObersPrafect bes Mainzer Gymnasiums, Labrone, Prafect Martini und die übrigen noch lebenden Professoren, in Aschassenburg: bitten, in gnadiger Berucksichtigung ihres hohen Alters und ihrer Armuth, die höchsten Souveraine von Preussen und Kurhessen zu vermögen, ihnen die geringe Sustentation aus dem Exjesuitenfonds-Vermögen verabreichen zu lassen.

Wro. 94. Eingereicht den 22. Mai.

Dr. Franz Anton von Resch, vormals R. Preuffischer Landrath und Rammers Prafident zu Erfurt: überreicht, zur hohen Ginsicht und geneigten Burdigung, eine Abhandlung unter dem Titel:

«hulfevorschlage zur Aufhulfe bedrängter Menschen burch. allgemeine Bermehrung ber Getreides Ernten ic.»

Nro. 95. Eingereicht ben 23. Dai.

Dr. Chrmann in Frankfurt, als Unwald ber Erben bes Mofes Furth zu Offenbach: überreicht eine Forderung an die ehemalige Reiches Operastiones Caffe von 15,450 fl. 15 fr., nebst ruchtandigen Binfen.

Nro. 96. Dr. Alef, als Bevollmächtigter ber Eigenthumer ber Lubifchen Guter: wiederholt die Bitte um hohe Berwendung bei Gr. Majestat dem Konig von Danemart, für die Gewährung eines, ihren hergebrachten Rechten und Privilegien angemeffenen Rechtszustandes.

Nro. 97. Eingereicht ben 23. Dai.

Licentiat Andreas von Bostell, Bevollmächtigter ber Curatel bes Freiherrn Carl Reinhard von Gemmingen. Guttenburg: übersendet eine Borstellung und Abhasion zur Gräsiche von hahnschen Sache, die Gleichstellung ber Gläubiger ber ehemaligen mittelrheinischen Reichbritterschaft, in specie die Ansprüche der Curatel des Freiherrn Carl Reinhard von Gemmingen. Guttenberg an dieselbe, betreffend.

Nro. 98. Eingereicht ben 25. Mai.

Fürstlich Schwarzburg : Rubolstädtisches Geheimes Naths . Collegium: bittet, in Auftrag Gr. Durchlaucht bes Fürsten von Schwarzburg : Rubolstadt, in Betreff ber, auf ben im Jahr 1814 bestandenen Berband mehrerer herzoglichen und Fürstlichen känder in Thüringen gegründeten, Forderungen an die herz zogliche Regierung zu Coburg . hildburghausen und Meiningen, um gütliche Bermittelung, oder aber biese Angelegenheit durch verfassungs mässe rechtliche Entscheidung zur Endschaft zu bringen.

In halt

bes

fünften Bandes.

Geite

Behnte Sigung. Bar eine vertrauliche. Gilfte Sigung

5

6. 39. Abftimmungen bom Ronigreich Sachfen und bon Danemart, über die Militär, Berhältnisse bes deutschen Bundes. S. 40. Ers flarung bon Raffau über die Erfüllung des 13. Artitels ber beutschen Bundesacte; und Meufferung bes Roniglich, Ries derlandischen Gefandten über denselben Gegenstand. g. 41. Abstims mung der freien Städte über die Annahme der Garantie des neuen Grofbergoglich, Dedlenburgifden Staategefetes über Die Landesverfaffung. §. 42. Erflarung bon Danemart über den gegenseitigen freien Bertebr mit ben nothwendigften Lebens, bedürfniffen in den deutschen Bundesstaaten. §. 43. Erflärung bon Burttemberg über bas Gefuch der noch lebenden Mitglieder des ehemaligen Mainger Exjesuitenfonds wegen ihrer Suftentations : Beitrage von Burttemberg. und hohenlobe : Ingelfingen und Reuenstein. S. 44. Rachträgliche Ers flarung von Baben, über die Reclamation ber Rheinpfälzischen Staatsglaubiger Lit. D. G. 45. Penfionsangelegenheit bes Aurft bifchofe von Bafel und ben Dienerschaften des ehemaligen Sochftifts; auch Ungeige ber beffalls Raiferlich Defterreichifcher Seits ges fchehenen Berwendung bei den Schweizer Cantonen. §. 46. Bors trag über bas Rur , und Dberrheinifche Rreis , Denfions , und Schuldenwefen. S. 47. Borftellung des Reinhard ju Dublbach bei Eppingen, die nachtheiligen Birfungen ber Condominial. Berhaltniffe in bem Marktfleden Rurnbach betreffend. 6. 48. Vortrag über die Forderungen an die ehemalige Reichs, Operations, Caffe. S. 49. Bortrag über die Schuldforderung des Forft, bereiters Thielmann und ber Bauerichen Erben gu Modftabt, an das bormalia Grofherzoglich : Frankfurtische Departement Fulba. S. 50. Bortrag über das Befuch ber ebemaligen Rurpfalgifden Erbpachter ber Grafenquer und Demebofe um Beforderung ihrer Reclamation. §. 51. Bortrag über die Befcmerbe des Rittmeiftere von Altrod in Berlin, über den gegen ibn im Großherzogthum Medlenburg : Schwerin erfannten Concurs. J. 52. Bortrag über die Bitte

	8	ite
mehrerer Staatsgläubiger bes ehemaligen Fürstenthums Fulba, um baldige Res gulirung bes Schulbenwesens dieses getheilten Staates durch die angeordnete Ausgleichungs Commission. §. 53. Vartrag über die Pensionsforderung der Fürstlich Rassau, Saarbrückischen Reitfnechte, Johann Sarig, Rikolaus Weber und Rikolaus Braun. §. 54. Reue Eingaben.)	•	
Berzeichniß der Eingaben von Nro. 25 bis 33	•	3 9
3mblfte Sigung. Bar eine vertrauliche.		
Dreizehnte Sigung	٠	41
fehr mit den nothwendigsten Lebensmitteln in den deutschen Bundesstaaten. §. 56. Abstimmungen von Preusen, Baiern, dem Königreich Sachsen und der 15ten Gesammtstimme, wegen Nebernahme der Garantie der neuen Mecklenburgischen Bersordnung über die Mittel und Bege der rechtlichen Entscheidung in streitigen Fällen über die Landesversassung; desgleichen Erstlärungen von Baiern und Sachsen die Erfüllung des 13. Arstikels betressen. §. 57. Erklärung von Bürttemberg über die staatsrechtlichen Berhältnisse der mediatisirten vormaligen Reichsstände und die Erfüllung des 14. Artikels der Bundesacte. § 58. Antrag über das Gesuch der noch lebenden Individuen des Mainzer Erzesuitensonds. §. 59. Anzeige des vormals Größberzoglich Frankfurtischen Militär, Schneider Berak, wegen erhaltener vollkommener Befriedigung von Seiten der Freien Stadt Frankfurt. §. 60. Antrag über das erneuerte Gesuch der Erben der Mitslieder des ehemaligen St. Peterssistes zu Friglar, wegen eines Pensions, Müchtandes von Rurhessen. §. 61. Antrag über das Gesuch des ehemaligen Notars Fr. Förster zu Friglar, um eine Pension von Rurhessen. §. 62. Borlegung eines Plans der Bundessestung Rainz, von dem Herzoglich, Rassausschen Architekten und Bibliothekar Pundeshagen. §. 63. Rene Eingaben.)		:
Berzeichniß ber Eingaben von Mro. 34 bis 37	•	53
Bierzehnte Situng		54
6. 64. Abstimmungen bon Luremburg, den Grofbergogliche und	•	~ X
Bergoglich : Sachfifden Baufern, bon Dedlenburg, bann ber		
funfgehnten und fechgehnten Gefammtstimme über die Militar, Ber,	-	
paltniffe bes beutschen Bunbes. S. 65. Erflarung pom Große		
bergogthum Beffen über bie ftaaterechtlichen Berbaltniffe ber		
mediatifirten bormaligen Reichsftande und bie Erfüllung bes		
14. Artitele ber Bundesacte. 9. 66. Erflarung von Rurheffen,		
bann nachträgliches Gutachten und Befolug über die Angelegenheit		
ber Rheinpfalgifden Staatsglaubiger und Befiger ber Staats,		
Obligationen Lit. D. S. 67. Erflärung bom Großberjogthum		
peffen über ben gegenfeitigen freien Bertehrmit den nothmen,		

	Sette
bigsten Lebensmitteln in ben deutschen Bundesstaaten. §. 68. Erflärung von Aurhessen über die Pensionsangelegenheit der Mitglieder und Dies ner des Deutsch; Ordens. §. 69. Abstimmungen vom Großherzogthum Hessen und von der sechzehnten Gesammtstimme wegen Uebernahme der Garantie der neuen Medlenburgischen Berordnung, über die Mittel und Bege einer rechtlichen Entscheidung in streitigen Fällen über die Landesverfassung. §. 70. Bortrag über die transrhenanische Sustentations Cache. §. 71. Bortrag über die Meichestammerges richtliche Sustentations Cache. § 72. Bortrag über die Besoldungs, Reclamation des Königlich, Baierischen Kämmerers, Grafen E. Ih. von Bifer, gegen den Großherzog von Baden. §. 73. Reue Eingaben. §. 74. Osterferien.	
Berzeichniß der Eingaben von Nro. 38 bis 43	. 89
herzoglich Massauisches Patent, die Organisation der Lands	
stände betr	. 91
Funfzehnte Gibung	. 111
5. 75. Substitution bes herrn von Martens, für den Königlich, Preusischen, ben Königlich, Riederländischen, und den Gesandten der 13. Stimme; dann des Freiherrn von Plessen für den Königlich, Dänischen Gesandten. §. 76. Ab, stimmungen von Jannover, von Braunschweig und Nassau, und von den freien Städten über die Militärverhältnisse des deut; schen Bundes. §. 77. Erklärung von Deferreich über die zum deutschen Bunde gehörenden Provinzen und Kheile der Dester, reichischen Monarchie. §. 78. Fernere Erklärung von Desterreich über die Abfassung einer Bundes, Matrikel. §. 79. Abstimmung gen von Desterreich, Hannover und Württemberg wegen Ueber, nahme der Garantie des neuen Mecklenburgischen Staatsge, fetzes über Landesverfassung und über die Erfüllung des 13. Ar, titels; Zustimmung von Baden und Aurhessen zur obgedachten Garantie, unter Borbehalt der seinern Ubstimmung über die Wollziehung des rantie, unter Borbehalt der seinern Ubstimmung über die Wollziehung des 13ten Artisels. §. 80. Mittheilung von Preussen, die Pensionsangelegenheit des Fürstbischofs, der Geistlichen und Dienerschaft von Basel, und die verweigerte Uebernahme derselben von Seiten der Schweizer Cantone betresend. §. 81. Ertlärung von Baiern über das Rur; und Oberrheinische Kreis, Pensions, und Schuldenwesen. §. 82. Ertlärung von Dldenburg wegen der Streitigkeit über den Elsstether 3011, mit der freien Hanseladt Bremen, und die gütliche Bermitts lung oderrichterliche Entscheidung dieser Angelegenheit. §. 83. Reue Eingaben.	
Berzeichniß ber Eingaben von Nro. 44 bis 56	. 139
luszug Rescripts bes Roniglich , Preuffischen Staatskanzlers,	
herrn Fürften von hardenberg, an ben Roniglichen Be-	
fandten, herrn geheimen Staatsrath von Gruner ju Bern	. 142
Mustall & & Munhadhan V MA	

	Seite
Sechzehnte Situng	. 146
9. 84. Entwurf und Genehmigung des Befoluffes über bie erften	
Grundlagen ber Militarberfassung bes deutschen Bundes.	
6. 85. Beschluß über die Ausstellung zweier Ausschüffe zur weis eern Ausarbeitung der Militärverfassung des deutschen Bundes.	
Siebenzehnte Sigung	. 155
	• 100
S. 86. Abberufung des Königliche Rieberländischen Gesandten, Freiheren von Gagern, und Ueberreichung der Bollmacht des	
an feine Stelle getretenen herrn General, Majore, Grafen bon Grunne.	
§. 87. Babl eines Auefcuffes von fieben ber Bundesverfamm,	
lunge. Mitgliedern gur weitern Erörterung der Militarver,	
haltniffe des deutschen Bundes. S. 88. Ueberficht aller Pri,	
vatforderungen an die ehemalige Reichsoperations. Caffe und Wahl eines Ausschuffes zur Erstattung eines Gutachtens über	
diefen Gegenstand. S. 89. Bahl einer neuen Commiffion jur Beguts	
achtung der Pribat, Reclamationen. 9. 90. Erflärung bon Baiern	
über die Reclamation der Rheinpfälzischen Staatsgläubiger	
und Inhaber der Nartial Dbligationen Lit. D. J. 91. Erflärung	
von Baden über das Entschädigungsgesuch der ehemaligen Aurpfälzischen Erbs	
pächter der Gräfenauer, und Dembhofe, wegen erlittener Ariegsschäden. §. 92. Erklärung von dem Großherzogthum Bessen über die Erfüllung	
des 13. Artitele der Bundesacte; und Beitritt bon Braun,	
foweig und Raffau, zur Uebernahme ber Garantie des neuen	
Medlenburgifden Staategefepee über die rechtliche Entfoci,	
dung bon freitigen Fallen über die Landesberfaffung. §. 93.	
Reue Eingaben.	
Berzeichniß der Eingaben von Aro. 57 bis 61	. 181
Berzeichniß berjenigen Forderungen, melde nach Abichluß ber	
Reicheoperatione . Casse Rechnungen noch unberichtigt	400
	. 182
Anlage zu ber Koniglich Baierischen Erklarung, in Betreff ber	
Beschwerbesache ber Rheinpfalzischen Staateglaubiger und Inhaber ber Partials Dbligationen Lit. D	400
and Industrate humanical man p	. 189
Achtzehnte Sigung. Bar eine vertrauliche.	
Reunzehnte Sigung	405
	. 195
§. 94. Substitution des herrn von Lepel für den herrn Gefandten der ibten Stimme. §. 95. Prafidialantrag wegen Befoleunigung der Instructionen	
in Betreff der zu entwerfenden Bundes, Matrifel. 9. 96. Rechnung	
ber Bunbescaffe bom 1. Rob. 1816 bis babin 1817, und Babl einer Coms	
miffion gur Prufung berfelben. S. 97. Erflärung bon hannober über bie	
faaterecht lichen Berhältniffe der mediatifirten vormaligen Reich?	
ftande, und die Erfüllung des 14. Artifels ber Bundesacte. S. 98. Erflas	
rung bon Luremburg über den gegenseitigen freien Bertehr mit den	

	Seite
nothwendigsten Lebensmitteln in den deutschen Bundesstaaten. §. 99. Antrag des Sachsen : Weimarischen Gesandten wegen Pregsreiheit und Miß: brauch derselben. §. 100. Neue Eingaben.	
Bergeichniß ber Gingaben von Rro. 62 bis 66	. 208
Zwanzigfte Situng, und Gin und zwanzigfte Situng. Baren pertrauliche.	
Zwei und zwanzigste Sigung	. 210
9. 101. Substitution des herrn von Martens, für den Königlich, Sächsischen Gesandten, Grafen von Gört, und des herrn Senators Smidt, für den Gesandten der 17. Stimme. §. 102. Reue Bollmacht des Freiherrn von Leonhardi für die Fürstlich, Reussische Stimme, jüngerer Linic. §. 103. Ans zeige wegen Führung der 13. Stimme auf die nächstolgenden drei Monate von Braunschweig. §. 104. Commissionsbericht, in Betrest der Bundes Easse Rechnung und der neuen Zuschüsse zu derselben. §. 105. Ertlärung von Preussen über Entwerfung einer Bundes; Matriftel, und Angabe derjenigen Provinzen seiner Monarchie, mit welchen es dem deutschen Bunde beitritt. §. 106. Abstimmung von Baden und Luxems burg über den Großherzoglich; Medlenburgischen Antrag, wegen Ues bernahme der Garantie des neuen Staasgesets über die Bermitstelung und rechtliche Entscheidung in streitigen Fällen über die Laus des verfassung; auch Erfüllung des 13. Artisels der Bundesacte. §. 107. Ertlärung von Baden über die staatsrechtlichen Berhältnisse der mediatisiten vormaligen Reichsstände. §. 108. Legitimation der zu dem Militär; Comité abgeordneten Generale und Stabsossiciere. §. 109. Präsidium des Militär; Comité's. §. 110. Neue Eingaben.	
	. 223
Großherzoglich:Babische Berordnung, die Rechtsverhaltnisse ber vormaligen Reichsstände und Reichsangehörigen betr	. 226
Drei und zwanzigste Sigung, und	
Bier und zwanzigfte Sigung. Baren vertrauliche.	
Fünf und zwanzigste Situng	. 240
S. 111. Substitution des Herrn von Martens, für den Königlich, Rieder, ländischen Gesandten. S. 112. Legitimation des Königlich, Danischen Absgeordneten zu dem Militär, Comité. S. 113. Abstimmung von Bürttem, berg und der 16. Stimme, über die Bundes, Matrikel. S. 114. Erklärung von Baden über die Besoldungs, und Pensions, Ansprüche des Grafen von Bifer. S. 115. Garantie des Grundgesetzt der ländständischen Werfassung des Fürstenthums Hilbburghausen. S. 116. Gesuch der deutschen Domcapitularen von Strasburg, um Verwendung wegen Sustentation von Seiten Frankreichs. S. 117. Gesuch der Geschwister de Jardin, um Verwendung bei dem König	

	Seite
ber Rieberlande, wegen Fortlegung ihrer Penfionen. §. 118. Gefuch des Wormfer Dombicars Gern, wegen Penfions Rudftand und Penfions Echobung. §. 119. Penfions Gefuch des Raiferlichen Praciften, Freiherrn von Efc. §. 120. Gefuch des Probites, Freiherrn von Buchenberg, um Verwendung wegen Penfions, Erhöhung. §. 121. Borftellungen des Poftammerraths Bigand; §. 122. und des Präciften Bigand, um Penfion. §. 123. Beschwerde des Factors Depp, ju Friedberg, gegen Nasiau. §. 124. Beiträge jur Deckung der Bundes, Canglei, Bedürfnisse, §. 125. Reue Eingaben.	
Bergeichniß ber Gingaben von Rro. 81 bie 91	. 260
Sechs und zwanzigste Sigung	. 262
Bergeichniß ber Eingaben von Aro. 92 bis 98	. 269

- Alphabetisches Register

über bie

Protokolle der deutschen Bundesversammlung,

vom 5. November 1816 bis 16. Februar 1818,

und die Registraturen über die vertraulichen Besprechungen vor Eröffnung der Bundesversammlung,

vom 1. October bie 4. November 1816.

23d. I - IV.

(Die romischen Zahlen zeigen den Band an, die arabischen Ziffern die Seitens zahlen. G. Heffen bedeutet Großherzogthum Heffen. G. und H. Sachsen — Großherzoglich, und Herzoglich, Sachsische Hauser.)

A.

bberufung des R. Baierifchen Gefandten, Grafen von Rechberg, I. 230 u. des Arbrn. von Gruben, I. 242; des Aurhestichen Gefandten v. Carlebausen, II. 85; des Großbergogl. Badischen Gesandten, Frhrn. von Berstett, IV. 7; des R. Burtemb. Gesandten, Grf. v Mandelsloh, IV. 40. Ab jugsfreiheit, f. Nachsteuer.

Acreditirung des R. frang. Gefandten, Grafen Reinbard, bei dem deutschen Bund, IV. 20; des R. Großbrit. Gefandten, Frdr. gamb, IV. 82; und des R. Rus. Gefandten v. Anftett, IV. 157.

und des R. Auß. Gefandten v. An ft ett, IV. 157. Abresse der Bundesversammlung, I. 71. Agenten, deren Bestellung am Bundestag, und Ernennung einer Commission, III. 380. — Desfallsiges Commissionse Gutachten, IV. 49. — Gessuche einiger Advocaten um Anstellung, und Bessehlus, IV. 147. 291.

Mjuftirung der Prototolle, Prafidials Erinnerung degfalls. 1. 83.

Alef, Dr., Bevollmächtigter, f. Deutscher Orden. Alers, Borftellung wegen eines von der Beftphal. Regierung erfauften Braunfdweig. Lehne, III. 446.

MIlir, Reclam. gegen Rurheffen, wegen Entfegung aus bem Befige bes Gutes Freudenthal, III. 377.

Andre aifche Buchhandl. und Buchdruderei. Pros memoria derfelben wegen Drudarbeiten für die Bundes Canglei, I. 237.

Anhalt, Deffau, Bernburg und Rothen, Bermabrung ihrer Ansprüche und Rechte auf das Bergogthum Lauenburg, I. 11.

Anonyme Gingaben, follen nicht angenommen werden, I. 281.

An fichten, allgemeine, über die Gingaben bei der Bundesberfammlung, f. Gingaben.

An ft ett, v., S. Ruffifcher Gefandeer, f. Rufland. An we fen beit der nicht flimmführenden Gefandeen bon den Gefammtflimmen der engern Bundesbers fammlung, I. 234 — 236.

fammlung, I. 234 — 236. Appellation & Gerichte dritter Inftang, f. Dberidppellations Gerichte

Aretin, Frbr. b., Aeberreichung der R. Baieris ichen Bollmacht f. denfelben als Bundesgef., II. 193. Bortrag über das Gefuch des Frbrn. von Dalberg um Rückgabe des von Ofteinischen hofes zu Mainz, III. 83; Bortrag über die von dem Stadtvogt harich angebrachte Capital-Forderung der Bitwe Ars an das St. Bictorfift in Mainz, III. 358. IV. 53. Ar B, Witte, f. harich.

Miß mann, übergabliger R. G. Debell, II. 158. Ausich üffe, beständige. Erwähnung und Erörs terung in dem erften Prafidial-Bortrage, I. 56,

fichus ju Beftellung der Berbaltnife der Buns :sberfammlung und Bundesgefandtichaften mit der leien Stadt Frankfurt, und Bestimmung der Feiers chleiten am Lage der Eröffnung der B. B. 1. 225. Bedentlichkeiten bes R. Burttemb. Defandten, wes en des Ausbruds: Ausschuf und Rieber fegung on Musichüffen , I. 227. um über die Reihefolge der Gefcafte Gegenftande in Gutachten abjuftatten. Borlaufiger Prafidials Intrag ju einem folden, I. 60. Babl beffelben, . 81. G. auch Commiffion. iftragali 3 nft ang. Prafibialiantrag und Bes dug, barüber Berlag auf 8 Bochen gu nehmen, I. 93. — Abstimmung bon Defterreich, Preuffen, Baiern . Sannover , Aurheffen , Luremburg und Redlenburg, II. 214; bon Braunschweig und Rafiau , III. 21; bon den freien Stadten , III. 40; bon dem Ronigreich Sachsen und Burttemberg, III. 56; bon Baden, III 76; von Solftein: Lauens burg und Luremburg, III. 110 ; bon dem G. heffen, 6. und S. Sachfen, der 15. und 16. Stimme, III. 137; von Preuffen, III. 188. Beichluß hiers über, III. 208; Buftimmung von hannover ju dem Befdlug und Antrag auf eine Erlauterung, IV. 136. uftragali Berfahren, Rechtsmittel ber Rei flitution und Bollgiebungsordnung. Commiffions, wahl, IV. 158. u swartig e Berhalt niffe des deutschen Buns des. Commiffions Bortrag über die Reihefolge der Geschäfte, II. 34; Berlagnahme auf 8 Bochen, 11.93; Abftimmung bon Defterreich und Preuffen, II. 242; von Baiern, Sachfen, Sannober, Rurbeffen, G. und S. Sachfen, Raffau und Braunfdweig, III. 12; bon G. Seffen und Medlenburg, III. 33: von Burttemberg, III. 72; bon Luremburg, der 15., 16. und 17. Stimme, III. 121; bon Baden, Danemart und den G. und D. Sachfen, III. 153;

IJ.

Ginftimmiger Befchlug daruber, III. 194. G. auch

Drafibials Bortrag. I. 54. IV. 9 lusmanderungen nach Rordamerita; deffalls fige Erflärung des R. Riederlandiften Gefandten,

III. 150; nacheragl. Meufferung deffelben, III. 201. (uswanderungsfreibeit, f. Militarpflichtigf.
'Auvergne, be la Cour. Anfpruche deffelben auf das Bergogthum Bouillon, I. 163.

Barbaresten, f. Seeraubereien. arrois, Mitglied der ehemaligen Probftei Beifs fenburg, im Elfaß, Reclamation wegen feiner

Penfion, III. 422. 3 afel. Prafidial Angeige über die Ausfertigung eines Schreibens an die Schweizer Gidgenoffens schaft bom 15. Juli 1817, III 456 und IV. 69. Untwort der Schweiger Eidgenoffenfchaft b. 17. Rob. Bemertungen des Moniglich & Danibverifden Ges fandten hierüber, und Befchlug, IV. 56 und 74.

Segenantwort an die Schweizer Gidgenoffenschaft b. 2. Dec. IV. 81 und 97. Penfionegefuch des gurfts bifchofe, der Domberren und Dienerschaft; Bors trag des S. Dannover. Befandten bierüber. IV. 62. Prafibialiantrag und Buftimmung, den Fürftbis ichof bon dem auf fein Benfionegefuch gefagten Befalus in Renntnis ju feben, IV. 82. E. auch Buftentation.

Bauer'fche Erben ju Modftadt, f. Ehielmann.

Bectel, Borftellung wegen feiner Penfion, II. 151. Beder, Gefuch um Berforgung, III. 440. Beglaubigungsformel ber ben herren Ge fandten jugeftellten Abfchriften ihrer bei dem Buns

besarchib hinterlegten Bollmachten, I. 11. Behr, Borftellung wiber ben Rath ber fr. Stadt

Bremen, eine Souldface bett. IV. 214. Beister, Gefuch um reichsichlugmafige Denfion, und Befolus, von Seffen und Raffau Erflarung au fordern, III. 472.

Beitrage ju den Canglei , Bedürfniffen , f. Gelde vorschüffe.

Beitritteurfunden bon Burttemberg und Bas den. Berlefung derfelben, I. 225. Borlegung und Sinterlegung derf. in dem Bundebarchio, I. 29, 44 f. Betannemadung der Bundestageberhandl. und

Protof. durch den Drud, wird befchloffen, 1. 63 ff. 70. Belli, DR. M., geborne Buchler in Frantfurt, für fic, ihre Kinder und mehrere Intereffenten , Bors ftellung wegen Capital, und ginfenforderung an ben Rur , u. Dberrhein. Rreis, f. Rreisfculdenmefen.

Bentheim, Graf bon, Borftellung wegen einer Schuldvertheilung des Johanniters Ordens an Lins denkampf und Olfers, I 204; Ertlärung von Jans nover, III. 254; von Preuffen, III. 402. Bengelisternau, Graf v., Anzeige, dag von

Rurbeffen feine Denfione = Forderung erledigt fen , III. 50. S auch Staatsglaubiger , turmaingifche. Beras, Gefuch um Auszahlung rudftandigen Gols

des und AufenthalteiBewilligung in der Stadt Frankfurt , III. 304.

Beraheim, Frhr. v., Bollmachte, Ueberreidung für denfelben als Großherzoglich Badifchen Buns desgefandten , IV. 7

b. Berg, Gefandter der 15. Stimme. Unficht über die Befugniffe der B. B., in Rudficht auf Bore ftellungen und Gefuche von Privatperfonen, I. 89 : Bortrag über die Borftellung der Bitme Rief, I. 91: über die Bittichrift des Bevollmächtigten des Johanniter-Ordens, I. 101; über die Denfa fdrift des Oberamtmanns Babufchaffe, I. 123; über die Dentichrift des Frbrn. b. Munchhaufen u. die Reclamation Des Frhrn. von Bollmarth, I. 177. HI.177. über d. Dentichrift 8 Aurmaing. Staatsglaus biger , I. 208; über die Borftellung des S. C. Schweppenhaufer ju Frantfurt , I. 209; über die Borftellung des Octonomen Bilb. Soffmann ju Marburg, II. 7; Bortrag einer alleberficht der Breifel und Schwierigfeiten, welche fich bei der

Musführung des 18. Art. der B. Acte, in Anfehung der Aufbebung aller Rachsteuer ergeben tonnten », 11.36 : Bortrag üb. die Borftellung des Mar. b. Riefe und Ruble von Lilienftern, II- 117; über die Dents fdrift des Grafen b. d. Schulenburg, II. 121, III.65; über die Reclamation der Rurheffischen Domanens Raufer, II. 178. III. 492; über die Borftellung des Arbrn. bon Boded und Ellgau, wegen Pens fionei Rudftand des D. D. Commenthurs Frben. von Truchfes Rheinfelden, III.89; über die Resclamation des Raufmanns Sallei fleben, III. 342; über die Borftellung des Baron von Bouchcrorn gegen Rurbeffen , III. 376; über die Reclamarion Des Generalilieutenants Allir gegen Rurheffen, III. 377; Ueberreichung der Bollmacht für die ens gere Bundefrerfammlung und das Plenum, bon Holftein: Oldenburg, Anhalt und Schwarzburg für denfelben, IV. 42; Angeige wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Ober Appellations Gerichte für Die Anhaltischen und Schwarzburgischen gande ju Berbft , und Aebergabe des Publications Patente, IV. 66; Bortrag über die Bittidrift des Dberamts manns Mungen et Cons. , IV. 102.

Berlepfd, Frbr. b., Befdwerde gegen Rurbeffen, wegen berweigerter Lebnsjuftig, III. 476. IV. 210. Bermann, Borfellung wegen Unfpruch auf ben

Befoldunge Rudftand des bormaligen Reichstams mergerichts Archivars Grandrath , III. 402.

Berftett, Frbr. b., Grofbergoglich Badifder Buns desgefandter, Abberufung deffelben, 11. 7.

Berthonier, geb. Rath, Penfionsgefuch. Ertlas rung des R. Riederl. Gefandten, u. Befdlug, II. 169. Befoldungs Regulirung für das Canglei Ders fonale und die Dedellen. Bolltommene Beiftimmung fammtlicher Gefandten ju dem Prafidial Antrage

darüber , I. 236 f. 211. Befprechungen, vertrauliche, tor der Eröffnung der Bundesperfammlung und Aufnehmung einer Regiftratur über diefelben , I. 223; Praffidial Bors folag wegen Borbereitung der Gefchafte durch vertrauliche Sigungen und Commissionen, IV. 14.

Be per, f. Meiches Dperationes Caffe. Bobed u. Ellgau, Frbr. b., Special Bevollmach, tigter der InteffatiErben des D. D. Commenthurs, Frhrn, b. Eruchfes Rheinfelden, megen deffen Dens fionerudftande, III. 89; deffallfige Erflarung bon Baiern , III. 235.

Boudeporn, Frhr. b., Reclamation wegen Gins giebung des bon ibm in Rurheffen ertauften Guts Zmmichmbayn, III. 376.

Bouillon, Bergogehum. Anfpruche bon de la Lour d'Aubergne auf daffelbe, I. 163.

b. Brad, Gefuch um Unftellung od. Denfion, II.258 .-Befuch um Anweisung eines Bartgeldes oder Gras tification, III. 378. - Denfionsanfpruche ale ebes maliger Stiftsdechant ju Sunfeld, III. 483.

b. Braun, gurftl. Dobenlohefder Sofrath, Uebers gabe deffen Bollmachten bon den bormal. reicheftans difchen Baufern Bobenlobe, Raftell, Rechtern und Limburg, f. Standeeberren.

Braun, Procur. ju St. Stephan in Maing, Dens

fionsgesuch, II. 32

Braunfcomeig. Alers, wegen eines ertauften Lebns. III. 446. - Braunfdweigifde Unterthanen, wegen Berpachtungen und Beraufferungen unter der Beft,

phalifden Regierung, III. 447.

Bremen, mehrerer Burger dafelbit, Borftellung wegen freier Betreibung ihrer Professionen, III. 82, Untrag des Befandten diefer Stadt, auf eine guts liche Bermittelung oder richterl. Entscheidung ihrer Streitigfeit mit bem herzogthum Oldenburg, das Aufhören des Beferzolle ju Elsfleth betreffend; defe fallfige Erflarung bon Solitein Oldenburg ad ref. und Befchluß hierauf, IV. 112.

Brodmann, Bundes, Canglift, I. 211.

Brodler, Forderung der Erben deffelben an die Reichs Dperations Caffe, III. 444.

Buchholi und Sohn, in Lennep, f. Reiches Opes rations Caffe.

Bubring, Advocat ju Roftod, Reclamation Ramens ber altern Concursgläubiger des Oberjagermeifters

bon Moltte, III. 466.

Bundebacte, Borlegung derfelben, und Befchlug fie in dem Bundebarchiv ju hinterlegen und mit dem erften Protofoll abdruden ju laffen, I. 30-43 : Beis tritteurfunden von Burttemberg u. Baden, I. 225. 29. 44. Ratification der Bundebacte von fammtlichen Staaten, I. 28; bon Braunschweig, I. 126; bon Baden, I. 256.

Bundesardib. Bestimmung darüber in der pros viforifden Befdaftsordnung Art. IV., I. 71. Sins terlegung der Bundebacte, der Ratificationen und Beitritteurtunden, wie auch der Legitimationen und Substitutions Bollmachten in daffelbe. Siehe diefe

Mrtifel.

Bundesgefandte. Berbultniß berfelben ju der Stadt Frantfurt, I. 225. 228. 230. 232. Bundescanglei. Giebe Canglei.

Bundescaffe, f. Caffe und Gelbborfcuffe.

Bundestag. Eroffn. def. u. Zeierlicht. dabei. I 225. Bundestage Dronung. Prafibial Borfdlag jur erften Berathfdlagung über diefelbe, 1. 229. Erwähnung derfelben in dem erften Prafidial. Bore trag, I. 50. 55 u. 57. Berlagnahme auf drei Monate, jur Abstimmung über eine formliche Bundestageorde nung, I.75. G. auch Gefchafteordnung.

Bunde ever fammlung, engere. Uebergang ju berfelben, I. 65; deren Gefchaftewirkfamteit, III. 500. IV. 9, 44; Berhaltnig ju der Stadt Frantf., I. 225. 228. 230. 232 ff.

Buol: Schauenftein, Graf bon, Raiferl. Defir. Drafidial: Gefandter. Eröffnunge Rede der Bundes. berfammlung bon demfelben, I. 12 - 19; Erfter PrafidialiBortrag deffelben, I. 47 - 57; Subfite tutione Bollmacht für denfelben, 1. 59.

er fo eid, ehemal. Reicheftift, Bitte der Mitglies er beffelben um Erhöhung ihrer Penfionen, I. 242. 1 fcmann, f. Reiche Dperatione . Caffe.

ingleis Director. Befoldunge Regulirung für

benfelben, I. 236 f. ingleis Einricht ungen des Bundes. Genehmis jung der Berabredungen darüber bon Solftein und Redlenburg, I. 165; von Dannover, Braunfdweig u. Raffau, fo wie bon der 16. Stimme, I. 178; bon Baiern, I. 197; b. der 15. Stimme, I. 260; b. Bas ben, fo wie von fammtl. übrigen Gefandtich., II. 13. angleis Perfon ale des Bundes. Anftellung u. Entlaffung, I. 72. Prafidial : Borfolag jur Ers nennung der Individuen und Befoldungs , Regulis rung für diefelben , 1. 236 f. u. 211 f. - Prafidials Bortrag wegen Unftellung eines eigenen Drude Correctors, und deffallfiger Befdlug, I. 211 : - ibr Befuch um Theuerungsjufdug, III. 30.

Carlebaufen, Rurheffischer Bundesgefandter, Rede bei Eröffnung der Bundesberfammlung, I. 21. Babl deffelben als Commiffar in der R. R. Unges legenheit, I. 109; feine Bortrage, die reichstammergerichtl. Guftentatione Gade betr., I. 125. II. 39. -Deffen Unfichten üb. die Befriedigung d. Benfionare bon dem R. R. G., II. 57. - Ertlarung wegen

feiner Abberufung, II. 85.

Saffe des Bundes, borläufige Bildung u. einstweilis ger Borfdug, I. 237. S. auch Geldvorfduffe. Caffeler Burger u. handwerter, mehrere, Gesuch

um Bermittelung wegen erhaltener Beftph. Staate, pap. u. Rurhef. Schuld Capitalien, III. 374. IV. 146. Commiffion jum Bortrag der PrivatiReclamatios nen , bom Robember und December 1816, I. 76; bom Jan. bis Oftern, I. 261; - auf weitere drei Monate, II. 199 ; - und bis ult. Dec. 1817, III. 499 - vom Jan. bis Mar; 1818, IV. 159.

f. dae R. G. Befen , jur Prufung der actenmafigen Berechnungen, I. 109; jur Regulirung d. Penfionen pro futuro, Begutachtung der Rudftande u. jur Erorterung des Depofitenmefens zc. IV. 23.

- um ein gemeinschaftliches Gutachten über die pros vifor. Competengi Bestimmung abgufaffen, I. 191. - um über gleichformige Grundfabe ju Regulirung

d. Militar, Pflichtigf. ic. Bericht ju erftatten, II. 210. - um ein gemeinschaftliches Butachten über die Auf bebung der Befdrantung des gegenseitigen freien Bertehre mit den nothwendigften Lebenebedurfniffen abzufaffen, III. 48.

- jur Borbereitung einer Bundesi Matrifel, III. 97. - um ein Gutachten über die wirtfamften Bortebruns gen gegen die Raubereien der Barbaretten abzus

faffen , III. 234. - um Borfcblage über die Art der Bestellung der Agenten am Bundestage ju machen, III. 380.

- um über die Angelegenheit des D. und Joh. Dre dens Bericht ju erftatten, III. 430.

Commiffion, um das Saden. Rechteberhalenif ub. die Capital . Forderung mehrerer ehemals Rurmains sifchen Staateglaubiger an die Rente Lobned und den Boll Bilgbach aufzutlaren, III. 492

- jur Bermittelung des Streites zwifchen der Groff. Beffif. u. Bergogl. Raffauifden Regierung wegen Hebernahme eines Theile altheffif. Landes, und

Cameraliculden, IV. 25.

jur Bermittelung in der Befdwerdefache der rheins

pfalgifden Staateglaubiger , IV. 134.

- jum Berfuch der gutlichen Bermittelung der Greits fache zwischen dem Bergogthum Oldenburg und der freien Sanfeitadt Bremen, wegen Aufhebung des Eleffether Bolle, IV. 133.

- jur Begutachtung der Gegenstände in Betreff des gegen ein Ertenntniß der AuftragaleBnftang ergriffes nen Rechtemittels der Restitution 2c. , IV. 159.

- jur gutlichen Ausgleichung in der Schuldfordes rungefache des Rurf. b. Deffen an den Fürften von

Baloed, IV. 221. Commiffions Guta oten über die Entwerfung einer Bundes Matrifel, III. 433; - über die Reihefolge der Gefchafte der Bundesverfammlung, 11.33 : - über die proviforifche Teftfegung der Coms peteng des Bundestage, III. 174; - Gutachten u. Borichlage in Betreff der Seeraubereien der Bare barebten, III. 347; - über die Befellung bon Agenten, IV. 49; - in der reichstammergerichte lichen Guftentatione, Gache, II. 159; - wegen einiger über die Militar Pflichtigfeit, in Begies bung auf die Auswanderungs Breibeit ju treffens ben Bestimmungen , III. 54 ; — über die vollstäne bige Berftellung des freien Bertebre zwifden den de Bundesftaaten , III. 129; - über die Penfionen des D. u. Joh. Ordens, IV. 84.

Competeng der Bundesversammlung. Anfichten über die Befugniffe der B. B. in Rudficht auf Bore ftellungen und Gesuche von Privatpersonen, I. 89: Abstimmungen und Babl einer Commifffon, um ein Gutachten über die proviforifche Competeng.Besfimmung borgulegen , I. 188 - 192. Gutachten der Commission, und provisorische Annahme deffels ben; Umfrage und Abitimmungen darüber, III. 174; Abstimmung bon Baden, III. 212; bon dem G. Deffen, III 244; bom Konigr. Sachfen, III. 331; bon Rurheffen, III. 399; bon Sannober, IV. 135; u. von der 16. Stimme, IV. 161. S. auch

Prafidiale Bortragic. IV. 10.

Cordier de gernen, Dberfilieutenant, Gefuch wegen Ausmittelung einer Denfion, III. 421. Crome's, Prof. in Gief., Schrift : «Deutschlande u. Europens Staats : u. National J: tereffe», III 489.

Curiat: Stimme. Uebergang der 13. auf Raffau und der 17. auf Frankfurt, II. 69; der 13. auf Braunichmeig und ber 17. auf Bremen , III. 336 und 546; der 13. auf Raffau , IV. 147; der 17. auf hamburg, IV. 227, 230.

Cur. Stimmen der Standesberren, f. Standesb.

Dalberg, Frhr. Carl v., Gefuch um Rudaabe des

bon Ofteinifchen Sofes ju Mains, III. 83. Dang, Grfandeer der fr. Stadt Frantfurt, Boll. machtelleberreichung und Gintritt beffelben für die 17. Stimme der engern B. B., II. 73; f. Ungeige wer gen gubrung der 17. Stimme von Bremen, III.339. Dafer, Sauptmann, PenfioneiForderung an die

R. Frang. Regierung, I. 90.

Deloube, Prior bon Ralmedy, f. Malmedy. Deutscher Orden, f. Babnfchaffe, I. 123, 163; v. Rundhaufen, I. 176, 272; v. Boll. warth, I. 177, II. 177, IV. 290; v. Truchfeß, III. 89, 235. - Erflärung von Dannover über die Gefammt Denfions Regulirung der D. Ordenerits ter, III. 251; Ertlarung von Medlenburg, III. 295; vom R. Sachfen, III. 331; Borftellung Des Dr. Alef für mehrere D. D. Lands Commenthure und Commenthure, III. 339. IV. 290. - Ertlarung bon Preuffen und den G. u. D. Sachfen, III. 350; bon Aurheffen, der 16. u. 17. Stimme, III. 400; bon Defterreich, Baiern, G. Seffen, Solftein und Luxemburg, fodann Babl einer Commission ju Museinanderfegung diefer Benfionsi Angelegenheit, III. 423; Abstimmung von Baden, Braunfchweig und Raffau und der 15. Stimme, III. 457. - Coms miffione,Bortrag, und Befdlug jur Berlagnahme auf feche Bochen, mit Empfehlung an die betrefe fenden Regierungen, IV. 84; Abstimmung u. Babi lungeweisung von Preuffen , IV. 183.

Dictatur, oder Bertheilung abgedruckter Protos tolle, I. 71. Bestimmung wegen Legitimation der jur Fertigung der Abidriften ju verwendenden gefandts ichaftlichen Individuen, I. 229; Uebereintunfe, daß Riemand anderes, als der in wirklichem Staates dienste ftebe, ju derfelb. jugelaffen werden folle, I.231.

Diebl, Befdiverde wegen der an d. R. Baier. Steuers Caffe ju viel bezahlten Perfonal: Steuer, III. 257.

Dietfc und Sager, Advocaten in Friedberg,

Penfionegesuch, I. 277.

Diege, in Mannheim, vormal. General Mungwars dein, Benfione Gefuch, III. 29. Ertlarung von Baden und Balded, IV. 86.

Diege, in Bien, vormal. Generale Mungwardein, Borftellung wegen Befoldung und andern Gutha. bens bei der ehemal. rhein. Kreiscaffe, III. 28.

Domanentaufer, Rurhef., deren Reclamatios nen um Aufrechthaltung der von der Beftphal. Res gierung gemachten Antaufe. Umfrage, Vois u. Be-folug, II. 178; Berwahrung des Aurhes. Gefandten gegen den 2. Punct des Befoluffes, II. 186; Erflarung bon Rurbeffen, II. 236; Bortrag des Drn. Def. b. Berg über das neuangebrachte Reftitutionss Gefuch der Beff pha I. Domanentaufer. Umfrage, Votau. Befdluß, III. 492. S. auch hoffmann.

Domanentaufer, braunschweigische, f. Braune

fcmeig, Rungen und Diffeben.

del Dono, Canonicus des ehemal. Collegiats Stifts ju Spener, für fich und die übrigen Mitglieder, Bors ftellung wegen Bestimmung ihrer Penfionen, III. 122. Erflärung von Baden, IV. 23.

Drais, grbr. b., Abhandlung über die Preffreis beit, II. 159.

Drudarbeiten. Promemoria der Andreaischen Buchdruderei, I. 237. Befanntmachung der Pros totolle und Bundestageverbandlungen durch den Drud, I.63 ff. 70. 89.

Drud Corrector, deffen Anftellung, I. 211. Du Fay, Bitwe, Penfionegefuch, III. 360.

v. Ed el, Bitte um Bervollständigung feiner Befols dung , I. 249. Erflarung von Baiern und Lureme burg, I. 257; bon Baden, II. 52. Biederholtes Gesuch deffelben um Pensionei Erbobung, II. 140.

Eingaben bei der Bundesversammlung und allges meine Unfichten darüber, I. 89; follen nur in deutscher Sprache angenommen, auch die Belege, wenn fie in fremder Grrache abgefaßt find, in lleberfegung beigelegt werden , I. 164. Form der Beantwortung , I. 70; Anonyme Eingaben follen nicht angenommen werden, I. 281. S. auch Pris bati Reclamationen.

Eleflether Boll, f. Bremen. Ele, Graf, Befchwerde wegen borenthaltener Bes foldung bon dem Großherzogthum Deffen, III. 471.

Els, Grafin , f. Münfterbilfen. England, f. Großbritannien.

Erb, Mittheilung einer hodraul. Erfindung, III. 301. Eroffnung, feierliche, bes Bundestage. Beit fegung berfelben auf den 5. Rob. 1816, I. 225. Eröffnung der Bundeeberfammlung , I. 12.

Eroffnungs. Rede des prafidirenden herrn Ges fandten, Grafen v. Buoli Chauenstein, 1. 12 - 19; beggleichen von den Gefandten von Preuffen, Gache fen, Baiern, Sannober, Grofherzogthum und Rurfürftenthum Seffen, Luxemburg u. f. w. , I. 19.

Effen und Eborn, Fürstim Aebtiffin b., für fich, die Mitglieder des Capitels u. Die Dienerfchaft, Denfione Befuch . III. 167. - Prafidial Angeige wegen der im Ramen und Auftrag der B. B. gefches benen directen Berwendung bei dem Ronig der Riederlande, III. 390.

Exjesuitenfond, mainzer, s. Mainzer.

Enben, Frhr. b., R. Dan. Bundesgefandter, Bors trag ub. b. Gefuch des Ginnehmers Seibt, 111. 84 u. über die Boritellung der ehemal. Rurpfälzischen Erbpachter der Grafenauer . u. hemshofe , III. 85. Eprich, Bicariue, Entschädigungs Unfpruche an Defterreich, Rugland und die Soweig, I. 277.

gabrentopf, f. Reiches Operationes Caffe. Reierlichteiten und deren Anordnung, am Tage der Eröffnung der B. B. Ernennung eines Mus

uffes bon brei Mitgliedern über diefen Gegens md, I. 225. 237. ien. Beihnachteferien, bom 23. Dec. 1846 bis i. Januar 1817, I. 212; Ofterferien, bom 28. ary bis 28. April , II. 186; Sommerferien , b. Muguft bis 31. Det. , III. 500; Beibnachtsfesen bom 22. Dec. bis 12. Jan. 1818, IV. 148. i. auch Bertagung. tig, Bicarius ju Maing, Suftentations. Befuch, . 32. mas Peries, Graf, Schrift über den Ents urf der Bürttembergifden Berfaffung , IV. 143. :fter, Gefuch um Penfion b. Rurheffen, IV. 209. aipont, Domcapitular von Grablo, f. Malmedy. ant furt, freie Stadt. 3hr Berhalenif ju ber jundesberf., I. 228 und 230; Schreiben des Raths er freien Stadt Frantfurt an die B. B. und Bemerfungen darüber, I. 233; Gefuch um Frifts estimmung ju Beibringung ihrer Meufferung auf ie Beschwerbe der Judenschaft, ihre burgerlichen Rechte betr. , II. 172. anfreich. Antwort des Konigs auf das Rotis ications Schreiben der B. B., und Accreditirung). Ministere Grf. Reinhard bei d. d. Bunde, IV. 20. auenftein, adeliche Befellichaft. Bittidrift bers elben , hinfichtlich ihrer Rechte auf die Befegung iner bestimmten Anjahl Ratheftellen in dem Ges nat der Stadt Frantfurt, I. 206; nachträgliche Borftellung und Befchluß, dem Genat ju feiner Solugi Erflärung noch einen Termin auf 8 Bochen ju fegen, III. 540.

rech, R. G. Procurator, II. 158. :eiberg, Eleonora Frenin v., f. Munfterbilfen. reigugig feit, f. Nachsteuer, u. Abjugefreibeit. it larer St. Peterstifts, Mitglieder, Penfions rudftandsqued an Aurheffen von den Erben der

felben, IV. 210. uch 6, R. R. probifor. Caffier, Abfendung deffelben nach Beslar als Commiffar, IV. 240; deffen Bes richterstattung über die R. R. Gerichts Cuftentas tionseaffe, IV. 291.

ürft enwärt her, Frhr. b., Reclamationsgesuch um Auswirfung einer frang. Penfion, II. 253. ulba, Departement, Schuldforderung an daffelbe von Thielmann u. den Bauerischen Erben, II. 115.

Jagern, Frhr. b., A. Niederland., Gresherzogl. Luremburg. Bundesgefandter, Aeufferung über den erften Prafidials Bortrag, die Reihefolge der Gestichfete betr., I. 79; Cabinets Rescript des Rönigs der Riederl. an denselben, die transchenan. Sustentations Angelegenheit berr., I. 84. Note der Gesandtschaften von Baitern, Hannover, Bürttems berg u. Baden an den Frhrn. v. Gagern, in gleichem Betreff, und Antwort hierauf, I. 85 f.; Erflärung deffelben, die an die A. Niederl. Regierung übers wiesenen geiftl. Pensionisten betreffend, II. 168.

Sarantie der neuen landftändischen Berfaffung von Sachsen Beimar; wird angesucht und darüber abgeftimmt, I. 113; wegen Uebernahme derfelben wird beschoffen, an die Bofe u. Committenten zu berichten, I. 162; deffallige definitive Absimmungen und Beschlug, II. 103.

Sarantie des Medlenb. Staatsgefetes b. 28. Nor. 1817. Antrag wegen Uebernahme derfelben von Seiten des d. Bundes, IV. 107 u. 150; Abstimmung von Danemart, G. u. S. Sachfen, IV.

234; von Desterreich, IV. 246.

Seldvor fou ffe jum Bebuf der Bundes Cangleis Bedürfnisse. Genehmigung und Anweisung der felben v. Desterreich u. Rurheste., I. 58; v. Kupemburg u. der fr. Stadt Frankf., I. 82; v. R. Sachsen, G. Hesen u. der fr. Stadt Bremen, I. 88; von Burts temb., d. 15. Scimme u. d. D. Sachfen, I. 102; von Preussen u. Baden, I. 126; von Polstein, Meds lenburg, Lübeck u. Hamburg, I. 165; von Hannover, Braunschweig und Rassu, so wie von Lippe und Baldeck, I. 178; von Batten, I. 197; v. Pohens zollern-Hechingen und Reuß jüngerer Linie, I. 212; von Schaumburg. Lippe, Pohenzollern-Gigmaringen u. Liechtenstein, I. 251; von Reuß ält. Linie, I. 281.

Seneral: Landes Commiffariat, f. Abeinpfälzisches. Gergens u. Jordan, Camerale Aerzte zu Best lar, Hitte um Bergütung für verlorne Dienste Emos

lumente, II. 76. Serichte dritter Inftang, f. ObersAppellationes Gerichte.

Sefandtich afte, Rathe u. Secretare. Uns wesenheit derfelben bei ber erften Sigung u. Ers bffnung des Bundestage, I. 239.

Gefchaft egang bis jur vollendeten Ausarbeitung der Bundestage Ordnung. Prafidial Bortrag über die Rothwendigkeit einer deffallfigen Berabredung, I. 229. G. auch Prafidial Bortrag, I. 47, III. 500,

IV. 9, 43.
Seichäfte. Ord nung vorläufige. Präsidials Bortrag der Materialien z. Entwerfung derfelben, und Durchgebung der darin enthaltenen Frages puncte, I. 233; Berlesung der proponirten Präsis diali Aufähe und Abanderungen, und einstimmige Annahme zum Druck, I. 234; Annahme derselben bis zur Abfassung einer desinitiven Bundestages Ordnung, I. 65; Berlagnahme auf drei Bonate zur Abstimmung über eine formliche Bundestages, Ordnung, I. 75. S. auch Präsidiali Bortrag, I. 55, III. 500, IV. 10.

Gever, ju Maing, f. Reiches Dperationes Caffe. Glafer, ju Siegen, f. Reiches Operationes Caffe. Goll, Advocat ju Frankfurt, f. Agenten.

Golg, Graf v., R. Preufficer Gefandter, Legitis mation beffelben jur Zührung der R. Preufischen Stimme am Bundestage, I. 47.

Gombel, R. G. Procurator, II. 238. Grafenauer Erbpächter, f. Aurpfälzische. Grandrath, R. G. Archivar, f. Bermann. · Gries, Gefandter der freien Sanfestadt Hamburg, Angeige wegen Uebernahme der 17. Stimme auf

drei Monate, IV. 230.

Großbritannien. Antwort des PringeRegehten auf das Rotifications, Schreiben der B. B., und Accreditirung des herrn Miniftere Lamb bei dem

d. Bunde , IV. 82.

Gruben, Frbr. v., R. Baierifder Gefandter. Les gitimation deffelben, I. 230; feine Abberufung, I. 242; Abstimmung über die Competeng des Bum destags, I. 89; Bortrag über die Reclamation einiger fürftbifcofl. Bedienten in gulda, I. 98; über die Suftentations Angelegenheit der R. R. G. Individuen, I. 107; Rote an den R. R. prafidir. Drn. Gefandten, Die Ructablung des bon dem Grafen b. Reigersberg an das St. G. Perfonale gemachten Borfcuffes betreffend, I. 203. 213.

Grubel, Dr., Juftigbeschwerde gegen Sachsens

Beimar, I.91.

Dad, Gefandter der freien Stadt Lubed. Bortrag über die Comretens des Bundeftage, 1.89; über das Besuch des Doctor Grübel, I. 91; über die Befuche des Zürften von der Lepen und des Raufur. Sallereleben, I. 92; über den Anfpruch des Gottfr. Moris de la Lour d'Aubergne auf das Bergogthum Bouillon, I. 163: über die Bitte des Grafen ju Mordingen, Frorn. v. Delmftadt, I. 164; Bors folage ju gemeinnüßigen Anordn. u. d. gl. I. 278; Bortrag über die Bor ellung des Frbrn. von Bills weber ju Münfter, Schuldforderung an das Bers jogl. Saus SachfeniBildburghaufen betr. II. 11; aber bie Schrift bes Leutwart Schmitfon: aDie Bebr : und Schirmanftalt zc. », II. 44; Anzeige wegen Führung der 17. Stimme von der freien Stadt Frantfurt, II. 69.

Dag er, Abvocat in Friedberg, f. Dietic. richtung eines Obergerichts der fr. Stadte, I. 92. III. 342; wegen Befchlagnahme des Samburger

Eigenthums, I. 207. Sammer er, Frbr. von Sammerftein, Gefuch um Penfion, II. 254.

Danauer Bitmen . Baifen Caffe Intereffenten, Boritellung megen verweigerter Berausgabe eines Capitalienfonds, III. 439.

b. Sandel, St. Defterreich. Sofrath. Ernennung deffelben jum BundescangleisDirector, u. Gehaltes

Regulirung, I. 236 f. Sarbord, Gefuch um Bermendung wegen Rud erftattung feiner Caucion nebft Binfen, IV. 212. Sarid, ju Bifchoftheim, Forderung Ramens feiner

Schwester, der Bitme Arg, wegen eines dem St. Bictorftift ju Dai & dargeliebenen Capitals, III. 358; Erflarung von dem Groff. Deffen, III. 435; Ertlarung von Raffau, IV. 28; Bortrag des R. Baierifden Gefandten, IV. 53; Erflärung bom Großh. Deffen u. Naffau, IV. 88.

hartwid, Adbocat ju Frantfurt, f. Agenten.

Seimbad, Sofrath, f. Rungen.

Belinftadt, Freihr. b., Graf ju Mordingen, Gefuch um Berwendung bei der frangofifden Regierung wegen Bollgiebung der ihm gunftigen Stis rulationen des gunebiller Friedens, I. 164; Ers flarung ben Baden über deffen Befuch, und Ber folug der Bundesverfammlung ju Gunften deffels

ben ju berichten, I. 210. Sendrich, G. und S. Sächficher Gefandter. Dentichrift, die Garantie des Grundgefeges ber lanbftand. Berfaffung bes Großbergogth. Sachien Beimar betr., I. 113. 128; Bortrag über die Borftellung des Frben. v. Beiler, I. 196; über die Beschwerde des Frhen. v. Rheine, I. 246. II. 155; über die Borftellungen der rheinpfals. Staateglaus biger , IP. 62.; Unjeige wegen Unordnung eines gemeinschaftl. DberiAppellatione Gerichte ju Jena, II. 12; Uebergabe bes deffallf. Bergogl. Sachfen. Coburgifchen Patents, die Promulgation der pros biforifden Ordnung betr., II. 210.

Sepp, Factor, Reclamation wegen Besteuerung feiner Penfion bon Seiten Raffau's, III. 258; megen bermermeigerter Penfionsgablung bon Geis ten Rurheffene, III. 362; wegen Berfürgung feis ner Dienftiemolumente bon Seiten des Großberg.

Seffen, IV. 137.

herrlein, Sofrath ju Regensburg, Gesuch um Bergutung decretmafiger Dienfts Emolumente, wors auf beschloffen wurde, ibm eine Gradification von 1700 fl. ju bewilligen, III. 87. Erflärung jur Bablungsanweisung bon Dannober, Defterreich, Preuffen, Baiern, R. Sachfen, Burttemberg, Rurbeffen , Solftein , G. u. S. Sachfen , Dedlene burg u. den freien Stadten, III. 256; bon G. Deffen, Braunfdweig u. Raffan u. der 16. Stimme, III. 343; bon Luremburg, III. 370; bon der 15.

Stimme, III. 403; bon Baden, III. 500. Seffen, Rurfurft, Schuldforderung an den Fürften bon Balded; Abstimmungen und Babl einer Bers

mittelungs Commifion , IV. 215.

Seffen Domburg, Landgraf, Aufnahme deffelt ben in den deutschen Bund, III. 368. 385.

Bobmann, Lieutenant, Borftellung megen Ente laffung aus Rurheffifchem Militar Dienfte, II. 176, b. Bogendorf, Anfrage wegen Benug frubes rer Emolumente, II. 157.; Angeige wegen deffen

Ableben , IV. 241 .. S. auch Rammergericht. Soffmann, Detonom, Befcwerde gegen Aurs beffen wegen Ausweisung aus feinem Eigenthum. Bortrag und Befchluß, ibn an feinen Landesberrn ju verweifen, II 57. Meufferung des Rurbeflischen Gefandren von Lepel uber den Befdluß, und Ges gen Erffarung der Bu desberfammlung, II. 124 u. 128; Deffen Darmftadt enthält fich ber Abftimis mung, II. 130. Rachträgliche Meufferungen von

G. heffen, guremburg und hannober, II. 132; bon Breuffen und Baden , II. 147; von Defters reich, mit Budimmung fammtlicher Geimmen, jedoch mit Ausnahme bon Rurbeffen u. G. Deffen, II. 194. offmann und Conforten, in Borth, f. Reiches Overations: Caffe offmann u Bafch, Fuldaer fürftbifch. Bedienten, Gefuch wegen Bore thaltung ihrer Penfionen, 1.98.

bolger, Bitme, Gefuch wegen des ihr theilweife bon den hohen Theilbabern der Rheinpfalz entzos genen Benfiousgehalts, II. 175. borir, Kaufhausmeifter ju Maing, Bitte um Ans weisung einer Pension, II. 169:

bumboldt, R. Dreufifcher Gefandter, Bemertuns gen über das Schreiben des Rathe der fr. Stadt Krantfurt an die Bundeeberfammlung, I. 234.

Innere Berhaltniffe des deutschen Bundes, I. 51. II. 34. III. 10. Johlinger Burger, Gefuch um Bollgiehung eines reichstammergerichtl. Urtheile v. 3. 1798 , III. 373.

Johanniter Drden. Bittschrift des Bevollmäche tigten deffelben, Frbrn. b. Pfürdt, um Erhaltung Biter, und Borforge für den Unterhaltung beiter, und Borforge für den Unterhalt der der maligen Mitglieder, I. 101; deßfallfige Eröffnung von Hannover, III. 253; Erklarung von Medlens burg, III. 298; von Preuffen, G. u. D. Sachfen und der 16. Stimme, III. 355; von Aurheisen u. den freien Sichten. ben freien Stadten, III. 401; Babl einer Coms miffion ju Auseinanderfegung diefer Denfione: Une gelegenheit , III. 430; Abstimmung bon Defters reich, G. Deffen, Solftein und Luremburg, III. 430 ; vom R. Sachien, III. 331. Erflärung bon Preuffen in Betreff der Bertheilung einer Schulde forderung von Lindentampf und Olfers an den 300 hannitersOrden (f. auch Bentheim), III. 402. Mbflimmung von Bgiern, Baden, Braunschweig und Raffau u. der 15. Stimme, u. deffallfiger Bes fclug, III. 457; Commiffione Bortrag, IV. 86. Jordan, Dr., Cameralargt gu Beplar, f. Gergens. Ifraelitische Gemeinde ju Franffurt am Main. Befdwerbe und Dentidrift, ihre burgerlichen Rechte und Berfaffunge, Berbaltniffe betreffend. Umfrage und Abstimmung , I. 170; Abstimmung bon Danemart, der 15. u. 17. Stimme und Bes folug, die Reclamation dem Ge at der freien Stadt Frankfurt mitjutheilen, jur Gegenaufferung

binnen zwei Monaten , I. 183. - Dentidrift und Frifigefuch Des Genats, u. Bes fclug, dem Senat einen Termin bon 6 Bochen jur Begenerflarung ju ertheilen , II. 172; Ers neuerte Reclamation berfelben und Befchlug, dem Senat noch eine Rrift von 8 Bochen gu meiterer Ertlarung ju geftatten, III. 438.

Rafeberger, f. Reichs Operations Caffe. Rammergerichts Suftenfation. Bortrag des R. Baier. Gefandten, grhrn. v. Gruben , auf 14 verschiedene Borftellungen bon R. R. G. Indivis duen, u. Babl zweier Commiffarien in diefer Unges legenheit, I. 107. - Untrage des Rurfürftlichs Deffischen herrn Befandten, wegen Leitung dies fer Angelegenheit, I. 125. - Berlagnahme auf 8 Bochen jur Abstimmung , I. 204. - Bortrag bes Medlenburg. Srn. Gefandten über gehn wertere Eingaben , I. 258. — Pedell Mfmann, Unters ftupungegefuch, II. 158. - Bitte der gwolf R. G. Boten um bolle Auszahlung ihrer Penfionen aus der Suftentations. Caffe, und Befchlug bierüber, II. 142. und Gefuch der funf übergabligen Boten, um Gleichstellung mit den vorhergehenden, und Penfione Anweifung von 200 fl. für jeden ders felben, II. 75. - Bote Gottfcalt, Penfiones Ges fuch, I. 257. II. 83. - Procurator Dr. Fred, Gefuch um Aufnahme in die Babl der proviforifd Penfionirren, II. 158: - Procur. Combel, Bitte um Bufchuf, II. 238 - Mergte Bergens n d Bordan, Bitte um Bergutung für verlorne Dienft : Emolumente, II. 76. - Pfennigmeifter von Dogendorf, Anfrage wegen der jur jedes maligen Deggeit nach Frankfurt unternommenen Reifen und baber genoffener Emolumente für fich und den Gegenschreiber, II. 157. - Protonotar Rrauf, Borftellung wegen Bertheilung der Dens fionisten unter die betreffenden Sofe, I. 259. Bestimmung feiner Laggelder, II. 43. — Laxeins nehmer Rreder, Bitte um Fortgenus feiner Penfion, I. 260. II. 74. - Lefer Marts, Ans trag um Bermehrung feiner Penfion, III. 200. -Canglift Molitor, Bitte um Aufnahme in Die Lifte der R. G. Cangleis Perfonen, I 260. II. 83. - Prafidialvoridlag, den commiffarifden Bors trag des Aurhefifden Beren Gefandten abzumars ten , und danach das Protofoll jur Abfimmung ju erbffnen , II. 23. - Bortrag des Surbeffifchen Gefandten bon Carlshaufen, nebft Untrag auf Borfchug bon 1/2 Kammergiel, IL 39. - Erffas rung bon Sobengollern, Lippe und Balded, wes gen Rammerzielerborfdug, und Befchlug, II. 41; bon Preuffen bon 3000 Rthir. und Solftein Lauens burg bon 1000 fl., II. 48; bon Rurheffen, 1/2 Rammerziel, II. 57. - Bortrag des Rurhefnichen Gefandten, Antrag auf einstweilige Bablung ber Penfionen und Befchluß, II. 57. - Borfchugbes willigung von Burttemberg u. Anbalt, bon 1/2 R. 3., II. 74; von der freien Stadt Bremen , 1/4 R. 3., II. 82; wim R. Sachfen 1200 Rtiple. , Sannos ber 1500 Athle. und Lippe 1/2 R. 3., II. 92; bon Raffau 500 fl., Sobenzollern Sigmaringen 1/2 R. 3. und pon der freien Stadt Frankfurt 500 fl., II. 110; bon Liechtenftein und Reuf jung, Linie

3/2 R. B. II. 142; bon Reuf alt. Linie u. Shaums burgstippe 3/2 R. 3. II. 159. - Beiterer Commifs fione Bortrag, fammt Rachtrag u. Tabellen, II. 159 - Borfcugbewilligung bon Braunschweig, 1/2 St 3., Luremburg 1000 fl. holl. und der freien Stadt Hamburg 1/2 R. 3., II. 164; bon Baiern 3000 fl. u der fr. Stadt Labed 400 fl., II. 198. — Ertlar. bon Baiern, II. 203. — Borfchuß bon G. u. h. Sachfen 1/2 R. 3., II. 211; b. G. Aeffen 1000 fl. III. 50. — Genepmigung der Vertheilung bon G. u. s. Sachfen, und Untrag, einen definitiven Befdluß ju faffen, III. 165; beffallfige Abftim, mung der 16. Stimme, III. 250; von Preuffen u. Baden, III. 265; bon Defferreich u. Rurheffen , III. 305. — Bortrag bes R. Sannöverischen Ges fandten über den Builand der Caffe u. Erigen; bis 1. Juli 1817, III. 318. — Abstimmung für die Bertheilung , bon Defterreich , Preuffen , Ronigreich Saufen , Dannover , Rurheffen , Danemart , & u. S. Sachfen, Braunfdweig und Raffau, Dede lenburg, der 15. u. d 16. Stimme, III 323; bon Luremburg , III. 370 ; bon Baiern , Großberjogth. Siffen und der 17. Stimme, III. 390. - Bericht des R. Bannoberifden Gefandten über fpecielle Abanderung, u. Befclug an den Pfennigmeifter v. Sogendorf, III. 393 u. 346. - Rachträgliche Abstimmung von Baiera u. G. Deffen, fodann definitiver Befalug und Beifung an die Pfennige meifterer gu Beglar, III. 407 u. 451. Radtrags liche Abstimmung bon Burttemberg, und Ertlas rung bon Baden wegen Arelieferung der Schulde fceine gweier Activiforderungen an ben Carton Ddenmald, auch Bertheilung des Bedlarer Archive und der Regiftratur, bierauf Gefchluf, IV. 21-Buftimmung bon Baben ju bem § 330 gefagten Befchluf. IV. 50. Abftimmung v. G. Seffen, wegen Munahme des Bertheilungeplans, IV. 66

Rammergerichts, Suftentations, Caffe. Auftrag ber Bundesverfammlung wege i Abfens bung eines Commiffars nach Beslar, ju Uchers nahme der Caffe, Obligationen und Papiere te., IV 226. Angeige des CangleisDirectore b. Dandel, dag er den t. t. provifor, Caffier Buche als Com= miffar abgefdidt babe, IV. 240. Berichterftats tung des Commiffare Fuche, IV. 291.

Ramp, ehemal. Nonnenflofter, Borftellung zweier Mitglieder deffelben, um Erhöhung ihrer Penfios nen , III. 473

Rebl und Sundheim, Dorf: Gemeinden, Borftellung wegen Kriegefdaden E. fat, II. 152.

Ris, Befcmerde gegen die Großbergoglich Deffifche Regierung , Beinlieferung betreffer d , III. 23.

Rieber, Dofrath ju Giefen. Siebe Agenten. .Alüber, in Münder, Inftruction für Landebichies der 1c., II. 254.

Rnecht, in Maing, Bitte um Berwendung megen Burudbezahlung feiner Dienstraution, II. 256.

Rraus, Epprior des Rarmeliters loftere gu Rrengs nach, Penfionegefuch, I. 244.

Rrauß, Rammergerichte Protonotar, I. 259. II. 43. Rreder, R. G. Bareinnehmer, I. 260. II. 74

Rreisfdulden: Befen, tur: u. oberrheinifches. Borftellung mehrerer Intereffenten, megen Fordes rung bon Capitalien u. rudftandigen Binfen, III. 412. S. aut Belli, Mogen, Diege u. Lynfer.

Rungen und Siemens, Domanen Pachter, Bes fewerde wegen Entziehung der bon der Beftphal. Regierung erhaltenen Dadte, III. 447.

Rungen, Müller u. Beimbach, Beschwerde, die Actenverfendung in der Rechtsfache, mit dem S. Braunfcmeigifden Rammer:Collegio betreffend, u.

Befdluf daruber, IV. 104. Rurmaingifche Staateglaubiger, f. Staategl. Rurp falgifche Erbpachter der Grafenauer : und Demehofe. Gefuch um Entschädigung für erlittene Rriegefchaden, III. 85. Erflar. b. Baiern, III. 29.1. Rurpfalgifdes General Landes Commiffariat, f. Rheinpfalzifches.

Lamb, Gefandter, f. Grofbritannien.

Landftandifde Berfaffung in ben deutschen Buis Desflaaten, I. 51; in dem Großh. Sachfen Beimar. Heberreichung des Grundgefeste, Erfuchen um die Garantie und deffallfige Abfrimmung, I. 113 u. 128 - 161; Befdluf der Berichterftattung darüber an die Sofe und Committenten , I. 162 ; Abftime mung uid Befchlun wegen Uebernahme der Gas rantie, II. 103. - Preuffen & Erflärung über landfländifche Berfaffung, IV. 230.

egitimation der herren Bundesgefandten. Die Bollmachten wurden im Bundebarchiv deponirt u. vidimirte Abschriften ausgefertigt , I. 11. S. auch

Vollmacht.

Lein ing en Befterburg, Graf bon, Bitte wegen der ihm auf dem linten Rheinufer gugeftandenen Emfchädigungs, Erganung. Defrallfige Erflarung von Baiern , und Befdluß hierauf, III. 477.

Leon bardi, grhr. v. , Gefandter der 16. Stimme. A jeige wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Dber Appellations Gerichts ju Bolfenburtel für Malded, Schaumburg,Lippe u. Lippe, I. 263. -Angeige in Betreff eines gemeinschaftlichen Doers Appellations Gerichts zu Bena für die Fürft! Renfis iden Lande, II. 36. — Heberreichung der Fürft. Baldedifden Bollmacht für denfelben, I. 232. Neue Bollmacht deffelben für die Fürftlich, Reuffifche Stimme, alterer Linie, II. 56. - Antrag megen Befteltung eigener Agenten am Bundestag, TII 580. b. Lepel, Legitimation und Bollmacht deffelben als

Rurbeffifden Bundeegefandten, II 92 - Erfilis, rung deffelben auf den Beidbluß über die Boritels lung des Defonomen Soffmann, nebft der Gege .

rfflwang der B. B., II. 124 u. 198. - Venfierung effelben in Berreff der Reclamation: den Beffphal. Domanen Ranfer , II. 236. ui bomgue; Bundes Canglift und Drudomrector, wert, Aurft, Defuch um Berftellnug feiner frühern Belibungen n. Entfchabigung, 1.94. mpierg, Aler, abeliche Ganerbichaft gu Frants furt a. D. Borftellung wegen Briegung einiger Rachkitellen , F. 120 , III. 437, IV. 44. ndentampf und Olfers, f. Bentheim. nden fem idt, f. Reichsoperations Caffe. af e's Abeinufer', ebemal. Staatsbiener daftibft's f. Staariblener. icil ii m., D. D. Commende, f. Babufchaffe. ittich, Fürftbifchofu., Menfionegefuch für fich die Dombetren u. Diener von therich u. Stable, 4.99. 11.27.24 f. - Erflürung bes Abnigs der Rieders Inibe wegen ber Penfionen ber Beiftlichkeit und Diener Deffelben, I. 81 ,84 ff. S aud Suffentation. prier, Befuch um Bebolie Rachachi. m. Penion, als ehemal. fur i n. oberrhem. Rreisbienen III. 362. राष्ट्रं कृषा एट 👫 अस्ते

m. gin nà 🕉 bu nig Rainger Staatsgloubiger f. Staatsglaubiger. - Erjefulten Fonde Individuen Berfions forderung an Blirttemberg, Pobenlobe Jineffingen u. Reuen. ftein, IV. 140. Sefric um Benfion, IL 32.

Raldus, Graf, f. Staatediener, weftelit. Ralme by in Stablo, Prior u Captenlaren dafelbft,

Penfionegefut, II 29.24 f. Penfionegefuch,

I. 244. Randelstob, Graf v. Legitimation beffelben als R. Burtrembergifden Bundesgefandten, 1.47.— Bortrag liber Die Borftellungen bes Frauleine von Schaffern gu Sanau, wegen Berfürjung bet Bens fion ihres Baters, IL. 113; über die Borftellung Des Platiadjutanten Bechtel ju Sanau, Penfion Betreffend, II. 151; über bas Gefuch der Deputirten von ben Dorfern Rehl u. Sundheim, Arfegefchis benierfag betr., II. 152; über bas Benfionegefuc Der Relicten des ehemal. Comittal Gefandten v. Mois leibed, Befoldungerudftand betr., II. 153; über bie Forderung ber Erbeir bes vorm. Rurrier geb. Rathe Bedbeder, III 363. - Abgang beffelben ale R. Bürttembergifcher Bundesgefandter, IV. 40.

Rarte, Rammergerichte Lefer , III. 200. Darfdall, Frbr. b., S. Raff. Bundesgefandter, Ungeige wegen Bubrung der 13. Stimme auf Die nachftfolgenden drei Monate (bis Ende Decembers) von Braunfdiveig , III. 338

9. Dartens, R. Dannoverifter Gefandter. Mbffims mung, Die allgemeine Unficht ber Privat-Reelas mationen und die Competeng der Bui defverfamme lung betr. , 1.89 u 90. - Bortrag über feche , Das Denfionemefen der überrbein, Geiftl. u. Dies

nerfcatt betreffenden Eingaben, I. 99; uber ber-fchiebeite Eingaben ber niedigtifuten bormaligen Reicheftante, I. 110; über die transrbenaufche Suffentations Caffe, 1. 192; Aber das Gefuch des Brafen v. Bei theim, I. 204; über das Gefuch der Mirgl. des ebemal. Reicheftifte Burfcheid, 1. 242; Drieter Borring in der manerhenanischen Guffens tarione Sache, II. 24; pierter Boetrag, II. 16 j. Angeige wegen Bubring der 13. Stimme von Raf fau', II. 69 und IV. 147

Dartin, Dr. u. Bevollmächtigter, f. Graatsglaus biger, cheinpfalgifche.

Maffenbad, Frbr. v., Dentidrift über feine Berweifung aus Beibelberg , IV. 55.

Matern, Gefuch um Aufnahme in die Babi ber Frantfurter Central Diener, und Penfione Bewils ligung , III. 372.

Matrital des Bundes. Defterreichifche Bunctation Guber Emmerfung einer Bundes Matritel, u. Babt einer Commiffion, III. 92. Erflarung b. Branne foweig und Raffau, von der 15. und 16 Stimme, III. 124; vom G. heffen, III. 228; bon Baiern u. S.u. h. Sachsen, III. 299. Commissione. Bericht, III. 433, S. auch Praficial, Bortrag 2c. III. 602, IV. 12.

Medlen burg: Sower in und Strelis, Bermahe rung ihrer Anfpruche auf das Derzogth. Lauenburg, L. 120 Berondnung über die Mittel u. Bege, um bei ffreitigen gallen , in Angelegenheiten , welche Die Landeeverfaffung betreffen, gur rechtl. Entidets dung gu gelangen, IV.107 u. 150. S. auch Garantie. Dt ediat ffir te, vormal. Reichsftande, f. Standes

heeven. Melita, borm. Aurmaing. RentemAffeffor, Venfiones

gefuch , I. 90. Mertel, Auffat über eine in allen d. Bundesflaas ten ginguführende gleiche Grundverfaffung, burgerliches und peinliches Befegbuch, u. gerichtliches Berfahren, I. 208.

Mergnicht, Rriegscommiffar, Gefuch um Giders ftellung feines patentmäfigen Gehaltes, III. 475.

Militar Pflichtig teit, in Beziehung auf die Auswanderunge Freiheit. Bemertungen hierüber von dem R. Riederland, Gefandten, II.58. — Commiffione . Babl um über die Grundfage einer gleichformigen Dificar Pflichtigleit zc. ein Gutache ten abgufaffen, H. 210. - Gutachten der Come miffion, HI. 54. - Abftimmung von Sannover und Medfenburg, III. 227; von Burrtemberg, III. 244; von Lummburg, III. 264; vorläufiger Befching bierüber, III. 262. — Anzeige wegen der noch ausgefesten Mbitimmung bom R. Gachfen, III. 399. - Erflärung bon Baden, IV. 238.

Milieam-Berbaltniffe des Bundet. Profidiale : Worfchlat, diefelben jum britten Berathichlagunge. Begenfrande:aufzuheben, I. 229. — Berlagnahme auf 8 Bochen pur Abrimmung über diefelben 1.75. Prafibial Matrag in Abstimmungen , hierauf Bei

folug wegen Befofeumgung bei Inffraetisten . 1. 269. - Defterreichifche Brovofition über die Grundinge bes beutichen Militar , und Bertbeis digungewefens, IV. 166, 195. - Preuffens Ans trag jur Inftrurtione Einbolung' und beffallinge Abstimmungen, IV. 173. — Erfidrung b. Baiern, Burtemberg, Baden, Rurbeffen, Großh. Beffen, IV. 247. S. auch Brufidial-Bortrag H. 7.51. IV. 12. Roller, ju Danau, Bitte um Fortbegabieng feiner früheren Befoldung , IH. 297.

Dordingen, Graf ju, f. Del mifatt. v. Mogen, Gefuch um rudffandigen Bolb, auch ginfen von einem oberrheinischen Areis Capitel. I. 248 — Erflärung von Raffau, II.68; von Bals ded, II.78, IV.87; von der freien Seate Franks furt, III.165; von Aurheffen, G. heffen, und Beichluß, IIL 441.

Molitor, Rammergeriches Canglift, 1. 260, II. 83. D. Mollen bed, ebemal. Comitiali Beldabter. Ges fuch ber Melicten deffelben, min Adhlung feines Befoldunas Mudftanbes, II. 153. Erflärung von Daunover und R. Sachfen, III. 255; von Deriffen, III. 530; von Aurheffen, III. 464; Angeige von Baiern, wegen Anweifung und Ausgablung des Die Krone Baiern treffenden Antheile jul Vi 24; Bablungeianweifung von Reuf alterer Einie, 13

guningsandering bei Beng intele gene, 19. 226, und von Reug jüngerer Linie, 19. 240,:
b. Roltle, Oberjägermeiffer, fi Bübeing.
Nüller, Buchhändler, Beidwerde gegen Kingeffen, wegen Eingriff in fein Eigenthum; III. 444.
Rüller, Wittve, ju Braunschweig, f. Aungen. Mind haufen, gribt, b., D. D. Landcommenthir.
Dentschrift u. Gefuch desselben, eine Interpresation

des Mrt. 15. ber d. Bundesacte befr., T. 176; Angeige der InteflatiErben von deffen Abiterben, I. 272. Runfter bilfen, vormal. gefürftetes Dantenfilft. Guftentationegefuch der Mitglieder deffelben, 21.28.

Durhard, Reclamation beffelben im Ramen der pormals Sonigl. Beftphal. Graatsbiener in Beireff ibrer Penfionitung , 1. 111.

Radbrud, f. Preffreiheit. Rachfteners und Abjugsfreiheit. Erläs rung von Sachfen Dilbburghaufen, Dolftein Dle denburg und Lippe, hierauf Umfrage und Bes folug jur Berichterftattung und Inftructionselins bolung , II. 16. — Bortrag des Beren Befandten bon Berg einer a Purjen lleberficht: bar Ameifel und Schwierigfeiten, welche fich bei ber Mubfihr rung bes 18. Artifele ber beutiden Bundebacce in Anfebung ber Aufhebung aller Rachftener ers geben fonnten», IL 36. - MbRimmung pon Preuffen und Baden, II. 49. -Benertanacu des Roniglich Ricderlandiften Befandten, II. 58. -Rachträgliche Abstimmung von Solfteine Oldens burg, IL. 77 . bon Birchemberm bietauf Balakginer

Commiffion gur Abfaffung eines Gutachtont über Die Grund flige der gleichformigen Militars Maichs tigfeit, in hinficht auf die Abjugefreiheit. IL 205. Berlafvahme, III. 54. — Abftammung bora Baiern, R. Sachfeu u. der 16. Stimme, III. 104; Don Rurheffen, III. 165; von G. u. . D. Sachfen, III. 192; von Samover, G. Seffen, Brauns fdweig und Raffan, bann Redleuburg, III. 214: b. Danemart, der 15. u. 17. Stimme the von Daker reid, III. 239. - Deffallfiger Befching, III. 262.

Ober:Appellations Gericht. Anjeige wes gen Errichtung eines gemeinschaftlichen Dbarimel. lation&Geriches in Belfenbuttel, für Braunschweig, Balded, Schaumburget:ppe u. Lippe, L. 263 u. 265. - Errichtung eines folden un Bena , ffer Die G. Randet, II. 22. - Datone pon den trajer. fünften Rond, II. 36. - Darent für bie Dergogi, Sachfens Coburgafchen Bande , IL 210. - Erinnerungen an jene Staaten , die noch mit ber Enrichtung jurud find. Erffarung hierauf bon Dedlenburg, Ans balt und Schwarzburg 711.315. Anzeige wegen Aprabaum einm folden oberften Gerichte ju Berbft, bie Demogliche Appateifden and Auftliche Gemarburgilden Lande, IV. 66.
b. D c 6, f. Staatsbiener, weithballiche.

Doen brimer, Befdwerde in Erbtheilungeiffinges legenheiten , III. 22. Digle ben, bebripflichtige Gemeindeglieder bafelbit, Reclamation und Beidwerde gegen die Derzogliche Brannfdweigifche Regierung wegen Richtanertene nung des Diflebener Bebnten Bertaufe upter ber Befrhäliften Regierung, III. 448

Dpfermann, f. Reicheoperationellaffe. Ermignt Drganif de Gefege d. deutiden Bundes. Ermignt m. erertert in dem Prafidiali Bortrage, I. 51, IV, 10.

Wedellen bei ber BundesiCanglet Befoldungs. Regulirung für diefelben u. Genehmigung, 11, 236. Dem fion iften, geiftliche, auf ban linten Abeim nfer. Siebe v. Gagern.

Benfions wefen der Deutschen und Johanniters Ordensmitglieder, f. Deutscher Drien u. Johans

Den fion & mefen, tammergerichtliches und Abers rheinifdes, f. Lammergerichte, Suftentation und Suffentation, transrhenanifche.

Penfionswefen, rheinpfdlaifdes, II. 174. Perfice. Graf von, Gefud wegen Benfeotruck ftand von Rurtoin und fünftiger Penfionsheipiffie gung . III. 424.

Wfardt, Frbr. von, Bepollmächtigter des Johane miteriOrdens, f. Johanniter Drben, Mbilipps burg, Gradt, Reclamation wegen siner

20 gongemine au gen p' Gefendutligere Hitagif.

laid , Canonicus des Sti Andreashifts in Worms, Befrich min Gultentation, und Befchlug barüber, **เมื่อใ**ช้ เหตุ อัง จุดน ม.จ. แต่ lenar . Berfammlung. Das Protofoll ders felben wird in der dritten Gigung nach Erledigung ber dafür geeigneten Gegenstände gefchloffen, um ju den Gefcaften ber engern Bundesverfammlung uberfugehen, 1. 65 :- wegen Anfnahme des Deren Landarafen von Deffein Domburg in den beutschen Bund, und deffallfiger Befdfuß, III. 368 u. 382. leffen, grbr. von, Groff. Redlenburgifder Befandter , neue Großh. Medlenburg Streligifche Bollmacht für benfelben, I. 78. - Allgemeine Ans fichten deffelben jur Beurtheilung der an die B. S. gebrachten Borftellungen und Emgaben, T. 89 Bortrag über die Penfionsgesuche des Hauptmanns Dafer und bes Rurmaing. RententAffellore Retta, 1. 90: über bas Gefuch bar ubetopfalg Genace. glanbiger, I: 91. 14. 643 Aber Die Borftellungen Des gr. Murhard, wegen Borforge file Die weftphal. Stanteblenes, und bes Doffammerrathe Biganb, wegen rudftandiger Penfion . I. 111: Bber bie Befdwerbe der alten Gefdledter der aleichem Sams rebicaft Mitelimpurg ju Frantfurt, 4. 120; über die Dentfcheife ber ifracliefden Geneende dafelbit. I. 171; über Die Bittfdrift der adelichen Gefells fcaft Frauenftein, 1. 206; über Die Deitfebrift in Betreff ber vechtlichen Unfprüche ber Gtaatei Diener auf Bein fraten Rheimifer , I. 247 Tiber bas Gefuch bes Dberften von Dogen, F. 248 ; Wer Die Worftelling Des Regierungerathe ben Ebel gu Mannheim, 1. 249, II. 140 ; über gehn berfchiedene Gingaben von Richstammergerichte Indeributen; 1.258; über die Borftellung des Philipp Renter , II. 111; über die rieffere Werftellung der enelaffenen Blicder des theimpfalgifchen Generalekandes Comi miffariate, 11: 113 , über bie Dentichrift bee Junien bon Balbburg ju Bolfigg Balbfec, 11: 170; über bas iheispfälgifde Penfionewefen, 11: 174; Ebtlas rung über Die Befchwerde des Grafen Abolyt Fr. von der Schulenburg ic wegen angellicher Beeins trathinung Der Rechtepflege, III/2514 Bortrag Aber Das Gefich des vormaligen Reichsbirgevorials Derr lein, III. 87 : über die Boritellung bes Malitari Signei " Bers Beraty III. 364; ther die Borftellung mehr terer Burger und Dandwerter der Gradt Caffel, 111 374; über bas Schuldemvefen ber bormaligen 44 frei und oberrheinischen Rreift, III. 441. Prafidial. Can pleit bertritt einfimeilent die Runctionen der Bundees Canglei / I. 72.

Amerionen der Bundes Cangleif I: 72. Buffering gen der andern Gefandischiert über dem erften Budfidal Worthag if. 60: Arufferung des Rieders indern Breine Gefandlein aniber i I: 79. Bais it inde ber jum Erledigung gefommenen Gegenflände, 1178. Bais ir inde ber jum Erledigung gefommenen Gegenflände, 1178. Bais Gefallige genere Gefandleiner inder Bundesberf. Deffallige Aeufferung den übrigen

Sefandtichaften und Beiching, IV. 9: Antrag mei gen der amidcht übergunehmunden Gefchäfte, IV. 43. Pra fid'i wender Gefandter, f. Buoldschauenftein. Veffteiset int Bachernachdrud. Beichlug, wegen: eines hieriber gu machenden Vortrags bes

Kerrn Prifibenten von Berg, II. 159.
Priva ten erfa mationen. Präfibiali Dortrag, um vor der Propoktion denfelben nähere Kenntnig michalten, und Beschlus, sie erst in vertraulicher Sistung vonntragen; I. 261. Commisson zum Bortrag derselben, I. 76. 265. II. 199. III. 499. IV. 159. Allgemeint Ansichten über die Einzaben von Erst. B. I. 89. Absusing und Eureichung bergelben, Beschlus und öffentliche Bekanntmachung, IV. 95; S. auch Eingaben und Präfibials Bortrag ter III. 502. IV. 14.

Brotokalle, werden in der Rigel durch den Deuck. bekanneigemacht zi Beschluß durüber, 1.63.65.70; deren Ajustirung, 1.83.

Percephanense soria & rg. M.

Rangiow biffu nig den Bundesgefandten, f. Sigs vicordinungu in 200 206

Mapp, Di. mid Advocat, f. Agenten.

Ra ciffest in die und Beitrittsterfunden. Berles if fungsaller bor Erdfpung der Bundesversamulung beingekanntenen, und Riederlegung derfelben in dom Bundesarchiv, I. 28.

Murifixactioneder Bandebaete von Seite des hers nigogipum Braunfchwig, I. 126; vom Großhers digogthim Baden, P. 256.

Rechberg, Grafv., Konigl. Baierifcher Bundes, gefandeer: Sintrict deffeiben in die Bundesverfaniulung, 1.242. Deffen Abberufung, 1.250. Registrator. Besoldungs Regulirung für dens

Registrator. Besoldunge Regulirung für dens Beiten und: Genelmigung, I. 236 f. 211. Registraturen über die bertraulinen Besprechuns

and and the state of the state

Reithstammergeriches Suftentation, f. Rams mergeriches Suftentation.

Reicheoperactonen Caffe, ehemalige. Forschrungen an dieselbe von Witwe Rief, I. 91. II. 9; Schweppenhäuser, I. 209; Ziegter, Hofmann u. Conf. IK. 9; Käfeberger, Gever, Opfermann, II. 205; Fahrentopf und Gläser, III. 49; Schundt und Lindenschmidt, III. 135; Reme, v. Loth, Buchholz und Sohn und Witwe Waldhauer, III. 349 f.; Bedeler, III. 444.

Re ed tritt er ich aft, mittelrheinische, vormal., deren Advocaten und Procuvatoren. S Dietsch.

Weich & Kandele vormalige, f. Standesberren. Meigeneburg, Grafte, Borfclung wegen Rude zahlung eines aufdes Neichstammergeriches Perfor nale gemachten Worfchuffes 1. 203. 213 ff. Reihefolge der Gefdafte. BrafidialiBortrag u. Umfrage jur Abstimmung in Betreff eines jur Bes gutachtung biefes Gegenftandes ju mablenden Auss duffes, 1.60. 80. Borlaufige Meufferung des Dedi lenburg Gefandten Ramens der Commission, I. 271. Commiffione Burachten über Diefelbe, II. 33. Deffallfige Abstimmungen und Befdlug, die Reis befolge wirtlich anzunehmen, II. 94.

b. Reined, Dentfririft, eine feinen borigen (wefte phalifden) Dienfiverhaltniffen angemeffene Berfors

gung betreffend , III. 488.

Reinhard, Graf, Sciandter. S. Franfreich.
Remp, ju Frankfurt, Reclamation gegen die Ders
joglich Raffauische Regierung in Bicebaden, Lieferungen ju der Festung Sprenbreitstein betr.
III. 299. Degfalliger Bortrag bes Königlich Bater. Befandten, u. Befchlug bierüber, III 313. -Forderung deffelben an die R. Operatione: Caffe, 11F. 340.

b. Refc, Dr. in Erfurt, Roth: u. Sulfetafel zc.

III. 67.

Reuter, Berificator, Borftellung megen Bemeffung

feiner Penfion , II. 111.

Rheinpfalgifdes Generaletandes Commifariat ju Mannheim. Borftellung des Freiberen von Schweidhard, Ramens ber entlaffenen Glieder deffelben, wegen der ihnen gebührenden Gehalte und Emolumente, I. 91. II. 113. Bortrag des Großherzoglich : Medlenburgiften Gefandten über Die abermalige Bornellung, und Befchluf, III 259. Reuerliche Borftellung u. Erinnerung des Bevollmacheigten, III. 490. - Bortrag des Grofbergogl. Medlenburgifden Befar den über Die jungfte Gin gabe ; Ertfarung bierauf v. Baden u. Großberjogth. Deffen, IV. 144.

Rheinpfalgifches Denfionewefen, II. 174 Rheinpfalgifche Staatsglaubiger. G. Staater

gläubiger.

Rheine, grhr. b. , Befdwerde wegen berweigerter Jufig und erlittenen Difthandlungen bon Fürftlichs Baldediften Beborben, 1. 246. - Berweifung diefer Befdwerde an das Ober Appellationei Gericht ju Braunfchweig . I. 264. — Erflärung von Bals bed in Betreff biefer Befchwerde, II. 84. — Bers trag des herrn Gefandten bon Dendrich, und Bes fcluß, II 155.

Mief, Bitwe, f. Reidesperations Caffe. v. Riefe und Ruble po Eilienftern ju Frantfurt, Ramens zweier Ereditoren Co., fortien , Schuldens Auseinanderfestung gwiften dem G. Deffen und D. Raffau, bierauf Ertfarung v. Raffau, II. 117. — Erflarung vom Groft. Deffen u. Bahl eines Muss fouffis jur gutlichen Bermittelung des Streites,

Moot, ju Daing, Forderung für die in den Jahren 1813 und 1814 an den Militärgebauden dafelbft

berfertigten Arbeiten, III. 132.

Rottwitt, Bundes: Regiffrator, 1. 236. 211.

Ruffand. Untwort des Raifers auf das Rotifie cations Schreiben über die Conflituirung des deute fiben Bundes u. Meereditirung bes frn. Defandten bon Unftett, IV. 157.

Sach fen : Beimar. Grundgefet ber landftandis fcen Berfaffung daf. G. Landfiandifche Berfaffung. Schallern, Fraulein von, Borftellungen megen Berfurgung ber Penfion ibres Baters, Des Rurs beffifchen General Majors, II. 149. Biederholte Borftellung derfelben u. Befdlug darüber, III 370. Shid, Domvicar ju Borme, Penfionegefuch, II. 167.

Soloffer, Dr. in Frantfurt, Bevollmachtigter,

f. Dundbaufen.

Schmidt, in Maing. G. Reichsoperations. Caffe. Somidtdichl, ebemal. rheinpfälgifcher Softame nier Canglift, Gefuch um Bervollstandigung feines Quiescentens ebaltes, II. 174.

Schmitfon, Teutwart, Webr : u. Schirm Anftalt, II. 44. Grundrig einer Behr Unftalt, III. 466.

Schmitt, Carl, Bundes Canglift, I. 236, 211. Soulenburg, Graf, Befowerde gegen Medlene burg Schwerin, wegen Beeintrachtigung der Rechtse pflege durch Cabinetes Befehle, II. 121. - Erflas rung des Großherzoglich Medlenburgifden Berrn Gefandten, II. 251. - Bortrag des herrn Ges fandten von Berg, über einige nachträgliche Eine gaben, und Befchluß, III. 65.

Sowargenberg, gurft Ernft von, Domberr gu Lutrich. Geluch deffelben um Penfion, II. 169. Someid bard, Frbr. b., f. Rheinpfalgifdes Benes

ral.Landes. Commiffariat.

Soweiger: Eidgenoffenschaft, f. Bafel.

Soweppenbaufer, f. Reichsoperations Caffe, Seeraubereien ber Barbaresten. Def fallfiger Untrag des Gefandten der freien Stadte: Meufferung des Roniglich Riederlandifcen Gefand ten, und Bahl einer Commiffion über diefen Ges genfland, III. 229. — Commiffione. Gutachten und Abftimmungen, III. 547. — Abstimmung ben Bas den, Ill. 461. - Berichterftattung des Gefandten der freien Stadt Bremen über die Fortfegung der Feindfeligfeiten, und Befchluß, IV. 107.

Stibt, ju Frantfurt, Defuch um Biedereinfegung in den Genuß des in feiner borigen Gigenfchaft bezoger en Behaltes, III 84: - Ungeige beffelben wegen Ginfegung in den Genuß feiner Denfion bon Geiten der freie: Statt Frantfurt, IV. 142.

Siemens, f. Kungen.

Sigordnung der Bundesgefandten in der Bun,

desversammlung , I 224.

Sigungen. Busfegu. g berfelben, f. Berien. Sigungen, bertrauliche, Bwed berfelben, 1.66, Pras fidial Borfdlag wegen Borbereitung der Gefditfte durch bertraulice Sigungen und Commissionen, IV. 14.

mibt, Gefindter ber freien hanfestadt Bremen. Augeige wegen Uebernahme und Aubrung der 17. Stimme auf drei Monate, III. 346. Uebergang derf. auf hamburg, IV. 227. — Antrag wegen des Cloffether Bolle, f. Bremen. — Bortrag iber die Schuldfordrung des Aurf. von heffen an den Fürsten von Balded, IV. 215.

So Leuxe, Fibr. b., Anfrage wegen Ausubung des Subfliqueione Rechtes in Thellungsfachen, II. 155.
Speyer, das Collegiatstift Johannes und Quido

bafelbft, f. bel Dono. 5peper, in Maing, f. ReichsoperationsiCaffe.

staatsdiener, ehem., am linken Rheinufer. Unomme Denkschrift in Betreff d. recht! Ansprücke derf. auf Wiederanstellung, Besoldung u. Pension, 1.247.

Staatsdiener, westehdliche, Reclamation um Pensionen, I. 111. III. 486, S. auch v. Reinect. Staatsdiener, westehdliche, Reclamation um Pensionen, I. 111. III. 486, S. auch v. Reinect. Staatsdiener, i. 201. Staatsdiener, i. 201. Staatsdiener, I. 201. Staatsdiener, i. 201. Desfallsgelertlärung von Passau, III. 23. — Borring der Erneuerten Bitte bestehen, bierauf Bableeiner Somitissen i. Mehtsdrung d. Sach v. Rechts, verdältnisses dieser Capitalserung, III. 490. Staatsglau biger Capitalserung, III. 490. Staatsglau biger Capitalserung, III. 490. Betreffellung bestehen Baden, II. 62. Erstärung von Baiern und Baden, II. 62. Erstärung von Baiern lil. 63. vom G. bessen, III. 444. — Morring des Großberjogl. Meatenburg. Dru, Gesaidsen über d. neuern Eingaben, u. Umfrage, IV. 64. — Abstimmung von Baden, nachträgl. Erstärung vom B. Hessen und Beschluß, IV. 93. — Präsidial Antrag ur Bahl einer Commission zur Bermittelung dieser Heitung von Baden, 1V. 134. — Erstärung von Baden, 1V. 135. 199.

Stablo, f. Lurtich u. Malmeby.
Standesberren, Bitte um Berleibung einiger Suriatistimmen in ber Bundesberfammlung, f. 110. 245. S. auch v. Braun. Uffimmung bom G. u. b. Sachfen u. Naffam über die ftaaterechte lichen Berbutniffe der Standesberren, 1V. 222.

Stifte guter im Berjogthum Braunfchweig. Reelamation der Raufer berfelben , wegen den durch die Toniglich Befiphälische Regierung gemachten Beraufferungen , III. 447.

Stimmführung in der Bundesverfammlung,

f. Curtat Grimmen. Burnus in derfelben, 1.234. Stimmordn ung in ber engern Berfammlung u. in dem Mlemun, L. 66. f.

in dem Plenum, I. 66. f. Stimmrett und Beifit in der Bundesberfamme fung. Befuch D. Staudesberren darum, I.110u. 245. Erratb fir g., bie Benfiendre des Dochftifts, f. Gus

ftentation, transrhenaufice.
Subftfrution er Bollmadt für den S. Din.
Derjoglich-holteinischen herrn Gefandten, Freis herrn von Cyben, L. 11; für ben Grofherjoglich

Badifchen Befandten , Frorn. b. Berfett, I. 2507 für ber Raiferlich Deffenneichifigen Beren Ger fandten , I. 59; für ben herrn Befandten bon Buggle Deffau, Bernhurg und Rothen, Schwarze bung Gendershaufen u. Rudolftadt, I. 69; für ben G. und D. Cadliden Derrn Gefanden, I. 202. Engenestien, tkanbebenanifde. PrafidialeBore folag , diefelbe jum zweiten Gegenftande der Be-rathichlagung ju mablen, I. 229. — Berlagnahme s auf secht Wochen jur Abstimmung darüber. 1.75. Desfallfige Unjeige des Roniglich Riederlandifchen, Großbergoglichlugemburgifden Sefandten, I.81. — Bericht u. Gutachten des Abniglich Dannöverifden Befanbaen über feche, das Penfioneneefen der übersebenten Beiftlichen m. Dienerlichaft betreffenden Eingaben, I. 99. - Roniglich Preuffifche Erflas rung , I. 169. - Bortrag Des R. Sannöverifchen Deren Gefandten über Die Suftentations Caffe, and Abstimmungen, I. 192, — Abstemmung von Luremburg und Beschlus darüber, I. 202. — Anzeige des Großberzaglich Luremburgischen Ses sinden, das sein Dof den 1. Juni 1815 nicht jum Lewnin anzehme, I. 275. — Dritter Bortrag des Soniglide Danneberifden Gefandten über berfdies Dene Denfions Geluche, namlich von Bifchof von Buttich und Stable, Münfterbilfener Stiftsdamen, Melouve und Fraipont, Domeapitel zu Worms, Kas mad zu Erfte, Canonicus Plat zu Worms, Cas spoicht Urich zu Oberwesel, Fertig, Braun und Confarten der Stifte in Mainz, II. 24. — Abstims wung von Preusen, Baiern und Hannover, II. 106. — Nachträgliche Erklärung von Preusen zu Odernanden melliere. IV 166. — Rortrag des Des Debenfachen und bei Debenfachen und des Deben Bahtungsanwellung , IV. 160. - Bortrag des R. Jannoverifden Gefandten über die Erflärung Des Konige ber Riederlande, II. 164. Riederländische Erflarung wegen Nebernahme der geistlichen Pens floniften, II. 168. — Abftimmung von Defterreich, II. 195; von Baden, II. 234; von G. und D. Sachlen, III. 358; von Preuffen, III. 369; von Romgr. Sachfen, Rurbellen, Solftein : Lauenburg, furemburg, Medleuburg, der 15, 16. und 17. Stimme, III. 398; pom 6. Deffen, Gegenerins nerung bes Ronigl. Riederfandifchen Gefandten, nochnalige Umfrage und einftimmiger Befolus, III. 414. — Bortrag des Roniglich hannoveriften Gefandten über die Reclamationen bes Cordier de Fernav, Barois, del Dono, Perfico u. Bigand, III. 421. — Erffdrung von Baden über das Pens fionegesuch des Canonicus del Dono, IV. 23. -Beifung an die Saftentalibnes Commission, wegen Ausjahlung der Penfionen bis 1. Juni 1815, III. 22. — Prafibialianzeige wegen den an Frants reich und die Schweiz erlaffenen Schreiben, in Be treff einiger Penfione Erganzungen, III. 456. — Prafibialiunzeige der von dem frangofisten Minie fter, Grafen Aciabard, erhaltenen Berbali Roce wegen der Wenfionare des ehemaligen Dochftifts Stratburg / und Befolut Dierauf, IV. 83.

or and the second

Thenerunges Infoug für die Canglet Indibis

Thielmann und Banerifche Erben in Modfadt, Schuldforderung an d. Deparrement Inlda, II. 115.

Eoth, f. Reichsoperatione. Caffe. Eranerbenanifde Suftentation. 'S. Guffent. Erier, vormal. Domeapitel, Benfienegefich ber Mitglieder deffetben , I. 99. II. 50.

Ernchfes: Rhein felden, grbr. b., Cb. Bobed. Eurnus, f. Stimmführung und Euriaiftimmen.

Ueberres einifche Suffentation, f. Guffentation. Il brid, Canonicus ju Dberwefel, Benfionegeflich, II. 31.

Bad, Stadt. Sefud mehrerer Cinwohner dafelbft um Priegefchaden Berguting v. 3, 1813. 11. 155. Ber baleniffe des Bundes jum In. u. Diefind, f. Auswärtige, Innere und Militar Berbaltniffe. Berhaleniffe des Bundestags gur freien Gadt

Frantfurt. Commiffion juri Festellung bicfer Bers baftniffe, I. 225. — Entwurf jur Entwidelung Der Grund fase derf. u. Borlefung des Commiffontibes richts, 1.226. - Erörterung famuttl. Artifel bes Ents wurfe und Bemerfungen darüber , I. 230.

Bertebr, freier, mit Lebensmittellu. Deskallfige Erflärung von Burtemberg, und Bahl einer Commission, 111.45. — Commissions Forerag und Entwurf einer Aebereinkunft, 111. 129. — Abstimmung vom G. Deffen, III. 246; bon Baiern, Sachten , Burttemberg , Baden , Rurbeffen , G. u. S. Sachfen ,der 15. u. 16. Stimmer Iff. 274; von Medlenburg, III. 310; von Raffan, III. 333; von Medlenburg, III. 310; von Raffan, III. 333; von Heunfen und hotheln, III. 555; von Hans nover, Braunschweig und den freien Statten, III. 394; von Oesterreich, Andalt, sodaum Berschluf, III. 431. — Abstinntung wegen Annahme bes Entwurfs von Buttituterg, Baterin, A. Sache fen, Sannover, Baben, G. u. D. Sachfen, Deck fenburg, der 15. 16. und 17. Stimme, TV. 275. S. auch Prafidial Bortrag it. 1,52.

Berlagnabme über eine formliche Bundretage ordnung, die transthenanithe Suffentations Sache u. Die Militar Berhaltniffe bes Bundes, 1. 229. 75; wegen ber reichetammergerichtlichen Suffene tations Sache, 1. 110. 204; über die Aufiragals Inftang und die aufwartigen Berbaltniffe Des Bundes, II. 93; über die Berbaltniffe der Mache fteuer = und Abjingefreiheit, III. 54; über die bolls ftandige Berfellung des freien Berfehre, III. 129 : Aber Die Regulirung ber Penfionen ber Miglieder und Diener Des Deutschen Orbeins, IV. 84; wegen febernabme der Bara fle nes Medlem burgifoes Staategefeges vom 28. Rob. 1817, gen

Seiten des deutschen Bunbes, IV. 1114 über die & Defterreid. Prorofition, die Grundjuge Des d. Der litar, und Bertheidigungemefene betr., TV. 162.

Bermittelung ber Erreitigfeiten ber Bunbes, glieber unter fich , f. Auftragal Infang.

Bererbunng wegen eines ju Bolfenhuttel ju er richtenden gemeinschaftlichen ObersAppellatione: Ges richts, 1.265.

Berordnung, Medlenburg, über die Mittel u. Bege, um bei ftreitigen Fallen, in Angelegen beiten , welche bie Landesberfaffung betreffen , jur

rechtl. Entideidung ju gelangen, IV. 107 u. 150. Berta gung bes Bunbestages. Defterreichifche Punctation, als Abstimmung, borlbufige Erflas rung bon Prenfen, Bairen u. Luremburg, ILI. 7. Abstimmung bom &. Seffen, bon Dedlenburg u. ber 16. Grimme, III. 58: pon Preuffen, Sachfen und Laden, III. S; von Burrtemberg, Aurheffen ind ben frefen Stadten, III. 160; von S. u. S. Sanfen, III. 195; von Saurover, Baben, Sble ftein, Graunschweig und Raffan u. der 15. Stimme, 111. 270. — Deffallbaer Belchluß, 111. 304.

Berragien g der Anndesversanmilung vom 1. Aus guft vie den 3. Nebember 1817. Deffallfiger Erde folger Bertag bei bem Eintritt derfelben, und Rote des Ri Rieberlandischen Gefandten, HI. 50c.

Dolling dert famunte herren Gefanden. Die theiling jur Ginficht und Berlefung berfelben. Berabredung, folde in ber eifen Gigung forntich

m liberrichen, I 225 u. 11. Freihrern ben Gruben , 1, 230.

- Balbreffice, für ben Gelandten , Freiherrn von Pronhardi , I. 232. Reue Reuffiche für Ebenben. felben , II. 56.

- des R. Danifden Gefanbten, Freiheren t. Enben, für das Bergogthum Soffein u. Saipfemgauene

- mit der Substitutioner Gewalt für ben R. Preuffit fchen Gefandten, Brafen bon ber Boly, und Re Burttemberg. Gefandten , Grafen bort Dandels-"lob; I. 47.

- neue, für den Dedlenburge Streligifchen Gefande ten, Freiherrn bon Pleffen, I. 78.

- Der freien Studte, gur Schrung ihrer Seinme in der engerii Bundeberfaumiling, fur ben Ges fandten ber freien Stadt Frantfurt, Syndicus Dang, If. 73.

- für den Rurheffifden Gefandten v. Leret, 11.92. - für den Königl. Baterifthen Gefandlen, Frorm bon Aretin, II. 193.

- für den Großbergogl Badifpen Gefandten, Frhrn,

von Beretbeim, IV.7.
- für den Konigl. Burttembergiften Gefandren.
From von Bangenbeim, IV 46.

gemeinschaftliche, der 15. Seinune, für ben Ges antein von Berg, und nene des Afrieds und und angelbene IV.

